REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 405 · 28.8.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Einsatz an der Medienfront. Die Image- Probleme der Bundeswehr - Js.
2. NIX mehr. 5.000 auf die Krümmel-Schienen! Schienenaktionswochenende September 1997
3. Heß-Gedenken endet im Knast - ga.
4. Rückkehr unerwünscht. Flüchtlinge vor verschlossenen Türen. Reportage aus Bosnien- Herzegovina - Boris Kanzleiter
5. Machtlose BAU-Gewerkschaft? - gw.
6. Zapatistas in Spanien. Interkontinental gegen Neoliberal. Über Sinn und Unsinn von Weltkongressen
7. USA: Sieg gegen den Paketgiganten UPS. Transportgewerkschaft erkämpft Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte - Michael Hahn
8. Docker gegen Tagelohnarbeit. Liverpooler Hafenarbeiter rufen zum Aktionstag auf - Gruppe Blauer Montag, Hamburg
9. Voscheraus und Schröders Brand-Sätze - mb.
10. Die ödeste Bürgerschaftswahl aller Zeiten. Voscherau bleibt - die Rolle des Hofnarren ist noch zu vergeben - Js. und mb.
11. Freie Bürger in der Schlacht um Hamburg. Anti-Euro-Wahlkampf soll dem BFB zum Durchbruch verhelfen - J. Cremet, A. Speit
12. SPD /STATT-Senat: roter Teppich für Kriegsschiffexport - Lühr Henken
13. Musterhafte Prügelknaben. Internationale Kritik am deutschen Polizeialltag - Ulla Jelpke, Mark Holzberger
14. Papua-Neuguinea: Regierung abgewählt - und doch wieder nicht - Vo
15. Strömung des Paraná-Paraguay läßt nach. Reportage über einen Wasserstraßenbau in Südamerika - I.p.tisso
16. Mexiko: Wahlen & Waffen. Einschätzung der Wahlergebnisse vom 6. Juli - Al., Nürnberg
17. Weltfestspiele künftig ohne Deutsche? Linke benehmen sich auf Kuba daneben - Peter Nowak
18. Massenproteste gegen die ETA. "Alle wollen Frieden" - aber die "Anti-Terror-Koalition" ist sehr labil - Dirk Hempel
19. Neuer Anlauf in der Solidarität mit Mumia Abu Jamal. Zwei neue Bücher und Veranstaltungs- Rundreise im September - Michael Hahn
20. Antifa und Verfassungsschutz an einem Tisch. Die Bundeswehruni Hamburg lud zum Kolloquium über Rechtsextremismus - Volkmar Wölk
21. Eine Kopfnuß für die FAZ. Freispruch für Karl Rössel - Rainer Werning
22. Vergangenheitspolitik per Strafjustiz. Priebke ist bald frei, gegen Partisanen wird weiter ermittelt - Js.
23. NATO: Zank auf dem Gipfel - Vo
24. Lübeck: Freispruch für Safwan Eid. Aber: Gericht sät mit dem Urteil Zweifel an Eids Unschuld - ga.
25. "Kein Mensch ist illegal". Initiative zur Unterstützung illegalisierter MigrantInnen - BARI Kassel
26. "Die RAF ist Geschichte - die Vernichtungshaft ist Realität." H. Pohl und A. Schulz in Haft schwer erkrankt - P. Nowak
27. Kein Taxi für "Ausländer". Denunziationspflicht für TaxifahrerInnen in Brandenburg - ch.
28. Zum Tod von Jürgen Kuczynski - gw.
29. Die Utopie in der bleiernen Zeit. Zum 20. Todestag von Ernst Bloch - Michael Stinshoff, Michael Zander
30. Ein Schritt zu nachhaltiger Entwicklung. Gegen Kritik an einer Ökologischen Steuerreform - D. Reiche, C. Krebs
31. Atommüll in den Pazifik - ein Beitrag zur Abrüstung? - Ingrid Schilsky
32. Die Schweizer "Malaise" mit dem NS-Raubgold - H. Ring, D. Schröder, R. Surmann
33. Antisemitismus und Nationalismus in der Romantik. Ein Beitrag zur Goldhagen-Debatte - ef.
34. Ökonomie und Politik der "Endlösung" - Kt.

35. Tümelnder Minderheitenschutz. Die Politik des Europ. Zentr. f. Minderheitsfragen u. Föd. Union Europ. Volksgruppen - Rudi Arendt
36. Ansichten von der Nachtseite des bürgerlichen Alltags. Erinnerungen an den Dichter E.T.A. Hoffmann, der vor 175 Jahren starb - ge.
37. Olympische Volksgenossen. Zur Riefenstahl- Ausstellung in Hamburg - Hanna Smitmans
38. Quelldatei 23.htm
39. Quelldatei 35.htm
40. Das Wochenende

1. Einsatz an der Medienfront. Die Image- Probleme der Bundeswehr

Autor: Js. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:27

Ganz nebenbei eroberten die olivgrünen Helden von der Oder auch das Titelbild des Spiegel: zehn kräftige junge Männer, die sich Sandsäcke zureichen. Im Heft Frontberichterstattung: "Die Bundeswehr kämpft um jeden Deichmeter." Auch die militärische Führung funktionierte. Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe hörte auf den Rat seines sturmfluterprobten Freundes Helmut Schmidt und gab der Heeresführung freie Hand. Die Truppe übernahm "das Kommando im Krisengebiet" und zeigte, was in ihr steckt.

Oberbefehlshaber Rühe strahlte: "Unsere Soldaten bewähren sich in einem schwierigen Einsatz hervorragend - im Cockpit, im Sanitätszelt, aber auch vor der Kamera." Letzteres zahlte sich aus: Den uniformierten Unterhaltungskünstlern wurde prompt die "Goldene Henne 1997" verliehen - ein von den Zeitschriften Super-Illu, Super-TV, dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und dem Berliner Friedrichstadtpalast vergebener Preis für die besten Entertainer im deutschen Fernsehen.

Allein, der Image-Gewinn war von kurzer Dauer. Kaum sank der Wasserspiegel der Oder, da senkten zwei Rekruten die gerade erworbenen Sympathiewerte mit ihrem Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Dresden. Das sei natürlich nur ein - wenn auch bedauerlicher - Einzelfall, betonte der zuständige Pressestabsoffizier im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit der Öffentlichkeit. Aber auch der durchschnittliche Zeitungsleser erinnert sich zumindest an die Staatsbürger in Uniform, die Anfang März in Detmold mit Baseballschlägern, Klappspaten und Messern Jagd auf Ausländer machte.

Auch damals wurde beschwichtigend von einem Einzelfall gesprochen. Ganze 44 "Verdachtsfälle" von Rechtsextremismus wurden im Jahresbericht 1996 der Wehrbeauftragten erwähnt - eine dreiste Irreführung der Öffentlichkeit. De facto behauptet die Wehrbeauftragte, rechtsextremistische Orientierungen seien in der Armee weit weniger verbreitet als in der Gesamtgesellschaft. Das ist schon deshalb eine Lüge, weil nach wie vor zwei Drittel der AnhängerInnen rechtsextremer Parteien Männer sind. Hinzu kommt, daß vor allem Wehrpflichtige mit - im weitesten Sinne - linken Orientierungen den Kriegsdienst verweigern (knapp 80.000 Anträge gab es im ersten Halbjahr 1997, etwas weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres.)

Die Anziehungskraft des braunen Haufens

Michael Rost, der Pressesprecher der Bündnisgrünen im Magdeburger Landtag, brachte die offensichtliche Affinität von Bundeswehr und rassistischer Gewalt in einem Leserbrief auf die Formel: "Die Bundeswehr ist offenbar der Haufen, der braungesinnte Scheißhausfliegen magisch anzieht." Das fanden auch seine Parteifreunde beleidigend; Rost wurde suspendiert, Fraktionschef Tschiche forderte ihn auf, sich bei der Bundeswehr zu entschuldigen. Nach einer Abmahnung durfte er die Arbeit wieder aufnehmen.

Daß Rost mit seinem derben Satz den Sachverhalt richtig wiedergibt, mußte auch Rühe implizit zugeben. Nach dem Anschlag von Dresden sah er dringend Handlungsbedarf und forderte, sämtliche Wehrpflichtigen in bezug auf Vorstrafen, Bewährungsstrafen inklusive, auszuforschen. Auf diese Weise solle gewalttätigen Rechtsextremisten der Weg in die Bundeswehr versperrt werden. Das ist nicht nur mit Datenschutz und Grundrechten unvereinbar, sondern auch schwer praktikabel. Die Brandstifter von Dresden sollen zwar "polizeibekannt" gewesen sein, allerdings hatten sie in ihrem polizeilichen Führungszeugnis keine Eintragung.

Trotz solcher Einwände hält Rühe an seinem Vorhaben fest, wohl auch um die allgemeine Wehrpflicht zu retten, die selbst innerhalb der Regierungskoalition umstritten ist. Sein Argument, eine Freiwilligenarmee würde "Rambos" anlocken, verliert deutlich an Überzeugungskraft, wenn sich in der real existierenden Wehrpflichtigenarmee ebensolche Gestalten tummeln. Die Befürworter einer Berufsarmee verweisen nicht nur auf geringere Kosten und höhere "Effizienz", sondern auch auf die begrenzten Qualifikationen der Wehrpflichtigen. Wo es nicht um das Weiterreichen von Sandsäcken, sondern die Bedienung komplizierten Kriegsgerätes geht, versagen viele. Ein Personaloffizier der Bundeswehr beklagt die wachsende Zahl von Rekruten ohne Berufsausbildung und "bürgerliche Zukunftsperspektive", die eher als "Unterbringungsfälle" zu betrachten seien und in der Bundeswehr "Unterkunft, Geld und Halt suchen". (Hamburger Abendblatt,

16.8.1997) Die Fernsehwerbung der Bundeswehr scheint genau auf solches Publikum zugeschnitten. In Vorbereitung sind sechs neue Spots über das "Wahnsinnsleben" in der Armee. Motto: "Da ist was los, da geht's zur Sache." Sollte der Dienst mal zu langweilig sein, müssen Abenteuer - siehe Detmold und Dresden - eben in der Freizeit organisiert werden.

Daß Bundeswehrsoldaten auch weiter rassistische Gewalttaten begehen, scheint unvermeidlich. Die Bundeswehr ist Teil dieser Gesellschaft, wie Rühe (wenn auch in verharmlosender Absicht) richtig feststellt. Hinzu kommt neben ausgeprägt rechten Neigungen der Truppe das, was deutsches Militär eben auch in Friedenszeiten ausmacht: Bewaffnung, Suff, Männerbündelei, Aggression bis hin zur Gewalttätigkeit. Das gilt für Wehrpflichtige wie für Freiwillige gleichermaßen: Die Täter von Detmold waren Berufssoldaten, die von Dresden Wehrpflichtige.

AntimilitaristInnen ist die Bundeswehr durch ihren Kampf gegen die Oderfluten nicht sympathischer geworden. Daß sie nicht mit dem Technischen Hilfswerk verwechseln werden kann, heben auch die Verfechter deutscher Wehrhaftigkeit hervor. Katastrophenschutz, erst an vierter Stelle ihrer Aufgaben, dürfe nicht zu Lasten ihrer eigentlichen Bestimmung gehen. Neben Landes- und Bündnisverteidigung (mangels Feinden derzeit weniger aktuell) sind das vor allem Krisenreaktionseinsätze. Rühes Versprechen gilt: "Unsere Soldaten sind da, wenn Hilfe gebraucht wird" - ausnahmsweise auch mal im eigenen Land.

Js.

Trotz solcher Einwände hält Rühe an seinem Vorhaben fest, wohl auch um die allgemeine Wehrpflicht zu retten, die selbst innerhalb der Regierungskoalition umstritten ist. Sein Argument, eine Freiwilligenarmee würde "Rambos" anlocken, verliert deutlich an Überzeugungskraft, wenn sich in der real existierenden Wehrpflichtigenarmee ebensolche Gestalten tummeln. Die Befürworter einer Berufsarmee verweisen nicht nur auf geringere Kosten und höhere "Effizienz", sondern auch auf die begrenzten Qualifikationen der Wehrpflichtigen. Wo es nicht um das Weiterreichen von Sandsäcken, sondern die Bedienung komplizierten Kriegsgerätes geht, versagen viele. Ein Personaloffizier der Bundeswehr beklagt die wachsende Zahl von Rekruten ohne Berufsausbildung und "bürgerliche Zukunftsperspektive", die eher als "Unterbringungsfälle" zu betrachten seien und in der Bundeswehr "Unterkunft, Geld und Halt suchen". (Hamburger Abendblatt, 16.8.1997) Die Fernsehwerbung der Bundeswehr scheint genau auf solches Publikum zugeschnitten. In Vorbereitung sind sechs neue Spots über das "Wahnsinnsleben" in der Armee. Motto: "Da ist was los, da geht's zur Sache." Sollte der Dienst mal zu langweilig sein, müssen Abenteuer - siehe Detmold und Dresden - eben in der Freizeit organisiert werden.

Daß Bundeswehrsoldaten auch weiter rassistische Gewalttaten begehen, scheint unvermeidlich. Die Bundeswehr ist Teil dieser Gesellschaft, wie Rühe (wenn auch in verharmlosender Absicht) richtig feststellt. Hinzu kommt neben ausgeprägt rechten Neigungen der Truppe das, was deutsches Militär eben auch in Friedenszeiten ausmacht: Bewaffnung, Suff, Männerbündelei, Aggression bis hin zur Gewalttätigkeit. Das gilt für Wehrpflichtige wie für Freiwillige gleichermaßen: Die Täter von Detmold waren Berufssoldaten, die von Dresden Wehrpflichtige.

AntimilitaristInnen ist die Bundeswehr durch ihren Kampf gegen die Oderfluten nicht sympathischer geworden. Daß sie nicht mit dem Technischen Hilfswerk verwechseln werden kann, heben auch die Verfechter deutscher Wehrhaftigkeit hervor. Katastrophenschutz, erst an vierter Stelle ihrer Aufgaben, dürfe nicht zu Lasten ihrer eigentlichen Bestimmung gehen. Neben Landes- und Bündnisverteidigung (mangels Feinden derzeit weniger aktuell) sind das vor allem Krisenreaktionseinsätze. Rühes Versprechen gilt: "Unsere Soldaten sind da, wenn Hilfe gebraucht wird" - ausnahmsweise auch mal im eigenen Land.

Js.

2. NIX mehr. 5.000 auf die Krümmel-Schienen! Schienenaktionswochenende September 1997

Schienenaktionswochenende am 20./21. September 1997

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/kruemmel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:kruemmel

Der Auftakt der bundesweiten Kampagne gegen Atomtransporte "NIX mehr!" rückt näher und hat konkrete Formen angenommen. Für das Schienenaktionswochenende am 20./21. September an den Gleisen des AKW Krümmel wurden vielfältige Aktionen vorbereitet, die den Betreibern einen Vorgeschmack liefern sollen, was bei den folgenden Castor-Transporten an diesem Standort auf sie zukommen soll.

Nach den erfolgreichen Widerstandsaktionen im März gegen die Castor-Transporte nach Gorleben hat sich die AKW-Bewegung neue Ziele gesetzt. Wie bereits in ak 404 vorgestellt, hatte die bundesweite Konferenz der Anti-Atom-Gruppen im Mai beschlossen, die Behinderung der Transporte (auch zu den "Wiederaufarbeitungsanlagen" im Ausland) zum neuen Schwerpunkt der Bewegung zu machen. Atomtransporte aller Art, vom Uranerz über abgebrannte Brennelemente, bis zu den hochradioktiven Abfällen der "Wiederaufarbeitsanlagen" (WAA) bilden die Voraussetzung für den Weiterbetrieb aller Atomanlagen. Sie sind gleichzeitig der empfindlichste Teil des Atomprogramms, da sie - im Gegensatz zu den Anlagen selbst - nur durch massive Polizeiaufgebote geschützt werden können. Die Transportwege sind lang und der Eingriffsmöglichkeiten viele ...

Warum Krümmel?

Das AKW Krümmel, einer der umstrittensten Atommeiler der BRD, steht nicht nur im Verdacht Verursacher von Leukämieerkrankungen zu sein, er ist auch durch Schlampereien beim Bau und diverse Sicherheitsmängel in die Kritik geraten. Das Atomkraftwerk ist zur Zeit für die jährliche Wartung und den Austausch der Brennelemente abgeschaltet. 150 weitere abgebrannte Brennelemente werden in die internen Lagerbecken der Anlage wandern, deren Aufnahmekapazität schon jetzt fast bis auf den letzten Platz erschöpft ist. Die derzeit viel diskutierte "Zwischenlagerung am Standort", d.h. auf dem eigenen Gelände, kommt für die Betreiber des AKW Krümmel daher nicht in Frage. Für den Weiterbetrieb sind sie darauf angewiesen Platz zu schaffen und bis 1998 noch mindestens vier Castor-Transporte in die WAAs von La Hague und Sellafield durchzuführen.

Es ist kein Zufall, daß der Termin für die Krümmel-Aktionstage auf das Wochende der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft gelegt wurde. Der SPD-geführte Hamburger Senat ist zu 50,1% Besitzer der Hamburgischen Elektrizitäts Werke (HEW), die zusammen mit der Preußen Elektra den Atomreaktor betreiben.

Im hamburger Aufruf zum Aktionswochenende heißt es: "Liebe HEW, lange genug haben wir Euch aufgefordert, den Skandal-Reaktor Krümmel vom Netz zu nehmen. Ihr wolltet nicht auf uns hören. Nun habt Ihr ein Problem. (...) Wir nehmen uns die Freiheit, am 20. und 21. September die komplette Schienenstrecke zwischen Bergedorf und Eurem Katastrophen-AKW zu besetzen. Und das ist nur der Auftakt, der Startschuß für eine dauerhafte Behinderung Eurer Atommülltransporte ins französiche La Hague und ins britische Sellafield. Wir haben uns vorgenommen, durch beständige Anwesenheit auf Euren Castor-Gleisen den politischen und ökonomischen Preis für die Transporte massiv in die Höhe zu treiben. Letztlich geht es um Eure Lizenz zur Kernspaltung."

Das Schienenaktionswochenende ist auch ein Test für zukünftige Protest- und Widerstandsaktionen am Standort Krümmel und bietet vielfältige Möglichkeiten bei Aktionen mitzumachen, sich zu informieren und zu diskutieren. Ab Freitag wird in der Nähe des Atommeilers ein Camp eingerichtet. Nach der Auftaktkundgebung am Samstag um 12 Uhr werden entlang der Strecke zwischen Bergedorf und dem AKW Aktionen stattfinden, für die verschiedene Initiativen die Vorbereitung übernommen haben. Info- und Diskussionsveranstaltungen im Camp, ein Kinderfest, Aktionstrainings, ein wendländischer Trecker-Aufmarsch sowie ein großes Open-Air-Konzert sind weitere Highlights des Wochenendes.

Als Teil der bundesweiten Kampagne gegen Atomtransporte bereitet "Mal richtig abschalten" - ein Bündnis der Gewaltfreien Aktionsgruppen/Graswurzelrevolution - zwei Aktionen zivilen Ungehorsams vor. Unter dem Titel "Ausrangiert" findet am Sonntag, den 21.9. eine öffentlich angekündigte Gleisdemontage statt. Für den Tag X - den ersten Castor-Transport nach dem Aktionswochenende - ist "Festgesetzt" geplant: Eine Sitzblockade auf den Schienen vor dem AKW Krümmel. Im Rahmen dieser Aktion werden sich auch Menschen an den Gleisen festketten. (Kontaktadresse: Mal richtig abschalten, Bloherfelder Str. 87, 26129 Oldenburg, Tel. 0441-5922762)

Die Betreiber

werden nervös

Schon die Androhung von Aktionen gegen die Castor-Transporte zur WAA zeigt offenbar Wirkung. Als am 14. Juli ein Atomtransport das AKW Krümmel verließ, wurde die strahlende Fracht mindestens bis Bremen in einem Sonderzug durchgezogen und durch einen Polizeihubschrauber überwacht. Der zweite Transport, der regulär für Montag, den 25. August, geplant war, wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion auf Samstag, den 23. August vorverlegt. Der ökonomische Preis für diese Transporte steigt bereits jetzt!

Für eine erfolgreiche Mobilisierung ist jede Form der Unterstützung dringend erwünscht. Bestellt und verteilt die Flugblätter und Plakate. Sie sind zu bestellen bei:

5.000 auf die Krümmel-Schienen, c/o Haus für Alle, TAG, Amandastraße 58, 20357 Hamburg, Fax: 040/ 4304490, Tel.: 7247463, Spendenkonto: H. Holtzmann, Haspa, BLZ 20050550, Kto. 1297/500165.

3. Heß-Gedenken endet im Knast

Autor: ga. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:20

Nachdem der von den Neonazis geplante Schweigemarsch zum zehnten Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß an dessen Grab in Wunsiedel verboten worden war, versuchten sich die Rechten mit verschiedenen "dezentralen Aktionen" u.a. in Königslutter, im Raum Göttingen, in Braunschweig, Wolfenbüttel, Jena und Halle.

Überall wurden die Demonstrationen von der Polizei unterbunden bzw. aufgelöst. Mehr als 400 Neonazis wurden festgesetzt und erst nach dem Wochenende wieder freigelassen.

In Dänemark wurde von den Behörden ein Aufmarsch der Neonazis nach Köge umgeleitet. Der ursprünglich vorgesehene Versammlungsort Roskilde wurde von einem großen Aufgebot Polizisten abgeriegelt, da dort AntifaschistInnen - wie auch schon im Jahr vorher - eine Gegendemonstration zur Verhinderung des Naziaufmarsches organisiert hatten.

ga.

4. Rückkehr unerwünscht. Flüchtlinge vor verschlossenen Türen. Reportage aus Bosnien-Herzegovina

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:11

In Bosnien-Herzegovina wurden während des Krieges über zwei Millionen Menschen, die Hälfte der Gesamtbevölkerung, zu Flüchtlingen. Die Rückkehr ist oft unmöglich.

"Allein im Kanton Tuzla leben 120.000 Flüchtlinge", sagt Gabriela Bundalo. Sie ist Mitarbeiterin eines Frauenzentrums für Flüchtlinge in Tuzla, des Industriezentrums im Nordosten Bosnien-Herzegovinas. "Wir versuchen, ihnen Hilfe zu leisten, aber die Bedingungen sind schlecht. Keine Arbeit, keine Häuser, Schulen ohne sanitäre Einrichtungen, und vor allem die psychischen Belastungen, die viele Menschen bedrücken, machen das Leben hier sehr schwierig."

Die Probleme sind offensichtlich. Das in einem Talkessel liegende Tuzla kann sie in den Flanierstraßen im Zentrum gerade noch verbergen, doch selbst dort betteln Kinder, sieht man die zentimetertiefen Einschläge von Granatsplittern in den Häuserwänden. Tuzla war monatelang eine von den bosnischen Serben belagerte, beschossene und eingeschlossene Stadt. 120.000 Menschen leben heute in der Stadt, genau so viele, wie es im Kanton Tuzla Flüchtlinge gibt. Jetzt ist der Krieg vorüber, doch von einer Rückkehr zur Normalität kann keine Rede sein.

Allgegenwärtig sind der Krieg und seine Folgen. Ramponierte Gebäude sind da nur die allzu augenfälligen Zeugen der Zerstörung. Zerstört wurde auch die Grundlage der Industrie - und damit der Lebensnerv der Stadt -, die Kohleminen, die ihren Betrieb aufgeben mußten und nur langsam wieder in Gang gebracht werden können. Auch dicke Rußwolken aus den Kaminen des Kraftwerkes am Ortseingang können darüber nicht hinwegtäuschen. Zerstört wurde aber vor allem das Leben vieler Menschen in Tuzla und Umgebung. Ihre Familien, ihre Arbeit und ihre Hoffnungen haben sie verloren. Niemals wird es wieder so sein wie vor dem Krieg. Die Narben sind tief.

"Ethnisch reine Gebiete"

Dafür, daß sie nicht wieder heilen, haben die massenhaften Vertreibungen während des Krieges gesorgt. Serben, Kroaten und Muslime haben in Bosnien-Herzegovina jahrzehntelang friedlich zusammengelebt, gerade Tuzla ist dafür auch noch heute ein Symbol. Die Stadt wird von einer Koalition nichtnationalistischer Parteien regiert, es leben dort bis heute Kroaten, Serben und vor allem Muslime. Doch in vielen Regionen des Landes wurde der Krieg begleitet von der Vertreibung Hunderttausender Menschen aus ihren Heimatdörfern und Städten. Die drei Kriegsgegner, die Armeen und Milizen der bosnischen Serben, Kroaten und Muslime, haben sich dabei der schwersten Verbrechen schuldig gemacht. Vergewaltigungen, Massenerschießungen und die Zerstörung von Häusern, alles mit dem Ziel "ethnisch reine Gebiete" zu schaffen. "Dabei begriffen sich viele Menschen in Bosnien-Herzegovina überhaupt nicht als einer der drei Nationen zugehörig, sondern einfach nur als Bewohner dieses Landes, unabhängig von ihrer Religion", erklärt Gabriela Bundalo den großen Widerspruch dieses Krieges.

Doch die jahrelangen Kämpfe haben neue Realitäten geschaffen: "Infolge des Krieges sind rund 1,2 Mio. Menschen ins Ausland geflohen. Rund eine Million Menschen wurden zudem innerhalb des Landes vertrieben. Dies bedeutet, daß rund die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung fliehen mußte oder Opfer ethnischer Säuberungen wurde. Nach unseren Schätzungen warten immer noch 1,6 Mio. Bosnier, jeweils zur Hälfte Flüchtlinge und Binnenvertriebene, darauf, daß sich für sie eine dauerhafte Lösung aufzeigt", listet Dr. Judith Kumin, die Vertreterin des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, die erschreckende Bilanz der Vertreibungen auf. Etwa 285.000 der Kriegsflüchtlinge halten sich heute in Deutschland auf, zeitweilig waren es bis zu 345.000.

Als die kriegführenden Parteien am 15.12.1995 das Daytoner Friedensabkommen schlossen, formulierten sie darin ein "allgemeines Rückkehrrecht für alle Flüchtlinge". Daß dies damals eine reine Absichtserklärung war und nicht dem politischen Willen der Akteure entsprach, zeigt sich heute. Bald zwanzig Monate später stellt

sich die Situation viel komplizierter dar, als von vielen erhofft. Zwar können sich Flüchtlinge in den von der jeweils "eigenen" Volksgruppe kontrollierten Gebieten relativ unbehelligt im de facto gespaltenen Land niederlassen, also Muslime und Kroaten im Gebiet der Föderation und Serben in der Republika Srpska. Aber das heißt noch lange nicht, daß sie in ihre tatsächliche Heimat zurückkehren können, denn viele der Flüchtlinge stammen aus einem Dorf oder einer Stadt, die heute von der jeweils "anderen" Volksgruppe kontrolliert wird. Und dort sind sie als Angehörige einer Minderheit mitnichten sicher vor nationalistischen Übergriffen. Das gilt für das gesamte Territorium Bosnien-Herzegovinas und nicht nur für die Serbische Republik, der von den internationalen Organisationen zwar oftmals berechtigte, aber einseitige Vorwürfe gemacht werden.

"Säuberungen"

haben nicht aufgehört

Erst am 4. August wurden 500 Muslime aus der von Kroaten kontrollierten Stadt Jajce vertrieben. Ein Mob von mehreren hundert Kroaten zündete die Häuser der muslimischen Flüchtlinge an, die vor dem Krieg in Jajce lebten, dann vertrieben wurden, und in den letzten Wochen zurückgekehrt waren. Die kroatischen Polizeieinheiten griffen nicht ein, es gibt sogar Hinweise, daß sie an der Vertreibung der Muslime beteiligt war. Und Jajce ist beileibe kein Einzelfall: Die Liste der Gewalttaten gegen zurückkehrende Flüchtlinge ist lang und wird jeden Tag länger. Alle am Krieg beteiligten nationalistischen Parteien sind an ihnen beteiligt. Im muslimisch kontrollierten Una Sana etwa wurde ein alter serbischer Mann, der wieder in seiner Heimat leben wollte, ermordet. Auch in Sarajevo werden Serben daran gehindert, ihre alten Häuser wieder zu beziehen. Auf der anderen Seite erklärte der Flüchtlingsminister der Republika Srpska, Herr Vladusic, unlängst den Vertretern von 471 muslimischen Familien, die früher im heutigen Gebiet der bosnischen Serbenrepublik wohnten, daß sie in ihrer Heimat nicht erwünscht seien. Jeder Flüchtling weiß andere Geschichten zu erzählen. Die "ethnischen Säuberungen" haben nicht aufgehört.

Angesichts dieser Situation ist es kaum verwunderlich, daß von den immerhin rund 270.000 Flüchtlingen, die seit der Unterzeichnung des Daytoner Vertrags nach Bosnien-Herzegovina zurückgekehrt sind, fast alle in ihren Heimatorten zur ethnischen Mehrheit gehören. Nach Einschätzung des UNHCR sind dagegen nicht mehr als 10.000 Minderheitenangehörige an ihren ursprünglichen Wohnort zurückgezogen. Meist handelt es sich dabei um alte Menschen, die in ihrer Heimat den Lebensabend verbringen wollen. Nichts spricht momentan dafür, daß sich das Verhältnis in absehbarer Zeit verändern könnte, denn die Verantwortlichen aller Seiten ergreifen Maßnahmen, die den Minderheitsflüchtlingen eine Rückkehr auf Dauer verunmöglichen sollen. Dabei wird nicht nur direkte physische Gewalt angewandt, sondern auch andere, subtilere Methoden. So werden beispielsweise verlassene Wohnungen und Häuser bewußt und gezielt an Vertriebene der jeweiligen ethnischen Mehrheit verteilt, das Nachsehen haben die vertriebenen Eigentümer der Minderheit. Der Streit, wer denn nun in den Häusern leben darf, die ursprünglichen oder die neuen Bewohner, die nicht selten selbst Flüchtlinge sind, spaltet und hält die Dynamik des Hasses in Gang.

Auf diese Weise wird der mit dem Krieg begonnene Prozeß der Schaffung "ethnisch homogener Regionen" nun, nach dem Friedensschluß, langfristig zementiert. Die Bemühungen, in Bosnien-Herzegovina eine multiethnische Gesellschaft wiederherzustellen, drohen endgültig zu scheitern - mit unabsehbaren Folgen für die territoriale Integrität Bosnien-Herzegovinas, denn sowohl wichtige Protagonisten der Serbischen Republik, als auch die kroatischen Nationalisten wollen sich lieber heute als morgen ihrem "Vaterland" anschließen.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Minengefahr

Doch die Rückkehr der vor dem Krieg ins Ausland geflüchteten Menschen wird nicht nur durch nationalistische Intoleranz erschwert. "In manchen Regionen von Bosnien-Herzegovina herrscht eine Arbeitslosigkeit von 80%, im Durchschnitt dürfte sie über 60% liegen", weist Gabriela Bundela auf das schwerwiegendste soziale Problem für die Menschen in der Nachkriegsgesellschaft hin. "In Tuzla beispielsweise sind für die Wiederaufnahme des Betriebes in den Minen dringend Investitionen notwendig, doch wo soll das Geld herkommen? Außerdem besteht ein unvorstellbarer Mangel an Wohnraum. Viele Häuser sind komplett zerstört, andere schwer beschädigt. Und überall fehlt das Geld, um die Wohnungen zu renovieren", fügt sie hinzu. Wie sich unter diesen Bedingungen zurückkehrende Flüchtlinge neu einrichten und eine berufliche und persönliche Perspektive finden sollen, ist schwer vorstellbar. Unschwer kann man sich dagegen ausmalen, wie

die hohe Arbeitslosenrate, die auf nur etwa 100-200 Mark gesunkenen Monatslöhne und die Wohnungsnot von nationalistischen Politiker genutzt werden, um Stimmung zu erzeugen.

Ein anderes Problem sind die für den Beobachter zunächst unsichtbaren Kriegsschäden, z.B. die Minenverseuchung weiter Teile des Landes. Nach Schätzungen von Experten sind auf bosnischem Territorium etwa eine Million Minen versteckt und vergraben. "Bosnien wird ein gefährliches und stagnierendes Ödland bleiben, solange diese Gefahr besteht. Viele Wiederaufbauarbeiten und Entwicklungsprogramme können nicht beginnen, und Investitionen werden nicht fließen, bis dieses Problem zufriedenstellend gelöst ist", kommentiert das UNHCR die Aussichten. Doch das kann lange dauern. Selbst wenn tausend Entminer täglich arbeiteten - eine utopisch hohe Zahl, sind es heute doch nicht einmal die Hälfte -, müßten sie sich 33 Jahre lang abmühen, bis Bosnien minenfrei wäre.

Nicht nur der Wiederaufbau wird durch die Minengefahr gefährdet. Die Menschen müssen jeden Tag mit dem Risiko leben, zerfetzt zu werden: "Die Zahl der Verletzten und Toten durch die Minenzwischenfälle hatte sich bei etwa 50 pro Monat eingependelt, ist aber im April im Zusammenhang mit der Zunahme der Rückkehrer plötzlich auf 90 gestiegen. Man erwartet, daß die Zahl der Opfer drastisch zunehmen wird, wenn sich der Rückkehrprozeß während der Sommermonate beschleunigt", warnt das UNHCR.

Deutschland schiebt ab

Während sich in Bosnien-Herzegovina die Probleme häufen, haben die Politiker in Bonn und die Innenminister der Bundesländer hauptsächlich eine Sorge: Wie können möglichst bald möglichst viele Flüchtlinge aus Deutschland wieder nach Bosnien-Herzegovina geschickt werden? Welche Perspektiven die Menschen dabei dort erwartet, und wie sich ihre Rückkehr auf den Friedensprozeß auswirkt, interessiert die Herren dabei augenscheinlich wenig. Vor eineinhalb Jahren, am 26.1.1996, trafen sich die Innenminister der Länder in Bonn zu einer Sondersitzung und verabschiedeten die "Grundsätze über die Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien-Herzegovina". Mit Ausnahme von traumatisierten Personen, über 65-jährigen ohne Angehörige in Bosnien-Herzegovina, Zeugen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag und sich in Ausbildung befindlichen Schülern und Auszubildenden sollten den Grundsätzen zufolge bis spätestens Mitte 1997 alle alleinstehenden Erwachsenen, Erwachsene, deren EhepartnerIn oder Kinder in Bosnien-Herzegovina leben und alle Ehepaare ohne Kinder nach Bosnien-Herzegovina zurückkehren.

"Die Rückführung beginnt frühestens ab 1.7.1996 und soll Mitte 1997 beendet sein", steht in dem Dokument. Allerdings behielten sich die Innenminister eine "situationsbedingte Anpassung ihrer Beschlüsse" vor. Die wurde auch notwendig, denn die Situation vor Ort konnten selbst die abschiebewilligen Innenminister nicht ignorieren. Auf der Frühjahrssitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 3.5.1996 hielten sie im Protokoll fest, daß "eine zwangsweise Rückführung voraussetzt, daß keine Gefahr für das Leben und die Sicherheit der rückkehrenden Flüchtlinge bestehen darf." Aber grundsätzlich blieb es bei der Absicht, ab 1.7.1996 die "Rückführungen vorzunehmen." Auf der folgenden Sitzung am 19.9.1996 in Bonn hieß es im Protokoll, "daß grundsätzlich alle Bürgerkriegsflüchtlinge, die hier vorübergehend Schutz vor den Gefahren des Krieges gefunden haben, Deutschland wieder verlassen müssen." Aber auch: "Die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder betrachten die schleppende Entwicklung des zivilen Friedensprozesses, insbesondere die in Teilen Bosniens und Herzegovinas festzustellende Verfestigung ethnischer Trennung und die damit einhergehenden Sicherheits- und Freizügigkeitsdefizite mit Sorge." Dennoch wird betont, "daß nach Einschätzung der Bundesregierung auch zwangsweise Rückführungen ab dem 1.10.1996 möglich sind."

Am 26.3.1997 bekräftigten die Innenminister auf ihrer Konferenz in Schwerin noch einmal ihre Beschlüsse: "Die von der Innenministerkonferenz am 26.1.1996 beschlossenen Einzelheiten der ersten Rückführungsphase, in deren Verlauf bis Mitte 1997 alleinstehende Erwachsene, Erwachsene, deren Ehegatte und/oder minderjährige Kinder in Bosnien-Herzegovina leben sowie Ehepaare ohne Kinder nach Bosnien und Herzegovina zurückkehren sollen, wurden nicht geändert." Und außerdem: "Die Erstellung oder Verlängerung von Aufenthaltsbefugnissen kommt nicht mehr in Betracht." Am 6.6.1997 schließlich teilte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren mit, "daß die Rückführung der aus der Republika Srpska stammenden Flüchtlinge bosnischer und kroatischer Volkszugehörigkeit besondere Sensibilität erfordert. Sie stimmte deshalb darin überein, daß derzeit Abschiebungen dieser Personen im Grundsatz als nachrangig anzusehen sind."

Doch gerade die Ereignisse in Jajce Anfang August machen deutlich, daß eine Gefährdung der Minderheiten-Rückkehrer nicht nur in der Serbischen Republik, sondern auch in den von kroatischen Nationalisten kontrollierten Gebieten droht. Und was heißt "nachrangig"? Doch wohl, daß die Flüchtlinge in der Angst leben müssen, zwangsweise abgeschoben zu werden. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit sind tatsächlich bereits 260 Kriegsflüchtlinge aus Deutschland abgeschoben worden.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres kehrten aus Deutschland insgesamt etwas über 70.000 Menschen freiwillig nach Bosnien-Herzegovina zurück, die meisten von ihnen allerdings in Gebiete, in denen sie der nationalen Mehrheit angehören. Den noch hier lebenden 285.000 Flüchtlingen machen die Innenminister derweil das Leben in Deutschland so schwer wie möglich, um Druck auf sie auszuüben. Pässe werden eingezogen, die Sozialhilfesätze gesenkt und permanent droht die Abschiebung. Außenminister Kinkel sprach vor einigen Tagen davon, eine "Deluxe-Rückkehr" könne es nicht geben und kritisierte angebliche Vorstellungen von "Vollkaskosicherheit" unter den Flüchtlingen. "Vor dem Hintergrund der weiterhin ungelösten Sicherheitsprobleme in Bosnien müssen die Flüchtlinge Erklärungen dieser Art als zynisch empfinden", kommentiert die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl die Äußerungen Kinkels. Damit steht sie nicht allein: "Die deutsche Bundesregierung sollte von Deportationen in jedem Fall Abstand nehmen", meint auch Gabriela Bundela in Tuzla.

Boris Kanzleiter, 18.8.1997

Ein zweites Maulkorb-Urteil

Ebenfalls im April 1997 entschied der BGH in einem Revisionsverfahren bezüglich des im Raum Nürnberg-Erlangen erscheinenden deutsch-kurdischen Rundbriefes "Biji". In ihm werden hauptsächlich Erklärungen, Pressemitteilungen und Interviews von Funktionären der PKK, der "Nationalen Befreiungsfront" ERNK sowie der PKK-Volksbefreiungsarmee ARGK dokumentiert.

Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte den damals presserechtlich Verantwortlichen "Biji"-Redakteur wegen mittäterschaftlichen Verstoßes gegen das PKK-Verbot.

Die "einseitig zugunsten der PKK/ ERNK vorgenommene Auswahl der Erklärungen und der Zusammenhang mit den übrigen die Sache und die Ziele der PKK/ERNK vertretenen Textbeiträge, macht" - dem BGH-Urteil zufolge - die "Zielsetzung offenbar, die Druckschrift Biji gleichsam als Sprachrohr für die Propaganda der PKK/ERNK einzusetzen. Die damit betriebene Sympathiewerbung war konkret geeignet, das Ansehen der PKK/ERNK zu stärken."

Auch in dieser Entscheidung läßt der BGH einzig eine "distanzierte, kritische Berichterstattung" über die PKK bzw. eine Dokumentation von PKK-Texten zu, die sich innerhalb des "redaktionellen und journalistischen Zusammenhanges" jeglicher (positiver) Bewertung - selbst auf Waffenstillstandserklärungen und Angebote für eine politische Lösung durch die PKK - enthalten muß. Andernfalls muß mit einem Zensur-Urteil wie dem vorliegenden gerechnet werden.

5. Machtlose BAU-Gewerkschaft?

Autor: gw. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:37

Die konjunkturelle Krise und die strukturellen Veränderungen im Baugewerbe haben die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschoben. Das Testfeld für die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und IG BAU (Bauen-Agrar-Umwelt) liegt in den neuen Bundesländern. Nach der "Frühjahrsoffensive" der Baugewerkschaft mit Blockaden und Demonstrationen in Berlin (siehe ak 401) standen in letzter Zeit auf unterschiedlichen Ebenen Tarifverhandlungen an. Allerdings sind in Ostdeutschland der Gewerkschaft teilweise die Tarifpartner abhanden gekommen. Mit Streiks im ostdeutschen Baugewerbe versuchte die IG BAU die kleingewerblichen Bauunternehmen, die sich in der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg (FG) zusammengeschlossen haben, zur Übernahme der ausgehandelten westdeutschen Flächentarife zu zwingen.

Die Bauwirtschaft zählt zu den Schlüsselbranchen der bundesrepublikanischen Wirtschaft. Etwa jede siebte Mark und jeder neunte Arbeitsplatz sind von der Bauwirtschaft abhängig. Zwar gab es in den letzten Jahren einen starken Konzentrationsprozeß, doch sind nach wie vor etwa 80 Prozent der rund 60.000 Bauunternehmen Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. Rund 17 Prozent der Unternehmen haben bis zu 100 Beschäftigte, drei Prozent mehr als 100 Beschäftigte. Lediglich in 150 Unternehmen (0,25% aller Unternehmen) sind mehr als 500 Menschen beschäftigt. (1)

Viele Unternehmen haben mit Auslastungsproblemen zu kämpfen oder sind unterkapitalisiert. Die Unternehmen versuchen diese Auslastungsrisiken auf die Schultern der Beschäftigten abzuwälzen. Dabei handelt es sich durchaus um kein neues Problem. Auch wenn durch bestimmte Maßnahmen wie z.B. die noch bis vor einem Jahr gültige Schlechtwettergeldregelung das jahreszeitlich bedingte Auslastungsrisiko teilweise abgefedert wurde, war es in der Branche üblich, das auftragsbedingte Auslastungsproblem durch die Teilung in Stamm- und Randbelegschaften zu "lösen". Diese Teilung in unterschiedliche Belegschaftssegmente fand in der Regel nicht in einem Unternehmen statt, sondern durch die Einbeziehung von sogenannten Nachunternehmen. "Diese Fragmentierung des Produktionsprozesses entspricht also in der Form und in den Auswirkungen dem, was später in anderen Branchen als sogenannte Zuliefererproblematik bekannt geworden ist: die Herausbildung eines Randes von kleinen und kleinsten Unternehmen, die selbst zur Ausführung eines ganzen Bauauftrages technisch und vor allem ökonomisch gar nicht (mehr) in der Lage sind, sondern die nur im Unterauftrag für andere tätig werden können." (2)

Darüber hinaus haben drei große Strukturbrüche seit Beginn der neunziger Jahre die Probleme der Baubranche noch um einiges verschärft: erstens die Ausdehnung der westdeutschen Baukonzerne nach Osten und die danach einsetzende Anpassungskrise; zweitens der EG-Binnenmarkt mit der damit verbundenen Internationalisierung der Produktionsfaktoren, die größere Mobilität der Bauarbeiter und die Möglichkeit des Geräte-Leasings; drittens die Grenzöffnung nach Osteuropa, die das Angebot an Arbeitskräften auf den deutschen Baustellen um eine unbekannte Anzahl erhöht hat.

Mit der Verwandlung von stabilen in instabile Arbeitsverhältnisse und der Abwälzung der Auslastungsrisiken auf die Beschäftigten ist die Baubranche durchaus richtungweisend für die Entwicklung in anderen Wirtschaftszweigen. Die konjunkturelle Situation macht die Durchsetzung tariflicher Verbesserungen noch schwieriger.

Im vergangenen Jahr war die Bauproduktion erstmals seit der "Wiedervereinigung" rückläufig. Die realen Bauinvestitionen gingen gegenüber 1995 um 2,7 Prozent zurück. Für 1997 prognostiziert das Ifo-Institut einen weiteren Rückgang der Bautätigkeit im Osten und Stagnation im Westen. Im nächsten Jahr wird für den Ostteil Deutschlands ein verstärkter Rückgang erwartet, für den Westteil ein leichter Anstieg. Insgesamt rechnet das Ifo-Institut erst für 1998 mit einer Stabilisierung der Bauinvestitionen, während das DIW auch für 1998 einen leichten Rückgang der Bauinvestitionen erwartet.

Was sich volkswirtschaftlich nicht so schlecht anhört (die ökologische Seite verstärkter Bautätigkeit zunächst mal außen vor gelassen), kann für den einzelnen Betrieb und für die Beschäftigten heftige Konsequenzen haben. Die Zahl der Konkurse in der Branche ist unverändert hoch; immer mehr Bauarbeiter werden arbeitslos,

in der Bundesrepublik allein 1997 zwischen 80.000 und 100.000. Der IG-BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel erwartet sogar einen Verlust von 550.000 Arbeitsplätzen in den nächsten drei Jahren, wenn die Politik der Bundesregierung unverändert bleibt.

Die Offensive der Unternehmer

Angesichts der strukturellen und der konjunkturellen Schwierigkeiten sehen die Unternehmer die Zeit gekommen, weitere Deregulierungen durchzusetzen und die Löhne zu senken. Die Bauunternehmen forderten bei der Tarifverhandlung für das westdeutsche Bauhauptgewerbe eine Nullrunde, die Halbierung des 13. Monatsgehaltes und die Einhaltung der gesetzlichen Regelung von 80 Prozent Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Die IG BAU dagegen forderte 2,9 Prozent mehr Lohn und eine hundertprozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Diese Forderung war in der Baubranche nach der Gesetzesänderung besonders schwierig durchzusetzen, da hier keine tarifliche Festlegung existierte, sondern die gesetzliche Regelung zur Anwendung kam. Gegen den von Schlichter Heiner Geißler vorgelegten Schiedsspruch gab es gewerkschaftsintern erheblichen Widerspruch, so daß er von fast allen Landesbezirken der IG BAU abgelehnt wurde.

Insbesondere die Regelung der Lohnfortzahlung stieß auf Empörung, denn in den ersten drei Wochen Krankheit sollte die 80-Prozent-Regelung gelten. Bei mehr als drei Wochen Krankheit werden pro weiteren Krankheitstag zwei Stundenlöhne des 13. Einkommens gekürzt. Darüber hinaus konnten die Arbeitgeber eine Kürzung des 13. Monatsgehaltes auf 77 Prozent (von 169 auf 130 Stunden) durchsetzen. Schließlich wurden auch noch niedrigere Einstiegslöhne vereinbart. Ungelernte deutsche Bauanfänger werden für sechs Monate in der Mindestlohngruppe VIII (17 DM) eingruppiert. Sie befinden sich also in trauter Eintracht mit den unter die Mindestlohnregelung fallenden ausländischen Kollegen. Danach gibt es 19 DM, nach weiteren zwölf Monaten 20,62 DM. Bei Aufnahme von Arbeit nach einer Erwerbslosigkeit von mehr als neun Monate beträgt auch für gelernte Arbeiter der Einstiegsstundenlohn 19 DM. Bisher mußten sie sofort mit 21,37 DM bezahlt werden. Die Lohnerhöhung von 1,3 Prozent reicht noch nicht einmal ansatzweise an die Inflationsrate heran.

Selbst dieser Schlichterspruch, der erhebliche Lohnkostensenkungen enthielt, ging der Arbeitgebervereinigung Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg viel zu weit. Sie sah sich in ihrem Schritt bestätigt, die Bundes-Tarifgemeinschaft zu verlassen. Die IG BAU forderte Nachverhandlungen, um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle doch noch durchzusetzen, bot aber gleichzeitig einen Kostenausgleich an anderer Stelle an. Der vom IG-BAU-Vorsitzenden Wiesehügel als "großer Tariferfolg" abgefeierte neue "Kompromiß" ist bestenfalls eine Lachnummer. Für die ersten drei Krankheitstage wurden weiterhin 80 Prozent Lohnfortzahlung vereinbart. Strafverschärfend werden den krankgewordenen Baubeschäftigten in den ersten drei Tagen je Krankheitstag zwei Arbeitsstunden vom 13. Monatsgehalt abgezogen, das schon von 169 auf 130 Stunden reduziert wurde. Ebenso werden ab der vierten Krankheitswoche zwei Arbeitsstunden vom 13. Monatslohn abgezogen. Der Trost für die Beschäftigten: Mehr als 28 Stunden im Jahr dürfen nicht abgezogen werden. Als zusätzliche Kompensation wird das Urlaubsgeld von 30 auf 25 Prozent eines Monatslohnes reduziert.

Die Unternehmer des westdeutschen Bauhauptgewerbes waren mit dieser Nachverhandlung mehr als zufrieden. Allein beim Urlaubsgeld sparen sie rund 275 Mio. DM ein. So haben sie schon auf diesem Weg einen großen Teil der 400 Mio. DM wieder eingespielt, die die "Lohnfortzahlung" kostet. Es handelt sich also für die Gewerkschaften noch nicht einmal um einen Teilsieg, denn die Kosten der Lohnfortzahlung zahlen allein die Beschäftigten. Zumindest vereinzelt gab es innergewerkschaftlichen Protest gegen diesen "Kompromiß". Betriebsräte aus dem Frankfurter Baugewerbe teilten der Großen Tarifkommission ihre Ablehnung mit, da mit der Annahme dieses Ergebnisses auf Jahre hinaus die gewerkschaftliche Kampfkraft geschwächt werde. Vorsichtshalber ließ es die IG BAU bei der Zustimmung der Großen Tarifkommission bewenden und erntete "wegen ihrer Zugeständnisse" ein dickes Lob vom Präsidenten des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie (HDB) Otmar Franz.

Für Ostdeutschland war dieser Abschluß allerdings nicht übernahmereif. Hier setzte sich der HDB zum Ziel, die Tariflandschaft neu zu ordnen, die Löhne einzufrieren und die Tarifverträge zu öffnen. Eine weitere Erhöhung der Ostlöhne sei erst dann möglich, wenn die Produktivität an den Westen angepaßt sei. Darüberhinaus soll es, so die Vorstellung der Bauunternehmer, kein 13. Monatsgehalt und keine volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle geben.

Kein Flächentarifvertrag für den Osten?

Gerade in der mittelständischen Bauwirtschaft in Ostdeutschland fällt der Flächentarifvertrag immer weiter auseinander. Nachdem Ende März die Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg die zentrale Arbeitgeberorganisation verlassen hatte, folgten das Baugewerbe Thüringen und der Baugewerbeverband Mecklenburg-Vorpommern. Die Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg vertritt die mittelständischen Betriebe und das Handwerk in dieser Region. Ihr Ziel ist die Kürzung der Löhne um zehn Prozent und die Einfügung einer betrieblichen Öffnungsklausel ohne Beteiligung der Gewerkschaften. Konsequenterweise wird von ihr die Forderung der IG BAU, den westdeutschen Tarifabschluß zu übernehmen, abgelehnt. Angesichts der Blockade der FG, die die separaten Tarifverhandlungen am 17. Juni platzen ließ, lief alles auf Streik hinaus. Noch am selben Tag gab es in Berlin eine Protestdemonstration von 3.500 Bauarbeitern. In Berlin stimmten 89% der Gewerkschaftsmitglieder für Streik, der aber eher kleinflächig angelegt war. Den Auftakt machten 600 Beschäftigte in 20 mittelständischen Betrieben in Berlin. Selten wurden einmal mehr als 1.000 Beschäftigte in den Ausstand gerufen. Auf dem Wittenbergplatz wurde ein Streikzelt aufgebaut. Der "Streik-Express" (die offizielle Streikzeitung) berichtete regelmäßig über Aktionen und den Stand der Dinge.

Nachdem der Streik in Berlin die FG nicht an den Verhandlungstisch zurückbrachte, wurden auch die Gewerkschaftsmitglieder im Bezirk Potsdam zur Urabstimmung aufgerufen. Auch hier stimmten 86,4% für Streik. Der Berliner Streikleiter Rainer Knerler verkündete, angesichts der geringen Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber werde man im Notfall auch "bis zum Winter" streiken.

Noch während des Streiks kam es zu einer schnellen Einigung der Gewerkschaft mit der ostdeutschen Bauwirtschaft (hier sind im Gegensatz zum Baugewerbe die größeren Unternehmen vertreten) mit weitgehenden tarifpolitischen Zugeständnissen der IG BAU. Die vom Arbeitgeberverband gekündigte Tarifangleichung der ostdeutschen Löhne und Gehälter an das Westniveau ab Oktober 1997 wurde nicht wieder in Kraft gesetzt. Die Tariflöhne bleiben bis zum März 1998 bei 93,8% des Westlohns. Des weiteren wurden betriebliche Öffnungsklauseln vereinbart, die es einzelnen Betrieben erlauben, die Tariflöhne um 10 Prozent zu kürzen, wenn im Gegenzug auf betriebsbedingte Kündigungen, Kurzarbeit oder Auftragsvergabe an Subunternehmer verzichtet wird. Die Tarifpartner haben dabei ein einwöchiges Einspruchsrecht. Verbunden war der Abschluß mit einem Appell an die zuvor aus dem zentralen Arbeitgeberverband ausgetretenen Verbände des Baugewerbes, sich diesem wieder anzuschließen. Der Landesvorsitzende der IG BAU Berlin-Brandenburg, Pankau, sah in diesem Abschluß die Korrektur von "Fehlentwicklungen", die auch von der Fachgemeinschaft Bau für ihre Betriebe akzeptiert werden könnte.

Obwohl der Abschluß den Forderungen der FG schon sehr nahe kam, zeigte diese keinerlei Bereitschaft, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ihr Ziel ist klar: die Einrichtung eines tarifungebundenen und gewerkschaftsfreien Unternehmenszusammenschlusses.

Auf diesen tarifpolitischen Schlag folgte gleich der nächste. Die Arbeitgeberverbände und die IG BAU einigten sich auf eine weitere Senkung des Mindestlohnes, der vom 1. September an auf westdeutschen Baustellen nur noch 16 DM (statt 17) und im Osten nur noch 15,14 DM (bisher 15,64 DM) betragen soll. Diese Regelung soll - wie das Arbeitnehmerentsendegesetz - zwei Jahre gelten.

Auch die Zustimmung der Gewerkschaften zu diesen tarifpolitischen Deregulierungen und Lohnsenkungen konnte die FG Bau nicht bewegen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Am 25.7. wurden die Tarifgespräche abgebrochen. Die IG BAU reagierte darauf nicht mit einer Ausweitung des Streiks, sondern nahm den "Häuserkampf" auf und entwickelte "konzentrierten Druck", um mit den jeweiligen Betrieben Haustarife abschließen zu können. Das bedeutet nichts anderes als eine schleichende Einstellung von Arbeitskampfmaßnahmen. Am 20.8. befanden sich noch 200 Beschäftigte aus sechs Unternehmen im Streik. Der IG BAU ist es wohl in den meisten Unternehmen der Fachgemeinschaft mit mehr als 50 Beschäftigten gelungen, Haustarifverträge abzuschließen. Damit arbeiten - nach unterschiedlichen Zahlenangaben - die Hälfte oder oder gar drei Viertel aller Beschäftigten Berliner und Brandenburger Baubetriebe ohne gültigen Tarifvertrag. Die Fachgemeinschaft will nun mit den Beschäftigten einzelvertragliche Regelungen vereinbaren, die die bisherigen tariflichen Verträge unterlaufen können. Das selbstgesteckte Ziel der IG BAU, nämlich die Übernahme des schon drastisch abgespeckten Westtarifvertrages in allen Unternehmen, wurde nicht erreicht. Es ist offenkundig, daß mit der Strategie des Nadelstichstreiks, wie jetzt im Tarifbezirk Berlin-Brandenburg vorexerziert, die Offensive der Unternehmer nicht gebremst werden kann.

Die Entwicklung auf dem Bau wird zum Anlaß genommen, die Deregulierung weiter voranzutreiben und tarifpolitische Vereinbarungen in den Wind zu schießen. Für die IG BAU wäre es dringend erforderlich, die ausländischen Kollegen in den Kampf einzubeziehen. Weder ein Mindestlohn noch ein Entsendegesetz noch der Ruf nach mehr Kontrollen und Razzien wird verhindern, daß Tarifverträge unterlaufen werden. Die Probleme, die sich durch die strukturellen Veränderungen nach 1989 ergeben haben, lassen sich nur noch durch eine die Ländergrenzen übergreifende gewerkschaftliche Zusammenarbeit beheben. Eine Rückkehr auf nationalstaatliche Regelungen wird es nicht geben können.

In Berlin hat ein Solidaritätsstreik britischer Bauarbeiter stattgefunden, der nur kurze Erwähnung in der gewerkschaftlichen Streikzeitung fand. Gemeinsame Aktionen sind also möglich, wenn sie nur gewollt werden. Aber schon bei früheren spontanen Streiks italienischer Bauarbeiter verweigerte die Gewerkschaft ihre Unterstützung und zog sich auf die Rechtslage zurück.

Ohne entschiedenen Widerstand der auf dem Bau Beschäftigten, gleich welcher Herkunft und Nationalität, wird die derzeitige Entwicklung nicht aufzuhalten sein. Dann sind auch massive Konflikte unter den Kollegen zu erwarten. Zur Zeit haben die Kapitalisten wohl die besseren Karten und nutzen die schwierige Situation voll für ihre Interessen aus.

gw., 21.8.97

Anmerkungen:

1.) Bei diesen Zahlen muß beachtet werden, daß ein Großteil der statistischen Angaben auf Schätzwerten beruht, da in der Statistik nur die Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten erfaßt werden, die aber nur rund 20 bis 25 Prozent der Unternehmen ausmachen.

2.) Gerd Syben: Zur Aktualität der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in der Bauwirtschaft der Bundesrepublik, in MEMO-FORUM, Zirkular der "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" Nr. 25, S. 70

6. Zapatistas in Spanien. Interkontinental gegen Neoliberal. Über Sinn und Unsinn von Weltkongressen

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:13

"505 Jahre nach der Conquista betreten wir, die aufständischen Indígenas, europäischen Boden, um unseren Wünschen Gehör zu verschaffen: Wir wollen Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle fünf Kontinente." Mit dieser Grußbotschaft der kleinen zapatistischen Delegation wurde das "Zweite interkontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus" in Spanien eröffnet. Vor genau einem Jahr versammelten sich rund 3.000 Menschen aus 42 Ländern im lakandonischen Urwald von Chiapas, um dem "Ersten Interkonti" beizuwohnen. Bei dessen Abschlußveranstaltung am 3.8.1996 unterbreitete die EZLN durch Subcomandante Marcos den Vorschlag, das nächste Treffen dieser Art im darauffolgenden Jahr in Europa durchzuführen. Gesagt, getan.

Zwischen beiden Großereignissen blieb nur ein kurzes Jahr zur Vorbereitung. Als mögliche Austragungsorte standen das Wendland in der BRD, Spanien, Belgien im Verbund mit Nordfrankreich und schließlich Mailand zur Debatte. Die Würfel fielen Ende 1996 zugunsten Spaniens. Weiträumig über dessen Territorium verteilt wurden - wie auch letztes Jahr in Chiapas - fünf Orte ausgewählt, die durch soziale Widerstände geprägt sind und denen zudem zugetraut wurde, die Infrastruktur für ein derart großes Treffen bereitstellen zu können: Der Ouvertüre in Madrid folgte die Dezentralisierung der Anwesenden in Arbeitsgruppen nach Barcelona, Madrid, El Indiano und Almuñecar in Andalusien sowie nach Ruesta in Aragón. Schließlich sollten sich alle im äußersten Süden Spaniens, in der besetzten Finca El Indiano bei Cadiz, zum feierlichen Abschluß wiederfinden.

Dezentrale Organisation

Zentralistisch war das Treffen keineswegs organisiert. Jeder Ort - und dort jede einzelne Vorbereitungsgruppe, allein in Barcelona waren es neun - hatte dezentral die Verantwortung für Tagungsablauf, Versorgung und Unterkunft übernommen und konnte auf sehr verschiedene Ressourcen und Kapazitäten zurückgreifen. Dabei kam es zu nervenaufreibenden Mängeln wie auch zu einer faszinierenden Effektivität dezentraler Organisation.

Zumindest für die rund 800 der insgesamt 2.500 TeilnehmerInnen, die zu den Tagungsorten Barcelonas reisten, sollte sich die Lage nach der wenig geglückten Auftaktveranstaltung in Madrid entspannen. Ihr Sonderzug, der über den Bahnhofslautsprecher als "Zug für die Menschlichkeit" angekündigt wurde, fand einen herzlichen Empfang. Nach einer gemeinsamen Eröffnungsveranstaltung wurden die TeilnehmerInnen zu den verschiedenen Tagungsorten im Großraum der Mittelmeermetropole gebracht. Diese waren überwiegend besetzte Häuser, aber auch öffentliche Bürgerzentren, Schulen oder etwa Räumlichkeiten von Nachbarschaftsinitiativen. Erstaunlich war hier, wie viele verschiedene Gruppen in gemeinsamer Koordination den organisatorischen Rahmen für das Treffen ermöglichten: Von HausbesetzerInnen, traditionellen Soli-AktivistInnen, über kirchliche Gruppen bis hin zu gewerkschaftlichen Basisgruppen, sowohl von der größten spanischen Gewerkschaft, den kommunistischen Comisiones Obreras, als auch von der anarchistischen CGT.

Inhaltlich waren die Arbeitsgruppen an den Themenblöcken des vergangenen Jahres orientiert: ökonomische und politische Analysen des Neoliberalismus und denkbare Alternativen, Kämpfe um Kultur, Bildung und Information, Kämpfe um Land und ökologische Fragen sowie die Kritik jeglicher Formen von Marginalisierung. Spezifische Arbeitsgruppen, die sich mit antipatriarchalen Kämpfen beschäftigten, erfuhren einen stärkeren Zulauf als noch im vergangenen Jahr. Neben der Darstellung der vielfältigen Widerstandsformen sollte dieses Jahr jedoch in erster Linie deren "Vernetzung" im Vordergrund stehen. Schließlich hatte die EZLN durch Subcomandante Marcos im vergangenen Jahr in La Realidad verlauten lassen, daß ein "gemeinsames Netz alternativer Kommunikation und aller spezifischen Kämpfe und Widerstände" geschaffen werden solle, das freilich "weder ein Leitungs- noch ein Entscheidungszentrum besitzen noch hierarchische Strukturen haben dürfe."

In der Abschlußerklärung des Treffens in Spanien wurde schließlich die Solidarität mit der EZLN betont, der Abzug des mexikanischen Militärs aus Chiapas und die Umsetzung der "Vereinbarungen von San Andrés" zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung gefordert. Außerdem soll es am 10. Oktober diesen

Jahres einen internationalen Kampftag zur Unterstützung der Zapatistas in Chiapas geben. Wenigstens in diesen wenigen Momenten, in denen es um die Solidarität mit Chiapas ging, waren sich - wie auch im vergangenen Jahr - alle TeilnehmerInnen einig und die strapaziösen Tage kurzzeitig vergessen: "Zapata vive, la lucha sigue".

Auswertung

ist erforderlich

Eine politische Einschätzung des Treffens soll vor allem im Hinblick auf die in den kommenden Monaten anstehende Auswertung in einzelnen Gruppen, regional, national und international vorgenommen werden. Das ist nicht ganz einfach, da nicht nur die Erwartungshaltungen sehr unterschiedlich waren, sondern im ganzen Vorbereitungsprozeß einiges schief lief, was nicht unbedingt den OrganisatorInnen zuzuschreiben ist.

Zentral ist wohl, wenn es denn um internationalen Austausch, Lernprozesse und die Organisierung vielfältiger Formen des Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung gehen soll, daß das Treffen überhaupt stattgefunden hat - und dies, wie Iñaki García, einer der zentralen Organisatoren in Barcelona betont, ohne auf irgendwelche institutionalisierte und in logistischen Problemen geübte Strukturen zurückzugreifen. Doch auch aus anderer Perspektive handelt es sich um einen wichtigen symbolischen Schritt über das erste Treffen hinaus. Denn das zweite Interkonti wurde nicht von den Zapatistas organisiert, sondern unabhängig von ihnen und nicht fokussiert auf die Solidarität mit dem Aufstand in Chiapas und Mexiko.

Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß bei den interkontinentalen Treffen nun das gesamte weltweite Spektrum emanzipatorischer Politik vertreten sei oder daß es sich gar um eine Art "Kern" des Widerstandes gegen Neoliberalismus handle. Aber die "internationale zapatistische Bewegung", so heterogen und diffus sie auch ist, bildet doch einen Teil davon, dazu einen recht dynamischen. Ob und wie sie sich in Zukunft von ihrem direkten Bezug auf Chiapas löst, ist eine offene Frage. Denn auch bei diesem Treffen - und das muß bei den TeilnehmerInnen wie auch anderen Interessierten in den kommenden Monaten zuvorderst diskutiert werden - blieb relativ unklar, was über die Solidarität mit Chiapas hinaus das Verbindende ist. "Gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" - das wird schnell zur Chiffre, unter der scharfe (solidarische) Auseinandersetzungen eher unterbleiben.

Diese vordergründige Homogenität der Themen kann nicht über die tatsächlich heterogenen Interessen der TeilnehmerInnen hinwegtäuschen. Da forderten diejenigen mit streng gewerkschaftlicher Orientierung, die Arbeitszeit zu reduzieren, was andere zu der grundsätzlichen Kritik ermunterte, daß hiermit weder das offensichtliche Problem der zunehmenden Prekarisierung der Arbeit gelöst noch eine grundsätzliche Kritik kapitalistischer Herrschaft und Lohnarbeit geleistet werde. In der Arbeitsgruppe zu alternativer Ökonomie spaltete man sich sogar in drei Untergruppen, die so unterschiedliche Dinge wie gerechten Handel, (Re-)Produktion außerhalb des Marktes, die Kooptierung oppositioneller NGOs durch den Staat und die Alltagskämpfe von HausbesetzerInnen diskutierten. Das bunte Bild komplettierte schließlich eine Gruppe von TierrechtlerInnen, die mit ihrem Anliegen, die faschistoiden Ideen Peter Singers zu propagieren, beinahe die Abschlußveranstaltung sprengten.

Unter diese Rubrik fällt - wie auch im vergangenen Jahr in Chiapas - die Teilnahme vieler Kollektive und Individuen, die weiterhin ihre Interpretationen und Wahrheiten verbreiteten, ihre Politikformen als einzig richtige durchsetzen möchten und nicht bereit sind zuzuhören und voneinander zu lernen. Dies kann nicht an einzelnen politischen Gruppen oder Vertretern bestimmter Weltanschauungen festgemacht werden. Solche Verhaltensweisen ziehen sich quer durch den gesamten TeilnehmerInnenkreis hindurch. Fast scheint es so, als verhielten sich manche eher instrumentell zur "internationalen zapatistischen Bewegung" - immer dann zur Stelle, wenn sich radikale Politik formiert. Ansonsten scheinen sie aber nicht viel davon verstehen zu wollen, warum andere die aus Chiapas und Mexiko kommenden Anstöße aufnehmen und sehr unterschiedlich verarbeiten. Auch diese fehlende Lernbereitschaft mancher TeilnehmerInnen wird ein wichtiger Aspekt in den kommenden Auswertungen werden.

Mängel bei der Vorbereitung des Treffens

Das grundsätzliche Problem einer derart heterogenen Zusammenkunft wurde durch einen weiteren Mangel des "Encuentros" noch verschärft: In fast allen Arbeitsgruppen war eine inhaltliche Vorbereitung de facto nicht

vorhanden. Bei einigen Gruppen wurden zwei der vier Tage, die zur gemeinsamen Diskussion verfügbar waren, dazu genutzt, sich vorzustellen und den Modus der Diskussion, der Moderation und der Übersetzung abzuklären. Vor allem bei den lateinamerikanischen TeilnehmerInnen, die bislang nur wenig Erfahrung mit der westeuropäischen Linken machen konnten, war die Enttäuschung über die lasche Verfahrensweise deutlich spürbar. Auch Iñaki García hat das Problem der fehlenden inhaltlichen Vorbereitung eingestanden. Doch beteuert er, daß allein mit der formalen Seite der Organisation die Zeitressourcen völlig ausgeschöpft wurden. Eine darüber hinausgehende Vorbereitung hätte, wenn überhaupt, nur über eine weitreichendere europäische Arbeitsteilung funktionieren können, was zwar versucht wurde, aber kaum gelang.

Aber auch die an den Vorbereitungen beteiligten europäischen Gruppen außerhalb Spaniens waren monatelang mit zähem "Orga-Kram" befaßt. Dadurch kam die inhaltliche Arbeit regelmäßig zu kurz. Manche stöhnten bei dem Gedanken, daß das nächste Treffen schon im kommenden Jahr stattfinden soll. Alle zwei Jahre "interkontinental gegen neoliberal" würde regionale Widerstände vielleicht eher stärken. Andererseits muß auch erwähnt werden, daß solche "Encuentros" für viele - und es waren ja längst nicht alle an der Organisation beteiligt - durchaus motivierend und inspirierend auf die weitere politische Arbeit wirken. Bleibt zu hoffen, daß am Ende nicht wieder die typische "Durchlauferhitzermotivation" als Resultat übrig bleibt.

Anhand dieser ersten Einschätzungen und Stimmungen läßt sich jedoch unmittelbar eine weitere und umfassendere Gefahr illustrieren: Wenn derart viele Arbeits- und Zeitressourcen allein für die formal-organisatorische Vorbereitung absorbiert werden und inhaltliche Diskussionen und Auseinandersetzungen darunter leiden, dann ist man nicht mehr allzuweit davon entfernt, eine Art "postmoderne Wasserkopfpolitik" zu betreiben. Ein Wasserkopf, weil - wie auch bei früheren Beispielen - entgegen des expliziten Anspruchs der Bezug zu sozialen Kämpfen und Bewegungen zugunsten einer immer perfekteren Kongreßplanung und der dazugehörigen "Vernetzung" vernachlässigt werden könnte. Postmodern, weil - nun entgegen früherer Beispiele, die zumindest einen klaren politischen Bezug hatten - hier eine kultivierte, als Pluralismus getarnte inhaltliche Beliebigkeit eben wegen des Zeitmangels überhand nehmen könnte.

Zudem besteht, und auch das spiegelt sich trotz aller organisatorischen Sachzwänge im Vorbereitungsprozeß, ein sehr selektiver, formaler und durchaus naiver Bezug auf "zapatistische Politik". Bereits Anfang dieses Jahres wurde eine internationale Umfrage durch die Welt des Internet gejagt, die dem inhaltlichen Vorbereitungsprozeß zugute kommen und zugleich dem basisdemokratischen Anspruch der EZLN entsprechen sollte. Die Highlights unter den mit Ja oder Nein zu beantwortenden Fragen: "Das Treffen soll Räume zum Austausch von Ideen, Praktiken und Wünschen öffnen" oder "wir wollen, daß Männer und Frauen gemeinsam voranschreiten, wobei die wirkliche Beteiligung der Frauen gefördert werden soll." Ein weiteres Beispiel für das Kopieren zapatistischer Politik ist die Dezentralisierung des "Encuentros" an fünf Orten, was zu übergroßem Transportaufwand und -kosten führte.

Das deutlichste Indiz für diese Art des selektiven Bezugs ist jedoch die idealisierende Fehlwahrnehmung von Teilen der Chiapas-Solidarität hinsichtlich basisdemokratischer Prinzipien der EZLN. Denn das Treffen im vergangenen Jahr hätte nie und nimmer die Effizienz erreichen können, wenn nicht eine straffe und durchaus hierarchische Organisierung zugrunde gelegen hätte. Jede Arbeitsgruppe in Chiapas hatte eine speziell aufs Thema vorbereitete Moderation und Protokollführung. Die Menschen, die sich dieser Arbeit widmeten und somit für die inhaltliche Vorbereitung verantwortlich waren, wurden nicht durch Umfragen bestimmt, sondern von der EZLN-Spitze - im Einvernehmen mit der Prominenz der zapatistischen "Zivilgesellschaft" - nach politischen und qualitativen Kriterien ausgewählt.

Mittlerweile ist wieder Ruhe eingekehrt in die besetzten Häuser und Finkas, Bürgerzentren und Zeltplätze in Spanien. Bleibt zu hoffen, daß die Mängel und Kurzschlüsse nicht nur dort diskutiert werden, um für ein mögliches "Drittes Encuentro" zu lernen - zur Disposition stehen Brasilien, Mexiko-Stadt, Marokko oder wieder Chiapas.

In den kommenden Monaten steht eine umfassende Auswertung des Treffens und der dort aufgeworfenen Fragen an. Wer bezieht sich weiterhin auf eine im weitesten Sinne verstandene "zapatistische Politik"? Wie wird die allerorten beschworene "Vernetzung" weiter vorangetrieben? Deutlich wurde etwa am mehrmonatigen Vorbereitungsprozeß für das Treffen in Spanien und dort selber, daß Vernetzung ohne klare Verantwortlichkeiten und ohne ein großes Maß an Vertrauen und Lernbereitschaft nicht geht. Dennoch bleibt

grundsätzlich die Idee, Räume für verschiedene Formen oppositioneller Politik auch auf internationaler Ebene zu schaffen, sich darüber streiten aber auch "vernetzen" zu können, ebenso interessant, wie der darin zum Ausdruck kommende Bezug zu einer neuen Solidaritätspolitik.

Ulrich Brand/Jens Winter,

August 1997

Dieser Beitrag erschien erstmals in der Septemberausgabe der Blätter des iz3w.

Am 13./14. September wird es in Berlin ein Nachbereitungstreffen für das Zweite Interkontinentale Treffen geben. Ort und Zeit können erfragt werden beim FDCL, Montag 19-22 Uhr, Tel. 030/ 6934029.

7. USA: Sieg gegen den Paketgiganten UPS. Transportgewerkschaft erkämpft Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte

Transportgewerkschaft erkämpft Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte bei UPS

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:28

Da lacht das Herz: Zwei Wochen lang streikten 185.000 Beschäftigte des Paketlieferanten UPS - der größte Arbeitskampf in den USA seit 20 Jahren. Und sie haben gewonnen. Der Sieg der Teamsters wird den bitter notwendigen innergewerkschaftlichen Reformprozeß beschleunigen.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand das Thema Teilzeit. Rund 60 Prozent der 308.000 UPS-(United Parcel Service)-Angestellten haben Teilzeit-Verträge mit wesentlich schlechteren Bedingungen als ihre Vollzeit-KollegInnen. Die Firma begründet dies mit dem unregelmäßigen Arbeitsanfall. So dauert die nächtliche oder frühmorgendliche Paketverteilung in den Depots oft nur drei oder vier Stunden. Tatsächlich arbeiten viele part-timers aber zwei Schichten hintereinander oder machen so viele Überstunden, daß sie doch auf 40 Wochenstunden (oder sogar mehr) kommen.

Der Einstiegslohn für UPS-Teilzeitkräfte liegt seit 1982 (!) unverändert bei acht Dollar die Stunde (und steigt im Laufe der Zeit auf bis zu 14 Dollar an), bei Vollzeit gibt es 19,95 Dollar. Außerdem erhalten Teilzeitkräfte schlechtere Sozialleistungen (z.B. keine Versicherung für Zahnbehandlungen oder Brillen). Die Transportgewerkschaft International Brotherhood of Teamsters verlangte deswegen, manche Teilzeit- in Vollzeitstellen umzuwandeln und die Einstiegslöhne deutlich zu erhöhen. Beides wurde - mit Abstrichen - durchgesetzt: So hat sich UPS verpflichtet, in den kommenden fünf Jahren insgesamt 10.000 neue Vollzeitstellen zu schaffen und den Einstiegslohn um 4,10 Dollar zu erhöhen (der Vollzeit-Stundenlohn steigt währenddessen um 3,10 Dollar). UPS hatte zunächst nur 1.000 neue Vollzeitjobs und 2,50 Dollar mehr angeboten.

Ein weiterer Konflikt ging um den Wunsch der Firma, aus dem überbetrieblichen Pensionsfonds der Teamsters auszusteigen und eine Betriebsrente einzuführen. Auch hier konnte sich die Gewerkschaft durchsetzen: Es bleibt bei der bisherigen Regelung.

Diesmal ging es nicht um einen reinen Lohnkampf, sondern um Solidarität mit Schwächeren. Darauf wies die Gewerkschaft immer wieder hin - sowohl bei der internen Mobilisierung als auch bei der Propaganda nach außen: Solidarität der relativ gutgestellten VollzeitarbeiterInnen mit ihren Teilzeit-KollegInnen, Solidarität der UPS-Leute mit den Beschäftigten kleinerer Firmen, deren Renten aus dem Teamster-Pensionsfonds bei einem UPS-Alleingang möglicherweise gefährdet worden wären.

Die Gewerkschaft protestierte auch gegen die miesen Arbeitsbedingungen: Jeder Schritt der UPS-Beschäftigten wird kontrolliert, bis hin zu Anweisungen, wie der Zündschlüssel umzudrehen ist. Selbst das Handelsblatt (20.8.) zeigt da Mitleid: "Die Beschäftigten in den Verteilungszentren schuften wie die Galeerensklaven gegen die Uhr und gegen die ständigen Aufforderungen über Lautsprecher, noch schneller zu sortieren." 1994 verdoppelte die Firmenleitung im Alleingang das Höchstgewicht der Pakete auf 68(!) Kilogramm mit entsprechend mehr Unfällen und Gesundheitsschäden bei den Beschäftigten (dagegen gab es damals einen mehr oder weniger spontanen landesweiten Streik, der aber schon nach einem Tag zusammenbrach). Die Fluktuation unter den Teilzeitkräften ist enorm hoch. Gleichzeitig ist UPS hoch profitabel: Bei einem Jahresumsatz von gut 22 Mrd. Dollar strich die Firma 1996 fast 1,2 Mrd. Dollar Gewinn ein. Mit ihrem Motto "Part-time America won't work" gelang es der Gewerkschaft, den Streik als gemeinsamen Aufstand gegen ungeschützte Teilzeitjobs und gegen einen skrupellosen Großkonzern darzustellen.

Die moralische Autorität der Gewerkschaftsforderungen trug zu der erstaunlich großen öffentlichen Sympathie für die Streikenden bei (laut einer CNN-Umfrage waren 55 Prozent für den Streik, nur 27 Prozent dagegen). Diese Sympathie war sicher ein wichtiger Faktor für den positiven Streikausgang - vor allem, weil sich der Staat dieses Mal einigermaßen neutral verhielt, anstatt aktiv den Streik zu zerschlagen. So kam es nur vereinzelt zu gewaltsamen Polizeiübergriffen gegen Streikposten, und US-Präsident Bill Clinton wies die

Forderung der UPS-Bosse zurück, den Streik zu einer "Bedrohung der nationalen Sicherheit" und damit für illegal zu erklären.

Dies ist ein riesiger Unterschied zu vielen kleineren und größeren Streiks der vergangenen 20 Jahre. So wurde der letzte große Streik in den USA 1978 von dem demokratischen US-Präsidenten Jimmy Carter verboten (damals streikten 160.000 Bergleute drei Monate lang). Drei Jahre später zerschlug der neugewählte republikanische Präsident Ronald Reagan einen Streik der Fluglotsengewerkschaft PATCO. In den folgenden Jahren wurde immer wieder die Nationalgarde gegen Streikende eingesetzt.

Streikverlauf

Der Streik begann am 4. August 1997 kurz nach Mitternacht. In einer Urabstimmung hatten sich Mitte Juli rund 95 Prozent für einen Streik ausgesprochen. An dem Ausstand beteiligten sich die rund 185.000 gewerkschaftlich organisierten UPS-Beschäftigten in den rund 2.400 UPS-Depots und Filialen. Außerdem schlossen sich rund 2.000 Piloten einer anderen Firma an, die für UPS den Lufttransport ausführt.

Mit Hilfe von Verwaltungsangestellten konnte UPS gerade mal 10-15 Prozent seines Umsatzes aufrechterhalten (normalerweise rund 12 Millionen Pakete täglich - damit soll UPS rund fünf Prozent des US-Inlandsproduktes bewegen!). Insgesamt hat die Firma während der zwei Streikwochen über 600 Millionen Dollar verloren.

Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO erklärte seine Unterstützung für den Streik. Weil die Teamsters erstaunlicherweise über keinen nennenswerten Streikfond verfügen, verpflichteten sich andere Gewerkschaften, für das Streikgeld aufzukommen (rund 10 Mio. Dollar pro Woche - macht knapp hundert Mark pro StreikteilnehmerIn).

Auch auf internationaler Ebene wurden die Teamsters aktiv. Eine zweiköpfige Delegation knüpfte Kontakte mit westeuropäischen Transportgewerkschaften. Die ÖTV verteilte vor mehreren UPS-Niederlassungen Solidaritätsflugblätter, die Deutsche Postgewerkschaft überwies eine Spende an die Teamsters (Politische Berichte 17/97). In der BRD macht UPS sein größtes Auslandsgeschäft - mit rund 15.000 Beschäftigten und etlichen Subunternehmen. Auch hierzulande arbeiten rund 60 Prozent der UPS-Leute nur Teilzeit, allerdings meist mit festen Verträgen (Handelsblatt, 20.8.97). Das hiesige UPS-Geschäft soll durch den US-Streik nicht beeinträchtigt worden sein.

Nachdem sich schließlich die neue US-Arbeitsministerin Alexis Herman als Vermittlerin einschaltete, kam es nach 80stündigen Verhandlungen am 18. August zur Einigung.

Modell für andere?

In vielen Kommentaren wurde der Teamster-Erfolg als "Trendwende" für die US-Arbeitswelt gefeiert (oder beklagt). So jammerte die International Herald Tribune (20.8.97), der neue Tarifvertrag sei "ein Signal dafür, daß das Management die Beschäftigten nicht mehr so einsetzen kann, wie es ihm paßt". Viele Kommentare weisen darauf hin, daß sich jetzt auch die Arbeitsbedingungen von Teilzeitkräften in anderen Firmen und Branchen bessern könnten. Teilzeitbeschäftigung hat sich in den vergangenen 30 Jahren in den USA stetig ausgeweitet. Offiziell arbeiteten 1968 rund 14 Prozent aller Beschäftigten in Teilzeit, heute sind es knapp 20 Prozent. Allerdings erfaßt diese Zahl alle diejenigen nicht, die durch zwei oder mehr Teilzeitjobs insgesamt auch auf mindestens 40 Wochenstunden kommen (zum US-Arbeitsmarkt siehe ak 403). Die meisten Teilzeitbeschäftigten haben keinerlei soziale Absicherung.

Allerdings ist der UPS-Erfolg nicht einfach auf andere Firmen oder Branchen übertragbar. Die Kampfbedingungen bei UPS waren außergewöhnlich günstig. So mies die Arbeitsbedingungen der part-timers bei UPS auch sein mögen, im Unterschied zu fast allen anderen Firmen waren sie auch schon vor dem Streik gewerkschaftlich organisiert und sozial einigermaßen abgesichert. Das UPS-Management verzichtete während des Ausstands auf einen harten Konfrontationskurs (sicher auch wegen der öffentlichen Sympathien für die Streikenden). So stellte die Firma keine Streikbrecher von außen ein (was ansonsten bei US-Arbeitskämpfen gang und gäbe ist).

Außerdem darf nicht übersehen werden, daß der materielle Erfolg des UPS-Streiks relativ gering ist. Selbst mit den 10.000 zusätzlichen Vollzeitjobs wird weiterhin weit mehr als die Hälfte aller UPS-Beschäftigten in Teilzeit arbeiten - und weiterhin zu deutlich schlechteren Bedingungen als bei Vollzeit.

Innergewerkschaftliche Reformen

Die größten Auswirkungen wird der Erfolg des UPS-Streiks auf den internen Reformprozeß bei den Teamsters und anderen US-Gewerkschaften haben. Die Teamsters (mit 1,4 Millionen beitragszahlenden Mitgliedern plus 400.000 RentnerInnen eine der größten Einzelgewerkschaften der Welt) gelten traditionell als besonders korrupte - und politisch besonders reaktionäre - Gewerkschaft.

Der frühere UPS-Fahrer Ron Carey gewann 1991 als Reformkandidat die Direktwahl zum Teamster-Präsidenten. In den folgenden Jahren entmachtete er einige besonders korrupte Funktionäre und schaffte etliche Privilegien der Gewerkschaftsbürokraten ab (z.B. Privatjets und Luxuslimousinen). Unterstützt wurde Carey dabei von der linken Basisorganisation Teamsters for a Democratic Union. Allerdings werden viele Bezirkseinheiten (locals) der Teamsters weiterhin von den alten Bürokraten kontrolliert. Auch konnte Carey an der Tariffront trotz seiner kämpferischen Rhetorik bisher kaum konkrete Erfolge aufweisen. Im Herbst 1996 stellte sich Carey der Wiederwahl, gewann aber nur äußerst knapp gegen seinen Gegenkandidaten von der "Alten Garde" der Teamster-Funktionäre.

Careys Hausmacht sind die 185.000 UPS-Beschäftigten. Deswegen war der UPS-Streik eine Probe aufs Exempel, ob die neue Gewerkschaftsführung mit ihren kämpferischen Mobilisierungsmethoden erfolgreich sein würde. Mit dem erfolgreichen Abschluß dürften Carey und die mit ihm verbundenen Reformkräfte ihre Position innerhalb der Teamsters gefestigt haben.

Ein ähnlicher Prozeß läuft auch im Dachverband AFL-CIO. Hier siegte vor knapp zwei Jahren eine Reformgruppe gegen die alte antikommunistische Führung. Der neue AFL-CIO-Präsident John Sweeney führte zuvor die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (rund eine Mio. Mitglieder), die in den vergangenen Jahren durch kreative und kämpferische Kampagnen viele neue Mitglieder gewonnen hat - vor allem in prekären Sektoren mit vielen ungesicherten Jobs und hohem EinwanderInnen-Anteil (über Gewerkschaften und ImmigrantInnen siehe ak 368).

Die US-Gewerkschaften haben es bitter nötig, ihren Organisationsgrad zu erhöhen. In der Privatwirtschaft sind nur noch knapp zehn Prozent aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Der höhere Organisationsgrad im öffentlichen Sektor bringt den Gesamtanteil auf gerade mal 14,5 Prozent. Vor 40 Jahren waren es noch 35 Prozent.

Bleibt zu hoffen, daß auch andere US-Gewerkschaften ihre Lehren aus dem Erfolg gegen UPS ziehen: 1.) Streiks sind keine veralteten Kampfformen. 2.) Gewerkschaften sollten sich nicht auf Lohnforderungen für die Kernbelegschaften beschränken, sondern auch die Interessen der eher marginalisierten Beschäftigtengruppen wahrnehmen.

Michael Hahn

Quellen:

Verschiedene Ausgaben von International Herald Tribune, FAZ, taz, sowie die linken US-Zeitschriften Labor Notes (August 97) und Against the Current (März 1997).

8. Docker gegen Tagelohnarbeit. Liverpooler Hafenarbeiter rufen zum Aktionstag auf

Autor: Gruppe Blauer Montag, Hamburg · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:33

22 Monate schon halten sie durch, die Liverpooler Docker: Sie streiken gegen die Einführung von Tagelöhnerarbeit. Liverpool war bis vor zwei Jahren der letzte englische Hafen, in dem es noch feste, abgesicherte Arbeitsplätze gab.

Die Docker in Liverpool bemerkten schnell, daß es nicht ausreicht, allein auf die Solidarität der englischen Kollegen zu bauen. Sie mobilisierten daher international - und das mit Wirkung: Ein mehrwöchiger Streik trieb eine australische Schiff-fahrtslinie in den Bankrott, die sich absolut nicht davon abbringen lassen wollte, Liverpool anzulaufen. Durch regelmäßige "Arbeit nach Vorschrift" im Hafen von Göteborg und Streiks in US-amerikanischen Häfen gelang es, das Einlaufen der Linie ACL in den Liverpooler Hafen für vier Wochen zu verhindern. Docker der US-Westküste bildeten im Hafen von Vancouver eine Streikpostenkette, und in Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Dänemark und anderen Ländern gab es verschiedene Unterstützungsaktionen.

Der Streik der Liverpooler macht die Bedingungen sozialer Kämpfe deutlich. Für die Kapitalisten ist die Verringerung der Transportkosten sehr wichtig. Lohnsenkungen sind dafür nur eins von unterschiedlichen Mitteln. Der Takt der Produktion und geringere Lagerhaltung in den Betrieben bestimmen die zunehmend engen zeitlichen Vorgaben für den Transport der Rohstoffe und Produktionsteile. Gleichzeitig werden die Arbeitsverhältnisse dereguliert und kollektive Vertragsverhältnisse aufgelöst. Den Streikenden geht es darum, Erwerbsmöglichkeiten im Rahmen kapitalistischer Lohnarbeit auf längere Zeit zu sichern. Sie wehren sich gegen verschärfte Arbeitshetze und miese Arbeits- und Sicherheitsbedingungen.

Wo liegt eigentlich Liverpool?

Weltweit verschlechtern sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen in den Häfen. Auch in den Häfen der BRD müssen die Kollegen immer mehr für die Einhaltung der Tarifbestimmungen kämpfen. Den Beschäftigten und gewerkschaftlich Organisierten ist diese Entwicklung klar. Ein ÖTV-Beschluß gibt jenen Kollegen Rückendeckung, die in den Häfen Unterstützungsaktionen durchführen wollen, um Druck auf die Mersey Docks and Harbour Company (MDHC) - die Hafen-betriebsgesellschaft - und auf die Schiffahrtslinien auszuüben, die Liverpool anlaufen.

Lange Zeit hatte sich nichts Wesentliches in der Auseinandersetzung geändert. Im Juli diesen Jahres allerdings setzten die Delegierten des Gewerkschaftstages der Transport & General Workers Union gegen den Willen der Führung einen Beschluß zugunsten der Docker durch. Die Gewerkschaft soll versuchen, mit New Labour zu reden, damit die britische Regierung ihre Beteiligung an der MDHC (13%) dazu nutzt, zur Beilegung des Konflikts beizutragen. Außerdem will man die International Transport Workers Federation (ein internationaler Zusammenschluß von Hafenarbeiter- und Seeleutegewerkschaften) dafür gewinnen, den internationalen Aktionstag am 8. September 1997 zu unterstützen. Eine Hafenarbeiterkonferenz hatte im Mai in Montreal beschlossen, daß am 8. September für 24 Stunden die Arbeit niedergelegt werden soll; dann sollen einzelne Schiffahrtslinien, die Liverpool anlaufen, blockiert werden.

Für die Kollegen in Liverpool und ihre Familien ist Unterstützung sehr wichtig. Die deutschen Kollegen können dazu die Spielräume nutzen, die ihnen die ÖTV-Beschlußlage gibt. Die südafrikanischen Hafenarbeiter haben angekündigt, daß sie die Exporte von OUTSPAN-Produkten (Früchte etc.) in den Hafen von Sheerness boykottieren werden: Sheerness ist eine 100%ige Tochter von MDHC. Die Südafrikaner revanchieren sich so für die Solidarität der Liverpooler Docker mit der Anti-Apartheid-Bewegung 1988.

Aber auch über die Häfen hinaus hat die Unterstützung des Streiks Bedeutung. Von Deregulierungen und der Auflösung tariflicher Rahmenbedingungen sind auch andere Arbeitnehmer betroffen. Deswegen ist branchenübergreifende Solidarität von entscheidender Bedeutung.

Damit die Liverpooler Hafenarbeiter ihren Kampf durchhalten und erfolgreich weiterführen können, brauchen sie auch weiterhin finanzielle Unterstützung. Einzelspenden, aber auch monatliche Überweisungen bitte an:

Spendenkonto der IG Medien, Ortsverein Hamburg, Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 200 101 11, Konto-Nr. 12 900 231 00, Stichwort: Flying Picket.

Kontakt und weitere Informationen unter 040/2858-513 (IG Medien).

Gruppe Blauer Montag, Hamburg

9. Voscheraus und Schröders Brand-Sätze

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; SPD; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:41

Der Spitzenkandidat der CDU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl, Ole von Beust, tritt mit fünf Hauptforderungen an: Abbau aller Verkehrshindernisse, Lohnzuschüsse statt Sozialhilfe für junge Menschen, Kampf den Schmierereien und der Verschmutzung, Service-Teams in den Bahnen und Polizeistationen in jedem Stadtteil.

Henning Voscherau, Hamburger Bürgermeister und Spitzenkandidat der SPD, gibt sich weniger harmlos. Vor allem mit "Innerer Sicherheit" will die SPD in Hamburg "Staat machen". Die "Themen Kriminalität und Ausländer" wolle er nicht seinem CDU-Herausforderer Beust überlassen, ließ Voscherau verlauten. Aufräumen will der Hamburger Bürgermeister auf den Straßen. Die "Visitenkarten" einer Stadt dürften nicht länger Aufenthaltsort für "Randständige" sein. Eine Auflösung der offenen Drogenszene sei seiner Ansicht nach momentan zwar nicht möglich, aber bei den nichtsüchtigen Dealern müsse "voll zugeschlagen" werden. Das New Yorker Polizeikonzept "Null Toleranz" - jede noch so kleine Straftat wird verfolgt - sei "erwägenswert".

Im Mai, auf dem Programmparteitag der Hamburger SPD, tönte er, es müsse zu einer härteren Gangart gegenüber Straftätern, vor allem gegenüber den ausländischen, kommen. Sie dürften nicht länger deutsche Knäste "verstopfen". Die "Schönwettergesetze" reichten nicht mehr aus, schärfere müßten her.

"Raus, und zwar schnell", sekundierte Schröder im Juli in einem Interview mit dem Stern und brachte damit die Position der SPD auf den Punkt. Im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat setzte die SPD im Juni eine gegenüber dem ursprünglichen Koalitionsentwurf verschärfte Abschieberegelung durch. Damit nicht genug, will Schröder Abschiebungen weiter erleichtern.

In welche Richtung das gehen soll, zeigt der Hamburger SPD-Wahlkampf. "Dealende schwarze Asylbetrüger abschieben" - mit diesem rassistischen Dreischritt macht die SPD in Hamburg Stimmung. Kein Zufall wohl, daß der Hamburger Innensenat just im Wahlkampf den Plan erarbeitete, die Abschiebung afrikanischer Flüchtlinge zu erleichtern. Da diese oftmals ohne oder mit gefälschten Ausweispapieren den Behörden gegenübertreten, ist ihr Herkunftsland nicht feststellbar, eine Ausweisung deshalb nicht möglich.

Dieses "Problems" will sich Hamburg nun mit einem Trick entledigen - Hand in Hand mit der Bundesregierung. Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, afrikanische Flüchtlinge in ein bis zwei ausgewählte afrikanische Staaten abzuschieben. Durch die Drohung mit Entzug der Entwicklungshilfe sollen diese Staaten, die ärmsten der armen, gefügig gemacht werden, auch Staatsbürger anderer Nationen aufzunehmen.

Fünf Jahre nach den Brandnächten von Rostock-Lichtenhagen versuchen Union und SPD erneut, mit ausländerfeindlicher Stimmungsmache Wahlkämpfe zu gewinnen.

mb.

10. Die ödeste Bürgerschaftswahl aller Zeiten. Voscherau bleibt - die Rolle des Hofnarren ist noch zu vergeben

Autor: Js. und mb. · Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:40

Am 21. September ist Bürgerschaftswahl in Hamburg. Eins steht fest: Ohne die SPD unter ihrem Spitzenkandidaten, Bürgermeister Henning Voscherau, wird auch in der nächsten Bürgerschaft nichts gehen. Keine der Oppositionsparteien kann sich Hoffnungen machen, ohne die SPD an die Regierung zu kommen.

Einige Wochen vor dem Wahlgang zeichnet sich ab, daß die Stadt auch künftig von einer Koalition regiert wird. In Umfragen liegt die SPD vorne. Sie kann mit ca. 40 Prozent der Stimmen rechnen. Es folgen die CDU mit 32 Prozent und die Grün-Alternative Liste (GAL) mit 15 Prozent. Die FDP, die seit 1993 nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten ist, liegt momentan unter 5 Prozent. Der derzeitige Koalitionspartner der SPD, die rechtspopulistische STATT-Partei, wird den Wiedereinzug in die Bürgerschaft kaum schaffen. Ihr wird ein Stimmenanteil von nur 3 Prozent prognostiziert, der sich allerdings dank sozialdemokratischer Wahlkampfhilfe noch steigern könnte: Voscherau hat potentielle "Protestwähler", die mit der SPD unzufrieden sind, zur Stimmabgabe für seinen Koalitionspartner aufgefordert.

FDP und STATT-Partei konkurrieren um das gleiche bürgerliche Wählerpotential, und beide Parteien haben Koalitionsaussagen zugunsten der SPD getroffen. Henning Voscherau, der in den vergangenen Wochen mit seinen law-and-order-Parolen populistisches Profil gewonnen hat, wäre eine Koalition mit einer dieser beiden Parteien, selbst eine große Koalition mit der CDU, allemal lieber als ein Bündnis mit der GAL. Die bietet sich dessen ungeachtet der SPD für eine rot-grüne Koalition an, aber "nicht um jeden Preis", wie Spitzenkandidatin Krista Sager betont. Die GAL stehe für eine Koalition nur bereit, wenn damit auch "konkrete Schritte und Signale für eine politische Korrektur verbunden" seien, heißt es immer wieder.

Mittlerweile hat die GAL von ihrem allzu engen Schmusekurs gegenüber der Sozialdemokratie in Teilbereichen abgelassen. Krista Sager, die sich für die "Optimierung des Stimmenergebnisses in der bürgerlichen Mitte" aufopfert, hat sich zu einem mutigen Schritt entschlossen: Im Rahmen der personenkultischen Veranstaltungsreihe "Krista Sager trifft..." will sie demnächst mit Hillu Schröder plaudern. Wer so mutig Karriereaussichten in einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene aufs Spiel setzt, muß als charakterstarke Persönlichkeit ernst genommen werden. Die Hamburger Bürgerschaftswahl ist die vorletzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl 1998. Damit hat sie auch eine bundespolitische Bedeutung - besonders aus Sicht der Bündnisgrünen. Die Hamburger Wahl soll ein eindeutiges Signal für den "Machtwechsel" in Bonn setzen. Unter dieser Vorgabe und im Wissen um Voscheraus Abneigung gegen Rot-Grün, kann mensch etwaigen Koalitionsverhandlungen mit freudiger Erwartung entgegensehen. Die GAL kann eine große Koalition nicht verhindern. Kommt es dennoch zu rot-grünen Koalitionsverhandlungen, wird sich zeigen, daß für die Grünen kaum eine Schmerzgrenze mehr existiert. Die taz betont denn auch immer wieder, daß "alle jene Rotgrün-Hindernisse, die die letzten Koalitionsverhandlungen 1993 zum Scheitern brachten, inzwischen aus dem Weg geräumt (sind): umweltzerstörende Großprojekte wie die Hafenerweiterung, Elbvertiefung, vierte Elbtunnelröhre sind längst irreversibel."

Daß eine der rechtsextremen Parteien - u.a. kandidieren REP, DVU und der Bund freier Bürger (BFB) - in die Bürgerschaft einziehen, ist zwar unwahrscheinlich, kann aber gegenwärtig zumindest nicht ausgeschlossen werden. Bei Befragungen erklären immerhin fünf Prozent, für sie käme eine Stimmabgabe für DVU oder REP in Frage. Darüber hinaus sind drei Prozent dazu fest entschlossen. Zusammengenommen ergibt das ein rechtes Potential von acht Prozent - so viel, wie DVU und REP 1993 an Stimmen erhielten. Dafür, daß sie sich auch diesmal wieder gegenseitig die zum Einzug in die Bürgerschaft entscheidenden Stimmen abnehmen, spricht ihre weitgehend deckungsgleiche Agitation: REP, DVU und BFB haben die "Rettung der D-Mark" in das Zentrum ihres Wahlkampfes gestellt. Vier Wochen vor der Wahl sind demgegenüber die rechten Dauerbrenner "Ausländer" und "Kriminalität" in den Hintergrund getreten. Offensichtlich ist den rechten Strategen aufgefallen, daß ihre früheren Hauptanliegen heute von SPD und CDU besetzt sind.

Der mögliche Wahlerfolg der Rechtsextremen spielt im Hamburger Wahlkampf bisher kaum eine Rolle. Zwar ärgert sich die FDP, daß der BFB die Stadt ausgerechnet in den klassischen FDP-Farben plakatiert, Aufschrift: "Hamburg wählt den Euro ab." Darüber hinaus wird aber höchstens noch zur Stimmabgabe gemahnt, um "die Demokratie vor links und rechts zu schützen".

PDS: Dabeisein ist alles

Nach scharfen internen Auseinandersetzungen beschloß der Hamburger Landesverband der PDS mit knapper Mehrheit (26:23:3), mit offenen Listen für die Bürgerschaft und für alle sieben Bezirksparlamente zu kandidieren. So kandidieren auf der PDS-Liste zwei DKP-Mitglieder, für die die DKP einen eigenen Wahlkampf führt.

Damit hat die Hamburger PDS-Gliederung zum dritten Mal in Folge eine von vornherein aussichtslose Kandidatur beschlossen. 1991 bekam die PDS/Linke Liste 0,5 Prozent (3.713 Stimmen). 1993 verzichtete sie zugunsten des Personenbündnisses "Linke Alternative" (LA) auf eine eigene Kandidatur. Auch die LA erhielt 0,5 Prozent (4.312 Stimmen). Damit halbierte sie ungefähr die Stimmenzahl der drei linken Kandidaturen zur Bürgerschaftswahl 1991 (AL, PDS, DKP). Auffallend ist auch, daß es der PDS/Linken Liste bei Bürgerschaftswahlen niemals gelungen ist, das Potential auszuschöpfen, das bei Bundestagswahlen PDS wählte. (1994 ca. 22.000 Stimmen)

Die Hamburger PDS/Linke Liste hat sich zu einer reinen Programmkandidatur entschlossen. Sie wirbt für allgemein richtige linke Forderungen und unter der peinlich großkotzigen Parole "Dem Widerstand die Stimme geben!" (Letztere Parole ist im übrigen, neben dem Parteinamen, die einzig erkennbare Aussage auf den katastrophal schlechten Wahlplakaten, die nur aus einem Meter Entfernung überhaupt lesbar sind.) Die Kandidatur stößt nicht nur im eigenen Landesverband auf Ablehnung; sie kam auch entgegen den Empfehlungen des Parteivorstandes (PV) in Berlin zustande. Der PV argumentiert, ein blamables Abschneiden in Hamburg würde die Chancen bei der Bundestagswahl 1998 schmälern. 1998 geht es um jede Stimme im Westen, damit die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen werden kann, da kommt ein schlechtes Wahlergebnis in Hamburg als Auftakt ungelegen.

"Links wählen"?!

Wahlen sind ein Gradmesser politischer Stimmungen und des politischen Bewußtseins. Angesichts der rassistischen Stimmungsmache von SPD und CDU und des parteiübergreifenden Rufs nach mehr Polizei, vor allem aber, weil ein Wahlerfolg der Rechtsextremisten nicht auszuschließen ist, sollten auch Linke mit ihrer Stimme nicht leichtfertig umgehen. Zugegeben: Was sich da links von der SPD als Alternative anbietet, ist nur mit mehr oder minder starken Bauchschmerzen wählbar. Die GAL wird sich der SPD an den Hals werfen, falls diese das zuläßt und keinen anderen Partner zur Mehrheitsbeschaffung findet. Und die PDS-Mehrheit wird sich in ihrer Entscheidung für eine aussichtslose Programmkandidatur bestätigt sehen, wenn ihr Ergebnis nicht allzu deutlich unter dem von 1993 liegt. Eine Alternative wäre vielleicht die Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD) gewesen, wenn sie sich zu einer reinen Spaßkandidatur entschlossen hätte. Leider sind die beiden Hauptparolen der APPD weder witzig noch links: "Arbeit ist Scheiße" und "Saufen, Saufen, jeden Tag nur Saufen".

Eine Stimmabgabe für GAL oder PDS/Linke Liste wäre trotz der obengenannten Nebenwirkungen immerhin ein schwaches atmosphärisches Signal, daß 10, 15 oder 18 Prozent der Hamburger Bevölkerung in - wenn auch mehrheitlich halbherziger - Opposition zur herrschenden Politik stehen. Hinzu kommt - und das ist für Linke möglicherweise ein gewichtigeres Argument -, daß eine geringe Wahlbeteiligung den rechtsextremen Parteien nützt. Drei oder vier Prozent sichere REP-WählerInnen (bezogen auf sämtliche Wahlberechtigten) könnten nach Auszählung der Stimmen schnell zu fünf und mehr Prozent (der abgegebenen Stimmen) werden. Um das zu verhindern, sollte mensch nicht vor grünen oder blaßroten Kröten zurückschrecken.

Js. und mb.

11. Freie Bürger in der Schlacht um Hamburg. Anti-Euro-Wahlkampf soll dem BFB zum Durchbruch verhelfen

Autor: J. Cremet, A. Speit · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:06

Der Bund Freier Bürger des FDP-Aussteigers Manfred Brunner setzt im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf ganz auf die "große Politik". "Hamburg wählt den Euro ab" lautet der zentrale Slogan. Das klingt mehrheitsfähig. Man sei keineswegs rechts, sondern bloß nationalliberal, versichern die BFB-Funktionäre. Nicht erklären können sie, wieso der Hamburger BFB ausgerechnet den 32jährigen Juristen Kristof Berking zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten gekürt hat. Berking hat mit seiner Tätigkeit als Kulturredakteur bei der Jungen Freiheit und seinen Video-Veröffentlichungen beim rechtsextremen Arndt-Verlag nicht gerade Distanz zu jenen Kräften erkennen lassen, zu denen seine Partei angeblich nicht zählt.

Die Börsenbrücke, direkt am Hamburger Rathaus gelegen, ist eine feine und vor allem teure Adresse. Dort hat der Bund Freier Bürger (BFB) sein Domizil, dessen Saal knapp 100 Personen Platz bietet. Auf dem Schaufenster wird groß angekündigt, daß man drinnen seine Unterschrift für einen Volksentscheid gegen den Euro leisten könne. Wer dies tun will, muß allerdings zunächst die kritischen Blicke etlicher muskulöser, tätowierter Herren bestehen, die auch im weniger vornehmen St. Pauli als Türsteher einschlägiger Etablissements akzeptiert werden würden. Polizeipräsenz ist nicht notwendig. Das nächste Revier befindet sich strategisch günstig gleich um die Ecke.

Trotz der Vorsichtsmaßnahmen herrscht Ängstlichkeit vor. Schließlich hatte es gerade erst eine Demonstration für die Schließung des BFB-Büros gegeben. So wird ein Journalist ultimativ aufgefordert, eine Taschenkontrolle zuzulassen. Bei der Mehrzahl des Publikums wird dies nicht für nötig gehalten. Gediegene Kleidung, auffälliger Schmuck und edle Parfums dominieren. Hier treffen sich nicht die Modernisierungsverlierer, hier gibt es ein Stelldichein der Wohlstandschauvinisten. Man kennt sich, man weiß sich einer Meinung, man erwartet dies auch vom angekündigten Referenten des Abends. Neben dem eigenen Parteivorsitzenden Manfred Brunner soll Heiner Kappel von der Konkurrenz, der FDP, zum Thema "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus - wirklich?" sprechen.

Das Wahlprogramm, "erst gestern verabschiedet", liegt nicht vor. Es handele sich um ein 10-Punkte-Programm. Drei davon kann der BFB-Aktivist, der für die Betreuung der "Fremdkörper" im Saal zuständig ist, sogar aufzählen: Innere Sicherheit, Schulpolitik und selbstverständlich der Euro.

Gastredner Heiner Kappel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag, ist bundesweit als Sprecher der Liberalen Offensive bekannt geworden. Diese 1995 gegründete fraktionäre FDP-Gruppierung will der Gesamtpartei einen Platz deutlich rechts von der CDU verschaffen und demonstriert dabei immer wieder Kooperationsbereitschaft mit dem rechten Rand des politischen Spektrums. Allgemein wird angenommen, daß die Liberale Offensive nur auf einen vorzeigbaren Erfolg des BFB wartet, um dann öffentlichkeitswirksam den Übertritt zu vollziehen. Kappel selbst erklärte vor kurzem, er werde bis September ein Gespräch mit FDP-Chef Gerhardt führen, das Klarheit über seine Zukunft in der Partei oder außerhalb bringen werde. Im September sind auch die Hamburger Wahlen...

Auch für Kappel ist der Euro Staatsfeind Nr.1. Daß die FDP-Spitze mit allerlei lauteren und unlauteren Mitteln versucht, eine Mitgliederbefragung zum Euro zu verhindern, ist für ihn ein Symptom. Ein Symptom für einen sich beschleunigenden Demokratieverfall, der dieses Land inzwischen zu einer Scheindemokratie gemacht habe. Ein Symptom sei es auch, daß das Volk im Gegensatz zu anderen Ländern nicht über den Euro abstimmen dürfe. Das Volk sei eigentlich überflüssig. Die politische Debatte sei in Wirklichkeit ein Medienspektakel.

Daß es zwischen Kappel und dem BFB mehr Verbindendes als Trennendes gibt, hebt Landesvorsitzender Berking gleich bei der Vorstellung hervor. Das Publikum begrüßt den Referenten mit frenetischem,

rhythmischem Beifall. Kappel vermittelt den Zuhörenden das Gefühl, daß es Verbündete auch außerhalb der Partei und jenseits des wegen Rechtsextremismus stigmatisierten Spektrums gibt.

Der ausgebildete Gymnasiallehrer und Pastor Kappel spielt den Volkstribun mit Elitebewußtsein. Heutzutage dürfe doch jeder studieren, der bis drei zählen könne, beklagt sich Kappel. Der Akademiker ist persönlich beleidigt. So etwas entwertet die eigene Qualifikation. Schließlich gebe es ja auch ehrenwerte Handwerksberufe. "Was ist das bloß für ein Land geworden?" fragt er immer wieder verzweifelt. Und: "Sind wir denn noch normal?" Ob es etwa normal sei, klagt er, "daß wir uns zu fein sind, unseren Dreck selbst wegzumachen und deshalb Fremde ins Land holen?" Tosender Beifall. Das Wort Sozialschmarotzer nimmt Kappel selbstverständlich nicht in den Mund. Er muß es nicht. Man versteht ihn auch so.

Es sei richtig gewesen, so erklärt er, daß die bosnischen Flüchtlinge zu hunderttausenden aufgenommen worden seien. Man sei schließlich der christlichen Nächstenliebe verpflichtet. Leichte Unruhe im Saal. Aber nun sei es Zeit für sie zurückzukehren, fährt er fort. Aufatmen, Beifall. Schließlich hätten wir Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auch nicht auf Mallorca so lange gewartet bis die Heimat wieder aufgebaut worden sei. "Wir" hätten das Abkommen von Dayton schließlich nicht verbockt. Hier wiederhole sich das "Asylunrecht". Deutschland habe pro Jahr weit über hunderttausend Menschen aufgenommen, Frankreich wenige tausend, Italien ganze 570. Nein, dieses Land sei nicht mehr normal, schlußfolgert Kappel traurig, rückt noch einmal die Krawatte gerade und begibt sich unter dröhnendem Beifall wieder auf seinen Platz.

Parteiführer Brunner ist glücklich über seinen Vorredner. Man wolle Kappel nicht vereinnahmen, beteuert er treuherzig. Denn das, womit man geistig bereits vereint sei, könne man gar nicht vereinnahmen. Heiner Kappel und Landeschef Berking lächeln glücklich.

Der Bund Freier Bürger ist kein Hamburger Eigengewächs. Wie so vieles, was rechts ist, ist er aus dem fernen Bayern im Süden importiert worden. Wohlwollende Schätzungen gehen von wenigen Dutzend Aktivisten in der Hansestadt aus. Die "Schlacht um Hamburg" prognostiziert die Junge Freiheit; und pünktlich zu dieser Schlacht hat der BFB seine örtliche Führungsmannschaft umstrukturiert. Der bisherige Landesvorsitzende, der 64jährige Georg Ohrtmann, mußte ins zweite Glied rücken. Neben dem jüngeren und agileren, aber ebenso farblosen Nachfolger Berking, der in der nationalrevolutionären Zeitschrift wir selbst und dem Organ der Unabhängigen Ökologen Deutschlands bereits über die regionale Neuordnung Deutschlands (unter Einbeziehung des Memellandes, des Elsaß und Lothringens) philosophieren durfte, bildet mit dem 22jährigen Dirk Garz ein weiterer Newcomer das dritte Glied der Führungstroika.

Aber das Personal wird kaum Einfluß auf Erfolg oder Mißerfolg des Projekts haben. Die Chancen werden vom BFB in externen Faktoren gesehen. Die STATT-Partei, bisheriger Koalitionspartner der SPD in der Bürgerschaft, befindet sich im rasanten Verfall. Niemand traut ihr eine Wiederholung des Erfolgs von 1993 zu. Auch der Spitzenkandidat, der ehemalige HSV-Präsident Hunke, wird daran nichts ändern. Die Republikaner scheiterten vor vier Jahren mit 4,8% denkbar knapp an der Sperrklausel. Auch von dieser Seite erwartet der BFB Zugewinne, denn Schlierers Mannen sind wenige Wochen vor dem Wahltermin im Straßenbild überhaupt nicht präsent.

Weitere Zuwächse werden aus dem ohnehin schmalen Potential der FDP erhofft, die bei der letzten Bürgerschaftswahl ebenfalls den Einzug in das Landesparlament verfehlte. Über deren Koalitionsaussage für die SPD freut man sich beim BFB. Das wird der Konkurrenz schaden, nimmt man an. Die Pressesprecherin des Aktionsbüro der FDP, Maren Schoenig, mochte sich zu den Äußerungen ihres Parteifreundes Kappel nicht äußern. Bloß keine Unruhe vor dem Wahltermin.

Jean Cremet/Andreas Speit

12. SPD /STATT-Senat: roter Teppich für Kriegsschiffexport

Autor: Lühr Henken · Rubrik: Rüstungsexport; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:32

Unter Schirmherrschaft des Bundesverteidigungsministers veranstaltet das deutsche Fregatten-Konsortium vom 26.-29.8.1997 in Hamburg eine Konferenz namens MECON '97. Das Konsortium besteht aus den Thyssen-Töchtern Blohm+Voss (B+V) und Rheinstahl Technik sowie der Preussag-Tochter HDW, Kiel. Neben Vertretern von 8 Marinen, die von B+V bereits einige nach dem MEKO-Bauprinzip gefertigte Kriegsschiffe bezogen haben, wird die Teilnahme von Abgesandten von ca. 20 weiteren interessierten Marinen erwartet.

MEKO steht für eine bei Blohm+Voss Mitte der 70er Jahre entwickelte spezielle Modul-Bauweise (MEhrzweck-KOmbination) von Zerstörern größerer und kleinerer Größe (Fregatten und Korvetten). Die Hamburger Kriegsschiffwerft hat in Eigenbau und in Lizenz außerhalb Deutschlands bisher 40 MEKO-Fregatten gebaut bzw. bauen lassen.

Laut Presseberichten wird mit der Veranstaltung das Ziel verfolgt, "ein Forum für einen dauerhaften Dialog zwischen den MEKO-Nutzermarinen und anderen interessierten Marinen einerseits sowie zwischen den Marinen und der Industrie andererseits zu schaffen" (Schiff & Hafen 12/96). Im Klartext: Diese Konferenz soll den Großwaffenexport ankurbeln.

Ein erlauchter Kundenkreis

Die bisherigen MEKO-Kunden sind sieben ausländische Seestreitkräfte:

- Argentinien: B+V baute in Hamburg vier Fregatten für das argentinische Militärregime. Hinzu kommen vier MEKO-Korvetten, die in Lizenz in Argentinien gebaut wurden.

- Türkei: Die siebte - mit Hermes-Bürgschaften unterstützte - Fregatte "Sali Reis" für die Türkei ist momentan bei B+V im Bau; sie wird den Teilnehmern der Konferenz zur Anschauung dienen. Das Materialpaket für eine achte Fregatte wird von B+V an die türkische Staatswerft nach Gölcük geliefert. Es ist von der Beschaffung von bis zu 14 weiteren Fregatten die Rede.

- Griechenland: Nachdem die ersten vier Fregatten für die Türkei so gut wie fertiggestellt waren, erhielt B+V den Auftrag für vier Fregatten für den Nachbarn Griechenland. Damit wird der Dauerstreit über die griechischen Inseln vor der Türkei und um Zypern kräftig angeheizt.

- Australien und Neuseeland: In Lizenzbauweise auf einer australischen Werft werden acht MEKO-Fregatten bis 2004 für Australien und zwei für Neuseeland gebaut. Als militärisches Argument werden hierfür von Australien angeblich bedrohliche U-Boot-Rüstungen von Pazifikanrainern genannt. Sieben dieser Länder haben U-Boote aus Deutschland bezogen. Die dort vorhandenen U-209 werden von HDW Kiel und der Thyssen-Tochter TNSW Emden hergestellt.

- Portugal: Hat bisher drei Fregatten erhalten. Eine wurde bei B+V, zwei bei HDW gebaut.

- Nigeria: Die allererste MEKO-Fregatte überhaupt erhielten die nigerianischen Militärs; Kosten ca. 330 Mio. DM. Der Militärdiktatur erstellte B+V in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine Marinewerft, 1991-93 wurde die "Aradu" dort repariert. Die nigerianische Junta setzte Anfang Juni '97 ihre Kriegsschiffe gegen Sierra Leones Hauptstadt Freetown ein - 49 Menschen starben. Ob trotz des von der Europäischen Union gegen Nigeria verhängten Waffen- und Ausrüstungsembargos und des Einreiseverbots für nigerianische Regierungsfunktionäre diese Zusammenarbeit fortbesteht, ist unbekannt. Nigerianische Vertreter seien nicht zur MECON eingeladen worden - so Blohm+Voss (Hamburger Morgenpost vom 14.8.97).

Von den insgesamt 40 MEKO-Fregatten wurden oder werden in Hamburg lediglich 10 gebaut. Für B+V heißt dies: glänzende Geschäfte durch den Verkauf von Blaupausen, Know-how und Materialpaketen, jedoch weniger Beschäftigung für die Hamburger Werftarbeiter. Das Arbeitsplatzargument, das B+V vorbringt, erweist sich somit als scheinheilig, abgesehen davon, daß die Herstellung von Waffen ohnehin ethisch verwerflich ist. B+V ist einer der größten Arbeitsplatzkiller Hamburgs: allein 600 wurden im Jahr 1996 abgebaut.

Neue Aufträge erhofft sich B+V vor allem aus Asien und vom Persischen Golf. Also sollen deutsche Waffen dort, wo seit Jahren gigantische Aufrüstungsprogramme aufgelegt werden, zum explosiven Gemisch beitragen. Welche Länder zur MECON 97 eingeladen wurden, darüber schwieg sich Blohm+Voss übrigens mit dem Hinweis, es handele sich um eine "Privatveranstaltung", bisher aus.

Der Hamburger Senat hat ausgewählte Gäste und die Teilnehmer der "exportfördernden Veranstaltung" (O-Ton Antwort des Senats auf eine Schriftliche Anfrage des GAL-Bürgerschaftsabgeordneten A. Porschke) für den 26.8.97 um 19 Uhr zu einem Empfang ins Rathaus geladen. Daß die Räume des CCH dem Veranstalter für den 26. und 27.8.97 zur Verfügung gestellt werden, kann ebenfalls nur als aktive Unterstützung des Waffenexports durch den SPD-/STATT-Senat gewertet werden. Denn die Vermietung ist über Zwischengesellschaften dem Senat unterstellt und könnte untersagt werden. Schon vom 24.-26. Juni '97 wurde das CCH einer internationalen Fachkonferenz und Ausstellung für den Unterwasserseekrieg (UDT '97) mit 500 Teilnehmern - der weltweit größten dieser Art überhaupt - zur Verfügung gestellt. Mensch kann hier schon von einer wahren Waffenexportoffensive sprechen. 1991 hatte der Voscherau-Senat nach dem Schrecken des Golfkrieges noch eine Bundesratsinitiative für ein Exportverbot von Kriegswaffen in Nicht-NATO-Länder beschlossen. Heute bekennt er sich zur aktiven Unterstützung der "exportfördernden Veranstaltung" MECON '97 und übt damit den Schulterschluß mit der Bundesregierung.

Kriegsschiffe für Export und "Krisenreaktion"

Zeitgleich mit der MECON 97 beginnen die Fregatten "Bremen" (Typ F 122) und "Bayern" (F 123) der Bundesmarine eine Werbetour durch Asien: U.a. sollen Häfen in Indien, Indonesien, Philippinen und Malaysia angelaufen werden. Zum "offiziellen Auftrag" des Verbandes gehört die "Unterstützung der deutschen Werftindustrie und ihrer Zulieferfirmen"(Spiegel, 11.8.97).

Wenn es mit dem Verkauf dieser "älteren" Fregatten nicht so klappen sollte, dann vielleicht eher mit der im nächsten Jahr bei B+V auf Kiel gelegten Neuentwicklung F 124. Die Genehmigung zum Bau von zunächst drei dieser Highest-Tech-Lenkwaffenzerstörer wurde Mitte Juni 1996 im Verteidigungsausschuß mit den Stimmen von Regierung und SPD erteilt. Die Beschaffung eines vierten Zerstörers bis Ende 1997 ist als Option im Bauvertrag vorgesehen. Die Kosten für drei Fregatten sollen sich mit Preisen von 12/95 auf 3.171 Mio. DM belaufen. Addiert werden müssen allerdings noch die Kosten für Forschung, Entwicklung und Erprobung: Das macht dann zusammen schwindelerregende 3.752.000.000,- DM. Mit mindestens 1,25 Mrd. DM pro Schiff stellt die Fregatte das größte Einzelvorhaben der Bundeswehr dar. Dieser Kriegsschifftyp soll aber auch ein Verkaufsschlager werden. Denn auf ein Kriegsschiff für die Bundesmarine kommen erfahrungsgemäß etwa vier Exporte. Dies ist übrigens ein Argument, mit dem das Verteidigungsministerium offiziell beim Finanzministerium um Gelder wirbt. Und weiter: "Durch diese Vorhaben würde der Werftenstandort Deutschland entscheidend gestärkt werden." Sollte das etwa das zentrale Argument für den Kriegsschiffbau sein? Mitnichten!

Kriegsschiffe sind "Krisenreaktionskräfte" der ersten Stunde. Mit anderen Worten: Sie eignen sich hervorragend zur Kanonenbootpolitik. Wem letzteres Wort übertrieben erscheint, schaue sich die Projekte an: Die "Konzeptionelle Leitlinie" als Vorgabe für die Bundeswehrplanung sieht zukünftig für die Bundesmarine zwei hochseefähige Einsatzgruppen vor, u.a. bestehend aus je drei Fregatten, 1-2 U-Booten, einer Staffel Tornado-Jagdbombern und drei Korvetten. Sie sollen u.a. zu "offensiven Seekriegsoperationen" und zur "Unterbrechung gegnerischer Seeverbindungen" fähig sein (Soldat und Technik, 2/95). Das hat mit einer defensiven Ausrichtung nichts mehr zu tun! Sondern das ist die materielle Umsetzung der Out-of-Area-Strategie der NATO für den Marinebereich. Die Planungen sehen 15 Korvetten für die Bundeswehr vor. Fünf davon sollen wohl bei B+V gebaut werden...

(Ich danke Hans Walden für die Überlassung des Manuskripts seines im Oktober 1997 erscheinenden Buches: "Wie geschmiert" - Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Hamburger Raum - Ein Schwarzbuch. Ca. 300 S., 29,80 DM, KOMZI-Verlag)

Lühr Henken

13. Musterhafte Prügelknaben. Internationale Kritik am deutschen Polizeialltag

Autor: Ulla Jelpke, Mark Holzberger · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:12

Im Juli 1997 legte das Anti-Folter-Komitee des Europarates (European Committee for the Prevention of Torture - CPT) seinen - nach 1991 - zweiten Deutschland-Bericht vor. Die internationale aus JuristInnen, ÄrztInnen und ExpertInnen für den Strafvollzug zusammengesetzte Untersuchungskommission monierte die Situation in bundesdeutschen Abschiebeknästen, wie auch das Problem prügelnder Polizisten.

Der CPT-Bericht fügt sich ein in eine wenig schmeichelhafte Reihe von kritischen Erklärungen diverser UN-Organisationen bzw. von amnesty international, die vor allem gewaltsame Übergriffe deutscher Polizisten auf AusländerInnen beklagen.

Und die Bundesregierung bzw. die etablierten Parteien? Sie ergehen sich in jahrelang eingeübten Verharmlosungsritualen.

Das Anti-Folter-Komitee besuchte im April vergangenen Jahres zehn Polizeistationen in vier Bundesländern. Vorkommnisse - ausgerechnet oder bezeichnenderweise - in der Hauptstadt Berlin, gaben dem CPT Anlaß zur Kritik. Dort kam der Untersuchungskommission nämlich besonders häufig der Vorwurf zu Ohren, daß Personen behaupteten, nach ihrer Festnahme durch Berliner Polizisten verprügelt worden zu sein.

Das CPT erörterte diese Vorfälle mit hochrangigen Berliner Polizisten. Hierbei bezeichnete einer das Verprügeln von Festgenommen, selbst wenn diesen Handschellen angelegt worden seien, als "typisches" Verhalten Berliner Polizeibeamter.

Das Anti-Folter-Komitee gewann bei seiner Visite den "klaren Eindruck", daß festgenommene Personen in der polizeilichen Praxis nur in Ausnahmefällen von ihrem Recht Gebrauch machen könnten, Angehörige über ihre Situation zu informieren. Auch die Inanspruchnahme des Rechts, bei polizeilichen Verhören einen Anwalt des Vertrauens hinzuziehen zu können, erschien dem Anti-Folter-Komitee "nicht mehr als eine theoretische Möglichkeit" zu sein.

Die Untersuchungskommission zeigte sich über diese Aspekte des deutschen Polizeialltags äußerst ungehalten. Schließlich ist es nach den Erfahrungen des Anti-Folter-Komitees eine unverzichtbare Voraussetzung, um Mißhandlungen auf Polizeistationen wirksam zu verhüten, daß Gefangene im Polizeialltag auch tatsächlich eine Chance haben, Angehörige über die Festnahme zu informieren oder jederzeit einen Anwalt des Vertrauens beiziehen zu können.

Jämmerliche Zustände in Abschiebeknästen

Ebenfalls kritikwürdig befand das Anti-Folter-Komitee die Situation in den beiden von ihm aufgesuchten Abschiebehaftanstalten Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) und Köpenick-Grünau (Berlin).

In der Strafvollzugsanstalt Bützow, waren zum Zeitpunkt der CPT-Inspektion ca. 40 Personen inhaftiert, die dort zum Teil seit Monaten auf ihre Abschiebung warteten. Die Zustände dort konnte das CPT als "schlichtweg ungenügend" beschreiben. Die Abschiebehäftlinge waren 23 Stunden in ihre Zellen eingesperrt, hatten eine Stunde Hofgang täglich und einmal in der Woche Sport. Das war's schon an "Freizeitmöglichkeiten". Hinzu kamen größere Probleme zwischen den Abschiebehäftlingen und dem Anstaltspersonal. Viele der Abzuschiebenden waren sich über ihre rechtliche Lage - und speziell auch über ihre Rechtsmittel - nicht im Klaren. Wenig verwunderlich, daß diese Menschen kaum Zugangsmöglichkeiten zu AnwältInnen oder ÜbersetzerInnen hatten.

Zum Zeitpunkt der CPT-Inspektion war der Abschiebeknast Berlin-Grünau mit 198 Abschiebehäftlingen nur zur Hälfte belegt. Ein Drittel von ihnen befand sich damals zwischen einem bis sechs Monaten, acht Gefangene waren sogar zwischen 8-18 Monaten in Haft. Das Anti-Folter-Komitee kritisierte, daß im Berliner Abschiebeknast so strenge "Sicherheits"maßnahmen angewandt würden, wie sonst nirgendwo in der BRD. Und diese hätten einen "unterdrückenden Effekt" auf das alltägliche Leben im Abschiebeknast, wenn die dort Inhaftierten für die einfachsten Dinge (vom Fensteröffnen bis zum Kaffeekochen) stets das Anstaltspersonal

um Erlaubnis bitten müßten. Dies würde "unweigerlich" zu Spannungen führen, zumal es immer wieder Streß gab zwischen abzuschiebenden Personen und dem Personal. Dieses war nicht nur ein Problem der unzureichenden Ausbildung der dort Beschäftigten. Es gab zum Zeitpunkt der CPT-Visite auch keinerlei medizinische oder psychologische Betreuung, sinnvolle Beschäftigungsangebote fehlten außerdem.

Das Anti-Folter Komitee gelangte bezüglich der Bedingungen in bundesdeutschen Abschiebehaftanstalten zu deutlichen Feststellungen über die in Bützow, aber auch in anderen Bundesländer geübte Praxis, Abzuschiebende in Untersuchungs- oder gar Strafhaftanstalten unterzubringen: Ein Gefängnis - so formulierte die Untersuchungskommission höflich - sei "kein angemessener Platz" für abzuschiebende Personen. Wenn schon, dann sollten diese in gesonderten Einrichtungen untergebracht werden, bei denen deutlich werden müßte, daß es sich nicht um eine Haftanstalt handelt. Schließlich seien Abzuschiebende keine Kriminellen, sondern verfügten lediglich über keinen Aufenthaltsstatus.

Internationale Kritik an rassistischen Übergriffen

Nicht nur das Anti-Folter-Komitee des Europarates beklagt die Behandlung von AusländerInnen durch deutsche Ordnungshüter. In den letzten Jahren haben praktisch alle zuständigen Gremien der Vereinten Nationen ähnlich kritische Stellungnahmen abgegeben:

- Am 6. Mai 1996 unterrichtete der UN-Sonderberichterstatter für Folter die Bundesregierung darüber, daß ihm "Informationen zugegangen seien, denen zufolge mehrere in Deutschland lebende Angehörige ethnischer oder nationaler Minderheiten schweren Schlägen und anderweitigen Mißhandlungen durch [deutsche] Polizeibeamte ausgesetzt gewesen sind." Nachdem der Sonderberichterstatter der Bundesregierung 1995 bereits drei derartige Fälle unterbreitet hatte, waren es ein Jahr später schon sieben neue Vorkommnisse, die der UN-Beauftragte für glaubwürdig genug hielt, um ihnen besondere Beachtung zu schenken.

- Auf seiner 58. Sitzung am 8. November 1996 erklärte der UN-Menschenrechtsausschuß "seine Besorgnis über Vorkommnisse von Mißhandlungen auch von Ausländern und besonders von ethnischen Minderheiten und Asylsuchenden durch die Polizei aus. Er war besorgt über das Fehlen wirklich unabhängiger Mechanismen, um Beschwerden über Mißhandlungen durch die Polizei zu untersuchen."

- Im März 1997 schließlich zeigte sich das UN-Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung ebenfalls "besorgt über Fälle brutalen Vorgehens deutscher Polizeibeamter gegen Ausländer - vor allem gegen Afrikaner und Türken."

Auch von Seiten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) will die Kritik an offenkundig rassistisch motivierter Polizeigewalt nicht verstummen:

- Im Dezember 1996 veröffentlichte "Aktion Courage e. V. - SOS Rassismus" die Fortschreibung einer Sammlung von "Polizeiübergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer", die von der "Internationalen Liga für Menschenrechte" und der Berliner "Antirassistischen Initiative" recherchiert worden sind. Zwischen Dezember 1994 und November 1995 seien 40 neue Fälle bekannt geworden. Zweifellos - so die "Aktion Courage" - handele es sich bei Polizeigewalt gegen AusländerInnen um "Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, die rassistische Verhaltensweise erst ermögliche und fördere."

- Anfang Juli 1997 sah sich "amnesty international" dazu gezwungen, nunmehr bereits zum fünften Mal einen Bericht ("Neue Fälle - altes Muster") über polizeiliche Mißhandlungen von Nichtdeutschen vorzulegen. Auch amnesty sind seit Mai 1995 über 40 weitere Vorkommnisse zur Kenntnis gebracht worden.

Beide NGOs setzen sich neben der reinen Fallsammlung intensiv mit zentralen Verharmlosungs-Strategien auseinander, wie sie bei Bundesregierung, bei den etablierten Parteien und natürlich in der Gewerkschaft der Polizei anzutreffen sind.

Eine zentrale Rolle kommt hierbei einer von der Innenministerkonferenz (IMK) in Auftrag gegebenen Studie "Polizei und Fremde" zu, die - mit einer Verzögerung von sieben Monaten - Anfang 1996 vorgelegt worden ist. In acht zweitägigen Workshops waren hierfür 115 PolizeibeamtInnen von den Unis Trier und Münster über ihre Einstellung Nichtdeutschen gegenüber befragt worden. Hierbei gaben die SeminarteilnehmerInnen unverblümt rassistisches Gedankengut preis: Deutschland sei "offen wie ein Scheunentor" und lade "Scheinasylanten und Schnorrer" geradezu ein, "Sozialhilfe abzukassieren". Dieser "ungehemmte Zustrom" von Ausländern wurde

als "Riesenproblem" angesehen, denn hierdurch bestünde die Gefahr des "finanziellen Ausblutens des Wohlfahrtsstaates". Dieser Zuzug von Nichtdeutschen bewirke einen Anstieg, ja ein "Blühen der Ausländerkriminalität". Stadtviertel, in denen Nichtdeutsche häufig wohnen, seien "Brutstätten für Radikalismus und Extremismus". Hier sei die Polizei fast nur mit "Abschaum" konfrontiert.

Dennoch kommt diese Studie zu dem Fazit, daß die Ergebnisse "darauf hindeuten, daß es sich weder um 'bloße Einzelfälle' noch um 'systematische Verhaltensmuster' der Polizei handelt, sondern um die Kumulation [also das Zusammentreffen, U.J.] von Belastungen in Ballungszentren mit hoher illegaler Einwanderung und Kriminalität sowie bei Großeinsätzen gegen verbotene Demonstrationen [zur Durchsetzung des PKK-Verbots, U. J.] seien manche Beamte überfordert. (...) Sicherlich sind unter Polizeibeamten rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen gegenüber einzelnen Ausländergruppen wiederzufinden."

Während PolitikerInnen aus Union und SPD den Halbsatz, es fehle an Hinweisen auf ein "systematisches fremdenfeindliches Verhaltensmuster der Polizei" regelmäßig als Freispruch erster Klasse abjubeln, begrüßt "Aktion Courage", daß diese Studie das Ausmaß von Rassismus in der Polizei nicht mehr nur als "Häufung von Einzelfällen" abtut, "sondern in einen strukturellen Kontext stellt".

Amnesty international setzt seinen kritischen Akzent auf die straf- und disziplinarrechtliche Ahndung polizeilicher Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen. Während sich aus Sicht Amnestys bei derartigen polizeilichen Übergriffen "ein klares Muster" erkennen lasse, könnten die Täter dennoch oftmals nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Ermittlungsverfahren würden von der Polizei zu Lasten des Erinnerungsvermögens der ZeugInnen und NebenklägerInnen in die Länge gezogen, während die Staatsanwaltschaften ihrerseits die Beweismittel nicht immer mit der gesetzlich eigentlich vorgeschriebenen Sorgfalt und Unparteilichkeit abwäge. Zudem ließen Polizeibehörden anhängige Disziplinarverfahren nur allzugern unter Hinweis auf die staatsanwaltschaftliche Einstellung derartiger Ermittlungen gleich mit einschlafen.

Rassismus bekämpfen - Polizei demokratisieren...

Angesichts des offenkundigen Mißverhältnisses der von Nichtdeutschen angezeigten Fälle polizeilicher Mißhandlungen und der geringen Zahl letztlich belangter Ordnungshüter, empfiehlt Amnesty für die Untersuchung derartiger Mißhandlungsvorwürfe "weitere Mechanismen zu bereits bestehenden Verfahren zu schaffen". Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, reagierte auf diese Idee sichtlich gereizt und hielt der Menschenrechtsorganisation in der "jungen Welt" vor, "unseren Rechtsstaat in Frage" zu stellen (JW, 05. 07. 97).

In der Zurückweisung der staatlichen Taktik des Bagatellisierens und Entpolitisierens polizeilicher Übergriffe sind sich antirassistische Gruppen mit den "Kritischen PolizistInnen", Bündnisgrünen und PDS einig: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fallen nicht vom Himmel. Sie sind gesellschaftlich geprägt und werden durch die polizeiliche Ausbildung und Arbeitsstrukturen begünstigt.

Auf ihrer "7. Tagung des 5. Landesparteitages" (!) hat die Berliner PDS am 14. Juni 1997 einen entsprechenden Leitantrag ("Polizei anders denken") angenommen, in dem die "umfassende Demokratisierung der Institution Polizei" zu einer vorrangigen Forderung an einen wirklichen Politikwechsel bezeichnet wird. Eine Polizeiverfassung solle die Kontroll- und Weisungsrechte der Parlaments stärken. Die Polizei solle den Trend zur Abschottung und Vergeheimdienstlichung umkehren. Apparat-interne Hierarchien sollten abgebaut und ein kooperativer Führungsstil eingeführt werden. Grundsätzlich - so die Berliner PDS - gelte es, Eigenverantwortlichkeit der einzelnen PolizeibeamtInnen zu stärken, anstatt diese immer weiter zu entmündigen. Mit einer auch räumlichen Dezentralisierung solle die Schutzpolizei und das Revierprinzip aufgewertet werden. Diese Polizeireform müsse durch die Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei flankiert werden, diesem Durchlauferhitzer für Gewaltfixiertheit und polizeilichen Korpsgeist. Den Berliner GenossInnen geht es um die Schaffung von gesellschaftlichen Konfliktlösungsmechanismen im unmittelbaren Nachbarschaftsbereich, wobei sie aber darauf bestehen, daß diese polizei- und justizfern organisiert werden und ein möglichst breites Feld gesellschaftlicher Gruppen hierbei integriert wird. Schließlich solle das Amt eines allein den jeweiligen Parlamenten gegenüber verantwortlichen Polizeibeauftragten geschaffen werden. Diese wäre eine kompetente Stelle, an die sich BürgerInnen ohne bürokratische Hürden mit ihren Beschwerden über polizeiliches Handeln wenden könnten. Dadurch erhofft man sich sich langfristig auch

einen Ausbau der Beschwerdekultur innerhalb der Polizei. Letztlich muß die polizeiliche Ausbildung aus ihrem Elfenbeinturm herausgeholt und in nicht-polizeiliche, "zivile" Ausbildungsangebote integriert werden.

... dabei aber nicht stehen bleiben!

Alle KritikerInnen sind sich darüber hinaus im klaren, daß sich Entscheidendes nicht ändern wird,

- solange der Aufbau der "Festung Europa" durch eine Abschiebepolitik (gegenüber bosnischen Flüchtlingen, VietnamesInnen, AlgerierInnen, PalästinenserInnen - aber auch von TürkInnen und KurdInnen) im Sinne von "Ausländer Raus - Deutschland den Deutschen" flankiert wird

- solange AsylbewerberInnen als "Sozialschmarotzer" diffamiert und durch das Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert und unter die Sozialhilfe gedrückt werden,

- solange das finanzielle Engagement der Bundesregierung z. B. für das "Europäische Jahr gegen Rassismus" eine Farce ist

- solange PolitikerInnen - allen voran Schröder und Voscherau - fünf Jahre nach Rostock-Lichtenhagen erneut im rassistischen Mief deutscher Stammtische um Wählerstimmen buhlen und wider besseren Wissens mit der Lüge der "Ausländerkriminalität" hausieren gehen und sich immer weitere Verschärfungen des Ausländergesetzes ausdenken.

Es bedarf eines langen Atem, der ausreicht für eine Vielzahl kleiner Schritte, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und zu bekämpfen.

Ulla Jelpke, Mark Holzberger

Literaturauswahl:

1. Aktion Courage e. V. - SOS Rassismus (1996): "Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer" (Postfach 2644; 53016 Bonn; Tel: 0228 - 213061; Fax: 0228/262978).

2. Amnesty International (1997): "Neue Fälle - altes Muster: Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland" (Heerstr. 178; 53111 Bonn; Tel: 0228/983730; Fax: 630036).

3. European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment (1997): "Reports to the German Government on the visit to Germany carried out from 14.-26.04.96" (Dok. Nr. CPT/Inf (97)9; Übersetzung durch Verf.).

4. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Hamburger Polizei" vom 13. 11. 1996 (Drucksache 15/6200).

5. Bürgerrechte und Polizei/CILIP (Hg.): "Hilfe Polizei - Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern", Berlin 1995.

6. Gössner, Rolf/Neß, Oliver: "Polizei im Zwielicht - Gerät der Apparat außer Kontrolle", Frankfurt/New York 1996.

Mustergültige Prügeleien

Internationale Kritik am deutschen Polizeialltag

Im Juli 1997 legte das Anti-Folter-Komitee des Europarates (European Committee for the Prevention of Torture - CPT) seinen - nach 1991 - zweiten Deutschland-Bericht vor. Die internationale aus JuristInnen, ÄrztInnen und ExpertInnen für den Strafvollzug zusammengesetzte Untersuchungskommission moniterte

die Situation in bundesdeutschen Abschiebehaftanstalten, wie auch das Problem prügelnder Polizisten.

Der CPT-Bericht fügt sich ein in eine wenig schmeichelhafte Reihe von kritischen Erklärungen diverser UN-Organisationen bzw. von amnesty international, die vor allem gewaltsame Übergriffe deutscher Polizisten auf AusländerInnen beklagen.

Und die Bundesregierung bzw. die etablierten Parteien? Sie ergehen sich in jahrelang eingeübten Verharmlosungsritualen.

Das Anti-Folter-Komitee besuchte im April vergangenen Jahres zehn Polizeistationen in vier Bundesländern. Vorkommnisse - ausgerechnet oder bezeichnenderweise - in der Hauptstadt Berlin, gaben dem CPT Anlaß zur Kritik. Dort kam der Untersuchungskommission nämlich besonders häufig der Vorwurf zu Ohren, daß Personen behaupteten, nach ihrer Festnahme durch Berliner Polizisten verprügelt worden zu sein.

Das CPT erörterte diese Vorfälle mit hochrangigen Berliner Polizisten. Hierbei bezeichnete einer das Verprügeln von Festgenommen, selbst wenn diesen Handschellen angelegt worden seien, als "typisches" Verhalten Berliner Polizeibeamter.

Das Anti-Folter-Komitee gewann bei seiner Visite den "klaren Eindruck", daß festgenommene Personen in der polizeilichen Praxis nur in Ausnahmefällen von ihrem Recht Gebrauch machen könnten, Angehörige über ihre Situation zu informieren. Auch die Inanspruchnahme des Rechts, bei polizeilichen Verhören einen Anwalt des Vertrauens hinzuziehen zu können, erschien dem Anti-Folter-Komitee "nicht mehr als eine theoretische Möglichkeit" zu sein.

Die Untersuchungskommission zeigte sich über diese Aspekte des deutschen Polizeialltags äußerst ungehalten, zumal sie schon seit ihrem letzten Besuch in dieser Angelegenheit mit der Bundesregierung im Clinch liegt. Schließlich ist es nach den Erfahrungen des Anti-Folter-Komitees eine unverzichtbare Voraussetzung, um Mißhandlungen auf Polizeistationen wirksam zu verhüten, daß Gefangene im Polizeialltag auch tatsächlich eine Chance haben, Angehörige über die Festnahme zu informieren oder jederzeit einen Anwalt des Vertrauens beiziehen zu können.

Jämmerliche Zustände in Abschiebeknästen

Ebenfalls kritikwürdig befand das Anti-Folter-Komitee die Situation in den beiden von ihm aufgesuchten Abschiebehaftanstalten Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) und Köpenick-Grünau (Berlin).

In der Strafvollzugsanstalt Bützow, waren zum Zeitpunkt der CPT-Inspektion ca. 40 Personen inhaftiert, die dort zum Teil seit Monaten auf ihre Abschiebung warteten. Die Zustände dort konnte das CPT als "schlichtweg ungenügend" beschreiben. Die Abschiebehäftlinge waren 23 Stunden in ihre Zellen eingesperrt, hatten eine Stunde Hofgang täglich und einmal in der Woche Sport. Das war's schon an "Freizeitmöglichkeiten". Hinzu kamen größere Probleme zwischen den Abschiebehäftlingen und dem Anstaltspersonal. Viele der Abzuschiebenden waren sich über ihre rechtliche Lage - und speziell auch über ihre Rechtsmittel - nicht im Klaren. Wenig verwunderlich, daß diese Menschen kaum Zugangsmöglichkeiten zu AnwältInnen oder ÜbersetzerInnen hatten.

Zum Zeitpunkt der CPT-Inspektion war der Abschiebeknast Berlin-Grünau mit 198 Abschiebehäftlingen nur zur Hälfte belegt. Ein Drittel von ihnen befand sich damals zwischen einem bis sechs Monaten, acht Gefangene waren sogar zwischen 8-18 Monaten in Haft. Das Anti-Folter-Komitee kritisierte, daß im Berliner Abschiebeknast so strenge "Sicherheits"maßnahmen angewandt würden, wie sonst nirgendwo in der BRD. Und diese hätten einen "unterdrückenden Effekt" auf das alltägliche Leben im Abschiebeknast, wenn die dort Inhaftierten für die einfachsten Dinge (vom Fensteröffnen bis zum Kaffeekochen) stets das Anstaltspersonal um Erlaubnis bitten müßten. Dies würde "unweigerlich" zu Spannungen führen, zumal es immer wieder Streß gab zwischen abzuschiebenden Personen und dem Personal. Dieses war nicht nur ein Problem der unzureichenden Ausbildung der dort Beschäftigten. Es gab zum Zeitpunkt der CPT-Visite auch keinerlei medizinische oder psychologische Betreuung, sinnvolle Beschäftigungsangebote fehlten außerdem.

Das Anti-Folter Komitee gelangte bezüglich der Bedingungen in bundesdeutschen Abschiebehaftanstalten zu deutlichen Feststellungen über die in Bützow, aber auch in anderen Bundesländer geübte Praxis, Abzuschiebende in Untersuchungs- oder gar Strafhaftanstalten unterzubringen: Ein Gefängnis - so formulierte die Untersuchungskommission höflich - sei "kein angemessener Platz" für abzuschiebende Personen. Wenn schon, dann sollten diese in gesonderten Einrichtungen untergebracht werden, bei denen deutlich werden müßte, daß es sich nicht um eine Haftanstalt handelt. Schließlich seien Abzuschiebende keine Kriminellen, sondern verfügten lediglich über keinen Aufenthaltsstatus.

Internationale Kritik an rassistischen Übergriffen

Nicht nur das Anti-Folter-Komitee des Europarates beklagt die Behandlung von AusländerInnen durch deutsche Ordnungshüter. In den letzten Jahren haben praktisch alle zuständigen Gremien der Vereinten Nationen ähnlich kritische Stellungnahmen abgegeben:

- Am 6. Mai 1996 unterrichtete der UN-Sonderberichterstatter für Folter die Bundesregierung darüber, daß ihm "Informationen zugegangen seien, denen zufolge mehrere in Deutschland lebende Angehörige ethnischer oder nationaler Minderheiten schweren Schlägen und anderweitigen Mißhandlungen durch [deutsche] Polizeibeamte ausgesetzt gewesen sind." Nachdem der Sonderberichterstatter der Bundesregierung 1995 bereits drei derartige Fälle unterbreitet hatte, waren es ein Jahr später schon sieben neue Vorkommnisse, die der UN-Beauftragte für glaubwürdig genug hielt, um ihnen besondere Beachtung zu schenken.

- Auf seiner 58. Sitzung am 8. November 1996 erklärte der UN-Menschenrechtsausschuß "seine Besorgnis über Vorkommnisse von Mißhandlungen auch von Ausländern und besonders von ethnischen Minderheiten und Asylsuchenden durch die Polizei aus. Er war besorgt über das Fehlen wirklich unabhängiger Mechanismen, um Beschwerden über Mißhandlungen durch die Polizei zu untersuchen."

- Im März 1997 schließlich zeigte sich das UN-Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung ebenfalls "besorgt über Fälle brutalen Vorgehens deutscher Polizeibeamter gegen Ausländer - vor allem gegen Afrikaner und Türken."

Auch von Seiten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) will die Kritik an offenkundig rassistisch motivierter Polizeigewalt nicht verstummen:

- Im Dezember 1996 veröffentlichte "Aktion Courage e. V. - SOS Rassismus" die Fortschreibung einer Sammlung von "Polizeiübergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer", die von der "Internationalen Liga für Menschenrechte" und der Berliner "Antirassistischen Initiative" recherchiert worden sind. Zwischen Dezember 1994 und November 1995 seien 40 neue Fälle bekannt geworden. Zweifellos - so die "Aktion Courage" - handele es sich bei Polizeigewalt gegen AusländerInnen um "Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, die rassistische Verhaltensweise erst ermögliche und fördere."

- Anfang Juli 1997 sah sich "amnesty international" dazu gezwungen, nunmehr bereits zum fünften Mal einen Bericht ("Neue Fälle - altes Muster") über polizeiliche Mißhandlungen von Nichtdeutschen vorzulegen. Auch amnesty sind seit Mai 1995 über 40 weitere Vorkommnisse zur Kenntnis gebracht worden.

"Polizei und Fremde"

Beide NGOs setzen sich neben der reinen Fallsammlung intensiv mit zentralen Verharmlosungs-Strategien auseinander, wie sie bei Bundesregierung, bei den etablierten Parteien und natürlich in der Gewerkschaft der Polizei anzutreffen sind.

Eine zentrale Rolle kommt hierbei einer von der Innenministerkonferenz (IMK) in Auftrag gegebenen Studie "Polizei und Fremde" zu, die - mit einer Verzögerung von sieben Monaten - Anfang 1996 vorgelegt worden ist. In acht zweitägigen Workshops waren hierfür 115 PolizeibeamtInnen von den Unis Trier und Münster über ihre Einstellung Nichtdeutschen gegenüber befragt worden. Hierbei gaben die SeminarteilnehmerInnen unverblümt rassistisches Gedankengut preis: Deutschland sei "offen wie ein Scheunentor" und lade "Scheinasylanten und Schnorrer" geradezu ein, "Sozialhilfe abzukassieren". Dieser "ungehemmte Zustrom" von Ausländern wurde als "Riesenproblem" angesehen, denn hierdurch bestünde die Gefahr des "finanziellen Ausblutens des Wohlfahrtsstaates". Dieser Zuzug von Nichtdeutschen bewirke einen Anstieg, ja ein "Blühen der Ausländerkriminalität". Stadtviertel, in denen Nichtdeutsche häufig wohnen, seien "Brutstätten für Radikalismus und Extremismus". Hier sei die Polizei fast nur mit "Abschaum" konfrontiert.

Dennoch kommt diese Studie zu dem Fazit, daß die Ergebnisse "darauf hindeuten, daß es sich weder um 'bloße Einzelfälle' noch um 'systematische Verhaltensmuster' der Polizei handelt, sondern um die Kumulation [also das Zusammentreffen, U.J.] von Belastungen in Ballungszentren mit hoher illegaler Einwanderung und Kriminalität sowie bei Großeinsätzen gegen verbotene Demonstrationen [zur Durchsetzung des PKK-Verbots, U. J.] seien manche Beamte überfordert. (...) Sicherlich sind unter Polizeibeamten rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen gegenüber einzelnen Ausländergruppen wiederzufinden."

Während PolitikerInnen aus Union und SPD den Halbsatz, es fehle an Hinweisen auf ein "systematisches fremdenfeindliches Verhaltensmuster der Polizei" regelmäßig als Freispruch erster Klasse abjubeln, begrüßt "Aktion Courage", daß diese Studie das Ausmaß von Rassismus in der Polizei nicht mehr nur als "Häufung von Einzelfällen" abtut, "sondern in einen strukturellen Kontext stellt".

Ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat?

Amnesty international setzt seinen kritischen Akzent auf die straf- und disziplinarrechtliche Ahndung polizeilicher Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen. Während sich aus Sicht Amnestys bei derartigen polizeilichen Übergriffen "ein klares Muster" erkennen lasse, könnten die Täter dennoch oftmals nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Ermittlungsverfahren würden von der Polizei zu Lasten des Erinnerungsvermögens der ZeugInnen und NebenklägerInnen in die Länge gezogen, während die Staatsanwaltschaften ihrerseits die Beweismittel nicht immer mit der gesetzlich eigentlich vorgeschriebenen Sorgfalt und Unparteilichkeit abwäge. Zudem ließen Polizeibehörden anhängige Disziplinarverfahren nur allzugern unter Hinweis auf die staatsanwaltschaftliche Einstellung derartiger Ermittlungen gleich mit einschlafen.

Angesichts des offenkundigen Mißverhältnisses der von Nichtdeutschen angezeigten Fälle polizeilicher Mißhandlungen und der geringen Zahl letztlich belangter Ordnungshüter, empfiehlt Amnesty für die Untersuchung derartiger Mißhandlungsvorwürfe "weitere Mechanismen zu bereits bestehenden Verfahren zu schaffen". Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, reagierte auf diese Idee sichtlich gereizt und hielt der Menschenrechtsorganisation in der "jungen Welt" vor, "unseren Rechtsstaat in Frage" zu stellen (JW, 05. 07. 97).

Rassismus bekämpfen - Polizei demokratisieren ...

In der Zurückweisung der staatlichen Taktik des Bagatellisierens und Entpolitisierens polizeilicher Übergriffe sind sich antirassistische Gruppen mit den "Kritischen PolizistInnen", Bündnisgrünen und PDS einig: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fallen nicht vom Himmel. Sie sind gesellschaftlich geprägt und werden durch die polizeiliche Ausbildung und Arbeitsstrukturen begünstigt.

Auf ihrer "7. Tagung des 5. Landesparteitages" (!) hat die Berliner PDS am 14. Juni 1997 einen entsprechenden Leitantrag ("Polizei anders denken") angenommen, in dem die "umfassende Demokratisierung der Institution Polizei" zu einer vorrangigen Forderung an einen wirklichen Politikwechsel bezeichnet wird. Eine Polizeiverfassung solle die Kontroll- und Weisungsrechte der Parlaments stärken. Die Polizei solle den Trend zur Abschottung und Vergeheimdienstlichung umkehren. Apparat-interne Hierarchien sollten abgebaut und ein kooperativer Führungsstil eingeführt werden. Grundsätzlich - so die Berliner PDS - gelte es, Eigenverantwortlichkeit der einzelnen PolizeibeamtInnen zu stärken, anstatt diese immer weiter zu entmündigen. Mit einer auch räumlichen Dezentralisierung solle die Schutzpolizei und das Revierprinzip aufgewertet werden. Diese Polizeireform müsse durch die Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei flankiert werden, diesem Durchlauferhitzer für Gewaltfixiertheit und polizeilichen Korpsgeist. Den Berliner GenossInnen geht es um die Schaffung von gesellschaftlichen Konfliktlösungsmechanismen im unmittelbaren Nachbarschaftsbereich, wobei sie aber darauf bestehen, daß diese polizei- und justizfern organisiert werden und ein möglichst breites Feld gesellschaftlicher Gruppen hierbei integriert wird. Schließlich solle das Amt eines allein den jeweiligen Parlamenten gegenüber verantwortlichen Polizeibeauftragten geschaffen werden. Diese wäre eine kompetente Stelle, an die sich BürgerInnen ohne bürokratische Hürden mit ihren Beschwerden über polizeiliches Handeln wenden könnten. Dadurch erhofft man sich sich langfristig auch einen Ausbau der Beschwerdekultur innerhalb der Polizei. Letztlich muß die polizeiliche Ausbildung aus ihrem Elfenbeinturm herausgeholt und in nicht-polizeiliche, "zivile" Ausbildungsangebote integriert werden.

... dabei aber nicht stehen bleiben!

Alle KritikerInnen sind sich darüber hinaus im klaren, daß sich Entscheidendes nicht ändern wird,

- solange der Aufbau der "Festung Europa" durch eine Abschiebepolitik (gegenüber bosnischen Flüchtlingen, VietnamesInnen, AlgerierInnen, PalästinenserInnen - aber auch von TürkInnen und KurdInnen) im Sinne von "Ausländer Raus - Deutschland den Deutschen" flankiert wird

- solange AsylbewerberInnen als "Sozialschmarotzer" diffamiert und durch das Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert und unter die Sozialhilfe gedrückt werden,

- solange das finanzielle Engagement der Bundesregierung z. B. für das "Europäische Jahr gegen Rassismus" eine Farce ist

- solange PolitikerInnen - allen voran Schröder und Voscherau - fünf Jahre nach Rostock-Lichtenhagen erneut im rassistischen Mief deutscher Stammtische um Wählerstimmen buhlen und wider besseren Wissens mit der Lüge der "Ausländerkriminalität" hausieren gehen und sich immer weitere Verschärfungen des Ausländergesetzes ausdenken.

Es bedarf eines langen Atem, der ausreicht für eine Vielzahl kleiner Schritte, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und zu bekämpfen.

Ulla Jelpke, Mark Holzberger

Literaturauswahl:

1. Aktion Courage e. V. - SOS Rassismus (1996): "Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer" (Postfach 2644; 53016 Bonn; Tel: 0228/213061; Fax: 0228/262978)

2. Amnesty International (1997): "Neue Fälle - altes Muster: Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland" (Heerstr. 178; 53111 Bonn; Tel: 0228/983730; Fax: 630036)

3. European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment (1997): "Reports to the German Government on the visit to Germany carried out from 14.-26.04.96" (Dok. Nr. CPT/Inf (97)9"; Übersetzung durch Verf.)

4. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Hamburger Polizei" vom 13. 11. 1996 (Drucksache 15/6200)

5. Bürgerrechte und Polizei/CILIP (Hg.): "Hilfe Polizei - Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern", Berlin 1995

6. Gössner, Rolf/Neß, Oliver: "Polizei im Zwielicht - Gerät der Apparat außer Kontrolle", Frankfurt/New York 1996

14. Papua-Neuguinea: Regierung abgewählt - und doch wieder nicht

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:16

Es ist kaum zu fassen: Da verpassen die WählerInnen Papua-Neuguineas in den landesweiten Wahlen im Juni der herrschenden Regierungskoalition eine drastische Abfuhr und votieren mit aller Deutlichkeit für die Ablösung der durch die Söldneraffäre vom März des Jahres (siehe ak 402) und andere Korruptionsskandale gründlich diskreditierten Regierung Chan - und als das neugewählte Parlament am 22. Juli die neue Regierung installiert, sind die gerade abgewählten Parteien wieder mit von der Partie. Medien und Nichtregierungsorganisationen im Lande beklagten Verrat und Wählertäuschung. Zu verdanken ist dieser unerwartete Ausgang der Regierungsbildung leider gerade jenen unabhängigen und "linken" Persönlichkeiten, die wegen ihres entschiedenen außerparlamentarischen Auftretens gegen die Regierung während der Auseinandersetzungen um die Söldner von den WählerInnen mit einem parlamentarischen Mandat versehen worden waren und von denen erwartet worden war, daß sie einen Wind des Wandels in der papuanischen Politik entfachen würden. Statt dessen haben sie sich von der alten regierenden Clique einkaufen lassen.

Die Wahlen

Hauptwahlkampfthema in Papua-Neuguinea war der Sandline-Söldner-Deal vom Februar/März diesen Jahres. Damals hatte die Regierung Chan eine Killertruppe bei den britisch-südafrikanischen Söldnerfirmen Sandline International und Executive Outcomes angeheuert und ins Land geholt mit dem Ziel, den Krieg auf Bougainville durch den Einsatz dieser Truppe endgültig für sich zu entscheiden. Massenproteste der Bevölkerung in der Hauptstadt Port Moresby, angeführt von Menschenrechtsorganisationen und unterstützt von Teilen des papuanischen Militärs, hatten seinerzeit die Söldner aus dem Land gejagt und dazu geführt, daß Chan, sein Vize und sein Verteidigungsminister ihre Ämter für die Dauer einer Untersuchung der Söldner-Affäre niederlegen mußten. Kurz vor den Wahlen wurde diese Untersuchung, deren Vorgaben von der Regierung selbst festgelegt worden waren, abgeschlossen. Chan und seine Kumpane werteten das Untersuchungsergebnis als Freispruch und kehrten auf die Regierungssessel zurück. Während des Wahlkampfes verkündete Chan großspurig, daß er nach seinem Wahlsieg erwägen werde, die Söldner wieder ins Land zurückzuholen und doch noch auf Bougainville einzusetzen. Die Opposition dagegen verlangte eine Neuauflage der Untersuchung auf breiterer Basis, da keineswegs alle Verdachtsmomente hinsichtlich verfassungswidrigen Verhaltens, finanziellen Mißmanagements und persönlicher Bereicherung ausgeräumt seien. Chan und Co. wurden im Wahlkampf wegen der Söldner-Affäre heftig attackiert. Zudem stellten sich Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, die maßgeblich an den Protesten gegen die Söldner im März beteiligt gewesen waren, als Kandidaten zur Wahl. Sie kandidierten eindeutig auf dem Anti-Söldner und Anti-Regierungsticket und versprachen den WählerInnen, endlich mit der Cliquenwirtschaft der alten politischen Elite Schluß zu machen und entschieden gegen die in der Öffentlichkeit weithin beklagte Korruption in der politischen Klasse des Landes vorzugehen.

Die Wahlen selber fanden vom 14. bis zum 28. Juni statt. Eine solche auf zwei Wochen ausgedehnte Stimmabgabe ist aufgrund der geographischen Verhältnisse im Lande und der schlechten Infrastruktur vonnöten. Zum Teil waren die Wahlen von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet; unmittelbar vor Beginn der Wahlperiode war ein unabhängiger Kandidat des Wahlkreises Port Moresby erschossen worden. Dennoch sorgten ein Verkaufsverbot für Alkohol, eine nächtliche Ausgangssperre und der Einsatz mehrerer Tausend schwerbewaffneter Soldaten und Polizisten für einen weitgehend geregelten Ablauf der Wahlen, denen auch von ausländischen Beobachtern attestiert wurde, daß sie frei und fair und weitestgehend ordnungsgemäß abgelaufen seien.

Schon bald zeichnete sich ein sensationelles Wahlergebnis ab. Die Regierungsparteien - Chan's People's Progress Party (PPP) und die Pangu Party - mußten eine vernichtende Niederlage einstecken. Sie verloren 29 ihrer bisher 55 Sitze im Parlament. 14 von 28 ehemaligen Ministern wurden nicht wiedergewählt (darunter auch Verteidigungsminister Ijape, einer der Hauptverantwortlichen für die Söldner-Affäre). Am sensationellsten war, daß selbst der Regierungschef Chan seinen Sitz im Parlament verlor. Auf der anderen Seite konnte die Opposition einen großen Wahlerfolg verbuchen. Als politisch besonders bedeutend wurde gewertet, daß viele parteilose unabhängige Kandidaten, die sich im Kampf gegen die Söldner und die Regierung Chan

hervorgetan hatten, ins Parlament gewählt wurden. Unter ihnen war auch Peti Lafanama, der Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation Melsol (Melanesian Solidarity), die die Massenproteste des März mit angeführt hatte. Insgesamt wurden 59 von 109 Abgeordneten erstmals in das Parlament gewählt.

Das Wahlergebnis war mithin an Deutlichkeit nicht zu übertreffen: Die Regierung Chan hatte die Quittung für die Söldner-Affäre und für die Versuche einer "militärischen Lösung" des Bougainville-Konflikts, für ihr Versagen in Fragen des Ausbaus des Gesundheits- und Erziehungswesens, für den Raubbau an den Ressourcen des Landes und für die weitverbreitete Korruption und Unfähigkeit ihrer Mitglieder und Mitläufer bekommen. Die Menschen hatten deutlich gemacht, daß sie von dieser Regierung genug hatten und daß sie einen Wechsel wollten.

Die Regierungsbildung

Allgemein wurde erwartet, daß sich die Oppositionsparteien und die frisch ins Parlament gewählten Unabhängigen auf eine Regierungskoalition des Neubeginns verständigen würden. Auf die geschlagenen Regierungsparteien gab Ende Juni niemand einen Pfifferling mehr. Alle Oppositionskräfte hatten während des Wahlkampfes immer wieder erklärt, daß für sie ein Zusammengehen mit PPP und Pangu undenkbar sei, daß sie vielmehr reinen Tisch zu machen wünschten. Chan und seine Kumpane waren von den Vertretern der Opposition - mit vollem Recht - als Lügner und Plage für das Land angegriffen worden. Als Kern einer neuen Regierung galt die National Alliance, ein Zusammenschluß oppositioneller Kräfte, der sich nach der Söldner-Affäre gebildet hatte mit dem erklärten Ziel der Abwahl der Regierung Chan. Als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Premierministers wurde der Führer der National Alliance, der "große alte Mann" der papuanischen Politik, Sir Michael Somare, einer der "Gründerväter" des unabhängigen Papua-Neuguinea und seinerzeit auch sein erster Premierminister, gehandelt. Somare hatte sich aufgerafft, angesichts der schweren Krise, in die die Chan-Clique das Land gestürzt hatte, noch einmal anzutreten.

In den drei Wochen nach Beendigung der Wahlen, einer Zeit, in der in Papua-Neuguinea traditionellerweise das Aushandeln einer neuen Regierungskoalition mit viel hin und her betrieben wird, sah zunächst auch alles danach aus, daß Somare und die National Alliance eine regierungsfähige Mehrheit würden zusammenbekommen können. Insbesondere gelang es Peti Lafanama von Melsol und dem Geistlichen Robert Lak, die als die führenden Köpfe der "Linken" galten, einen recht großen Kreis der unabhängigen Abgeordneten um sich zu scharen und mit der National Alliance zu verbünden. Über-optimistische ausländische Beobachter sahen in der Lafanama-Lak-Gruppierung, dem sog. Melsol-Block, schon den "Kern einer neuen landesweiten Linken" in Papua-Neuguinea (ND, 3.7.97). Vollends am Ende schien die alte Regierungsclique, als auch noch das prominenteste Mitglied der Pangu Party, der ehemalige Premierminister Sir Rabbie Namaliu, seiner Partei die Loyalität aufkündigte, sich Somare anschloß und seine alten politischen Weggefährten für nicht wählbar erklärte.

Angesichts dieser Konstellation war die Wahl des neuen Regierungschefs im Parlament am 22. Juli dann eine noch größere Sensation als der Ausgang der Parlamentswahlen selbst. Gewählt wurde nämlich als neuer Premierminister mit 71 Stimmen der Chef des People's National Congress (PNC), Bill Skate, Gouverneur des National Capitol District Port Moresby. Somare dagegen bekam nur 35 Stimmen. Für Skate stimmten neben den Anhängern seiner Partei auch die Mitglieder des People's Democratic Movement des ehemaligen Premierministers Wingti (auch Wingti verlor übrigens seinen Parlamentssitz!) sowie die Abgeordneten der alten Regierungsparteien PPP und Pangu und schließlich - man höre und staune - die 13 unabhängigen Abgeordneten unter Führung von Lafanama und Lak aus dem Melsol-Block ! Die neue Regierung setzte sich dementsprechend zusammen, das heißt, in ihr waren die abgewirtschafteten Parteien der alten Regierungskoalition ebenso mit dabei wie deren "Todfeinde" aus dem Lager der Unabhängigen.

Wie hatte es dazu kommen können? Am Wochenende vor dem entscheidenden Wahlgang im Parlament war es gelungen, Skate und seine Anhänger sowie Lafanama und die Unabhängigen zu einer gemeinsamen Konferenz in Tufi zusammenzuholen. Chan, nicht nur ex-Regierungschef und glückloser Kandidat für einen Abgeordnetensitz, sondern auch millionenschwerer Geschäftsmann, war an jenem denkwürdigen Wochenende ebenfalls zugegen. In Tufi müssen den ehemaligen Oppositionellen Versprechungen, Zugeständnisse oder was auch immer gemacht worden sein, die ihr Umschwenken in letzter Minute bewirkten (in der gemeinhin als sehr seriös geltenden Neuen Zürcher Zeitung heißt es, daß "zahlreiche Unabhängige mit ansehnlichen Geldbeträgen in das Lager von Skate gelockt worden sein" sollen - NZZ, 24.7.1997). In weniger

als 18 Stunden jedenfalls wurde die neue Überraschungs-Koalition zusammengezimmert, und am Montag nach dem Wochenende ließen Skate und seine Leute inklusive Melsol-Block das Bündnis mit der National Alliance platzen und verbündeten sich - einen Tag vor der entscheidenden Premierminister-Wahl - mit Pangu und PPP. Skate wurde mit großer Mehrheit gewählt, und zahlreiche Vertreter der abgewählten alten Regierung sind auch wieder in der neuen Regierung Skate mit von der Partie. Skate hat 10 der 14 Minister, die die Wahlen überlebten, in sein Kabinett aufgenommen. Der Vize-Regierungschef Chans, Chris Haiveta, Ober-Schurke im Sandline-Deal, ist auch wieder Vize von Skate und Außenminister. Chan, der die Wahl des Regierungschefs von der Besuchertribüne des Parlaments aus beobachtete, äußerte sich hochzufrieden über den Wahlausgang...

Reaktionen der Öffentlichkeit

Die Regierungsbildung löste in der Öffentlichkeit Papua-Neuguineas einen Aufschrei der Empörung aus. Medien, Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen sprachen von eklatanter Mißachtung des Wählerwillens und äußerten sich tief enttäuscht über das Verhalten der Unabhängigen. Melsol forderte in Abgrenzung vom Verhalten seines Generalsekretärs Lafanama die Auflösung der Regierung und sofortige Neuwahlen; die einflußreiche Nichtregierungsorganisation ICRAF (mit Melsol verbündet und ebenfalls maßgeblich engagiert in den Anti-Söldner-Aktionen) klagte die Unabhängigen des "Verrats" an der gemeinsamen Sache an. In einer Flut von Leserbriefen wurde das Verhalten der Melsol-Abgeordneten angeprangert und Wut und Enttäuschung ausgedrückt. Ob allerdings die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition in der nahen Zukunft die Kraft wird entwickeln können, die neue Regierung derart unter Druck zu setzen, daß sie keinen langen Bestand hat, bleibt abzuwarten.

Die "Erklärungen" Lafanamas und der anderen Unabhängigen für ihr Umfallen sind mehr als lau: Sie hätten bei Skate im Wort gestanden, ihn zum Regierungschef zu wählen, und als Somare im Oppositionslager seine Kandidatur nicht zugunsten Skate's habe zurückziehen wollen und Skate daraufhin Unterstützung bei den alten Regierungsparteien gesucht habe, hätten sie nicht mehr zurück gekonnt und sich unversehens mit ihren Feinden von gestern in einem Boot wiedergefunden. Außerdem könnten sie in der Regierung sehr viel mehr für die Erneuerung des Landes bewirken als in der Opposition.

Skate hat immerhin angekündigt, daß er eine Neuauflage der Sandline-Untersuchung und eine friedliche Lösung der Bougainville-Krise wolle (er hat erstmals einen eigenen Minister für die Bougainville-Frage ernannt). Ob man dem allerdings Glauben schenken kann, ist höchst fraglich. Immerhin hatte er auch noch wenige Tage vor seiner Wahl zum Regierungschef erklärt, er würde "niemals" mit den alten Regierungsparteien zusammengehen. Skate am 13. Juli 1997 über eine mögliche Koalition mit PPP und Pangu: "Wir wollen mit ihrer schmutzigen Politik nichts zu tun haben. Wir müssen die Wünsche des Volkes achten. Und das Volk war völlig gegen die Taten und Entscheidungen von Pangu und PPP. Wir würden gegen den Willen unseres Volkes handeln, wenn wir anfingen, uns mit diesen Parteien zu verbünden" (zit. n. The National, 23.7.97). Nun werden Chan, Haiveta und Co. sicher dafür sorgen, daß Skate sie nicht tatsächlich für ihre Machenschaften zur Rechenschaft ziehen wird. Und auch Lafanama und die anderen Unabhängigen aus dem Melsol-Block haben ihre Glaubwürdigkeit verloren. Hatte Lafanama doch noch kurz vor seinem Schwenk beteuert: "Wir sind für den Wechsel gewählt worden, und wir werden uns nicht gegen den Willen des Volkes stellen, indem wir uns jenen politischen Parteien anschließen, die die Misere in unserem Land verursacht haben. Die alten Führer haben die Probleme verursacht."

Erste Kraftprobe

Zu einer ersten Kraftprobe zwischen der neuen Regierung und den Kräften der außerparlamentarischen Opposition ist es bereits wenige Tage nach der Regierungsbildung gekommen. Am 27. Juli verhaftete die Polizei den Major der papuanischen Armee Enuma und steckte ihn ins Gefängnis. Enuma war neben General Singirok jener Offizier, der sich bei den Aktionen im März am entschiedensten auf die Seite der Demonstranten gestellt hatte. Unter seiner Leitung stand die "Operation Rausim Kwik", mit der die Söldner festgesetzt und außer Landes gebracht worden waren. Nun sollte ihm der Prozeß gemacht werden. Zur selben Zeit wurde angekündigt, daß auch Singirok, der auf Urlaub in Australien war, bei seiner Rückkehr nach Papua-Neuguinea verhaftet und wegen "Meuterei" unter Anklage gestellt werden sollte. Doch daraus wurde nichts. Enuma- und Singirok-treue Soldaten stürmten in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli die Polizeiwache, in der Enuma festgehalten wurde und befreiten ihn. Danach zogen sie zum Hauptquartier der Armee in Port Moresby's

Murray Barracks und stellten dort den jetzigen Oberbefehlshaber der papuanischen Truppen, General Leo Nuia, "unter Hausarrest". Nuia war noch von Chan kurz vor dem Ende seiner Regierungszeit ins Amt eingesetzt worden. Wegen seiner brutalen Kriegführung auf Bougainville hat er den Beinamen "Schlächter von Bougainville". Erst nach langwierigen Verhandlungen mit Regierungsvertretern ließen die rebellierenden Soldaten Nuia wieder frei, nachdem Skate zugesagt hatte, zunächst keine Anklage gegen Enuma, Singirok oder andere Angehörige der Streitkräfte wegen der Märzereignisse erheben zu lassen, sondern weitere Untersuchungen des ganzen Komplexes abzuwarten. Die Soldaten hatten eine umfassende Amnestie gefordert.

Diese Ereignisse wurden in der internationalen Presse zu einer "Militärrebellion" hochgeschrieben. Das ist maßlos übertrieben. Gleichwohl zeigen sie, daß die Lage in Papua-Neuguinea weiter gespannt ist, daß sich regierungstreue und oppositionelle Kräfte (nicht zuletzt in der Armee) nicht über den Weg trauen und auf neue Auseinandersetzungen vorbereiten. Die Kräfteverhältnisse im Lande sind unübersichtlich und es ist nicht ausgemacht, wie lange die so offensichtlich durch eine grandiose Täuschung des Wahlvolks zustande gekommene Regierung Skate tatsächlich durchhalten wird.

Vo

15. Strömung des Paraná-Paraguay läßt nach. Reportage über einen Wasserstraßenbau in Südamerika

Autor: l.p.tisso · Rubrik: Argentinien; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:24

Unser Autor hatte im Frühjahr 1997 die Gelegenheit, sich auf einer Rundreise im Nordosten Argentiniens über die Folgen eines ehrgeizigen Wasserstraßenbauprojektes zu informieren.

Im Audimax der Technischen Universität von Resistencia, der Hauptstadt von Chaco, in der nordöstlichen Provinz Argentiniens, geht der Vizeministerpräsident der argentinischen Provinz Santa Fe, Gualberto Venesia, zur Landkarte Südamerikas. Mit der Entschlossenheit eines Orchesterleiters nimmt er den Stock und beginnt, kreuz und quer Linien zu ziehen. Er beschreibt Richtungen und Verbindungen entlang der Breiten- und der Längengrade. Im Stile eines Ingenieurs läßt er Namen von Flüssen fallen: Paraguay, Paraná, Amazonas, Orinoco, Madeira, Tieté und kanalisiert den halben Kontinent. Er verbindet den La Plata-Fluß mit der Karibik, indem er die Ströme der südamerikanischen Flüsse zusammenfließen läßt, und entwirft daran anschließende Auto- und Eisenbahnkorridore. Getrieben von seiner Phantasie, mischt sein Bauehrgeiz "Süß" und "Salzig" (die nordargentinischen Flüsse Dulce und Salado), und reist im Geiste auf jeder hellblauen Linie, die ihm die Landkarte bietet. Von Argentinien nach Bolivien fährt er sowohl den Fluß Pilcomayo als auch den Bermejo aufwärts.

Mit seiner Rede beendet Ingenieur Venesia, Vorsitzender des Comité Federal Hidrovía Paraguay-Paraná (Bundeskomitee für die Wasserstraße Paraguay-Paraná: HPP) vor einer kleinen Gruppe von Funktionären und Technokraten sowie ein paar Journalisten und einigen verdutzten Umweltschützern die erste Tagung der Bundesländerpolitik (2.4.1997) für die Hidrovía. Weitere Teilnehmer sind Vertreter aus Buenos Aires, Entre Ríos, Formosa, Misiones und Chaco. All diese Provinzen sind vom HPP betroffen.

Konzeption des HPP

Dieses Vorhaben umfaßt den Bau einer industriell nutzbaren Wasserstraße, geeignet für Schiffe von bis zu 3,3 Meter Tiefgang, mit einer Gesamtstrecke von 3.440 km, die von Puerto Cáceres (Brasilien) im Norden, bis zum Hafen Nueva Palmira (Uruguay) im Süden reicht. Die Regierungen von Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay beabsichtigen, diesen Wasserweg ganzjährig schiffbar zu machen. Die Verbindung mit Bolivien soll über den Tamengo-Kanal hergestellt werden. Von der HPP betroffen sind ca. 40 Mio. Einwohner und eine Fläche von 720.000 km. Die Finanzierung, die nach Angaben des argentinischen Präsidenten Carlos Saúl Menem 1 Mrd. US Dollar betragen soll (zahlreiche KritikerInnen des Projektes gehen von weit höheren Kosten aus), wird von der Interamerikanischen Entwicklungsbank und vom UNDP (Projekt der UNO für Entwicklung) getragen. Planung und Durchführung liegen in der Verantwortung des Comité Intergubernamental Hidrovía Paraguay-Paraná (CIH), das 1990 von den fünf oben genannten Ländern gegründet wurde.

Die bunte Broschüre, die das CHI all denjenigen aushändigt, die den Weg zu einem der zwei öffentlichen Büros des Projektes in Argentinien finden (1), beschreibt die Vorteile des Projektes:

1. Kostenersparnis durch die Benutzung von Barkassenzügen mit größerer Tonnage. Laut Wirtschaftlichkeitsgutachten soll z.B. der Transport von Getreide von heute ca. 0,0083 US-Dollar je Tonne und Kilometer auf künftig 0,0059 US-Dollar sinken.

2. Verbesserung der Sicherheitsbedingungen bei der Schiffsfahrt und Verminderung der Unfallgefahr.

3. Reduzierung der Transportzeit.

Weiter nennt der Prospekt die wichtigsten Produkte und deren Charakteristika: "In Nord-Süd-Richtung sind es Rohstoffe wie Baumwolle, Sojaschrot, Papierzellulose, Eisenerz und Mangan. In entgegengesetzter Richtung ist es hauptsächlich Treibstoff."

In den folgenden Abschnitten werden in knapper Form die von der HPP betroffene Umwelt und das soziale Umfeld beschrieben: "Das CIH ist sich der Bedeutung der sozialen Aspekte jeglichen Entwicklungsunternehmens bewußt und garantiert einen durchsichtigen und partizipativen Untersuchungsprozeß mit spezieller Rücksicht gegenüber den Umweltorganisationen und den VertreterInnen der indigenen Gemeinden, die befürchten, daß die beabsichtigten Bauten negative Wirkungen verursachen würden. Ihnen wurde der Zugang zu Informationen garantiert, indem ihnen die von den Consultingunternehmen hergestellten Durchführbarkeitsgutachten und Untersuchungen über die erwarteten Auswirkungen auf die Umwelt zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem sind eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen vorgesehen, um den Fortgang der Untersuchungen vorzustellen und zu diskutieren. So wird der Forschungsprozeß zur HPP zum Beispiel eines partizipativen Prozesses in regionalen Umfang."

Mißtrauisch gegenüber solchen Ankündigungen sind inzwischen zahlreiche Organisationen, wie z.B. die Coalición Rios Vivos (Verband Lebender Flüsse), die US-Organisationen USAID und International Rivers Network sowie die dänische Booth Ends. Rios Vivos ist eine Koalition aus ca. 300 Umweltgruppen, sozialen und indigenen Organisationen des La Plata Beckens (2), die in Opposition zum Bau der HPP stehen. In ihrem Informationsbulletin von August 1996 warnt Ríos Vivos vor den negativen Folgen, die das Projekt HPP für Umwelt, Kultur und Lebensweise der Flußbevölkerungen des ganzen La Plata-Beckens mit sich bringt. Weiter heißt es, daß das HPP in erster Linie den großen Exporteuren diene, die eine "räuberische Monokultur für den Export treiben, die verantwortlich für die Rodung des Urwalds, für die Vergiftung der Gewässer, für die Vernichtung der Kulturen und für das Verjagen der Menschen sind."

Lebende Flüsse

Wir verlassen die Stadt Resistencia und fahren zur Mündung des Riacho Antequera am breiten Paraná-Fluß. Wir fahren an einem Überschwemmungsgebiet vorbei, einer Sumpflandschaft, deren riesige Wasserpflanzen wunderschöne indianische Namen tragen: Camalote, Irupé, und die von unzähligen Vogelarten bevölkert ist: Biguá (eine Fischreiherart), Störche, Eisvögel, Geierfalken, Schreibussarde und Tschaja (Schopfwehrvogel). Hinter den Pflanzen, mitten im Schilf oder auf den kleinen Inseln lauern Ottern, Yacarés (Alligatoren) und verschiedene Schlangenarten. Darunter Arten, die auf der roten Liste vom Aussterben bedrohter Lebewesen stehen: Carpincho (Wasserschwein), Gato Onza (Wildkatze), Ameisenbären, Tatú Carreta (großes Gürteltier), Aguarú Guazú (Mähnenwolf). Die Tupfer der weißen und rosafarbenen Fischreiher wirken auf dem saftigen, leuchtenden Grün wie impressionistische Bilder: einmalig schön und erfrischend an diesem heißfeuchten Mittag bei 35 Grad Celsius.

Wir bleiben am Ufer des Riacho Antequera stehen und sprechen mit einem der Fischer, die hier vom Fischfang und von verschiedenen Nebentätigkeiten leben. Als wir von den angeblichen Möglichkeiten sprechen, die die HPP bietet, erzählt uns Manuel (Name geändert), der die Geheimnisse des Flusses aus Überlieferungen und aus seiner langjährigen Erfahrung kennt, über seine Befürchtungen gegenüber dem Projekt: "Für uns ist das das Ende, denn die Barkassenzüge werden alle 45 Minuten vorbeifahren. Der Lärm und die Wellen werden das Laichen der Fische verhindern. Außerdem wissen wir, daß das Ausbaggern des Flußbettes ein endloses Unterfangen ist, da die Sedimente, die auf einer Stelle weggetragen werden, sich ein paar Kilometer oder manchmal nur Hunderte von Metern weiter wieder niedersetzen. Es wird ein Baggern ohne Ende."

Unter den Folgen, die die Umwelt stark beinträchtigen, warnt Rios Vivos besonders vor den folgenden:

1. Veränderung der Flußufer und ihres Gefüges.

2. Ausgrabung und Aufschüttung von verseuchten Sedimenten.

3. Höhere Unfallgefahr an den Rohrleitungen der für die Schiffahrt bestimmten Treibstofflager.

4. Veränderungen des Fischbestands aufgrund der modifizierten Stromgeschwindigkeit und der erhöhten Aktivitäten.

5. Verschlechterung der Wasserqualität.

6. Verlust von Feuchtgebieten, die ihre Regulationsfunktionen einbüßen und somit Überschwemmungen flußabwärts verursachen werden.

Umwelt- und indigene Organisationen kritisieren die Begradigung von Flußmäandern (starke Flußwindungen), die Vertiefung des Flußbettes, die Beseitigung von Felsen und die Schließung von Nebenflüssen und Bächen, damit die Wassermenge des Hauptbettes konstant gehalten wird. Eines der bedrohten Biotope ist der brasilianische Pantanal im Bundesstaat Matto Grosso do Sul, das größte Feuchtgebiet der Welt.

Es zeigt sich wieder einmal die Heuchelei derjenigen, die behaupten: "Wir lernen aus unseren Fehlern". Sie führen Megaprojekte aus, deren Kosten sozialisiert und deren Gewinne zugunsten von Unternehmen privatisiert werden, die Produkte mit geringem Mehrwert, wie Sojabohnen-oder Sojaschrot, als Tierfutter nach Europa oder in die USA exportieren. Nicht von ungefähr hat Cargill, der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern, 51% der Aktien des Sojaexport- und Barkassenhafens von Puerto Aguirre, Bolivien, aufgekauft. Sein Engagement wird dazu führen, daß die Urwälder zunehmend dem Agrarland weichen müssen und daß die Verseuchung mit Pestiziden und Düngemitteln weiter zunimmt.

Die Kritiker der HPP bestreiten, daß durch die Wasserstraße mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Raúl Leoni (Rios Vivos) stellt fest, daß in der Umgebung der großen Staudämme Salto Grande (auf dem Uruguay-Fluß an der Grenze zwischen Argentinien und Uruguay) und Yaciretá seit der Fertigstellung dieser Projekte die Arbeitslosigkeit gestiegen sei. Rationalisierungen bei den Hafenbetrieben und die längeren Barkassenzüge würden eher zu einem Abbau von Arbeitsplätzen bei der Flußflotte führen. Bedroht seien zudem traditionelle Lebens- und Arbeitsformen, wie z.B. die der Fischer oder der Schilfrohrverarbeiter.

Außerdem kritisiert Rios Vivos, daß die Firma, die die erste Phase der Arbeiten durchführen wird, dieselbe ist, die die prognostizierten Umweltveränderungen bewerten wird. Dabei handelt es sich um den Zusammenschluß der Unternehmen Hidroservice Engenharia Ltda. (Brasilien), Louis Berger Engineering Ltd. (USA) und Estudios de Ingeniería Hidráulica (Argentinien).

Informations- und Partizipationsdefizite

Nachdem Rios Vivos und verschiedene internationale Umweltorganisationen die Öffentlichkeit alarmiert hatten, änderte sich die Informationspraxis des CIH, die sich vorher darauf beschränkt hatte, die Vorzüge des Megaprojekts herauszuheben und die Kritikpunkte zu verbergen. Am 3.4.1997 organisierte das CHI den Ersten Indigena Workshop in der Stadt Corrientes, Argentinien. Im Anschluß an diese Veranstaltung wurde die Indigene Arbeitsgruppe gegründet, an der je ein/e IndianervertreterIn der fünf Mitgliedsländer des CHI teilnimmt. Als erstes forderte die neugegründete Gruppe die Bildung einer indigenen Beratergruppe, die u.a. die Befugnis haben soll, sich zu Programm und Richtlinien der HPP zu äußern. Außerdem soll die Gruppe die Umweltveränderungen und die sozioökonomischen, kulturellen und spirituellen Folgen des Projektes gezielt beobachten und Stellungnahmen dazu abgeben. Eine weitere Aufgabe der Gruppe ist die Einrichtung von Beratungs- und Informationsaustauschmechanismen für die indigenen Völker, die vom Projekt betroffen werden könnten. Noch einzuberufene technische Teams sollen sich mit Gesetzen, Entwicklungsfonds und dem Schutz indigenen Gemeindelandes beschäftigen.

Unter den anwesenden IndígenavertreterInnen befanden sich auch die Kaiowá-Guaraní, die unter einer Selbstmordwelle leiden, die hauptsächlich aus der Angst entsteht, ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Ihr Gemeindeland wird von den Soja-Latifundisten zunehmend besetzt und verseucht.

Wir besuchen eine kleine Gemeinde der Toba-Indianer, ca. 80 km südlich von Resistencia und 30 km vom Paraná-Ufer entfernt. Die Toba sind Mondanbeter, die jahrhundertelang im dichten Wald lebten und sich hauptsächlich von der Fischerei sowie vom Früchte- und Honigsammeln ernährten. Sie wurden seit Ende des vorigen Jahrhunderts immer mehr von ihren Territorien verdrängt. Die Forestal, ein britisches Forstwirtschaftsunternehmen, rodete in dieser Gegend enorme Waldflächen, um die harten Holzarten Quebracho und Lapacho zu Schienenschwellen zu verarbeiten. Ihres Landes und ihrer Kultur beraubt, flüchteten die Toba und siedelten sich in den Slums der Großstädte an oder zerstreuten sich auf die gesamte Provinz.

Die Gemeinde, die wir besuchen, besteht aus 26 Familien. Sie hat von der Regierung 7 Ha Land bekommen (besser gesagt: zurückbekommen). Offensichtlich ist das Land nicht nur winzig klein, sondern zudem auch nicht besonders fruchtbar. Die Wassermenge des 4 km südöstlich verlaufenden Saladillo-Baches hat während der letzten Jahre stark nachgelassen. Wir können uns bei einem Besuch des Saladillo von der Verdürrung des umliegenden Feuchtgebietes ein Bild machen.

Die Toba erzählen, daß die Tacatacas (Glühwürmchen) den Vollmond von unten aufbauen. Ein blühender Lapacho ist ein Zeichen, daß nun die Zeit des Fangens des Dorados (eine dem Lachs verwandte Fischart) beginnt. Jetzt stehen andere Zeichen an: während die UNO die Indianer als die "wahren Wächter der Biodiversität" bezeichnet, ist ihre Entwicklungsorganisation UNDP dabei, deren Lebensraum und Kultur mit Projekten wie der HPP zu vernichten.

Gefährliches Spiel

mit dem Wasser

Am 27.12.1996 wurde ein Gutachten veröffentlicht, das von Dr. Stephen K. Hamilton (Universität Michigan) erarbeitet wurde. Darin heißt es, daß jede Variation des Wasserpegels des Paraguay-Flusses weite Flächen des Pantanals austrocknen würde. Argentinische und US-Hydrologen haben auf einer Tagung in Buenos Aires (Jahresbeginn 1997) das Gutachten der Beratungsunternehmen des CHI heftig kritisiert. Die Analysen von Louis Berger Associates und Hidroservice seien "gelinde ausgedrückt - vereinfachend". Weiter heißt es: "Sie konnten weder die komplexen Wechselwirkungen zwischen Oberflächen- und Grundwasser darstellen, ... noch die Ausbreitung der Überschwemmungen im Überschwemmgebiet erklären, noch die Auswirkungen auf Flora und Fauna ..."

Offenbar haben die Institutionen, die an einer Durchführung des HPP interessiert sind, auf die Kritik reagiert. Nun sprechen auch sie von der "natürlichen Wasserstraße" und davon, daß "die Schiffahrt der Wasserstraße angepaßt wird, statt die Wasserstraße der Schiffahrt" anzupassen. Der Wandel spiegelt sich auch in der Beteiligung der indigenen Gemeinden wieder. Dennoch heißt das nicht unbedingt, daß die Förderer der HPP aufhören werden, dieses Projekt als "unwiderrufbare Tatsache" darzustellen, oder daß sie nicht versuchen werden, die indigenen Gemeinden als Alibi zu benutzen.

Ein grausames, aber nicht unrealistisches Zukunftsbild zeichnet sich ab: wiederholte Überschwemmungen in Buenos Aires, betroffen sind die aus dem Norden zugezogenen Wirtschaftsflüchtlinge. Zur gleichen Zeit fährt "Ingenieur" Venesia mit den Finanziers der HPP mit Barkassenzügen auf den neuen Wasserstraßen spazieren.

l.p.tisso

Anmerkungen:

1) Adresse des Exekutivsekretariats des CIH: Reconquista 385, 2do. Piso, Buenos Aires, Argentinien.

2) Anschrift: CTERA (Mitglied von Rios Vivos), Rivadavia 3623, 1204 Buenos Aires, Argentinien.

16. Mexiko: Wahlen & Waffen. Einschätzung der Wahlergebnisse vom 6. Juli

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:10

Die politische Bühne Mexikos ist weiter in Bewegung. Und dies, obwohl der dynamisierende und demokratisierende Faktor der Jahre 1994-1996, die Zapatisten, vom Zentrum des Geschehens wieder an den Rand gedrängt wurden. Die Ergebnisse der Wahlen vom 6. Juli 1997, welche - allerdings mit Ausnahme von Chiapas - die demokratischen Kräfte stärkten, sind ohne den Zapatisten-Aufstand nicht zu verstehen. Die Schwächung der Staatspartei PRI auf gesamtstaatlicher Ebene hat jedoch für die Zapatisten nicht unbedingt positive Effekte. Das Wahlergebnis kann sogar zu dem paradoxen Ergebnis führen, daß sich die ohnehin ungünstigen Kampfbedingungen für die Aufstandsbewegung weiter verkomplizieren und die EZLN auf nationaler Ebene noch mehr in die Isolation gerät.

Die Wahlen vom 6. Juli markieren meiner Ansicht nach eine Zäsur in der Geschichte Mexikos. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahre 1929 verlor die "Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI) ihre absolute Mehrheit im - bisher unbedeutenden - Parlament. Gleichzeitig gewann Cuauhtémoc Cárdenas, Chef der links-zentristischen "Partei der Demokratischen Revolution" (PRD), das zweitwichtigste Wahlamt im Staate, den Bürgermeisterposten von Mexiko-Stadt. Er bekam überraschende 47,8% der Stimmen; sein Vorsprung vor den beiden Nächstplazierten (PRI: 25,5; PAN: 15,9%) war überwältigend. Seine PRD gewann auch im Stadtparlament die Mehrheit. Beide Ergebnisse zusammen symbolisieren den Anfang vom Ende der jahrzehntelangen faktischen Einparteienherrschaft der PRI. Die politische Dynamik, die sie auslösen dürften, könnten dem 6. Juli 1997 eine historisch ähnlich weitreichende Bedeutung verleihen wie dem 1. Januar 1994, dem Beginn des Zapatisten-Aufstandes. Zudem hängen beide Daten, was in den ersten Bewertungen in der Regel unter den Tisch fiel, aufs engste miteinander zusammen. Wenngleich die Zapatisten die Wahlen boykottierten und dies in ihrem Einflußgebiet auch mit gewissem Erfolg durchzusetzen versuchten, so ist deren Ergebnis auch für sie von großer Bedeutung.

Eine Demokratisierung des politischen Systems

Das Wahlergebnis beschert dem politischen System als ganzem einen kräftigen Demokratisierungsschub. Es schwächt die fest verwurzelten und in vielen Bereichen weiterhin vorherrschenden autoritären Strukturen. Diese erwuchsen aus der Verflechtung der PRI-Parteiorganisation mit den Staatsapparaten. Durch die Verknüpfung von politischer Macht und dem Zugriff auf staatliche und private Ressourcen sicherten sie die Gefolgschaft der WählerInnen. Die PRI-Niederlage, die von dieser auch anerkannt wurde, erweitert die Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Nicht-PRI-Kräfte und eröffnet eine reale Perspektive auf die Abwahl der Staatspartei. Dies käme einer Teilreform mit friedlichen Mitteln gleich. Für die Zukunft Mexikos ist entscheidend, ob sich dabei die "Kräfte von unten", die diesem Urnengang den Stempel aufgedrückt haben, oder die "Kräfte von oben" durchsetzen, die weniger an der raschen Ausweitung und Vertiefung der Demokratisierung als vielmehr an der Kontrolle des Übergangsprozesses und vor allem an der Beibehaltung des neoliberalen Wirtschaftskurses interessiert sind. Ohne den Aufstand der Zapatisten, die sich anschließende Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit und die nachfolgenden blutigen Zerwürfnisse in der PRI um die Frage, wie mit der neuen Lage umzugehen sei, stünde diese Frage gar nicht auf der Tagesordnung.

Denn erst die Zapatisten haben mit ihren Aktionen eine Lawine losgetreten, die die Ende 1993 wieder hegemoniale PRI entscheidend schwächte. 1994/95 rückten zunächst die Aufständischen als die radikalsten Gegenspieler des verkrusteten Systems ins Zentrum des Geschehens. Anders als heute schienen damals nicht nur den Zapatisten und ihrer radikalisierten, jedoch im Gesamtmaßstab betrachtet zahlenmäßig kleinen Basis, sondern auch unzufriedenen Städtern - späteren Bündnispartnern der Zapatisten - die Möglichkeit einer friedlichen Systemtransformation verschlossen.

Dies legitimierte die bewaffneten Aktionen in den Augen vieler. Die Unbeweglichkeit des politischen Systems verlieh den Aktionen der Zapatisten ihre systembedrohende Brisanz. Für den Großteil derer, die gegen den Krieg in Chiapas auf die Straßen gingen, war dies der Grund, mit den Forderungen der Zapatisten vage zu sympathisieren oder zumindest die offene Kriegs- und Auslöschungsoption von Armee und Teilen der PRI zu

blockieren. In dem Maße jedoch, wie Armee und PRI ihre ursprünglich plump militaristische Option in eine flexible Gesamtstrategie eines "Konfliktes niedriger Intensität" einbetteten, Friedensverhandlungen vorschlugen und gleichzeitig ihre Energien auf die Eindämmung der Zapatisten konzentrierten, änderten sich die Rahmenbedingungen substantiell. Da zudem die von den Zapatisten aufgeworfenen Fragen nach Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit von der Gesellschaft aufgegriffen wurden, wurde die EZLN wieder an den Rand gedrängt. Die revolutionär-demokratischen Kräfte (v.a. Zapatisten) und die Reformer (PRD, städtische Bewegungen), die sich 1994 durch die PRI-Blockade- und Kriegspolitik vorübergehend angenähert hatten, entfernten sich wieder voneinander. Dies äußert sich im kühlen und reservierten Verhältnis zwischen EZLN und PRD. Die Distanz steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß vor allem in den ländlichen Konfliktgebieten EZLN- und PRD-Anhängerschaft zum Teil identisch sind.

Das jetzige Wahlergebnis verkompliziert die Position der Zapatisten weiter, da sich die dringend benötigten städtischen Bündnispartner auf die Konsolidierung der neuen Spielräume konzentrieren, während in einigen ländlichen Regionen - und hier vor allem in Chiapas - der Krieg niedriger Intensität anhält, der sich gegen die zivilen Guerilla-Unterstützer richtet. Die Ausdifferenzierung der politischen Realitäten für Reformer (PRD) einerseits und demokratische Revolutionäre (v.a. Zapatisten, aber auch andere ländliche Bewegungen) andererseits, vergrößert die Gefahr der geographischen und politischen Isolation der revolutionären Bewegungen.

Dabei hatte erst das Auftauchen einer relevanten bewaffneten Opposition dem bis dahin von der Staatspartei kontrollierten Öffnungsprozeß eine neue Richtung verliehen. Was vor dem 1. Januar 1994 im Stile der Transitionen Südamerikas begonnen hatte, wo sich Anfang der 80er Jahre die Militärdiktaturen vorsichtig öffneten und schließlich von Zivilregierungen abgelöst wurden, ohne daß dabei "Kräfte von unten" wirklich hätten mitreden können, entwickelte sich zwischen 1994 und 1997 in eine neue Richtung. Ähnlich wie in Mittelamerika, wo die Demokratisierung unter der Pression bewaffneter Befreiungsbewegungen erfolgte, geriet auch in Mexiko die Transition von unten unter Druck.

Die Zusammensetzung des Druckpotentials unterscheidet sich jedoch von Mittelamerika. Während in El Salvador, Guatemala und Nicaragua ehemalige sozialrevolutionäre Guerillabewegungen und weniger die legale Opposition das vorwärtstreibende Moment bildeten, ist es in Mexiko umgekehrt. Zwar ging der Impuls von den Zapatisten aus, wurde jedoch ab etwa 1995/96 von zivilen Basisbewegungen und schließlich von der gemäßigt linken PRD sowie von der Wählerschaft aufgenommen. Zusammen mit den historischen Besonderheiten des politischen Systems gibt dies der Transition Mexikos sowohl gegenüber vergleichbaren Prozessen in Südamerika als auch gegenüber Mittelamerika ein eigenständiges Gepräge. Es besteht jedoch die große Gefahr, daß die Konflikte in einigen Landesregionen anhalten und dort zur Zunahme autoritärer Tendenzen führen.

Welche der beiden gegenläufigen Entwicklungslinien sich schließlich durchsetzt, scheint mir gegenwärtig offen. Für die Betrachtung der Gesamtlage scheint es mir jedoch von großer Wichtigkeit zu sein, beides wahrzunehmen: sowohl die Repression in Chiapas als auch die Stärkung der progressiven PRD. Die Verallgemeinerung einzelner, wenngleich wichtiger Phänomene wie die Umzingelung und Abschnürung der Zapatisten-Gebiete als generelle Tendenz führt meines Erachtens ebenso in die Irre wie das einseitige Abfeiern der PRD-Wahlerfolge.

Neue politische Kräfteverhältnisse

Der 6. Juli hat Auswirkungen auf alle Kräfte des Landes und dürfte dazu führen, daß sie ihre jeweilige Rolle neu definieren müssen. Das Abstimmungsresultat beendet die allumfassende, sieben Jahrzehnte währende Vorherrschaft der Staatspartei PRI, die mit 38,8% (240 von 500 Sitzen) aber dennoch die wichtigste Partei bleibt. Die klerikalkonservativ-neoliberale "Na-tionale Aktionspartei" (PAN), die bei den Parlamentswahlen 27% (+1%; 122 Sitze) holte sowie in einigen Bundesstaaten siegte, wurde etwas gestärkt und ist weiterhin die größte Oppositionspartei. Aber der Zuwachs der PRD, der gemäßigt linken Opposition, hinterließ den größten Eindruck: neben dem wichtigen Sieg in Mexiko-Stadt legte die PRD mit 25,6% (124 Sitze) auch bei den Parlamentswahlen deutlich zu, nämlich 9%. Sie holte auch 71 der 300 Direktmandate (PRI: 162; PAN: 67; PT: 1), womit selbst die größten Optimisten nicht rechnen konnten.

Sechs Mandate holte die "Arbeiterpartei" (PT), die unter dem ehemaligen Präsidenten Salinas de Gortari als moderner und vermeintlich "progressiver" PRI-Satellit aus der Taufe gehoben worden war, mittlerweile jedoch zur PRI auf Distanz ging. Die restlichen acht Mandate gewann die grün-ökologische PVEM. PT und PVEM spielen jedoch neben den drei großen Parteien PRI, PAN und PRD nur eine untergeordnete Rolle. Was die drei großen betrifft, erweist sich die PRD im zentralen Hochland Mexikos sowie in einigen südlichen Landesteilen als mehrheitsfähige Kraft; die PAN hat diese Eigenschaft in den nördlichen Bundesstaaten, die an die USA angrenzen und die PRI in den übrigen Landesteilen. Damit gibt es zum ersten Mal in der Geschichte des Landes drei potentiell mehrheitsfähige Parteien. Es dürfte jedoch gegenwärtig für alle drei sehr schwierig sein, gegen eine Opposition der beiden anderen zu regieren. Damit gewinnt die Frage der Bündnisfähigkeit und der Bündnisse entscheidende Bedeutung.

Die Staatspartei PRI kann dabei immer noch auf die breiteste Basis sowie auf die Amtsgewalt ihres Präsidenten Zedillo zählen. Aber ihr Niedergang beschleunigt sich. Es ist deshalb einerseits zu erwarten, daß die Linienkämpfe zwischen den bislang bestimmenden Hardlinern, die die Pfründe und die zusammengeraubten Reichtümer sichern wollen, und zugeständnisbereiteren Kreisen zunehmen. (Es liegen ja auch noch einige Leichen im Keller, von denen immer noch unklar ist, wer sie dahin beförderte.) Andererseits werden diejenigen, die aus Karrieregründen PRI-Mitglied waren, Zug um Zug das Weite suchen und sich nach einer zukunftsträchtigeren Partei umtun. Für einen Teil ist das die PAN, für den anderen die PRD. Dies hatte sich schon im Vorfeld des Wahlgangs abgezeichnet. Beide Prozesse tragen zur Erosion der breiten gesellschaftlichen Verankerung der PRI bei, das eigentliche Pfund, mit dem die Staatspartei wuchern kann.

Für die rechte PAN stellt sich die Lage verzwickt dar. Sie versucht, sich als Opposition darzustellen, stimmt jedoch in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik mit der PRI überein, bzw. vertritt Positionen, die rechts von der PRI und völlig unpopulär sind. PRI und PAN bilden, was ihre programmatischen Positionen betrifft, einen neoliberalen Block. Das Problem dabei ist, daß die PAN von ihrem Oppositionsimage lebt. Die Punkte, die sie von der PRI unterscheiden, liegen vielfach auf der Ebene moralischer Vorstellungen (gegen Abtreibung; gegen die öffentliche Darstellung von Sex; für die Wiederherstellung kirchlicher Vorrechte etc.), die eher Spezialanliegen ihrer klerikal-konservativen Klientel sind und in der Bevölkerung gar nicht gut ankommen.

Ein faktischer Pakt PRI/PAN zur Sicherung des neoliberalen Wirtschaftskurses und zur Stärkung des Militärs gegen die Aufstandsbewegungen läge nahe, da das bisher bedeutungslose Parlament eine Schlüsselfunktion hat: es muß den Haushalt, den der Präsident vorschlägt, billigen. In den Budgetdebatten, die bis 1997 keine waren, weil die PRI-Mehrheit immer zustimmte, müssen die Karten auf den Tisch gelegt werden. Es gibt neue und interessante Entwicklungen, die eine weitere Möglichkeit andeuten. So kündigten die vier Oppositionsparteien (PAN, PRD, PVEM, PT) für die Abstimmungen im Parlament mittlerweile die Bildung einer "oppositionellen Mehrheit" an, wie der Fraktionsvorsitzende der PRD, Porfirio Muñoz Ledo, bekanntgab (Süddeutsche Zeitung, 13.08.1997).

Es sind jedoch meiner Ansicht nach Zweifel angebracht, ob nach Zusammentreten des neuen Parlaments am 1. September diese "oppositionelle Mehrheit" mehr beschließen kann als die Besetzung gewisser Parlamentsämter. Denn die inhaltlichen Differenzen zwischen der rechten PAN und der gemäßigt linken PRD scheinen mir wesentlich tiefgreifender als jene zwischen PAN und PRI. Und selbst wenn die PAN aus taktischen Gründen in der Opposition bliebe, dürfte es der PRI noch einmal möglich sein, die für die absolute Mehrheit erforderlichen elf Abgeordneten-Stimmen anderweitig zu besorgen. Welche Bündnisoption sich auch durchsetzen mag, eines ist auf jeden Fall sicher: gegenüber dem bisher nahezu alleine regierenden Präsidenten wird die Bedeutung des Parlaments zunehmen.

Für die gestärkte PRD ist die Lage nicht gerade einfach: auf ihrem Chef Cuauhtémoc Cárdenas, der im Jahr 2000 noch einmal zu den Präsidentenwahlen antreten will, ruhen mehr Hoffnungen, als er erfüllen kann. Neben den objektiven Problemen, an denen es in der 18-Millionen-Metropole nicht mangelt (Arbeitslosigkeit, Umwelt, Verkehr, Sicherheit etc.), sind unklare Kompetenzen, leere Kassen und eine Bürokratie zu nennen, die voll in der Hand der PRI ist. Dazu kommt, daß ein beträchtlicher Teil von Cárdenas Mannschaft sich aus PRI-Dissidenten zusammensetzt. Das ist in einem Land mit einem Staatsparteiensystem nicht verwunderlich. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß diese Leute einen bestimmten, autoritär-bürokratischen Arbeits- und Politikstil mitbringen. Mit Paternalismus und Etatismus werden jedoch die Probleme der Metropole nicht zu lösen sein. Denn die Mittel für städtische Sozialprogramme sind sehr begrenzt. Zudem zeigen die negativen Erfahrungen fortschrittlicher, aber nicht-partizipatorischer Stadtregierungen im letzten Jahrzehnt,

beispielsweise der Arbeiterpartei PT in Sao Paulo, der Vereinigten Linken (IU) in Lima oder der Causa-R in Caracas, daß linke Kommunalpolitik zum Scheitern verurteilt ist, wenn es nicht gelingt, möglichst viele Bewohner als Handelnde aktiv miteinzubeziehen. Noch so gut gemeinte lokale Sozialprogramme verpuffen, wenn sie keine politisch-soziale Mobilisierung hervorbringen.

Der partizipatorische Imperativ

Die PRD hat nun die einmalige Möglichkeit, den Wahlsieg in Mexiko-Stadt zu nutzen, um einen neuen politischen Stil zu prägen und Schwerpunkte zu setzen, die an den Alltagssorgen der Bewohnerinnen und Bewohner anknüpfen. Es gibt, wenngleich es hierzulande weitgehend unbekannt ist, neben den erwähnten Negativfällen auch erfolgreiche Beispiele linker Kommunalpolitik in Lateinamerika, die als Vorbilder dienen könnten. So regiert die "Frente Amplio" (FA), der unter anderem die TUPAMAROS angehören, seit 1989 Montevideo, die Hauptstadt Uruguays. Die brasilianische Arbeiterpartei stellt ebenfalls seit 1989 den Bürgermeister von Porto Alegre. Interessant ist, daß beide Parteien mit wachsender Zustimmung wiedergewählt wurden. In beiden Fällen handelt es sich um Millionenstädte mit entsprechendem Einzugsbereich, die unter akuter Finanznot leiden. Dennoch gelang es, eine Dynamik in Gang zu bringen, die diese Städte vom Rest der jeweiligen Länder unterscheidet. Dezentralisierung, breit angelegte und aktive Partizipation, die im Falle von Porto Alegre sogar bis zur direkten Beteiligung der Bürger an Haushaltsentscheidungen geht, sowie die basisnahe Umgestaltung der öffentlichen Dienste der Stadt verringerten die endemische Korruption und sorgten für eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität.

Dies wird von internationalen Fachgremien bestätigt und von der Wählerschaft mit Zustimmung honoriert. Das Schlüsselmoment stellt die Vertiefung des westlich-parlamentarischen Demokratiekonzeptes um Formen direkter Beteiligung und der Mobilisierung der Betroffenen dar. Eine soziale Orientierung, die vor allem an den (Grund-)Bedürfnissen der Gesellschaft ansetzt und die begrenzten Mittel, die bisher von kommunalen Mandatsträgern und den Fachadministrationen verteilt wurden, nach einer offenen Debatte vergibt, kommt dazu. In Mexiko stehen bisher die Zapatisten für diese Art, Politik zu begreifen und zu machen. Der neoliberale Block kann jedoch in Mexiko langfristig nur zurückgedrängt werden, wenn die PRD es schafft, diese Impulse aufzugreifen und zu stärken. Ob das gelingt, ist freilich fraglich.

Um besser zu begreifen, was in diesem Land passiert, ist es jedoch an der Zeit, daß sich hierzulande die Linke und die mit den Zapatisten sympathisierenden Kräfte ein gutes Stück von der einseitigen Chiapas- und Zapatisten-Fixierung lösen. Denn nur wenn es gelingt, die besonderen Bedingungen in Chiapas, Guerrero und Oaxaca einerseits mit den teils ähnlichen, teils jedoch gegenläufigen Entwicklungen in anderen Landesteilen in Bezug zu setzen, wird es möglich sein, gravierenden politischen Fehleinschätzungen vorzubeugen. Die analytische Anstrengung ist lohnend, da es in Mexiko auf jeden Fall spannend bleibt.

Al., Nürnberg

17. Weltfestspiele künftig ohne Deutsche? Linke benehmen sich auf Kuba daneben

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:21

Die Weltfestspiele der Jugend waren in der alten BRD kaum jemandem bekannt. In der DDR hingegen waren sie zumindest vom Namen her ein Begriff, zumal Ostberlin 1973 Austragungsort war. Viele hatten erwartet, daß diese eng mit dem realsozialistischen Lager verknüpfte periodische Veranstaltung die Umbrüche des Jahres 1989 nicht überleben würde. Dank der Initiative der kubanischen Regierung und des Engagements des kubanischen Jugendverbandes UJC konnten nach achtjähriger Pause in diesem Jahr die 14. Weltfestspiele (28.7.-5.8.) stattfinden. (Zur Geschichte und Diskussion um diese Veranstaltung siehe ak 396).

Kuba versprach ein Festival ohne Pomp. Neben den Flugkosten zahlte jede/r Teilnehmende 250 Dollar als Kostenbeitrag für Verpflegung und Unterkunft. Die Delegierten wurden bei kubanischen Familien untergebracht, wodurch ein guter Einblick in den Alltag des Landes gewonnen werden konnte. Die Propagandaveranstaltung für Kuba, die manche/r befürchtet hatte, fand nicht statt. Andererseits kann - aus verschiedenen Gründen - auch nicht von einer rundum gelungenen Veranstaltung gesprochen werden. Das ist allerdings kaum verwunderlich, denn die Transformation des Charakters der Weltfestspiele ist nicht abgeschlossen und das Ergebnis durchaus noch offen.

Foren ohne Höhepunkte

Die eigentliche Konferenz fand in zahlreichen, thematisch gegliederten Foren in verschiedenen Konferenzsälen Havannas statt. Wegen des großen Delegiertenandrangs waren dort gesonderte Eintrittskarten nötig, die von den Vorbereitungsgruppen der verschiedenen Länder verteilt werden mußten. Innerhalb der streiterprobten BRD-Delegation war dies manches Mal Anlaß für Mißtrauen und gegenseitige Beschuldigungen.

Die (unvollständige) Themenpalette der Foren umfaßte "Demokratie und Menschenrechte", "kulturelle und soziale Kommunikation", "Frieden und internationale Zusammenarbeit", "Umwelt und Entwicklung", "Diskriminierung, Rassismus und Neofaschismus", "Treffen Junger Frauen, "Treffen Junger Parlamentarier, "Treffen Junger Gläubiger". So allgemein wie die Titel blieb auch meist der Inhalt. Im Forum "Diskriminierung, Rassismus ..." konnte sich jedes Land mit einem fünfminütigen Statement vorstellen. Zwischenfragen und direkte Diskussionsbeiträge waren nicht möglich. Dieses Procedere nahm mehrere Stunden in Anspruch. Kritik daran wurde mit dem Hinweis begegnet, es sei ein Akt der internationalen Solidarität, Geduld aufzubringen und den Delegierten anderer Länder zuzuhören. In manchen Foren gestalteten die Teilnehmenden die Tagesordnung so um, daß Zeit zur Diskussion blieb. Dadurch wurde z.B. im Forum "Umwelt und Entwicklung" das in Bau befindliche kubanische Atomkraftwerk zum Diskussionsgegenstand - sehr zum Mißfallen der kubanischen Delegierten.

Jedes Forum erstellte ein Schlußpapier, das in der Regel mit Allgemeinplätzen gespickt war. So heißt es z.B. im Abschlußpapier des Forums "Diskriminierung, ...": "Wir rufen zur Beendigung aller Formen von Diskriminierung, Benachteiligung aus rassistischen Gründen ... auf". Die Ursache von Rassismus und Neofaschismus wird in dem Papier in ökonomischen Problemen und in der rechtsgerichteten Politik in der heutigen Welt gesehen. Im nächsten Abschnitt wird übergangslos die Rolle Israels und der USA im mittleren Osten angeprangert. Der Terminus Antisemitismus taucht hingegen in dem Papier einer Arbeitsgruppe, die sich ja immerhin mit Neofaschismus und Rassismus befaßt hat, nicht auf.

Beliebter als die Foren waren bei vielen Delegados die Casas (Häuser), die am Strand von Havanna eingerichtet worden waren. Für jeden Kontinent gab es einen Treffpunkt. Dort fanden selbstorganisierte Diskussionsveranstaltungen der einzelnen Länderdelegationen statt, Infostände und Ausstellungen informierten über die politische Arbeit zu Hause. Zusätzlich gab es kulturelle Darbietungen der unterschiedlichsten Art. Das Angebot war so vielfältig, daß es kaum möglich war, den Überblick über alle Termine zu behalten.

Über 13.000 Delegierte aus 134 Ländern nahmen an den Festspielen teil - wesentlich mehr als die 7.000 erwarteten. Ein Umstand, der VeranstalterInnen und Teilnehmende vor manche organisatorischen Probleme stellte. Die Zusammensetzung der Länderdelegationen war denkbar unterschiedlich. Länder wie Nordkorea, Vietnam, China (42 Delegierte), Libyen und der Irak waren mit offiziellen Regierungsdelegationen vertreten. Sie verstanden ihren Besuch als Bestandteil der offiziellen Staatspolitik und benahmen sich wie junge DiplomatInnen. Ganz anders hingegen die Delegationen aus den Ländern Südamerikas. Sie nahmen alle Angebote des Festivals wahr, schwenkten gut gelaunt ihre oft überdimensionalen Landesfahnen und schmetterten mehr oder weniger revolutionäres Liedgut, das an bestimmten Stellen mit Fidel-Rufen unterlegt war.

Eine der größten Delegationen stellten die USA, deren Regierung unfreiwillig Werbung für das Ereignis machte, indem sie ankündigte, gerichtliche Schritte gegen die Teilnehmenden einzuleiten. Die antikubanische Gesetzgebung untersagt es US-BürgerInnen, nach Kuba zu reisen. Delegierte mit explizit linksradikalem Anspruch waren in wenigen Länderdelegationen vertreten. Dazu zählten die USA- und die BRD-Delegation. Eventuelle politische Differenzen unter den Teilnehmenden trug die US-Delegation allerdings nicht in Kuba aus.

Deutsche im Ausland

Anders die über 800 TeilnehmerInnen zählende BRD-Delegation. "Wir wollen nach Kuba, aber möglichst getrennt von den anderen" - wohl nur darin waren sich die verschiedenen Gruppen einig. So gab es konsequenterweise gleich vier Vorbereitungsgruppen: das Nationale Vorbereitungskomitee, in dem der Dachverband der Freien StudentInnenvereinigung federführend war, die mit Fahnen, Blauhemden und Transparenten als Stimme der annektierten DDR agierende Freie Deutsche Jugend (fdj), die DKP-nahe Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und die PDS-nahe Cuba Si. Die Jusos wollten sich keiner dieser vier Gruppen zugesellen und waren als Staatsgäste Kubas in Havanna vertreten.

Die Vorzugsbehandlung der Jungsozialisten könnte mit kubanischen Hoffnungen zusammenhängen, nach einem Regierungswechsel im kommenden Jahr bessere politische und wirtschaftliche Kontakte zur BRD aufbauen zu können. Deshalb waren Kubas Offizielle besonders verärgert, als diese Juso-Delegation gleich bei der Festivaleröffnung im Mittelpunkt eines Eklats stand. Obwohl sich die unterschiedlichen bundesdeutschen Vorbereitungskomitees geeinigt hatten, bei der Eröffnung nicht mit der deutschen Fahne einzulaufen, wehte sie unübersehbar über dem Jusoblock, der sich an die Beschlüsse der Vorbereitungskomitees nicht gebunden fühlte. Das veranlaßte einige junge Delegierte zu einer Spontiaktion. Mit Sturmhauben bekleidet, von zahlreichen Kameras gut ins Bild gesetzt, stürzten sie sich mit dem Ruf "Nie, nie wieder Deutschland" auf die Deutschlandfahne und rissen sie an sich. Das ging nicht ohne Handgreiflichkeiten ab.

Die Frage ist nun, wer in diesem Moment perplexer war: die zahlreich anwesenden kubanischen Sicherheitsbeamten, Fidel Castro, der von seinem Platz ca. 50 Meter entfernt das Treiben interessiert beobachtete oder die kubanischen FernsehzuschauerInnen, die die Aktion live in ihrer Wohnung beobachteten. Denn die Eröffnungs- und Abschlußveranstaltung wurde direkt übertragen. Noch Tage später wurden die Deutschen von KubanerInnen auf den Vorfall angesprochen. Delegierte anderer Länder fragten sich, ob Sturmhauben in Deutschland zur Alltagskleidung gehörten, zumal auch bei der Abschlußveranstaltung wieder vier BRD-Sturmhauben gesichtet wurden - diesmal jedoch brav in die allgemeinen Festivitäten eingereiht.

Dies blieb jedoch nicht das einzige Probleme zwischen den politisch heterogenen bundesdeutschen Delegierten und kubanischen Offiziellen. Der Bungalow, in dem die zwei ehemaligen RAF-Gefangenen Gisela Dutzi und Christa Eckes logierten, wurde von der kubanischen Polizei durchsucht. Über eine gutbesuchte Veranstaltung der beiden im Europahaus (zur Geschichte der RAF und zu den politischen Gefangenen in der BRD) verlor die täglich erscheinende Festivalzeitung kein Wort. Eine zusätzliche Veranstaltung zum gleichen Thema in der kubanischen Provinz wurde kurzerhand abgesagt. Auch geplante Auftritte deutscher Singegruppen wurden kurzfristig storniert. Anscheinend hegten kubanische Offizielle die Befürchtung, daß jede BRD-Veranstaltung im Eklat endet.

Und tatsächlich wurde auch die letzte Gelegenheit beim Abflug noch einmal in diesem Sinne genutzt. Die mit Fahnen und Transparenten aufmarschierten Delegierten gerieten am Rollfeld mit einem rechten deutschen Neckermann-Touristen handgreiflich aneinander, was zur Folge hatte, daß sich der Condor-Flugkapitän "aus Sicherheitsgründen" weigerte, die über 30 Delegierten zu transportieren. Sie wurden auf Kosten Kubas drei Tage in Hotels untergebracht, ehe sie schließlich mit einer anderen Fluggesellschaft die Heimreise antreten konnten.

Zukunft der Weltfestspiele

Die Zukunft der Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen ist offen. Namibia, Vietnam oder erneut Kuba sind als zukünftige Austragungsorte im Gespräch. Darüber entscheiden wird das Internationale Büro des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Offen ist aber auch die Frage nach dem künftigen politischen Profil des Festivals. Zwei gegenläufige Tendenzen waren auf Kuba zu beobachten: Zum einen sind die offiziellen Staatsdelegationen eindeutig in die Minderheit geraten und radikal-linke Staatsfeinde haben sich nicht nur in der BRD-Delegation zu Wort gemeldet. Andererseits gab es Anzeichen, daß sich die Spiele zu einem Weltjugendtreffen ohne klare linke Konturen entwickeln könnten. Das Abschlußzeremoniell im Panamerica-Stadion am Rande von Havanna deutete in diese Richtung.

"Amnistad" (Freundschaft) und nicht "Revolution" war das meistbenutzte Wort. Zwar war Ches Profil auch bei der Abschlußveranstaltung allgegenwärtig. Seine Schriften und seine Praxis hingegen wurden nicht erwähnt. Dies sollte zwar nicht zu vorschnellen Schlüssen führen, doch es wäre wünschenswert, daß die Weltfestspiele sich zu einem Ort entwickeln würden, an dem Linke aus aller Welt die unterschiedlichsten Politikerfahrungen und -vorstellungen austauschen können. Wo sonst können sich junge Linke aller Kontinente treffen?

Peter Nowak

18. Massenproteste gegen die ETA. "Alle wollen Frieden" - aber die "Anti-Terror-Koalition" ist sehr labil

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:38

Die Ermordung des Lokalpolitikers Miguel Angel Blanco Garridos durch die ETA hat in Spanien einiges verändert. Der anschließend ins Leben gerufene "Allparteienpakt" gegen die linke Herri Batasuna bröckelt schon wieder auseinander.

Der Monat August begann mit einer Neuheit: Pablo Gómez Ces, ein wegen Mordes verurteiltes ETA-Mitglied, kam im staatlichen spanischen Fernsehen zu Wort. Und El País, die größte Tageszeitung des Landes, veröffentlichte ein Interview mit einem Abgeordneten der Wahlkoalition Herri Batasuna (HB), die allgemein nur als "politischer Arm" der bewaffneten Separatistengruppe gilt.

Die Diskussionen innerhalb der izquierda abertzale - der patriotischen Linken des Baskenlandes, wie sich ETA und ihr politisches Umfeld selbst bezeichnen - sind auf einmal Thema in den spanischen Massenmedien. So dokumentiert das El-País-Interview mit Patxi Zabaleta, Fraktionssprecher im Regionalparlament Navarras (1), ausführlich dessen Kritik am HB-Vorstand: "Mit der Zusammensetzung des HB-Vorstandes bin ich nicht einverstanden, denn er scheint mir die Vielfältigkeit der gesamten izquierda abertzale nicht zu repräsentieren. Er sollte pluralistischer sein und vor allem seine Funktion als Diskussionsforum erfüllen." Außerdem mißbilligte Zabaleta die Ermordung von Blanco Garridos (das ist wohl der Grund, warum der 50jährige bei El País überhaupt Gehör fand), ohne die Tat ausdrücklich zu verurteilen.

Aus der bewaffneten Organisation selbst kommt ebenfalls Kritik an der Ermordung des 29jährigen Stadtverordneten der konservativen Partido Popular (PP) am 12. Juli 1997. Zehn inhaftierte ETA-Aktivisten äußerten bereits ihr Unverständnis gegenüber der Aktion - zuletzt Gómez Ces. Gegenüber der Nachrichtenagentur Efe erklärte er: "Ich fordere von der Organisation ETA, daß sie das Volk erhört, welches sie zu verteidigen beteuert, und einen einseitigen Waffenstillstand ausruft - unbefristet und ohne Bedingungen. Nur so läßt sich jener Weg des Friedens einschlagen, der von allen außer einer immer radikaler und gewalttätiger werdenden Minderheit so stark gewünscht wird."

Ein bedingungsloser Waffenstillstand ist jedoch von der ETA auf keinen Fall zu erwarten. In ihrer rund zwei Jahre alten Schrift zur "Demokratischen Alternative fürs Baskenland" (2) verlangt ETA vom spanischen Staat vielmehr folgende Voraussetzungen für eine Feuerpause: Anerkennung des Baskenlandes, dessen territorialer Einheit und des "nationalen Selbstbestimmungsrechts" sowie die Respektierung des demokratischen Willens der Bevölkerung.

Dagegen ist die Verlegung baskischer Häftlinge in ihre "Heimat" eher eine Teilforderung. Sie sollte mit der Entführung von Blanco Garridos (per 48stündigem Ultimatum) durchgesetzt werden. Die Forderung als solche ist in der baskischen Gesellschaft weitgehend konsensfähig. Erst Ende vergangenen Jahres hatte die Menschenrechtskommission des baskischen Parlaments eine Verlegung mehrheitlich unterstützt.

Wie mittlerweile nach fast jeder größeren Aktion der Gruppe kam es landesweit zu Protestdemonstrationen; dieses Mal mit über einer Million TeilnehmerInnen. Klar zu trennen sind diese Aktionen allerdings von vereinzelten gewalttätigen Angriffen auf HB-Büros etc.: Eine breite militante Bewegung gegen die ETA und deren Umfeld gibt es nicht. Wohl aber ein kleines Häufchen fanatischer Spanien-Anhänger aus dem Umfeld der faschistischen Fuerza España oder der postfranquistischen PP. Genau jenes Spektrum also, das sonst mit der "patriotischen Linken" darum wetteifert, auf den zweisprachigen Straßenschildern das Baskische bzw. Spanische unlesbar zu machen. Ausmaß und Aktionen der militanten Anti-ETA-Bewegung wurden von der Presse übertrieben; Steinwürfe und Farbbeutel gegen den HB-Sitz in Pamplona wurden so zur medienwirksameren Brandstiftung.

Auf institutioneller Ebene weht der "patriotischen Linken" dagegen ein schärferer Wind entgegen: Alle Parteien kamen auf einer Sondersitzung des Paktes von Ajuria Enea (3) am Tag vor dem Tod Blanco Garridos überein, Herri Batasuna politisch und sozial zu isolieren, wenn sie sich nicht von der Tat distanziert. In der Folge wurden mehrere HB-Bürgermeister ihre Ämter los. Ihre Posten hatten sie der Tatsache zu verdanken, daß die

anderen Parteien sich nicht einig werden konnten und das Amt des Stadtobersten daher an die stärkste Fraktion gegangen war.

Auch das Linksbündnis Izquierda Unida (IU), mit deren Hilfe HB beispielsweise in Berriozar (Navarra) regierte, will nicht länger mit der Baskenpartei koalieren. Andererseits, so betonte IU-Vorsitzender Julio Anguita, halte das Bündnis eine völlige Ausgrenzung der "patriotischen Linken" für kontraproduktiv.

War er damit zunächst der einzige, der den Anti-HB-Konsens anzweifelte, brach das Zweckbündnis von Ajuria Enea Anfang August ganz auseinander: Die sozialdemokratische PSOE griff öffentlich die regierende Volkspartei an. Diese versuche, die antiterroristischen Proteste als Parteiveranstaltung und Wahlwerbung zu mißbrauchen.

Weiterer Streitpunkt ist ein Regierungsentwurf zur Verschärfung verschiedener Gesetze. Das von Innenminister Jaime Mayor Oreja (PP) präsentierte Papier gegen den sogenannten "Terrorismus geringer Intensität" sieht verschiedene Maßnahmen vor: So soll die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, "an der sich vermummte, verkleidete oder angemalte Personen beteiligen", künftig strafbar sein - geahndet mit ein bis zwei Jahren Gefängnis. Für "vermummte, verkleidete oder angemalte Personen" selbst sind noch höhere Strafen vorgesehen. Desweiteren ist eine Bestrafung von Gegendemonstranten geplant: Wer "andere an der legitimen Ausübung ihrer Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit hindert, behindert, stört oder einschränkt" - insbesondere in Verbindung mit "Unterstützung bewaffneter Banden oder terroristischer Elemente" - wird nach PP-Willen künftig mit zehn bis 24 Wochenenden Arrest bestraft. Außerdem sollen Schnellgerichte eingeführt werden.

Das Maßnahmenpaket hat außerhalb der PP allerdings nur Kritik geerntet. Insbesondere die baskischen Regierungsparteien PNV und EA sowie Izquierda Unida sehen den Vorschlag des Innenministeriums als drastische Einschränkung fundamentaler Rechte. Auch die Sozialdemokraten wollen keine Unterstützung zusagen. HB beschuldigt das Kabinett Aznar indes, "dem Ausnahmestaat ein legales Mäntelchen" umhängen und "alle anderen Parteien in ihre totalitäre Strategie" einbinden zu wollen.

Zwar wird die Einheit der Anti-ETA-Koalition geradezu gebetsmühlenartig beteuert, in Wirklichkeit ist sie aber labil. PNV und EA sähen sich allzu schnell dem Vorwurf des "Verrats nationaler Interessen" seitens der "patriotischen Linken" ausgesetzt, würden sie den Regierungskurs mittragen. Gleichzeitig dürfen sie nicht allzu stark bremsen, um nicht der Kollaboration mit der ETA verdächtigt zu werden - ein Vorwurf, der von spanischen Politikern oder Medien gern erhoben wird.

Der auf Herri Batasuna lastende Rechtfertigungsdruck ist wesentlich geringer, weil das Parteienbündnis ein recht gefestigtes Wahlpotential zwischen 10 und 15 Prozent hat. Vor diesem Hintergrund stellt weder die interne Kritik noch die soziale bzw. politische Isolierung eine ernsthafte Gefahr für die "patriotische Linke" dar. Vielmehr verleihen sie ihr das bestätigende Gefühl, im Recht zu sein.

Dirk Hempel

Anmerkungen:

1) Navarra: nordspanische Region, die bei den Basken als zum Baskenland zugehörig gilt.

2) siehe auch ak 400

3) so benannt nach dem Amtsgebäude des baskischen Ministerpräsidenten in Vitoria.

19. Neuer Anlauf in der Solidarität mit Mumia Abu Jamal. Zwei neue Bücher und Veranstaltungs-Rundreise im September

Zwei neue Bücher erschienen. Veranstaltungs-Rundreise im September

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Internationale Solidarität; USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:18

Der Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal steht vor der nächsten Etappe: In den kommenden Wochen wird der Oberste Gerichtshof über Abu-Jamals Antrag auf einen neuen Prozeß entscheiden. Wird der Antrag abgelehnt, dann wird aller Voraussicht nach umgehend ein Hinrichtungstermin festgesetzt.

Zur Erinnerung: Der afro-amerikanische Journalist wurde vor 15 Jahren wegen eines angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Seither sitzt Abu-Jamal im US-Bundesstaat Pennsylvania in der Todeszelle. Das Urteil gegen ihn kam unter haarsträubenden Umständen zustande (tendenziöse Auswahl der Geschworenen, gefälschte ZeugInnenaussagen, verschwundenes Entlastungsmaterial, etc.). Im Juli 1995 beantragte Abu-Jamals Verteidigung einen neuen Prozeß, um die mittlerweile aufgetauchten Beweise für seine Unschuld gerichtlich zu untersuchen. Trotzdem legte der zuständige Gouverneur von Pennsylvania einen ersten Hinrichtungstermin fest, der allerdings kurze Zeit später wieder ausgesetzt wurde.

Abu-Jamals Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren liegt jetzt beim Supreme Court von Pennsylvania. Dieses siebenköpfige Gericht befaßt sich nur nach Aktenlage mit dem Fall - eine mündliche Anhörung wurde im Februar abgelehnt. Immerhin ordneten die Richter an, daß der zuständige Amtsrichter Albert Sabo aus der ersten Instanz zwei zusätzliche Entlastungszeuginnen anhören mußte. Sabo, ein berüchtigter Scharfmacher, hatte Abu-Jamal 1982 zum Tode verurteilt. Im Sommer 1995 entschied er, daß trotz des neu aufgetauchten Beweismaterials und neuer Zeugenaussagen kein Grund besteht, das erste Urteil aufzuheben. Gegen diese Entscheidung hatten Abu-Jamals Anwälte Widerspruch eingelegt, über den jetzt in der nächsten Instanz beraten wird.

Die beiden neuen Entlastungszeuginnen, die die Verteidigung erst nach jahrelanger Detektivarbeit aufspüren konnte, hatten Abu-Jamal im ersten Prozeß 1982 schwer belastet. Jetzt sagten sie aus, daß sie damals von der Polizei erpreßt worden waren. Die ehemalige Prostituierte Veronica Jones war Augenzeugin der Schießerei am 9. Dezember 1981, bei welcher der Polizist ums Leben kam. Bei ihrer ersten Vernehmung gab sie an, daß danach zwei Männer weggerannt seien, während Abu-Jamal schwer verletzt am Boden lag. Vor Gericht sagte sie allerdings, sie habe niemanden wegrennen sehen - deswegen blieb nur Abu-Jamal als Todesschütze übrig.

Auch Pamela Jenkins wurde zunächst von der Polizei unter Druck gesetzt, eine belastende Aussage zu machen - obwohl sie gar nicht am Tatort war. Sie weigerte sich, aber half der Polizei, eine weitere Prostituierte ausfindig zu machen, die im Prozeß als Hauptbelastungszeugin auftrat. Jetzt hat Jenkins ausgesagt, diese zweite Zeugin (Cynthia White) sei ebenfalls von der Polizei erpreßt worden. White ist seit zehn Jahren verschwunden und nach Auffassung der Staatsanwaltschaft seit 1992 tot. Dagegen vermutet Abu-Jamals Verteidigung, daß sie weiterhin lebt und von der Polizei versteckt gehalten wird. So will Jenkins ihre frühere Bekannte erst vor wenigen Monaten gesehen haben. Wenn White ebenfalls an die Öffentlichkeit treten und aussagen würde, daß sie in dem 1982er-Prozeß gelogen hat, dann müßte Abu-Jamal wohl freigelassen werden.

Als nächstes muß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania entscheiden, ob diese Aussagen (und weiteres entlastendes Material) einen neuen Prozeß rechtfertigen. Wenn die Richter ablehnen, dann will der Gouverneur umgehend einen neuen Hinrichtungstermin festsetzen. Dann bleibt der Verteidigung nur noch ein Eilantrag vor einem Bundesgericht - und die Hoffnung auf eine neue, wirkungsvolle Solidaritätskampagne.

Spirituelles

und Juristisches

Nach "Live from Death Row" (1995) hat Mumia Abu-Jamal im vergangenen Jahr in den USA sein zweites Buch "Death Blossoms" veröffentlicht. Seit wenigen Wochen ist beim Bremer Atlantik-Verlag (früher Agipa-Press) eine deutsche Übersetzung erschienen: "Ich schreibe um zu leben". Die US-Originalfassung wurde von der "Bruderhof Community" herausgegeben, einer altertümlichen evangelischen Sekte, die in den USA in der Solidaritätsarbeit für Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe aktiv ist. Der Bruderhof-Pastor Steve Wiser ist Abu-Jamals Gefängnisseelsorger und hat ein Vorwort für das Buch geschrieben, in dem er sich davon beeindruckt zeigt, wie Abu-Jamal "durch sein Leiden innerlich gewachsen" sei.

Der religiöse Hintergrund ist auch in der Auswahl der 40 kurzen Essays unübersehbar. Während Abu-Jamals erstes Buch sich vor allem mit der Todesstrafe, der rassistischen US-Justiz und anderen politischen Themen beschäftigte, überwiegen dieses Mal religiöse Fragen. Immer wieder geht es um die Heuchelei von Christen, die am Sonntag Nächstenliebe predigen und am Montag nichts mehr davon wissen wollen, um "das moderne Leben, (das) mehr und mehr zu einer inneren Leere führt" oder um den "Zimmermann" John Africa, der vor 25 Jahren die vegane "Move"-Sekte gründete, der auch Abu-Jamal nahesteht (die Assoziation mit dem Zimmermann und Religionsstifter aus Nazareth ist beabsichtigt).

Das reicht bis hart an Gefühlskitsch: "Wir suchen nach Vervollkommnung unseres Ich durch andere, im größeren Ich, in dem weitere Ichs, die uns ähnlich sind, vereint sind als commonality - gemeines Volk - in der community." Oder: "Kinder sind lebende Wunder, und wenn wir sie anschauen, dann wissen wir, daß es einen Gott gibt, daß das Leben selbst ein Wunder ist. Kinder zeigen uns in ihrer Unschuld und Klarheit das Antlitz Gottes in Menschengestalt."

Dabei sei nicht bestritten, daß ein Mensch nach 15 Jahren Isolation im Todestrakt mit dem Anblick von Kindern (oder mit Religion) anderes verbindet als ein ak-Autor im sommerlichen Hamburg. Aber mögliche LeserInnen (zumal solche, die nach Abu-Jamals erstem Buch weitere scharfe - und stilistisch brillante - politische Analysen erwarten) sollten ihre Hoffnungen nicht allzu hoch hängen.

Auch dem Atlantik-Verlag war wohl nicht ganz wohl mit der "Bruderhof"-Auswahl: Wachsweich wendet sich der Klappentext an "alle, die keine Klischees oder einfachen Denkmuster gelten lassen". Dabei finden sich auch in diesem Band einige beeindruckende Texte über die US-Justiz und über Abu-Jamals hartnäckigen Kampf gegen die staatlichen Bemühungen, ihn zum Schweigen zu bringen. Lesenswert ist auch das 30seitige Interview mit Abu-Jamal (vom Februar 1996) am Ende des Buches.

Vielleicht ist das Buch auch ein wirksames Gegenmittel gegen manche linksradikale Verklärung des ehemaligen "Black Panther"-Aktivisten.

Ein zweites Buch ("Freiheit für Mumia!"), das im September ebenfalls bei Atlantik erscheinen soll, verspricht einen höheren Gebrauchswert für die Solidaritätsarbeit. Es enthält Abu-Jamals Antrag für ein Wiederaufnahmeverfahren aus dem Sommer 1995 mit einer ausführlichen Widerlegung der verschiedenen angeblichen Schuldbeweise. Der umfangreiche Text wurde für die deutsche Übersetzung mit zahlreichen Erläuterungen und weiteren Beiträgen über die Solidaritätskampagne ergänzt.

Michael Hahn

Veranstaltungstermine

Abu-Jamals Schwester Lydia Wallace und sein Rechtsanwalt Leonard Weinglass werden im September fünf deutsche Städte besuchen und über den aktuellen Stand des Verfahrens berichten, und zwar am:

Fr. 19.9. in Köln (Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 19 Uhr)

So. 21.9. in Bremen (Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22, 19.30 Uhr)

Mo. 22.9. in Berlin (EX, Gneisenaustr. 2a, 19.30 Uhr)

Mi. 24.9. in Nürnberg (KOMM, Königsstr. 93, 20 Uhr)

Do. 25.9. in Heidelberg (Karlstorbahnhof, 20 Uhr)

Weitere Infos (u.a. ein 12seitiges Bulletin "Freedom Now!" von Anfang August) gibt es bei:

Kampagne Mumia Abu-Jamal

Postfach 150 323, 28093 Bremen

Tel. (0421)354 029, Fax (0421)353 918.

Mumia Abu-Jamal: "... aus der Todeszelle", Agipa-Press Bremen, 1995. Broschur, 300 Seiten, 28 Mark.

Mumia Abu-Jamal: "Ich schreibe um zu leben. Zeugnisse eines zum Tode Verurteilten", Atlantik-Verlag Bremen, Juli 1997. Gebunden, 210 Seiten, 36 Mark.

Leonard Weinglass: "Freiheit für Mumia! Hintergründe eines Fehlurteils und juristische Fakten gegen einen drohenden Justizmord", Atlantik-Verlag Bremen, September 1997. Broschur, ca. 280 Seiten, ca. 30 Mark.

20. Antifa und Verfassungsschutz an einem Tisch. Die Bundeswehruni Hamburg lud zum Kolloquium über Rechtsextremismus

Die Hamburger Bundeswehr-Universität lud zum Kolloquium über Rechtsextremismus

Autor: Volkmar Wölk · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:04

Die "Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes", des "(Rechts)Extremismus", hatten die Veranstalter, die Arbeitsgruppe Demokratieforschung um Professor Wolfgang Gessenharter am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr in Hamburg, für ihre Fachtagung vom 26. bis 28. Mai angekündigt. Trotz eines Aufgebotes von 26 Referenten gelang es nur unvollkommen, diesen hochgesteckten Anspruch zu erfüllen.

Knapp 70 Teilnehmende hatten sich versammelt, um drei Tage zum Themenkomplex zu arbeiten, wenn sie dabei auch weitgehend auf die Rolle von Zuhörenden reduziert wurden. Die Zusammensetzung des Publikums war nicht alltäglich und machte den Besuch allein schon lohnend. Zahlreiche ranghohe Beamte verschiedener Verfassungsschutzämter saßen neben Soldaten mit und ohne Uniform, Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen neben Journalisten unterschiedlicher Couleur und Aktivisten der Antifa-Szene. Außer PDS und SPD hatten die Parteien die Veranstaltung ignoriert. Offenbar wird in diesen Kreisen in der extremen Rechten derzeit keine wahlpolitische Gefahr gesehen. Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen hielten es noch nicht einmal für notwendig, ihre Verfassungsschützer zu schicken.

Einsam und verlassen folgte der Vertreter der Jungen Freiheit, der Jung-Witikone Thomas S. Fischer (München), den Debatten. Sein Versuch, Prof. Christoph Butterwegge (SPD) als Extremisten zu "enttarnen", da dieser vor zehn Jahren auch einen Beitrag für die "Marxistischen Blätter" verfaßt hatte, scheiterte kläglich. Einen Abend verbrachte Fischer in angeregter Diskussion mit dem für die Beobachtung der Jungen Freiheit zuständigen Beamten des Verfassungsschutzes NRW. Dieser muß eigentlich nur Fischers Rezension des geschichtsrevisionistischen Bandes "Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten" (Hutten-Verlag) im Ostpreußenblatt (24/97) lesen, um sicher zu sein, daß der VS NRW mit seiner Einschätzung der "Jungen Freiheit" nicht ganz falsch liegt. In seinem Bericht über den Kongreß in der gleichen Ausgabe des Ostpreußenblatts schreibt Fischer, man habe in Hamburg "wieder einmal das Gras des Faschismus wachsen" gehört. Nur fiel der Begriff "Faschismus" während der gesamten Tagung nicht ein einziges mal. Ein Mangel, der verdeutlicht, daß die Veranstalter aus offenkundigen politischen Gründen den historischen Blickwinkel ausgeklammert hatten, ihnen ideologische Kontinuitäten gleichgültig schienen.

Wissenschaftler als Hilfspolizisten?

Verfassungsschutz und Polizei spielten am ersten Konferenztag neben Wissenschaftlern, die sich beiden Institutionen eng verbunden fühlen, eine Hauptrolle. Hauptstreitpunkt der Referenten Gessenharter und Fröchling von der Veranstaltergruppe und den zum Rechtsextremismus arbeitenden Beamten Wolfgang Cremer und Dr. Armin Pfahl-Traughber vom Bundesamt für Verfassungsschutz war die "Neue" Rechte. Dabei standen weniger definitorische, analytische oder komparative Elemente im Vordergrund, sondern fast ausschließlich die Frage, ob es sich bei der "Neuen" Rechten um eine eindeutig rechtsextreme Strömung (so der VS) oder um eine mit Scharnierfunktion in einem Übergangsbereich zum Konservatismus (Gessenharter) handele.

Eine Frage, deren Beantwortung ohnehin ausschließlich dem Verfassungsschutz zustehe, so der ehemalige Hamburger VS- und jetzige Polizeipräsident Ernst Uhrlau, da diesem die "Definitionskompetenz" zukomme. Auf diese Weise werden Geheimdienste politisch autonom. Immerhin war bei ihm als einzigen Referenten des ersten Tages so etwas wie Selbstkritik erkennbar. Er gestand ein, daß es nach der "Wende" beim VS mehr als zwei Jahre ein "Wahrnehmungsdefizit" gegeben habe; danach allerdings sei man stärker "interventionistisch" vorgegangen. Deshalb habe Hamburg seine frühere Rolle als Hochburg der extremen Rechten verloren - eine Behauptung, die kaum der Überprüfung in der Realität standhält. Unbefangen plauderte er von einem "polizeilichen nachrichtendienstlichen Abwehrsystem", ignorierend, daß gerade die Trennung von polizeilichen

und geheimdienstlichen Methoden aus historischen Gründen vorgeschrieben sein sollte. Aber Uhrlau wähnte sich wohl im Kreis von Freunden.

Zuweilen schien diese Auseinandersetzung stärker durch das Erkenntnisinteresse als durch die Fakten geprägt. Der VS hat nur dann eine Berechtigung zur Beobachtung dieses "neurechten" Spektrums, wenn es gemäß seinen (zweifelhaften) Definitionskriterien rechtsextrem ist; für die Wissenschaftler wiederum besteht eine Forschungsrelevanz nur dann, wenn der Einfluß über den engen Kernbereich der extremen Rechten hinausweist. Manche Thesen erklären sich so auch aus der differierenden Interessenlage der Gesprächspartner. Beide Seiten unternahmen in diesem Zusammenhang äußerst gewagte Manöver. So Pfahl-Traughber, der kurzentschlossen die Konservative Revolution auf ihren jungkonservativen Strang reduzierte, um seine Argumentationslinie durchhalten zu können. Das wesentliche Ziel der "Neuen Rechten" sei die "intellektuelle Delegitimation des demokratischen Verfassungsstaates". Entnommen ist diese Formulierung einem Aufsatz des niedersächsischen Rechtsanwaltes und REP-Funktionärs Klaus Kunze in dem Sammelband "Opposition für Deutschland" des ehemaligen JF-Kulturredakteurs Andreas Molau. Auf diese Weise schafft man sich die Möglichkeit, auch die Kritik an tatsächlichen Mißständen im "demokratischen Verfassungsstaat" oder der Verfassungswirklichkeit abzuwehren. Der Hinweis auf die damit angestrebte "Delegitimierung" erweist sich als Totschlagargument.

Hans-Gerd Jaschke ging es dagegen in seinem Beitrag weniger um das Verteilen von Komplimenten, sondern vielmehr um Ansätze einer Analyse der "Binnenverhältnisse der Polizei", um die Frage, in welchem Ausmaß rassistisches und rechtsextremes Gedankengut Einzug bei der Polizei gefunden hat. Für Frankfurt/Main stellte er als Ergebnis einer empirischen Untersuchung eine sehr geringe Berufszufriedenheit der Polisten fest, woran auch die Zweiteilung der Laufbahn neben Schichtdienst, Überstunden, weiten Anfahrtwegen etc. Schuld seien. Insgesamt müsse von einer geringen Partizipationsbereitschaft an den Angelegenheiten der Stadt in dieser Berufsgruppe und einem hohen Maß an politischer Abstinenz gesprochen werden. Die REP schnitten in der Zustimmung hier deutlich besser ab als in der Gesamtbevölkerung. Ihr Sympathiewert läge bei 16%. Gegenüber 50% bei allen Befragten meinten 60% der Polizisten, daß es zu viele Ausländer in Frankfurt gäbe. 25% bezeichneten sie schlicht als "störend"; gleichzeitig unterliege dieses Thema einem hohen Tabuisierungsdruck. Jaschke bot als bestenfalls unvollständige Erklärung dafür den Gedanken, daß die Polizisten "von Amts wegen" nur die negativen Seiten der multikulturellen Gesellschaft kennenlernten.

Daß von den Veranstaltern mehr angestrebt wird als eine partnerschaftliche Diskussion mit den zuständigen Behörden, die für eine wissenschaftliche Debatte ja wohl auch eher ungeeignet sind, unterstrich v.a. Dr. Helmut Fröchling, der einen wissenschaftlichen Teil neben den Berichtsteil im jährlichen VS-Bericht einforderte und die Mitarbeit seiner Studiengruppe dabei anbot. Der Wissenschaftler Richard Stöss rief erschrocken "Um Gottes willen!", Teilnehmer meinten hier eine Anbiederung zu erkennen, und einer kommentierte spöttisch, angesichts knapper werdender Mittel sei an den Universitäten der Kampf um die Fleischtöpfe entbrannt. Wenig fundiert erschien auch Gessenharters Forderung in diesem Zusammenhang, Phänomene wie Scientology, organisierte Kriminalität und den "Fundamentalismus" in die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes zu verweisen und in die Beobachtung einzubeziehen. Bei der von diesem Vorschlag beruflich betroffenen starken Minderheit des Publikums erntete Gessenharter keinen Widerspruch.

Modernisierungsverlierer oder Rassisten?

Leidenschaftlich plädierte Gessenharter für eine Betrachtung des Rechtsextremismus als "soziale Bewegung". Dieser Einschätzung stand ein Teil der an den folgenden Tagen vorgetragenen Forschungsergebnisse deutlich entgegen. So erläuterte Richard Stöss bei der Beantwortung der Frage "Kann der Rechtsextremismus von der Verschärfung sozialer Problemlagen profitieren?", daß lediglich ca. 5% der Anhängerschaft der Republikaner zu den sogenannten Modernisierungsverlierern gezählt werden können, selbst wenn dieser Begriff zusätzlich zu den materiellen Faktoren um psychische erweitert wird. Wesentlich stärkere Erklärungskraft komme dem Rassismus zu, aus dem sich ca. 25% der Wahlentscheidungen für diese Partei ableiten ließen. Seine Aussagen basierten auf einer empirischen Untersuchung von ca. 10.000 REP-Wählern in der Niedergangsphase der Partei nach 1990. Auch die ersten Ergebnisse einer Pilotstudie unter Jugendlichen, die aus der Bielefelder Gruppe um Heitmeyer präsentiert wurden, ließen bei aller Zwiespältigkeit des Ansatzes und der Wirrnis der Kategorisierung des Zahlenmaterials nicht erkennen, daß die hier besonders untersuchten Faktoren Gewaltbereitschaft und mangelnde Problemlösungskompetenz in einem deutlichen Zusammenhang mit sozialen Faktoren oder subjektiven und/oder objektiven Zukunftserwartungen stünden.

Christoph Butterwegge (FH Potsdam) stellte den "Abschied vom Sozialstaat" in den Mittelpunkt seines Vortrags und untersuchte die damit verbundenen ideologisch-politischen Entwicklungen. Damit geriet auch der Neoliberalismus als Ideologie mit deutlichen Überschneidungen zum Gedankengut der extremen Rechten erstmals in das Blickfeld. Butterwegge konstatierte in diesem Zusammenhang eine Entsolidarisierung der Gesellschaft, in der soziale Gegebenheiten nur noch unter scheinbar rationalen Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten betrachtet würden, schärfer ausgedrückt: der Sozialdarwinismus zur Leitideologie zu werden drohe. JF-Mitarbeiter Fischer sah hier bezeichnenderweise "Klassenkampf- und Sozialneidparolen".

Im Gegensatz zu Butterwegge meinte Prof. Walter Hanesch (Darmstadt) vor Dramatisierungen in bezug auf die soziale Lage warnen zu müssen. Tatsächlich müsse eher von einem "Umbau" des Sozialstaats geredet werden. Jüngste empirische Untersuchungen in Frankfurt zeigten, daß nur wenige Stadtteile stark problembeladen seien und sich die Lage noch weiter verschärfe, in einigen Bezirken sei kaum eine Veränderung zu konstatieren, in anderen lasse sich dagegen sogar ein Rückgang der Armut feststellen. Ursachen für diese Tendenzen wurden von ihm ebenso wenig genannt wie die Frage nach der Zahl der betroffenen Personen beantwortet. Auch die Vermutung, daß es sich eher um einen Prozeß der Ghettobildung handele, konnte nicht widerlegt werden. Die Frage, ob vielleicht Menschen sich die Mieten in einem Stadtgebiet nicht mehr leisten können und deshalb in einen anderen, billigeren und problembeladenen Stadtteil ziehen müssen, die Armut dadurch in einem Stadtteil sinkt und in einem anderen steigt, sich dadurch anscheinend eine Nullsumme ergibt, stellte sich der Referent erst gar nicht.

Verfassungsschützer als Therapeuten?

Internationale Aspekte waren das Thema des dritten Tages. In einem eindrucksvollen Vortrag unternahm Dr. Michael Minkenberg (Göttingen) den Versuch eines Vergleichs der Rahmenbedingungen der extremen Rechten in den USA, Frankreich und Deutschland. Hierbei schälte sich als einer der Erfolgsfaktoren für die Rechtsextremen in den USA und Frankreich heraus, daß dort in geringerem Ausmaß als in der Bundesrepublik eine Fixierung auf die Parteiform bestehe, vielmehr relativ erfolgreich die Verknüpfung von Bewegung und Partei versucht werde, die zu einer stärkeren gesellschaftlichen Verankerung an der Basis führe. Beispiele sind die Agitation gegen den Schwangerschaftsabbruch (besonders in den USA) oder der Versuch der Gründung eigener Gewerkschaften durch den Front National. Zudem sei eine stärkere Einbeziehung der rechtsextremen Subkulturen in die Gesamtbewegung gelungen. Eine mögliche Vorbildfunktion Österreichs für Deutschland untersuchte dazu ergänzend der Innsbrucker Dr. Reinhold Gärtner. Am Beispiel der Zeitschrift Aula wies der Dozent besonders auf die Bedeutung der Intellektuellen hin. Außerdem erläuterte er anschaulich die von der FPÖ genutzten Methoden zur Verbreiterung ihrer Wählerbasis, z.B. durch die Berufung auf ein "streitbares Christentum", die im Programm festgelegt werden soll. Dieses "streitbare Christentum" sei nur eine neue Verkleidung des bekannten Rassismus der "Freiheitlichen".

Einen Blick aus Dänemark auf die deutsche Situation warf der Journalist Jan Bo Hansen, der seit langem in Deutschland arbeitet. Er mahnte eindringlich zu mehr Gelassenheit. Die Deutschen seien stets viel zu schnell mit dem Ruf nach Verboten, Polizei und den Geheimdiensten bei der Hand. Er dagegen plädiere für eine Abschaffung des Verfassungsschutzes. Dänemark zeige, daß es auch ohne inneren Geheimdienst gehe. Dafür erntete er Applaus, aber auch die heftigen Proteste des beruflich betroffenen Teils des Publikums. Aus diesen Reihen wurden denn auch die Aussage von Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) zum gewalttätigen Rassismus zitiert: Deutschland sei wie ein Alkoholiker, der einen Rückfall erleide. Der Verfassungsschutz, so wurde argumentiert, verstehe sich in dieser Situation als Therapeut. Dem wurde entgegengehalten, der Therapeut könne einerseits zum Co-Alkoholiker werden, damit also Problemlagen selbst schaffen (Beispiel: "Celler Loch"), andererseits aber auch unter einem Helfersyndrom leiden, das nach immer neuen Hilfesuchenden (Organisierte Kriminalität, Scientology etc.) Ausschau halte.

Während einige Referate Erhellendes zur Problemlage beitragen konnten, hinterließen die beiden Podiumsdiskussionen einen schalen Nachgeschmack. Beim Versuch der Beantwortung, ob Scientology eine Gefahr für die Demokratie darstelle, ließ so Ursula Caberta (Behörde für Inneres Hamburg und Mitglied der Sekten-Enquetekommission des Bundestages) bei etlichen Anwesenden Zweifel aufkommen, ob man vor der Krankheit oder den Ärzten mehr Angst haben müsse.

Noch ärgerlicher war die Diskussion der Journalisten über die Rolle der Medien. Sie verkam zur Selbstbeweihräucherung mit kräftiger Schwadenbildung, denn die Medien durften ihre Arbeit selbst analysieren. "Konjunkturelle Schübe" in der Berichterstattung seien notwendig, so die einhellige Meinung, da man sonst den "Kampf an den Kiosken" verliere. Eberhard Seidel-Pielen (taz) erklärte lapidar, er habe auch keine Lust, täglich zwei Artikel zu diesem Thema zu lesen. Der Vertreter des Spiegel begann sein Statement mit einer Philippika gegen die anderen Medien, die beim Lübecker Brandanschlag eine "ekelerregende Berichterstattung" gestartet hätten. Nicht die Vorverurteilungskampagne gegen Safwan Eid war gemeint, sondern die armen vier Grevesmühlener Jugendlichen mit den auf so seltsame Weise angesengten Augenbrauen. Insgesamt, so Laatsch, sei zu diesem Thema eine "deklamatorische Überreaktion" zu beklagen.

Ein wichtiges Ergebnis brachte die Tagung ungewollt: die Rechtsextremismusforschung steht in der Bundesrepublik noch am Anfang. Vor der angekündigten "Neuvermessung" müßte erst einmal die Vermessung kommen. Das Niveau anderer europäischer Länder (z.B. Frankreich, Italien) hat sie noch längst nicht erreicht. Der Plausibilitätsgrad der meisten Ansätze, besonders der durch die Medien am stärksten verbreiteten, ist recht gering. Das Anhängen an wissenschaftliche Modeerscheinungen (wie die Bewegungsforschung) wird hier keine Abhilfe schaffen, der Schulterschluß mit dem Verfassungsschutz ebenfalls nicht. Letzterer hat vor der Wissenschaft noch den Vorzug, daß er die Recherchearbeit der Antifa-Fachpresse ausgiebig nützt und zitiert.

Volkmar Wölk

21. Eine Kopfnuß für die FAZ. Freispruch für Karl Rössel

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:19

Am 28. Mai hatte in Köln der erste Prozeßtermin gegen den kritischen Journalisten Karl Rössel stattgefunden (s. ak Nr. 403). Nach dem Willen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sollte Rössel gerichtlich untersagt werden, das Metier des FAZ-Mitarbeiters und Afrikakorrespondenten Udo Ulfkotte in die Nähe von "journalistischer Prostitution" zu rücken.

Im vergangenen November hatte Rössel im Rahmen der in Köln veranstalteten zentralen Ken-Saro-Wiwa-Woche die Nigeria-Berichterstattung der FAZ scharf kritisiert. Deren Autor Udo Ulfkotte habe nach einer von Shell im Oktober organisierten und finanzierten Reise in das westafrikanische Land in einem FAZ-Artikel kein Wort über eben diesen Umstand der Reise verloren und überdies Aussagen, die in den Berichten mitgereister Kollegen explizit als Kommentare von Shell-Begleitern zitiert sind, als recherchierte Fakten ohne Quelle hingestellt. Dieser Gefälligkeitsjournalismus für Shell, so Rössel, käme journalistischer Prostitution gleich.

Just einen Monat nach der Kölner Veranstaltung flatterte Rössel eine einstweilige Verfügung ins Haus, wodurch ihm u.a. untersagt werden sollte zu behaupten, "die FAZ habe sich für Shell prostituiert". Gegen den eingelegten Widerspruch von Rössel reichten die FAZ und Herr Ulfkotte im Januar Klage beim Landgericht Köln ein. Diese bezog sich einzig auf Ausführungen Rössels im Rahmen der Kölner Ken-Saro-Wiwa-Woche. Da auf der fraglichen Veranstaltung kein(e) VertreterIn der FAZ, wohl aber Rainer Winzenried als Pressesprecher der Deutschen Shell AG präsent war, dürfte letzterer die inkriminierten Passagen der Rössel-Rede der FAZ gesteckt haben, wodurch überhaupt erst die Klage mit Drohung eines Ordnungsgeldes bis zu 500.000 Mark angestrengt wurde.

Am 2. Juli fällte die 28. Zivilkammer des Landgerichts Köln ihr Urteil und sprach Rössel in allen Anklagepunkten frei. Dieser darf nun weiterhin behaupten, der FAZ-Mann sei für eine firmenfreundliche Berichterstattung von Shell "geschmiert" worden, wodurch sich die FAZ ihrerseits für den Ölkonzern "prostituiert" habe. Ihr Urteil begründeten die Richter damit, daß des streitbaren Journalisten Äußerungen "Werturteile mit Tatsachenbezug" seien, mithin nicht den Tatbestand der Formalbeleidigung beziehungsweise der sogenannten Schmähkritik erfüllten. Gegen dieses Urteil, so kündigte einer der Geschäftsführer der FAZ an, werde man Berufung einlegen. Sollte das der Fall sein, wird selbstredend über den 3. Akt dieser Politposse zu berichten sein.

Anläßlich einer von mehreren Initiativen organisierten, mit über 150 TeilnemerInnen gut besuchten Veranstaltung am 1. Juli 1997 im Kölner Media Park - Thema: "Wieviel Umweltschäden im nigerianischen Ogoniland sind aus einem Hubschrauber der Shell AG zu erkennen? Der Shell-Konzern und die bundesdeutsche Nigeria-Berichterstattung" - trat unter anderen anstelle des verhinderten Nobelpreisträgers Wole Soyinka sein Sohn Ola auf. Dieser berührte in seinem Beitrag sogleich einen neuralgischen Punkt der Berichterstattung der deutschen und anderen europäischen Medien über sein Herkunftsland, als er anmerkte: "Wenn die großen Medien in Deutschland einmal voll sein werden von Nachrichten über meine Heimat, bedeutet dies letztlich, daß dort der Bürgerkrieg ausgebrochen ist. Vorher sind ihnen unsere Diktatoren nicht der Rede wert".

Rössel selber präzisierte auf der Veranstaltung seine Vorwürfe gegen FAZ/Shell und wies darauf hin, daß insbesondere mit der Finanzierung von PR-Reisen nach Nigeria Shell erheblich billiger weggekommen sei als durch die Schaltung bezahlter Anzeigen in den großen Tageszeitungen. Überdies wirke so die Imagewerbung für Shell durch scheinbar unabhängige Journalisten wesentlich glaubwürdiger. Denn, so Rössel, wer fragt schon, "ob die Artikel tatsächlich glaubwürdig sind, und wieviele der 94 Ölfelder, 86 Förderstationen und 6.000 Kilometer Pipelines, die im Nigerdelta auf einer Fläche so groß wie Nordrhein-Westfalen verteilt liegen, Shell den deutschen Gästen in den wenigen Tagen wohl hat zeigen können? Und wieviele Öllachen, verseuchte Ackerböden und ölverschmutzte Flüsse man unter tropischen Baumkronen aus einem Hubschrauber sieht." Überhaupt sei es bezeichnend "für den Zustand der bundesdeutschen Journaille, daß es offensichtlich schon

ausreiche, Journalisten eine Flugreise nach Nigeria, eine Unterkunft in Port Harcourt und ein paar Hubschrauberflüge zu bezahlen, um sich Gefälligkeitsartikel zu erkaufen".

Noch einen Tag vor der Verkündung des Kölner Landgerichtsurteils erklärte Rössel, daß die Einstellung des Verfahrens wahrscheinlicher sei als die Beweisaufnahme. "Dabei wäre", so Rössel, "die Beweisaufnahme wesentlich interessanter. Denn dann müßte Shell-Sprecher Rainer Winzenried (...) doch noch nach Köln kommen, um vor Gericht zugunsten seiner Lieblingszeitung FAZ auszusagen. Dann träten endlich - wie es ein Journalistenkollege spontan formulierte - Zuhälter und Prostituierte auch gemeinsam auf". Auf ein derartiges Rendezvous dürfen wir gespannt sein.

Rainer Werning

22. Vergangenheitspolitik per Strafjustiz. Priebke ist bald frei, gegen Partisanen wird weiter ermittelt

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:14

Ein seltsames Urteil: Fünfzehn Jahre Haft, von denen nur einige Monate abgesessen werden müssen. Erich Priebke, "der Henker der Fosse Ardeatine", wird, falls er nicht noch der deutschen Justiz ausgeliefert wird, bald frei sein. So will es das römische Militärgericht, das zum zweiten Mal über Priebkes Beteiligung an dem Nazi-Massaker vom 24. März 1944 urteilte. 335 Geiseln, vor allem politische Gefangene und Juden, waren damals per Genickschuß ermordet worden - eine von Hitler persönlich angeordnete "Vergeltungsaktion" für den Angriff kommunistischer Partisanen in der Via Rasella in Rom. 33 Soldaten des Südtiroler Polizeibataillons Bozen waren dabei umgekommen.

Ist das zweite Urteil gegen Erich Priebke angemessener, "gerechter" als das erste? Auch vor einem Jahr war der "Henker der Fosse Ardeatine" nicht, wie vielfach zu lesen, freigesprochen worden. Das römische Militärgericht hatte ihn zwar für schuldig befunden, seine Tat aber für verjährt erklärt. Nach italienischem Recht verjähren nur solche Verbrechen nicht, die mit lebenslänglicher Haft bestraft werden können. Die Höchststrafe aber, argumentierten die Richter damals, könne im Fall Priebke nicht verhängt werden, da seine Schuld durch mehrere Umstände gemildert werde. So habe er im "Befehlsnotstand" gehandelt, nur einen "unwesentlichen Tatbeitrag" geleistet - er führte die Strichliste der Opfer; auch sei er, nach seiner Flucht nach Argentinien, nicht "rückfällig" geworden!

Nun urteilte das Gericht, Kriegsverbrechen könnten nicht verjähren, und verhängte eine Haftstrafe von 15 Jahren gegen Priebke. Das käme bei einem 84jährigen der Höchststrafe, also lebenslänglicher Haft, gleich - wenn er sie absitzen müßte. Durch die zehn Jahre Strafnachlaß - wegen diverser Amnestien seit 1945 - und die Anrechnung der Untersuchungshaft, die das Gericht verfügte, kann Priebke schon in einigen Monaten wieder frei sein. Sein Komplize Karl Hass, im ersten Verfahren noch Zeuge, wurde zwar zu zehn Jahren und acht Monaten verurteilt. Da ihm der gleiche Rabatt gewährt wurde, verließ er den Gerichtssaal als freier Mann.

Die Angehörigen der Opfer protestierten lautstark gegen die Milde des Urteil. Nicht aus Rache oder weil man zwei alte Männer unbedingt im Knast wissen wollte, wie die Tochter eines Opfers klarstellte: "Priebke hätte lebenslänglich bekommen müssen, dann hätte man ihn begnadigen können, denn wir sind keine Bestien." Tullia Zevi, die Vorsitzende der jüdischen Gemeinden in Italien, hob immerhin die positiv Tatsache hervor, daß nun erstmals die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen gerichtlich anerkannt worden sei.

Der Oberrabbiner von Rom, Elio Toaff, dagegen bezeichnete das Urteil als Ungerechtigkeit. Der Richterspruch behandele Priebkes Verbrechen wie eine Allerweltstat ohne politische Dimension. In der Tat ist das Massaker in den Fosse Ardeatine nicht nur ein Massenmord an Zivilpersonen; da 75 der insgesamt 335 Ermordeten Juden waren, muß das Blutbad auch als Teil des nazistischen Judenmordes gewertet werden. So hat Elio Toaff völlig recht mit seiner Kritik, nicht der Nazismus sei verurteilt worden, sondern ein einzelner Nazi - "aber so als wäre er ein gewöhnlicher Verbrecher und nicht einer von vielen Urhebern der Shoah."

Verfahren jahrzehntelang verschleppt

So berechtigt die Kritik an den römischen Militärrichtern ist - daß sie ihr Urteil erst 53 Jahre nach der Tat sprechen konnten, geht vor allem auf das Konto der bundesdeutschen Justizbehörden, die gegen Priebke bereits zwischen 1963 und 1971 ermittelten. Das Verfahren wurde eingestellt, da die Staatsanwälte der Dortmunder Zentralstelle zur Bekämpfung von NS-Verbrechen Priebkes Tatbeitrag als Totschlag werteten, der verjährt sei. Auf eine Vernehmung Priebkes, dessen Aufenthaltsort in Argentinien bekannt war, wurde verzichtet. Acht von 78 damals in der Zentralstelle und der ihr vorgesetzten Generalstaatsanwaltschaft in Hamm tätigen Strafermittlern waren ehemalige Nazis, Mitglieder der NSDAP, der SA oder des Nationalsozialistischen Richterbundes (NSRB). Die von dieser Seilschaft zu verantwortenden "verheerenden Pannen" (so die Generalstaatsanwaltschaft Hamm im August 1996) lassen den Verdacht aufkommen, hier sei bewußte Strafvereitelung betrieben wurden.

Im Fall von Karl Hass sind es italienische Stellen, die eine Strafverfolgung hintertrieben haben. Ettore Gallo, der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident, rechtfertigt das mit Hass' Tätigkeit für italienische Geheimdienste. Dadurch habe er sich rehabilitiert.

So hatte man es im Prozeß mit alten, gesundheitlich angegriffenen Männern zu tun, für die auch die Angehörigen der Opfer fast schon Mitleid empfanden. Ob Priebke und Hass ihre letzten Jahre im Knast oder im Altersheim verbringen, mag belanglos erscheinen. Auch noch so harte Urteile können ihre Taten nicht sühnen. Bei Kriegsende war das anders, die von den Partisanen geübte Selbstjustiz zweifellos gerecht. Heute kann es nur noch um symbolische Akte gehen. Der Symbolwert des Urteilsspruchs gegen Priebke und Hass aber ist fatal. Priebkes Anwalt hat denn auch - mit einer gewissen Logik - gleich beantragt, die läppische Reststrafe gegen seinen Mandanten auszusetzen.

Weitere Prozesse - gegen Nazis und Partisanen

Auch von einem weiteren NS-Prozeß, der demnächst in Turin beginnen könnte, ist wenig zu erwarten. Unter Anklage steht der 86jährige ehemalige SS-Mann Theodor Saewecke, der im August 1944 15 politische Gefangene bei einer "Vergeltungsaktion" in Mailand ermorden ließ. Saewecke sorgte auch dafür, daß die Leichen einen Tag lang mitten in Mailand liegen blieben - zur Abschreckung. Darüber hinaus soll er an der Deportation von 1.000 Mailänder Jüdinnen und Juden maßgeblich beteiligt gewesen sein. Nach dem Krieg arbeitete Saewecke als Kriminalrat beim Bundeskriminalamt - bis er 1963 nach öffentlichen Protesten in den Ruhestand geschickt wurde.

Noch vor dem Ende des Priebke-Prozesses wurde bekannt, daß die italienische Justiz auch weiter gegen die Partisanen ermittelt, die am 23. März 1944 das Attentat in der Via Rasella verübten. Ermittlungsrichter Pacioni wertet den Anschlag als Kriegsverbrechen und will Carla Capponi, Rosario Bentivegna und Pasquale Balsamo vor Gericht stellen. Die drei ehemaligen Mitglieder der kommunistischen Gruppi d'azione pattriotica (GAP) stehen zu ihrer Tat, die in voller Übereinstimmung mit der im befreiten Salerno residierenden antifaschistischen Koalitionsregierung ausgeführt wurde. Die Regierung hatte damals "alle Italiener der besetzten Gebiete" öffentlich aufgefordert, "wo auch immer die feindlichen nazifaschistischen Invasoren anzugreifen".

Eine Verurteilung der drei Resistenza-KämpferInnen ist zwar äußerst unwahrscheinlich. Aber allein die Fortdauer der Ermittlungen nützt denen, die den antifaschistischen Gründungskonsens der italienischen Republik weiter aushöhlen wollen - getreu ihrer Behauptung, daß doch wohl "beide Seiten", Faschisten wie Antifaschisten, Dreck am Stecken hätten. Wo solch gleichmacherische Vergangenheitspolitik gemacht wird, gehört die FAZ zu den aufmerksamsten BeobachterInnen. Ihr Italien-Korrespondent Heinz-Joachim Fischer erklärt seinen LeserInnen, worum es geht, mit Hilfe eines Zitats des Ex-Faschisten Indro Montanelli: "Die Linke will das Monopol über die Geschichte und die Revision der Geschichte, das freilich niemand ohne Erlaubnis erhalten kann."

Daß von einem linken Monopol der Geschichtsschreibung heute weniger denn je gesprochen werden kann, vielmehr die rechten Geschichtsrevisionisten in der Offensive sind, zeigt Guglielmo Ragozzino in einem Kommentar der kommunistischen Tageszeitung il manifesto. Mit den Ermittlungen gegen die GAP-PartisanInnen werde "letztlich nahegelegt, alles - die ganze Resistenza und den ganzen Nazifaschismus - in ein Kapitel von Blut, Massakern und Racheakten einzuschließen, das zu verdrängen oder zumindest zu vergessen sei; und alle mit Generalpardon nach Hause zu schicken."

Js.

Quellen:

Corriere della sera, il manifesto, La Repubblica, Berliner Zeitung, FAZ, taz, jW, FR

Über den Fall Priebke, Wehrmachtsverbrechen in Italien und die Resistenza berichteten wir in ak 367, 376, 380, 383, 388, 393 und 394.

23. NATO: Zank auf dem Gipfel

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:15

Das war wohl nichts: Als historisches Großereignis geplant und angekündigt, erwies sich der NATO-Gipfel vom 8. und 9. Juli in Madrid als ein Gipfel der bündnisinternen Zankerei. Zwar wurde die Erweiterung des Bündnisses um drei ehemalige Mitglieder der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation beschlossen. Das war von den NATO-Offiziellen als endgültiger Beweis für den Sieg des Westens im Kalten Krieg schon vorab bejubelt worden. Doch in der Öffentlichkeit wurde sehr viel aufmerksamer registriert, daß es über diese Erweiterung und andere Fragen zum offenen Schlagabtausch zwischen den Bündnis"partnern" diesseits und jenseits des Atlantik gekommen ist. Die Oberhand im allianzinternen Streit behielten einmal mehr die US-Amerikaner, und den Westeuropäern wurden sehr deutlich die Schranken ihrer sicherheits- und militärpolitischen Emanzipation von der westlichen Militärvormacht USA aufgezeigt.

Im Kommunique des Madrider Gipfels heißt es: "Heute laden wir die Tschechische Republik, Ungarn und Polen ein, Beitrittsgespräche mit der NATO zu beginnen. Unser Ziel ist es, die Beitrittsprotokolle auf den Ministertagungen im Dezember 1997 zu unterzeichnen und den Ratifikationsprozeß so rechtzeitig beendet zu sehen, daß die Mitgliedschaft zum 50jährigen Jubiläum des Washingtoner Vertrags im April 1999 wirksam werden kann"(1). Dieser Einladung war im Vorfeld der Tagung und auf dieser selbst ein heftiger Streit unter den NATO-Mitgliedern vorausgegangen. Einig war man sich nämlich seit geraumer Zeit zwar darüber, daß in Madrid eine Ost-Expansion der NATO beschlossen werden sollte (s. ak 404), unterschiedliche Vorstellungen bestanden aber darüber, welche und wieviele Staaten denn in den erlauchten Kreis der Einzuladenden aufgenommen werden sollten.

Im Vorfeld von Madrid war stets davon die Rede gewesen, daß wohl Polen, Ungarn und die Tschechische Republik sicher mit einer Einladung würden rechnen können. Darüber hinaus wurden aber noch weitere aussichtsreiche Beitrittsaspiranten gehandelt. Insbesondere Rumänien und Slowenien galten als heiße Tips, aber auch den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurden gewisse Chancen eingeräumt. Die Beitrittskandidaten Nummer neun und zehn aus dem Club der Antragsteller - Bulgarien und die Slowakei - galten hingegen als chancenlos. Spekulationen über den Teilnehmerkreis der Erweiterungsrunde wurde nicht zuletzt dadurch Tor und Tür geöffnet, daß die NATO sich als unfähig erwiesen hatte, einigermaßen plausible und in sich schlüssige Kriterien anzugeben, nach denen sie ihre Expansion zu gestalten gedachte (von allgemeinen Phrasen über den demokratischen und marktwirtschaftlichen Charakter der aufzunehmenden Staaten abgesehen). Und so geriet der Entscheidungsprozeß um den Kreis der neu aufzunehmenden Mitglieder zu einem Kräftemessen zwischen den USA einerseits und den Kontinentaleuropäern andererseits.

Die USA hatten sich vor dem Madrider Gipfel klar darauf festgelegt, lediglich eine Erweiterung um drei neue Mitglieder zulassen zu wollen. US-Präsident Clinton hatte vorab die Zahl drei zum "Maximum" erklärt. Am Wochenende vor dem Gipfel verkündete US-Außenministerin Albright bereits dessen Ergebnis: Man werde Polen, Tschechien und Ungarn aufnehmen. Damit wurden die europäischen "Partner" brüskiert. Die hatten sich nämlich für die Aufnahme von mindestens fünf Staaten weit aus dem Fenster gehängt: Zu den drei bereits genannten sollten auch noch Slowenien und Rumänien kommen. Dabei hatte sich Italien besonders für Slowenien eingesetzt (schwenkte dann aber später auf die US-Linie um), und Frankreich hatte sich sogar bereits offiziell für die Aufnahme Rumäniens erklärt. Auch den drei baltischen Staaten waren lange Zeit Hoffnungen gemacht worden; für sie legten sich insbesondere die nordeuropäischen NATO-Staaten ins Zeug. Insgesamt sprachen sich neun der 14 europäischen NATO-Mitglieder vorab klar für eine Erweiterung der NATO um (mindestens) fünf neue Mitglieder aus.

Mit der Vorab-Festlegung der USA auf "die drei" und der meisten Europäer auf "die fünf" war der Streit in Madrid vorprogrammiert. Auf dem Gipfel ging es denn auch wahrlich hoch her: eine Presseerklärung jagte die andere, in diversen Statements verkündeten die Kontrahenten ihre jeweiligen Standpunkte. Die bundesdeutsche Seite vertrat einmal mehr ein entschiedenes Sowohl-als-Auch, entsprechend ihrer üblichen Schaukelpolitik zwischen Washington und Paris, wobei sich diesmal die Schaukel etwas mehr in Richtung Paris neigte. Denn der schwergewichtige Bundeskanzler übte sich im Schulterschluß mit seinem Freund Chirac, indem er ebenfalls den Beitrittswunsch Rumäniens unterstützte(2). Seine Untergebenen Kinkel und Rühe dagegen ließen durchblicken, daß sie eher der Dreier-Linie des großen transatlantischen Bruders

folgten. Dem treu zur Seite stand der Inseleuropäer Tony Blair, der ebenso wie die Konservativen vor ihm stolz ist auf die "special relationship" USA-Großbritannien.

Zum einen steckten hinter der "Dreier-" und der "Fünfer-"Variante unterschiedliche Interessen: die USA wollten die NATO-Erweiterung aus innenpolitischen Rücksichten nicht zu teuer werden lassen und auch gewisse Rücksichten auf die russischen Vorbehalte nehmen; die Europäer wollten aus geostrategischen Überlegungen eine Stärkung der Südregion des Bündnisses, die mit Rumänien und Slowenien hätte erreicht werden können, um für künftige Konflikte im Süden (Balkan, Naher Osten, "Bedrohung" durch den "islamischen Fundamentalismus") besser gewappnet zu sein. Zum anderen aber wurde mit diesem Streit auch symbolisch die Kontroverse um die Kräfteverhältnisse innerhalb des westlichen Lagers ausgetragen.

Die Kontinentaleuropäer - und hier allen voran Frankreich - haben sich in den letzten Jahren furchtbar abgestrampelt, um unter dem Schlagwort "Herausbildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" (EVSI) größere sicherheits- und militärpolitische Handlungsfähigkeit gegenüber der militärischen Führungsmacht USA zu erlangen. Und perspektivisch wird sogar in gewissen europäischen Kreisen an den Aufbau einer eigenständigen Militärgroßmacht (EU-)Europa unabhängig von den USA gedacht. Der Streit um "drei" oder "fünf" war in diesem Zusammenhang auch ein Kräftemessen zwischen den "Partnern" diesseits und jenseits des Atlantik.

Zerwürfnisse allenthalben

Dieses Kräftemessen haben die USA für sich entschieden. Sie haben deutlich gezeigt, wer in der NATO nach wie vor das Sagen hat. Die USA sind auf militärischem Gebiet nach wie vor übermächtig, und ihr wesentliches Instrument zur Einflußnahme auf die europäischen Verhältnisse ist und bleibt die NATO. In diesem Sinne sind die NATO und ihre Führungsmacht USA in Madrid gestärkt worden. Die USA haben die Madrider Verhandlungen als Sieger verlassen. Die "zweiten Sieger" - die künftigen NATO-Mitglieder Polen, Ungarn und Tschechien - stehen nunmehr in der Schuld der USA (und auch die US-Wähler polnischer, ungarischer und tschechischer Herkunft - ein nicht zu unterschätzendes Wählerpotential - werden es den Demokraten künftig danken). Den Europäern hingegen wurden ihre Grenzen gezeigt. Insbesondere Frankreich, welches sich zum Fürsprecher größerer europäischer Eigenständigkeit und Einflußnahme gemacht hatte, mußte eine herbe Niederlage und einen offensichtlichen Gesichtsverlust einstecken. Die deutsche Seite hat zwar zusammen mit den Franzosen auch verloren, kann aber insofern zufrieden sein, als mit der jetzt beschlossenen Form der Osterweiterung ein wesentliches Ziel herrschender deutscher Sicherheitspolitik erreicht wurde: Deutschland ist nicht mehr östlicher NATO-Frontstaat, sondern hat nunmehr im Osten ein Vorfeld von verbündeten Staaten.

Daß angesichts der offenen Kontroversen auf dem Madrider Gipfel im Kommunique gleichwohl die "starke, dynamische Partnerschaft zwischen den europäischen und nordamerikanischen Verbündeten, die stets das Fundament des Bündnisses ... war und sein wird"(2) hochgejubelt wird, kann eigentlich ebenso nur als Sarkasmus gewertet werden wie die Beschwörung der "erheblichen Fortschritte, die ... bei der Herausbildung der ESVI im Bündnis erzielt worden sind".

Die in letzter Minute in Madrid gefundenen "Kompromisse", die den Europäern das US-Diktat ein wenig erträglicher machen sollen, sind von zweifelhaftem Wert und erwiesen sich sogleich als Anlaß für neuerliche Kontroversen. Festgehalten wurde, daß die NATO "für neue Mitglieder offen" bleibe, daß das Bündnis "die Tür für den Beitritt weiterer Bündnismitglieder in Zukunft offenzuhalten" gedenke. Besonders hervorgehoben wurden im Kommunique auch namentlich Rumänien und Slowenien sowie die "Staaten in der baltischen Region" als Beitrittsaspiranten. 1999 solle eventuell geprüft werden, ob die Aufnahme weiterer Mitglieder sinnvoll sei. Diese Formulierungen können als Trostpflaster für die verschmähten Beitrittskandidaten und ihre Sponsoren aus dem Kreis der NATO-Mitglieder gelten. Die Europäer interpretierten das flugs in dem Sinne, daß es auf alle Fälle eine (oder mehrere) weitere Neuaufnahmerunden geben werde, und Bundeskanzler Kohl hängte sich auf einer Pressekonferenz sogar schon wieder sehr weit aus dem Fenster, indem er behauptete, die Aufnahme Rumäniens und Sloweniens in einer zweiten Runde 1999 stehe außer Frage. Das mußte er alsbald wieder zurücknehmen und einräumen, daß keinesfalls feststehe, daß es in zwei Jahren eine neue Erweiterungswelle geben werde. Die USA demgegenüber interpretierten die Offenheits-Formeln nach dem Motto: kann, muß aber nicht - wir werden später sehen und entscheiden (wobei man das "wir" eher als pluralis majestatis denn als ein kollektives "wir" aller NATO-"Partner" lesen sollte).

Auch in der Frage der Reorganisation der NATO-Kommandostrukturen sind die bündnisinternen Widersprüche in Madrid offen zutage getreten (zu diesen Widersprüchen s. ausführlich ak 404). Sie haben nicht gelöst werden können. Über die nach wie vor bestehenden Differenzen versucht das Gipfel-Kommunique geschraubt hinwegzulabern: "Wir stellen fest, daß wesentliche Elemente der neuen Kommandostruktur identifiziert worden sind und die Grundlage für künftige Arbeiten bilden werden. Wir müssen die Dynamik dieser Arbeit aufrechterhalten. Wir haben daher den Ständigen Rat angewiesen, unter Beratung durch den Militärausschuß an der Lösung der noch verbleibenden Fragen zu arbeiten, um bis zu den Ministerratstagungen im Dezember Einvernehmen über die künftige Kommandostruktur der NATO zu erreichen". Die "Lösung der noch verbleibenden Fragen" war schon mehrfach angekündigt worden - zuletzt für den Gipfel in Madrid. Man darf also getrost bezweifeln, daß es damit bis zum Dezember klappen wird.

Beim Problem der Kommandostrukturen geht es ebenfalls um europäisch-nordamerikanische Differenzen. Im Mittelpunkt steht dabei gegenwärtig der Streit zwischen den USA und Frankreich um die Besetzung des Postens des NATO-Oberkommandierenden der Südregion in Europa. Auch hier nehmen die USA eine harte Haltung ein: Sie sind nicht gewillt, den Posten in Neapel an einen Europäer (= Franzosen) abzugeben. Nach der Madrider Niederlage stehen die Chancen der Franzosen, sich wenigstens in dieser Frage durchzusetzen, noch schlechter als zuvor. So kritisierte der französische Verteidigungsminister denn auch die USA wegen ihrer fehlenden Kompromißbereitschaft und ihrer Weigerung, "Europa" einen angemessenen Platz in den neuen Kommandostrukturen einzuräumen.

Die Franzosen haben jedenfalls schon Konsequenzen aus dem Madrider Ergebnis gezogen: Sie werden nicht - wie im Dezember 1995 von Chirac angekündigt - voll in die militärische Integration der NATO zurückkehren. Insofern ist das Gipfel-Kommunique beredt in dem, was es nicht sagt, wenn es in ihm heißt, daß "die Mitglieder der integrierten Militärstruktur des Bündnisses" (also nicht: Frankreich) "ausdrücklich die von Spanien angekündigte Bereitschaft (begrüßen), in vollem Umfang an der neuen Kommandostruktur des Bündnisses mitzuwirken": Spanien geht in die militärische Integration, Frankreich bleibt draußen.

Dennoch:

NATO bleibt bedrohlich

Auch wenn sich auf dem Madrider Gipfel also interne Widersprüche der Allianz offenbart haben, ist sie nach wie vor das stärkste und schlagkräftigste Militärbündnis weltweit. Die Neuausrichtung der NATO auf "Konfliktmanagement" außerhalb des NATO-Vertragsgebiets ("out of area"), - sprich: auf Militärinterventionismus gen Süden - wurde in Madrid bekräftigt und vorangetrieben. So wurden "die Fortschritte bei der Umsetzung des CJTF-Konzepts, wozu auch die vorläufige Benennung von Stammhauptquartieren gehört"(3), ausdrücklich gewürdigt. Zudem wurde die sog. Mittelmeer-Initiative der NATO fortentwickelt: Es wurde "beschlossen, unter der Autorität des Nordatlantikrats einen neuen Ausschuß, die Kooperationsgruppe Mittelmeer, einzusetzen, die die Gesamtverantwortung für den Mittelmeerdialog tragen wird". Die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres dürfen also künftig verstärkter Aufmerksamkeit der NATO gewiß sein. Friedenspolitisch verheißt das kaum Gutes.

Gleiches gilt für die in Madrid verabschiedete "Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Ukraine"(4). Diese Charta folgt der NATO-Rußland-Grundakte vom 27. Mai diesen Jahres (s. ak 403), hält im Gegensatz zu jener aber eine NATO-Beitrittsoption für die Ukraine offen. Mangels anderer Erfolgsmeldungen aus Madrid wurde dieses eher zweitrangige Übereinkommen mit der Ukraine zum großen Gipfel-Erfolg hochgeredet. Auch hier haben die USA sich besonders engagiert. Immerhin nimmt die Ukraine mittlerweile Platz drei - nach Israel und Ägypten - in der Liste der Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe ein, und die USA haben mit der Ukraine so umfangreiche militärische Beratungs- und Ausbildungsprogramme vereinbart wie mit keinem anderen osteuropäischen Staat. Auch gelegentliche Überlegungen von ukrainischer Seite, einen Teil des Schwarzmeerhafens Sewastopol der NATO als Flottenstützpunkt zu offerieren, dürften zuallererst den USA und ihrer 6. Flotte zugute kommen. Die engere Anbindung der Ukraine an die NATO hat das politische Klima zwischen Rußland und der NATO nicht gerade verbessert. Moskau hat jedenfalls auf die Madrider Beschlüsse wie erwartet mit Ablehnung reagiert.

Vo

Anmerkungen:

(1) NATO-Gipfelkonferenz in Madrid. Treffen der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses am 8. und 9. Juli in Madrid. Erklärung von Madrid zur euro-atlantischen Sicherheit und Zusammenarbeit. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr.64, 31. Juli 1997, S.765-770. Alle folgenden Zitate im Text ebd.

(2) Der Kanzler sah sich in Madrid selber allerdings weniger als Schaukelpolitiker denn als Brückenbauer: "Wir, die deutsche Delegation, der Bundesaußenminister und vor allem ich, haben uns mit erheblichem Erfolg in zum Teil sehr schwierigen und gelegentlich etwas herben Verhandlungen darum bemüht, zwischen den gegenläufigen Positionen eine Brücke zu bauen". Erklärung des Bundeskanzlers vor der Presse. In: ebd., S.774f.

(3) CJTF = Combined Joint Task Forces. Vgl. zu diesem Konzept ausführlich ak 392.

(4) wie Anm. (1), S.771-774.

Das Treffen findet von 25. Juli bis 3. August in Spanien statt; die Auftaktveranstaltung ist in Madrid, dann geht es in verschiedenen Städte und zum Schluß treffen sich alle TeilnehmerInnen wieder in Andalusien. Die Anmeldefrist ist der 30. Juni, für Kurzentschlossene gibt es dennoch Möglichkeiten zur Teilnahme.

Sechs internationale Kommissionen haben sich im Vorfeld der Organisation des Treffens gebildet, und sie haben jeweils in der Bundesrepublik folgende Ansprechpartner.

Kontakte: Mexiko-Gruppe Dresden (Tel. 0177-2491828,

Fax 0351-4935984120,

e-mail: tk7@rcs.urz.tu-dresden.de)

Inhalte: Mexiko-Gruppe Bremen

(e-mail: chiapas@uni-bremen.de)

Pressearbeit: Mexiko Komitee im Ökumenischen Büro, München

(Tel. 089-4485945, Fax 089-4487673, e-mail: oeku-buero@link-m.de)

Finanzen: Infoladen im Exzess

(Tel./Fax. 069/774670) und Penumbra (Tel. 069/7894846, Fax 069/78960399

e-mail: u.brand@soz.uni-frankfurt.de) beide in Frankfurt/M.

Allgemeines, vor allem Kontakte mit Mexiko: SolidariTAT Hamburg

(Tel. 040-4914265, Fax 040-5289239)

24. Lübeck: Freispruch für Safwan Eid. Aber: Gericht sät mit dem Urteil Zweifel an Eids Unschuld

Autor: ga. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:34

Fast eineinhalb Jahre nach dem Brand im Lübecker Flüchtlingsheim, bei dem zehn Menschen ums Leben kamen und 38 zum Teil schwer verletzt wurden, ist Safwan Eid am 30. Juli 1997 von dem Vorwurf, den Brand gelegt zu haben, freigesprochen worden. Damit ist die Ausgangsfrage wieder offen: Wer hat den Brand gelegt?

Fast neun Monate dauerte das Verfahren, in dessen Verlauf AnwältInnen und ProzeßbeobachterInnen mit einem unglaublichen Ereignis nach dem anderen konfrontiert wurden: Beweismittel waren plötzlich irgendwo auf dem Weg zwischen Polizei und Gericht verschwunden, Spuren, die auf Täter aus dem rechten Spektrum hinwiesen, wurden nicht verfolgt, und selbst Brandausbruchsort und -zeit sind bis heute ungeklärt.

Nichts spricht bis heute für eine Beteiligung Safwan Eids an dem Ausbruch des Feuers, trotzdem machte das Gericht in seiner Urteilsbegründung deutlich, daß der Freispruch ein Freispruch aus Mangel an Beweisen für die Schuld von Safwan Eid sei. Zweifel an seiner Unschuld sind aber nicht nur vom Gericht noch einmal in der Urteilsbegründung gestreut worden, auch die Medienöffentlichkeit hat schon während des Prozesses immer wieder den angeblichen Streit unter den Hausbewohnern, mögliche Drogengeschäfte und eben, daß diesen AsylbewerberInnen alles zuzutrauen ist, in ihren Artikeln durchblicken lassen. Nur zu gerne wollte man den Brandstifter im Kreise der AsylbewerberInnen sehen. Ein rechtsextremer Anschlag durfte nicht sein. Das Ansehen der Republik hatte schon genug gelitten.

Der Verdacht gegen Safwan Eid begann mit der Aussage des Rettungssanitäters Leonhardt, der angab, daß Eid in der Brandnacht zu ihm gesagt hätte "Wir war'n's". Safwan Eid beteuert bis heute, daß er "Die war'n's" gesagt hat und damit Neonazis gemeint hat. Im Laufe der Verhandlung wurde deutlich, daß das, was Leonhardt an "Geständnis" von Eid gehört haben will und was vom Gericht als "Täterwissen" bezeichnet worden ist, nicht mit dem möglichen Brandverlauf in Einklang zu bringen war. Mehr als fünf Monate saß Eid aufgrund dieser Aussage des Rettungssanitäters in Untersuchungshaft.

Von Beginn an wurde alles, was auf einen Brandanschlag von außen hindeuten könnte, nicht ernsthaft weiter verfolgt. Die Männer aus Grevesmühlen, die am Brandort waren und deren Haare frische Sengspuren aufwiesen, konnten sich mit abenteuerlichen Begründungen für ihre versengten Haare aus dem Kreise der Verdächtigen stehlen. So behauptete der eine, er habe einen Hund angezündet, beim nächsten funktionierte der Ofen nicht richtig, und einer wollte gar mit dem Feuerzeug den Inhalt eines Benzintanks geprüft haben. Alle diese Aktivitäten wurden von den Grevesmühlenern als einige Tage zurückliegend behauptet. Die Aussage der Ärztin, die von den Männern Haarproben genommen hatte - selbstverständlich sind diese wie so vieles andere auch verschwunden - beinhaltet aber, daß es sich um frische Sengspuren gehandelt hat. Diese Aussage ließ das Gericht zwar aufhorchen, zeitigte aber keinerlei Konsequenzen. Auch die diversen Hinweise auf rechte Zusammenhänge und ausländerfeindliche Äußerungen, die von den Grevesmühlenern bekannt wurden, konnte die Staatsanwaltschaft nicht davon überzeugen, mögliche Täter auch in anderen Kreisen als den der AsylbewerberInnen zu suchen.

Sowohl die verschiedenen Solidaritätsgruppen als auch die Internationale Untersuchungskommission, die den Prozeß begleitet haben, haben ausführliches Material vorgelegt, das eine intensive Ermittlungsarbeit gegen die Männer aus Grevesmühlen rechtfertigt.

Ein weiterer Ansatzpunkt für staatliche Ermittlungen ist der bis heute ungeklärte Tod des Togoers Sylvio Amoussou. Er wurde im Vorbau des Hauses aufgefunden. Die gerichtsmedizinische Untersuchung hat ergeben, daß er nicht in Folge des Brandes gestorben sein kann, sondern beim Ausbruch des Feuers schon nicht mehr gelebt hat. Damit das Bild, das die Staatsanwaltschaft zeichnen wollte, nicht zerstört wurde, wurde die Leiche kurzerhand zu den drei Prozent bei Bränden - wissenschaftlich nachgewiesenen - unaufklärbaren Fällen gerechnet. Damit war jede weitere Untersuchung in dieser Richtung überflüssig.

Was bleibt, ist ein ungeklärter Mord an zehn Menschen. Ob es von Seiten des Staates ernsthaft zu weiteren Ermittlungen nach dem oder den Tätern kommt, ist nicht sehr wahrscheinlich. Ob es der Internationalen

Untersuchungskommission und den Solidaritätsgruppen gelingt, nach dem Urteil den öffentlichen Druck noch einmal so zu erhöhen, daß der Fall nicht zu den Akten gelegt wird, bleibt nur zu hoffen.

ga.

25. "Kein Mensch ist illegal". Initiative zur Unterstützung illegalisierter MigrantInnen

Autor: BARI Kassel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:26

"Kein Mensch ist illegal" ist eine Initiative des Bundesweiten Koordinationstreffens antirassistischer Gruppen. Am 29.06.97 wurde der Aufruf der Initiative im Rahmen einer Pressekonferenz auf der documenta X in Kassel der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem wird diese Initiative bereits von über 1000 Gruppen und Einzelpersonen unterstützt.

Der Blick nach Frankreich auf die Bewegung der "Sans-papiers" (Menschen ohne Papiere) war ein Anstoß für den Start einer politischen Initiative, die zur politischen und praktischen Unterstützung Illegalisierter aufruft. Die "Sans-Papiers" kämpfen für ihre Rechte, die eigentlich selbstverständlich sein sollten: Sie verlangen das Recht auf Einwanderung, das Recht sich niederzulassen und fordern Bürgerrechte für alle in Frankreich lebenden Menschen. Obwohl die Ausgangsbedingungen für den Kampf um gleiche Rechte in Frankreich und in der BRD unterschiedlich sind, und die Initiative "Kein Mensch ist illegal" nicht von Illegalisierten, sondern von UnterstützerInnengruppen initiiert wurde, stellt sich die Frage, ob und wieweit nicht auch Orientierungen aus den erfolgreichen Kämpfen der "Sans-Papiers" aufgegriffen werden können.

Ziel der Initiative "Kein Mensch ist illegal" ist die bessere Vernetzung lokal arbeitenden Gruppen, sowie einen Rahmen zu schaffen, die oft still und heimlich geleistete individuelle Unterstützungsarbeit öffentlich zu thematisieren und zum Politikum zu machen.

Gleichzeitig will die Initiative in die aktuelle Debatte um "Illegalität" eingreifen. So sollen rassistische Selbstverständlichkeiten, wie die Produktion von Illegalität, die rassistische Sonderbehandlung und Sondergesetzgebung angegriffen werden. Dem rassistischen Hetzklima gegen Illegalisierte und als "Schlepper" diffamierte FluchthelferInnen soll etwas entgegengesetzt werden. Zuflucht und Fluchthilfe aller Art sollen offensiv als berechtigte und notwendige Solidaritäten thematisiert werden.

In den kommenden Monaten stehen neben lokalen Aktivitäten auch überregionale Projekte auf dem Programm. Für Anfang Oktober ist eine Pressekonferenz in Bonn geplant, anläßlich der Veröffentlichung des Aufrufs in mehreren Tageszeitungen. Darüber hinaus erscheint Ende des Jahres eine Publikation der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin, zur Situation Illegalisierter in Ost- und Westeuropa. Ebenso ist eine CD-Produktion mit anschließender Konzerttour in Planung.

Produktion von Illegalität

Die Suche nach Migrationsursachen geht von der Annahme aus, daß Migration einer Legitimation bedarf und damit legal oder illegal sein kann.

Nachdem das Interesse der BRD an regulärer Arbeitsmigration (Ausnahme Top-Manager und Sportler) nicht mehr vorhanden ist, ist der einzige legitime Einwanderungsgrund für Nicht-EU-BürgerInnen die Suche nach Schutz vor politischer Verfolgung. Eine Flucht vor Armut, Krieg, sexistischer Verfolgung gilt nicht als Grund für politisches Asyl. Das rechtliche Einklagen des Anspruchs auf Schutz vor politischer Verfolgung steht nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 nur noch sehr wenigen Menschen offen. Durch die sogenannte Drittstaatenregelung und das beschleunigte Flughafenverfahren sind Möglichkeiten der legalen Einreise in die BRD praktisch nicht mehr vorhanden.

Dies zwingt Menschen dazu, illegal einzuwandern oder mit kurzfristigem Visum einzureisen, und mit der Überschreitung der Zeitgrenze des Visums vor der Entscheidung zu stehen, das Land zu verlassen oder zu Illegalen zu werden. Viele MigrantInnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus stehen früher oder später vor der gleichen Entscheidung, die Möglichkeit der Illegalisierung wird für sie zur permanenten Drohung. Das gilt z.B. für AsylantragstellerInnen, deren Anträge in 80-90% der Fälle abgelehnt werden. Wenn sie sich der drohenden Abschiebung entziehen, werden sie zu "Illegalen". Erteilte Visa und Aufenthaltstitel sind an einen definierten Zweck und eine festgelegte Dauer gebunden. Überschreiten Nicht-EU-StudentInnen ihre Studienzeiten, lassen sich MigrantInnen von deutschen EhepartnerInnen scheiden oder werden "SaisonarbeiterInnen" auf dem legalen Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht, werden auch sie zu Illegalen.

Menschen ohne deutschen Paß werden die Bürgerrechte, die für "Deutsche" gelten, verwehrt, sie unterliegen einer Sondergesetzgebung, die sich in einem hierarchisierten System von Aufenthaltstiteln und dem damit verbundenen Zugang zu Rechten (z.B. Zugang zum Arbeitsmarkt, zu sozialen Leistungen, Gesundheitsversorgung, Ausbildung, Wahlrecht) ... ausdrückt.

Alltag

Den Alltag als Illegalisierte zu organisieren, bedeutet in aller Regel Ausbeutung und Abhängigkeit, das Fehlen von Gesundheitsversorgung und Bildung.

Aber so sehr Illegalisierte auch Opfer der Verhältnisse sind, zuallererst sind sie aktiv handelnde Menschen. Ausgefeilte Strategien sind notwendig, um unter keinen Umständen aufzufallen, den immer häufiger werdenden rassistischen Kontrollen zu entkommen und sich dennoch in der Stadt zu bewegen, zu arbeiten, sich notfalls ärztlich behandeln zu lassen. Es funktioniert - offensichtlich - zu einem hohen Preis. Die Arbeitsverhältnisse sind von der permanenten und wortwörtlichen "hire and fire"-Drohung bestimmt. Niemals Schwarzfahren. Jeden Streit vermeiden. Unter den Bedingungen absoluter Rechtlosigkeit haben Illegalisierte keinerlei rechtliche Handhabe, sich gegen Gewalt zu wehren. Ernsthaft krank zu werden ist schließlich die äußerste Sorge. Ohne jeglichen Versicherungsschutz bedeutet Krankheit den Verlust der Arbeit und damit der Grundlage der materiellen Versorgung. Der Weg ins Krankenhaus führt zudem häufig direkt in die Abschiebehaft.

Dieser schwierige Alltag ist oftmals auf Unterstützungsstrukturen von Bekannten und FreundInnen angewiesen, die Wohnungen teilen, mal eine Krankenkassenkarte verleihen oder bei der Jobsuche behilflich sind.

Antirassistische Praxis

Eine Initiative antirassistischer Gruppen für die Unterstützung Illegalisierter muß zweigleisig funktionieren. Sie muß einerseits konkrete und alltägliche Strohhalme errichten, andererseits muß sie immer um das ganze Kornfeld kämpfen.

Die Forderung nach "Offene(n) Grenzen" kann nicht bei der Idee des "Bleiberechts für alle" und dem Einklagen universeller Menschenrechte stehen bleiben. Sie muß vielmehr über diese Forderungen hinaus die Forderung nach gleichen Rechten für Menschen, die diese Grenzen passieren, beinhalten.

MitarbeiterInnen des Büro antirassistischer Initiativen Kassel (BARI)

AUFRUF der Initiative

"Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?" (Elie Wiesel)

MigrantInnen und Flüchtlinge sind in Europa unerwünscht. Nachdem es für sie nahezu unmöglich ist, auf legalem Weg hierher zu fliehen, einzureisen oder einzuwandern, ist die Überschreitung der Staatsgrenzen nur noch "illegal" möglich und nicht selten mit tödlichen Gefahren verbunden. "Illegal" wird, wer bleibt, obwohl der Aufenthalt nicht mehr erlaubt, gestattet oder geduldet ist. Systematisch werden die verbliebenen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten reduziert. So wird eine immer größere Zahl von Menschen in die Illegalität gezwungen.

Grenzen trennen nicht mehr nur Territorien, Grenzen trennen Menschen. Grenzen verlaufen überall: im Sozialamt wie auf dem Bahnhof, in der Innenstadt wie an der Staatsgrenze. Die Grenze ist überall, wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden.

In entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status zu leben, bedeutet die ständige Angst vor Denunziation und Erpressung, weil die Entdeckung Bestrafung, Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hat. Es bedeutet völlige Schutz- und Rechtlosigkeit gegenüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern, aber auch im Falle von Krankheiten, Unfällen oder Übergriffen. Es bedeutet auch, soziale Kontakte fürchten zu müssen. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung anfangen. Es bedeutet, ständig auf der Hut zu sein.

Im Kampf gegen Rassismus wird es immer wichtiger, MigrantInnen in ihren Kämpfen gegen Illegalisierung und für ihr Recht, überhaupt Rechte zu haben, politisch und praktisch zu unterstützen.

Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren.

Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.

Denn kein Mensch ist illegal.

Die Initiative "Kein Mensch ist illegal" bittet für die Veröffentlichung des Aufrufs in Tageszeitungen um Spenden. (Einzelpersonen mindestens 20 DM, Gruppen mindestens 50 DM)

Kontakt:

Initiative "Kein Mensch ist Illegal"

c/o FFM Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin

telefon: 0172-8910825 (Di 18-20 Uhr)

fax: 0561-713458, email: grenze@ibu.de

Bankverbindung: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Stichwort: Kein Mensch ist illegal

Kto.-Nr. 61 00 24 264, BLZ 100 500 00

Die Web-Seiten von "Kein Mensch ist illegal" liegen unter: http://www.contrast.org/borders

26. "Die RAF ist Geschichte - die Vernichtungshaft ist Realität." H. Pohl und A. Schulz in Haft schwer erkrankt

Helmut Pohl und Adelheid Schulz sind in der Haft schwer erkrankt

Autor: P. Nowak · Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:09

Als "Fernsehereignis des Jahres" wurde Heinrich Breloers Fernsehdokumentation Todesspiel in einer Werbeanzeige in der taz bezeichnet. In diesem als dokumentarischer Streifzug durch den Deutschen Herbst angekündigten Film wird die einzige Überlebende der Stammheimer Todesnacht, Irmgard Möller, nicht einmal erwähnt, geschweige denn interviewt. Sie hätte zur Wahrheitsfindung wenig beitragen können, wird Breloer in der Frankfurter Rundschau zitiert.

Auch die Erinnerungen des RAF-Gefangenen Helmut Pohl an den Deutschen Herbst finden sich in dem Jahrestagsrummel nicht wieder. Im November 1977, einen Monat nach der Todesnacht in Stuttgart-Stammheim und wenige Tage, nachdem die RAF-Gefangene Ingrid Schubert im Gefängnis Stadelheim tot aufgefunden wurde, wandte sich Gilla Pohl in einem dringenden Appell an die internationale Öffentlichkeit. Das Leben ihres Ehemannes sei in großer Gefahr, nachdem es in von der Bundesanwaltschaft (BAW) lancierten Presseberichten hieß, daß in seiner Zelle eine Pistole samt Munition gefunden worden sei. Nach ähnlichen Meldungen aus Stammheim und Stadelheim waren die Gefangenen tot aufgefunden worden.

"Ist Helmut Pohl der nächste?" hieß es in dem Appell, der im Herbst 1977 bei einer sensibilisierten Öffentlichkeit in den westeuropäischen Nachbarländern auf Resonanz stieß.

Fast 20 Jahre später initiiert die Hamburger Gruppe Lotta gemeinsam mit der Angehörigengruppe der politischen Gefangenen wieder einen Appell zur sofortigen Freilassung des 52jährigen Helmut Pohl und einer angemessenen ärztlichen Behandlung seines schweren Wirbelsäulenleidens. Helmut Pohl hat zusammengerechnet 21 Jahre Knast hinter sich, die meiste Zeit in Isolationshaft. Seine letzte Verhaftung erfolgte 1984. Seit 1989 sitzt er mit dem RAF-Gefangenen Rolf-Clemens Wagner im hessischen Schwalmstadt.

BesucherInnen schildern die Symptome seiner Krankheit so: "Alle zwei Monate erleidet Helmut eine gesundheitliche Krise mit Taubheitsgefühlen in den Armen, krassen Schmerzen im Rückenbereich und dem Zusammenbruch aller Körperfunktionen." Anstaltsarzt Bäblich sagte Helmut Pohl 1989 ins Gesicht, daß er so einen wie ihn nicht behandeln würde. Nachdem sein Antrag auf Behandlung durch externe Fachärzte seines Vertrauens abgelehnt wurde, klagte Pohl gegen das Land Hessen. Daraufhin wurde er im Jahre 1992 erstmals gründlich untersucht. Zufälligerweise verschwanden die für eine Behandlung notwendigen Röntgenaufnahmen auf dem Weg zum Knast.

Zwei Monate nach einem Bandscheibenvorfall im Lendenwirbelbereich diagnostiziert ein Facharzt im Februar 1997 Verknöcherungen mehrerer Lendenwirbel, die ins Rückenmark drücken und irreparable Lähmungserscheinungen zur Folge haben können. Diese Gefahr sei nur durch eine schnelle Operation zu beheben. Doch die Bundesanwaltschaft (BAW) verlangt ein Gegengutachten durch einen Arzt, der seit 20 Jahren im Sinne der Gefängnisbehörden arbeitet. Der sieht keinen medizinischen Handlungsbedarf. Die Krankheit werde sich zwar verschlimmern, diagnostiziert er, doch damit müsse Helmut Pohl leben, denn es gebe keine Therapiemöglichkeiten. Einzig auf diesen Gutachter stützt sich die BAW. Man werde jetzt prüfen, was innerhalb des Knastes zur Behandlung getan werden kann. Fazit einer Besucherin: "Medizinisch ist seitdem nichts geschehen. Die Schmerzen und die Bewegungseinschränkungen bei Helmut nehmen ständig zu." Helmut Pohls Rechtsanwalt Gerd Klußmeyer erklärt dazu: "Es gibt keine juristische Handhabe, um die dringend nötigen medizinischen Maßnahmen durchzusetzen".

Das vom ehemaligen RAF-Verteidiger und heutigen Bündnisgrünen Rupert von Plottnitz geleitete Hessische Justizministerium überläßt der BAW das Feld und reiht sich so in die Phalanx seiner SPD-FDP-CDU-KollegInnen aus den anderen Bundesländern ein. Auch dort wird bei kranken RAF-Gefangenen medizinische Hilfe behindert. So wird bei der in Köln-Ossendorf inhaftierten, 41jährigen Adelheid Schulz, die 15 Jahre Knast

hinter sich hat, eine operative Entfernung von Knotenbildungen im Brustbereich seit Jahren verschleppt. Die Behörden weigern sich, die Gefangene für die Zeit der Operation in ein Krankenhaus außerhalb des Knastes zu verlegen. Ihr Gesundheitszustand habe sich seitdem kontinuierlich verschlechtert. Immer wieder kommt es über Monate immer wieder zu akuten Erkrankungen und Erschöpfungszuständen, berichten BesucherInnen.

Pohls Mithäftling Wolf-Clemens Wagner schreibt in dem monatlich erscheinenden Angehörigeninfo (Nr. 196 vom 4.7.97), daß alle RAF-Gefangenen infolge der Isolationshaftbedingungen und der nicht durchgeführten notwendigen medizinischen Behandlungen in den letzten Jahre in unterschiedlichen Maße gesundheitliche Schäden erlitten haben. Er warnt in dem Artikel davor, eine Freilassungskampagne ausschließlich auf ein "Krankheitsgejammer" zu stützen und plädiert für eine politisch geführte Freilassungsinitiative.

Als erster Schritt ist die Postkartenaktion an das Bundesjustizministerium zu sehen, mit der die Freilassung von Helmut Pohl gefordert wird. Chancen auf Erfolg hat die Kampagne aber nur, wenn es gelingt, der staatlichen Inszenierung zum 20ten Jahrestag des Deutschen Herbstes die Fakten über die Kontinuität der Vernichtungshaft entgegenzusetzen. Erinnert sei hier exemplarisch an die RAF-Gefangene Katharina Hammerschmidt, deren Krebserkrankung im Knast solange ignoriert wurde, bis sie nicht mehr zu heilen war. Wenige Monate nach ihrer Entlassung starb sie Ende der 70er Jahre.

"Die RAF ist heute Geschichte. Die Vernichtungshaft ist Realität", so das Fazit von Christa Eckes aus der Angehörigengruppe.

Peter Nowak

27. Kein Taxi für "Ausländer". Denunziationspflicht für TaxifahrerInnen in Brandenburg

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:39

Wegen "Beihilfe zum illegalen Aufenthalt" sollen zwei Taxifahrer in Brandenburg jeweils für über ein Jahr in den Knast gehen. Strafbar haben sich die beiden Taxifahrer gemacht, weil sie Menschen ohne legalen Aufenthalt in ihren Taxen von Zittau nach Bautzen transportiert hatten. Mit der rund 40 km weiten Fahrt innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik hatten sie nach Angaben des Gerichts den Tatbestand "Einschleusen von Ausländern" erfüllt.

Wie durch eine kleine parlamentarische Anfrage in Brandenburg jetzt bekannt wurde, waren in den letzten Jahren 42 Verfahren gegen Taxifahrerinnen anhängig, die verdächtigt wurden, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung befördert zu haben. Von den 72 im Landkreis Löbau-Zittau registrierten Droschkenkutschern haben 22 ein Verfahren am Hals.

Das Urteil gegen die Taxifahrer wurde bereits im Frühjahr gesprochen. Es ist jetzt durch die Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) an die Öffentlichkeit gekommen. Das Gericht mußte abenteuerliche Indizienketten knüpfen, um die beiden Taxifahrer zu verurteilen. Es hätte ihnen verdächtig vorkommen müssen, im Landkreis Löbau-Zittau auf Ausländer zu treffen, die sich ein Taxi leisten können. Wie amtlich festgestellt wurde, leben nur 1.000 Ausländer im Landkreis, darunter 400 StudentInnen, die übrigen 600 sind AsylbewerberInnen. "Gerade dieser Personenkreis", so das Gericht, verfüge nicht über das Einkommen, sich eine Taxifahrt zu leisten. Außerdem, so das Gericht weiter, seien alle "Ausländer" von vornherein Verdächtige, da sie "in der Regel eine räumliche Beschränkung auf den Landkreis haben und von daher als potentielle Fahrgäste für Fernfahrten nicht in Frage kommen."

Einem der beiden Taxifahrer wurde unterstellt, daß er in "organisierte Kriminalität" verwickelt sei: "Es ist davon auszugehen, daß der Angeschuldigte im Auftrag von namentlich nicht bekannten Mittätern" gehandelt habe. In jedem Fall wäre es beiden möglich gewesen, die Personen durch einen Anruf beim Bundesgrenzschutz (BGS) überprüfen zu lassen.

Besonders alarmierend ist laut FFM, daß die Diskriminierung anhand von phänotypischen Merkmalen gesellschaftlich ausgeweitet wird. Nachdem BGS und Polizei rassistische Erkennungskriterien in ihre Fahndungsinstrumente (Einführung der sog. verdachts- und anlaßunabhängigen Kontrollen in die Polizeigesetze) aufgenommen haben, sollen jetzt Taxifahrer in Ostdeutschland in diese Ausgrenzungspraktiken einbezogen werden.

"Gute Ratschläge"

In den letzten Monaten haben in Dresden und Bautzen "gemeinsame Beratungen" der jeweiligen Staatsanwaltschaften, des BGS, der Straßenverkehrsämter und Taxi/ Mietwagenunternehmen statt gefunden. Es wird vermutet, daß der BGS die Gespräche "angeregt" hat. Ziel dieser Beratungen war es, die Taxifahrer im grenznahen Gebiet in das Fahndungskonzept des BGS mit einzubeziehen. Die Beratungen führten zu "Empfehlungen" an die Droschkenkutscher: einerseits wird ihnen deutlich gemacht, daß die Beförderung von Menschen, deren "äußeres Erscheinungsbild, Kleidungszustand und andere äußere Auffälligkeiten den Verdacht zulassen, daß es sich um Personen handeln könnte, die sich illegal aufhalten", den Verdacht der Begehung einer Straftat nach sich ziehen wird. Ausdrücklich betont wurde, daß Taxifahrer, die beim Befördern einer Person ohne ausreichende Aufenthaltspapiere gefaßt werden, mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen müssen. Zum anderen werden Taxifahrer aufgefordert, bei einem Beförderungsbegehren eines "Verdächtigen" den BGS per Code-Wort einzuschalten. Die Taxi- und Funkzentralen sollen bei dieser Kontaktaufnahme helfen.

Damit auch jedem deutlich wird, wie ernst die Empfehlungen gemeint sind, startete der BGS eine "Informations"kampagne. Das Bundesinnenministerium ließ es sich nicht nehmen, im "Taxi-Journal" (Region Halle/Leipzig 8/97) noch einmal darauf hinzuweisen. Auf den Flugblättern des BGS wird an die Taxifahrer

appelliert: "Nehmen sie keine offensichtlich illegal eingereisten Personen in Ihrem Taxi mit!" Wer diese Regel nicht beachte, müsse mit Strafe rechnen.

Nach Aussagen der FFM reihen sich diese Maßnahmen in die veränderten und ausgeweiteten Fahndungstechniken des BGS an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze ein. Neben der bekannten technischen Aufrüstung der Grenze, setzt der BGS auf eine Denunziationskampagne gegen Menschen, die "nicht in das Bild des deutschen Grenzbewohners" passen. Nach der Einrichtung von Bürgertelefonen durch den BGS in den Grenzgebieten, werden nun Taxifahrer zur "Zusammenarbeit" gezwungen. Da die Abschottungspolitik an der Grenze zu Osteuropa durch die technischen Maßnahmen alleine nicht zu bewältigen ist, muß mit rassistischen Denunziationskampagnen nachgeholfen werden.

Die Reaktionen seitens der Taxiunternehmen ließen nicht lange auf sich warten. Die Taxi-Centrale Centrum wollte sich vom Landratsamt Löbau-Zittau bestätigen lassen, daß sie die Beförderung "ausländischer Personen generell ablehnen könne. ... Oder erhalten wir innerhalb der EU-Außengrenze Polizeivollmacht zur Personenkontrolle von ausländischen Bürgern?" Dieser Bitte kam das Landratsamt nicht nach, es empfahl allerding eine "gewisse Vorsicht" und versprach Nachsicht, falls ein "rechtmäßiger Fahrgast" aufgrund der Ablehnung einer Beförderung Anzeige erstatte.

Eine kurze Befragung bei Taxifahrern in Zittau ergab laut FFM, daß sie entweder überhaupt keine Ausländer mehr befördern oder aber bei jeder beförderten Person, die einen nicht-deutschen Eindruck erwecke, den BGS per Code-Wort einschalten.

ch.

28. Zum Tod von Jürgen Kuczynski

Autor: gw. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:36

Überall, wo Jürgen Kuczynski in den letzten Jahren auftrat, waren die Säle gefüllt, und die Menschen lauschten gebannt den Gedanken und Anekdoten, die J.K. zum besten gab. Nicht selten gab es danach standing ovations. Beklatscht wurde dabei nicht nur die launige und witzige Art des Vortrages, sondern der Beifall galt vor allem der großen Lebensleistung des Menschen J.K.

Jürgen Kuczynski, Sohn jüdischer Eltern, wuchs in einer weltoffenen, wissenschaftlichen Atmosphäre auf. Ab 1923 studierte er in Erlangen und Heidelberg. 1926-1929 baute er bei einem USA-Aufenthalt unter anderem das Forschungsinstitut des Gewerkschaftsbundes American Federation of Labor auf. 1930 trat er der KPD bei und wurde Redakteur der "Roten Fahne". Nach drei Jahren illegaler politischer Arbeit mußte er 1936 nach England emigrieren und war u.a. als Mitarbeiter des Deutschen Freiheitssenders 29,8 im Widerstand aktiv. Als amerikanischer Offizier kehrte er 1945 nach Deutschland zurück.

J.K. lehrte ab 1946 an der Humboldt-Universität in Berlin und baute mit seinen Doktoranden das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR auf, dessen Leiter er wurde. Dieses Institut brachte der DDR international hohe Wertschätzung ein. Nicht umsonst war Kuczynski auch jahrelang als Kandidat für den Nobelpreis im Gespräch. Zwei Jahre nach dem Ende der DDR wurde auch die "Lebensleistung" Kuczynskis abgewickelt, obwohl 70 Prozent der Projekte positiv evaluiert wurden.

Bleiben werden aber auf alle Fälle seine mehr als 100 veröffentlichten Bücher und seine mehr als 4.000 Artikel. "Ich kenne niemanden innerhalb der großen Garde deutschsprachiger Wissenschaftler, der in der Lage wäre, eine inhaltliche Würdigung der Gesamtproduktion von J.K. vornehmen zu können", schrieb der Rechtsphilosoph und -historiker Hermann Klenner. Allein das Hauptwerk "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" umfaßt 40 Bände. Die fünfbändige "Geschichte des Alltags des deutschen Volkes" erzielte in der alten BRD fünf Auflagen. Dazu kommen noch zehn Bände zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften und soziologische Studien zur deutschen, englischen und französischen Literatur.

Die größte Auflage aber erzielte Kuczynskis "Dialog mit meinem Urenkel". Dieses Buch hielt die DDR-Führung sechs Jahre lang unter Verschluß, bevor es 1983 erscheinen konnte. Darin antwortet er auf eine Frage seines Urenkels: "Weiß Du, ich war immer stolz darauf, ein Mitglied der Intelligenz gewesen zu sein, das den Weg zur Arbeiterklasse gefunden hat, so wie Marx und Lenin. Ich habe nie zu den Mitgliedern der Intelligenz in der Partei gehört, die sich schämten, nicht zur Arbeiterklasse zu gehören. Natürlich ist die Arbeiterklasse die größte aller Klassen in der Geschichte, aber das macht aus dem einzelnen Arbeiter noch keinen besonderen Menschen, ebensowenig, wie die Zugehörigkeit zu der oft zwischen den Klassen schwankenden Intelligenz aus dem einzelnen Intelligenzler eine schwankende Gestalt macht - denke nur an Marx und Lenin!"

Der "linientreue Dissident" (wie er sich selber bezeichnete), der "Querdenker und fröhliche Marxist" (FAZ) geriet immer wieder in Widerspruch zur Partei- und Staatsführung. Wenn er nicht mehr in Ungnade war, schrieb er wieder Reden für die DDR-Führung und lieferte Einschätzungen ab. "Er war ein treuer Rebell, treu seinem Ideal vom Sozialismus, vom Marxismus, treu auch immer wieder dem vermaledeiten Prinzip der Parteidisziplin, ebenso oft aber rebellierend gegen ‚Auswüchse', Tabus, falsche Konventionen", schreibt Helga Nussbaum, bis 1987 Direktorin des Instituts für Wirtschaftsgeschichte und Mitarbeiterin von Kuczynski, in ihrem Nachruf (ND, 7.8.97)

Kuczynski war bis zuletzt publizistisch tätig. Noch im Juli erschien sein letztes Buch "Was wird aus unserer Welt? Betrachtungen eines Wirtschaftswissenschaftlers". Auch hier kann man nachlesen, daß sich der 92jährige eine Vorfreude nicht nehmen ließ; die Vorfreude auf ein Ende des Kapitalismus und einen zweiten sozialistischen Versuch. Er selbst wird es nicht mehr erleben. Jürgen Kuczynski starb am 6.8.1997.

gw.

29. Die Utopie in der bleiernen Zeit. Zum 20. Todestag von Ernst Bloch

Autor: Michael Stinshoff, Michael Zander · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:25

"Was nicht ist, ist möglich"

Einstürzende Neubauten, "Ende Neu"

Am Morgen des 4.8.1977 starb der marxistische Philosoph Ernst Bloch 92jährig in Tübingen. "In der Nacht zum 6.8. hatte man", wie der Bloch-Biograph Zudeick berichtet, "über dem Portal der Universität die Schrift ‚Ernst-Bloch-Universität` angebracht. Das paßte nun dem Dekan der philosophischen Fakultät überhaupt nicht: Er spucke aus vor diesen Schmierern, da habe man nun die verhängnisvollen Folgen von Bloch ‚und seiner ganzen Brut`..."

In der BRD wurde Bloch bis Ende der 80er Jahre z.T. sogar von eher bürgerlichen Autoren wohlwollend als Philosoph des "Prinzips Hoffnung" und als "unorthodoxer Marxist" rezipiert. Bezeichnenderweise ist es seit Anfang der 90er Jahre recht still um Blochs Philosophie geworden. Die von ihm in seinem Haupt- und Spätwerk entwickelte Theorie der Utopie forderte die Feindschaft zweier Gegner heraus; die der Ideologen des Kapitalismus einerseits und die des "Marxismus-Leninismus" andererseits. Mit dem Untergang des sogenannten "Realsozialismus" ist auch dessen herrschende Ideologie, der "ML", so gut wie verschwunden. Die Ideologen der bürgerlichen Gesellschaft dagegen wähnen sich als "Sieger der Geschichte".

Die Theorie der Utopie

Der weitgehend verschwundene "ML" erkannte zwar die klassischen Sozialutopien von Thomas Morus` "Utopia" bis Robert Owens "New Harmony" als sein Erbe an, stellte sie aber als überwunden und überholt dar. Die Arbeiterbewegung, so hieß es, bedürfe der Utopie nicht mehr, da einerseits die gesetzmäßig notwendige Umwälzung des Kapitalismus zum Sozialismus nachgewiesen und andererseits die Emanzipation des Proletariats im "Realsozialismus" bereits erreicht sei.

Das Gebiet, auf dem Bloch Elemente von Utopie aufzuspüren vermag, umfaßt deutlich mehr als die klassischen literarischen Sozialutopien. Bereits in der Antike kannte man Ideal-, bzw. Gegenentwürfe verschiedenen Inhalts: Sie konnten ständisch-reaktionär sein wie bei Platon, aber auch antiautoritär und kommunistisch wie bei Jambulos. Ketzerische Utopien - z.B. die des mittelalterlichen Mystikers Joachim de Fiore - wurden in den Bauernrebellionen des frühen 16. Jh. geschichtsmächtig.

Die Entwürfe des 19. und frühen 20 Jh. hatten nicht nur die Befreiung von politisch-ökonomischer Herrschaft zum Gegenstand, sondern auch die Emanzipation der Jugend, der Frauen, sowie den Zionismus. Bloch untersucht, welche Rolle Utopien in der medizinischen Forschung und in anderen wissenschaftlichen Bemühungen spielten. Die Vorläuferin der Utopie, die Antizipation, findet Bloch bereits auf der Ebene der individuellen Entwicklung, z.B. in Tagträumen. Im Gegensatz zu diesen drängt Utopie jedoch schon zur Verwirklichung. Sie ist potentiell subversiv, da sie das Bestehende in bestimmter Weise negiert.

Utopie muß nach Bloch nicht bloße Phantasterei heißen, sondern kann als konkrete Antizipation Real-Mögliches vorwegnehmen. Bisher sei durch pures wishful thinking Utopie in Mißkredit gebracht worden, "sowohl politisch-praktisch, wie in ihrer ganzen übrigen Anmeldung von Wünschbarkeiten; gleich als wäre jede Utopie eine abstrakte" (Prinzip Hoffnung, S. 164). Im Gegensatz zur abstrakten zeichne sich die konkrete Utopie hauptsächlich dadurch aus, daß sie die Vermittlungen zwischen Bestehendem und Erhofftem berücksichtigt. "Doch mindestens ebenso verdächtig wie die Unreife (Schwärmerei) der unentwickelten utopischen Funktion ist die weit verbreitete ... Platitüde des Vorhandenheits-Philisters, des Empiristen" (ebd.), mit der alles Antizipierende in flach-praktizistischer Art verworfen und verachtet werde. Der wirkliche Kampf gegen Unreifes und Abstraktes in der Utopie hüte sich aber vor plumpem Pragmatismus. Abstrakte Utopie werde nicht durch Kleinkariertheit oder Resignation berichtigt, sondern durch einen Realismus, der sich "auf die Tendenz des Wirklichen versteht, auf die objektiv-reale Möglichkeit ... auf die ... zukunfthaltigen Eigenschaften der Wirklichkeit ..." (S. 165).

Blochs Begriff der Möglichkeit beleuchtet zwei Seiten: erstens die Seite der maßgeblich vorliegenden (noch unzugänglichen) Bedingungen, die verhindert, daß einzelne Schwierigkeiten und Hindernisse der Verwirklichung schwärmerisch weggeleugnet, "überschlagen" werden; zweitens die Seite des utopischen Ziels, die verhindert, daß auf dem Weg erreichte Teilziele für das Ganze genommen werden. Wesentlich zum Marxismus gehöre also nüchterne Analyse des Bestehenden einerseits und die befreiende Intention andererseits, für welche die Analyse unternommen werde.

Eine einseitige Betonung des revolutionären Pathos führe, so Bloch, zu "Jakobinertum oder gar völlig verstiegene(r), abstraktest-utopische(r) Schwärmerei" (S. 240). Eine Vereinseitigung der Analyse des Ist-Zustandes dagegen unterliege "der Gefahr des Ökonomismus und des zielvergessenen Opportunismus" (ebd.). Das bedeutet, daß das utopische Ziel, obgleich noch nicht verwirklicht, durch seine bloße Antizipation schon die jetzige wissenschaftlich-politische Praxis in anti-opportunistischer Weise beeinflußt und prägt: "Die wesentliche Funktion, die dann Utopie hat, ist eine Kritik am Vorhandenen. Wenn wir die Schranken nicht schon (theoretisch; M.S., M.Z.) überschritten hätten, könnten wir sie als Schranken nicht einmal wahrnehmen" (Traub und Wieser: Gespräche mit E.B., S. 70). Gleichzeitig stellt Bloch heraus, daß Utopie sich von Planung unterscheidet: im Gegensatz zur Planung steht bei der Utopie der Inhalt und nicht nur die Frage nach der technisch-sozialen Realisierbarkeit im Mittelpunkt.

Von der Utopie zur Realität

Trotzdem ist u.E. Blochs Theorie der Utopie nicht unproblematisch. Die Hauptquelle von Unzulänglichkeit sehen wir darin, daß Bloch sich in seinem Werk überwiegend auf die Erörterung philosophischer Positionen beschränkt. Er schreibt "Geistesgeschichte". Die direkte Untersuchung wirklicher Verhältnisse und tatsächlicher Politik kommt erstaunlich kurz. Wie der Theoretiker sich allein den Büchern gegenübersieht, so sieht sich bei Bloch das Individuum allein der Utopie gegenüber. Die zwischenmenschliche, politisch-soziale Diskussion über Vor- und Nachteile utopischer Inhalte wird kaum beachtet. Deswegen bleibt auch oft unklar, wie die konkrete Utopie zu ihren humanistisch-kommunistischen Inhalten kommt, wenngleich Bloch keine Zweifel darüber gelassen hat, für welche Inhalte er selbst eintrat.

Ein weiteres Problem ist, daß Bloch zwar Maßstäbe zur Beurteilung von Utopien begründet, daß er sich aber mit Beispielen von gelungener utopischer Konkretion merklich zurückhält. Die wenigen Beispiele, die er gibt, werden eher postuliert als belegt, etwa wenn er schreibt: "Nicht alles ist jederzeit möglich und ausführbar, fehlende Bedingungen hemmen nicht nur, sondern sperren. Rascherer Gang ist ... dort ... geboten, wo die Strecke keine anderen Gefahren zeigt als ... pedantisch ausgedachte. So brauchte Rußland nicht erst vollkapitalistisch zu werden, bevor es mit Erfolg das sozialistische Ziel verfolgen konnte" (Prinzip Hoffnung, S. 236).

Ein anderes Beispiel berührt ökologische Fragen. Bloch war einer der ersten (marxistischen) Theoretiker, der die These angriff, nach der die bestehende Technik nur anders verwendet werden müsse, um der Natur nicht mehr zu schaden. Sein großes Verdienst ist es, bereits im "Prinzip Hoffnung" - geschrieben 1938 bis 1947 - die Entwicklung einer "Allianztechnik" gefordert zu haben, die nicht mehr auf der Ausbeutung der Natur beruht. Statt der kritischen Untersuchung tatsächlicher technischer Entwicklungen findet man aber im selben Kapitel ein Loblied auf die "friedliche" Nutzung der Kernenergie durch die Sowjetunion.

Bloch berichtigte seine Irrtümer. Deutlich wird das am Beispiel seiner zunächst haarsträubend unkritischen Beurteilung der Moskauer Schauprozesse, u.a. gegen Bolschewiki in den 30er Jahren. Er hatte sich seinerzeit auf die Feststellung zurückgezogen, daß Gewalt ein Übel sei, welches mit zunehmender Stärke des Sozialismus überflüssig werde, das aber zur Abwehr von reaktionären Gefahren vorerst noch notwendig sei. Bloch ersparte sich die konkrete Analyse, ob ein solcher Fall von Gefahr überhaupt vorlag. Sein Widerruf in einem Artikel anläßlich des XX. Parteitags der KPdSU war jedoch nicht taktisch. Er zog Konsequenzen für seine Theorie. Die Gefahr, daß Menschen im Namen fragwürdiger utopischer Fernziele "verheizt" werden könnten, nahm er später sehr viel ernster als noch im "Prinzip Hoffnung".

Während seiner Lehrtätigkeit in Leipzig, wohin er aus seinem Exil zurückgekehrt war, wurde die kritische Potenz seiner Theorie wieder deutlich; denn konkrete Utopie verhält sich stets kritisch zum Bestehenden, gleichgültig, ob dies kapitalistisch beschaffen ist oder sich sozialistisch nennt. Nach dem XX. Parteitag kritisierte Bloch immer deutlicher politische Fehlentwicklungen in der DDR und die damit einhergehende

"offizielle" Verbiegung des Marxismus. Er geriet, obwohl er der DDR grundsätzlich loyal gegenüberstand, in Schwierigkeiten mit der Parteibürokratie. 1957 wurde über Bloch ein Lehrverbot verhängt. Man startete eine Kampagne gegen ihn; ein Haftbefehl war schon vorbereitet.

Um nicht von der falschen Seite Beifall zu erhalten, zögerte Bloch, die DDR zu verlassen. Nach dem Mauerbau sah er sich jedoch gezwungen, in die BRD zu immigrieren. Hier veröffentlichte er neben "Experimentum Mundi" und der religionskritischen Schrift über "Atheismus im Christentum" auch das bereits in der DDR beendete Buch über "Naturrecht und menschliche Würde", in dem es ihm um die Verbindung von Marxismus und den linken Elementen des Naturrechts ging. Zentrales Thema ist der "aufrechte Gang", also die begründete Rebellion der Individuen - der "Erniedrigten und Beleidigten" - gegen politische Willkür und Unterdrückung. Im Zuge der `68er Bewegung engagierte Bloch sich gegen den Vietnam-Krieg, gegen die Kriminalisierung politisch aktiver Studierender und gegen die Berufsverbote

Sich mit Blochs Theorie zu beschäftigen, sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen, halten wir für lohnenswert, da sie sich der derzeit herrschenden Resignation und dem dazugehörigen opportunistischen Pragmatismus entgegenstellt. Trotz seiner teilweisen Popularität hat Bloch nie Zugeständnisse an die Verhältnisse in der BRD gemacht. Seine Position war, bei aller Kritik am "Realsozialismus", stets deutlich. "Hier gibt es keine Lorbeeren für irgendeine Art von Kapitalismus" (Gespräche ..., S. 86). "Nötig ist das deutliche, durchaus unverwischbare Gefühl für die Front von Links gegen Rechts, der Kampf der Linksfront gegen jeden Schwindel einer Sozialpartnerschaft ... Nötig zugleich der deutliche Sinn für den epochalen Zusammenhang von heimischem Widerspruch und Widersprechen mit dem Gemeinsamen junger Unruhe nicht nur in der dritten Welt"

Michael Stinshoff, Michael Zander

30. Ein Schritt zu nachhaltiger Entwicklung. Gegen Kritik an einer Ökologischen Steuerreform

Autor: D. Reiche, C. Krebs · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:01

Unter Nachhaltigkeit versteht man laut der Brundtland-Kommission eine Entwicklung, die die Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt, ohne dabei gleichzeitig die Bedürfnisse kommender Generationen zu gefährden. Das ist ohne Frage sehr allgemein gehalten und nicht viel. Aber es ist mehr, als die ökologische Krise als Nebenwiderspruch oder aber die Verfügbarkeit von Ressourcen als ökonomische Selbstverständlichkeit zu betrachten. Im einzelnen beinhaltet die Definition von Nachhaltigkeit zwei wichtige Erkenntnisse: Erstens, daß jeder Mensch das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt und die Nutzung der Güter der Menschheit hat. Zweitens, daß zukünftige Generationen die gleichen Lebenschancen wie wir haben sollen. Das Problem: Letztlich fehlen bisher konkrete, handlungsorientierte Perspektiven für eine tatsächlich nachhaltige Entwicklung.

Die Agenda 21 scheint dabei Abhilfe zu schaffen: Doch was auf rund 300 Seiten formuliert wird, bricht nicht mit unserem zerstörerischen Wirtschaften. Zwar findet der engagierte Umweltschützer ausreichend Argumente für Ökosteuern, mehr Bürgerbeteiligung und Dezentralisierung, gleichzeitig werden jedoch auch die Führungsebenen multinationaler Konzerne bedient - zum Beispiel dadurch, daß die "Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft" oder vor allem die "umweltverträglichen Nutzung der Biotechnologie" bejaht wird.

Es ist keine neue Erkenntnis, daß wir in der Bundesrepublik noch vergeblich auf eine Wende etwa in der Energie- und Verkehrspolitik warten. Und das nicht trotz, sondern auch wegen der Agenda 21. Denn das beliebige Sammelsurium ganz unterschiedlicher Forderungen läßt Interessengegensätze, reale Machtverhältnisse wie den Einfluß multinationaler Konzerne und Verteilungsprobleme außen vor.

Nur weil das entsprechende Aktionsprogramm schlecht ist, sollte die politische Linke aber nicht gleichzeitig das ihm zugrunde liegende Leitbild verdammen. Es nimmt alte Forderungen sozialer Bewegung nach Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen auf und sollte deshalb als ein Ansatzpunkt begriffen werden, um der lähmenden Alternativlosigkeit zu begegnen.

Nachhaltigkeit ist als Ziel kein ad hoc zu erreichender Zustand, vorher steht ein Prozeß. Prozeßhaftes Denken kommt in der Debatte jedoch vielfach zu kurz. Doch es muß zu einer Verständigung über erste kleine Schritte kommen, die Voraussetzung für letztlich radikale Brüche sind. Ein solcher Schritt auf dem schwierigen Weg vom Leitbild zur Umsetzung wäre eine Ökologische Steuerreform, die große Teile der politischen Linken in der Bundesrepublik inzwischen als Herzstück einer alternativen Strategie entdeckt haben.

Was steckt hinter der Idee? So wie der Markt per se keine soziale Gerechtigkeit hervorgebracht hat, ist er auch ökologisch blind. Die Politik muß aktiv eingreifen und einen Handlungsrahmen abstecken. Im Kern machen sich die Ökosteuer-Befürworter die Logik des Marktes zu eigen und wollen den Umweltverbrauch über den Preis beeinflussen.

Im einzelnen soll der Preis von Energie schrittweise und langfristig erhöht werden. Gerade das etappenweise Vorgehen ist das zentrale Anliegen des Ökosteuer-Konzeptes. Umweltabgaben, etwa die Mineralölsteuer, wurden auch in der Vergangenheit immer mal wieder erhöht. Auch in der aktuellen Diskussion wird eine einmalige Mineralölsteuererhöhung zur Finanzierung der Steuer(umverteilungs)reform erwogen. Das verkaufen die Großkoalitionäre dann als "ökologische Komponente" ihres Reformpaketes. Tatsächlich haben höhere Spritpreise in der Vergangenheit nur zu kurzzeitigen Verbrauchsrückgängen geführt, letztlich arrangierte sich jedoch der motorisierte Bevölkerungsteil mit den Aufschlägen. Nennenswerte Verbrauchsänderungen konnten insgesamt nicht beobachtet werden. Genau das soll aber mit einer Ökologischen Steuerreform anders sein. Ist bekannt, daß die Rohstoffpreise zehn Jahre lang um jährlich beispielsweise fünf Prozent erhöht werden (wie das in Großbritannien seit 1993 bis auf weiteres erfolgt), entscheiden sich die Verbraucher beim Autokauf angesichts der absehbaren Preissteigerungen für ein möglichst spritsparendes Modell.

Die Kritiker einer Ökologischen Steuerreform in der Bundesrepublik sitzen vor allem in den Reihen derjenigen, die sonst den Markt zum Dogma erheben. In der Umweltpolitik wollen Bundesregierung und die großen

Dachverbände der Industrie ihre ehernen Grundsätze jedoch nicht gelten lassen. Konkretes Handeln wird dort höchstens auf freiwilliger, kooperativer, zumeist unverbindlicher Ebene akzeptiert. Alles andere, heißt es in der Logik der Standortdebatte, könne nur europa-, besser aber noch OECD-weit geregelt werden, um nicht die nationale Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen.

Zur Kritik von links

Kritik am neuen Lieblingskind alternativer Wirtschaftspolitik kommt aber auch von links. Ein Einwand dabei ist die These, eine Ökologische Steuerreform in den Industrieländern gehe zu Lasten der erdölexportierenden Länder. Dem ist entgegenzuhalten: Der Süden hat nur dann eine Chance auf eine eigenständige Entwicklung, wenn er seine Abhängigkeit vom Raubbau an den Naturschätzen und deren Export abbauen kann. Die Funktion als bloßer Rohstofflieferant besteht seit Ende des Kolonialismus unvermindert fort und unterbindet dem Aufbau einer unabhängigen Volkswirtschaft. Geringere Erlöse aus dem Ölgeschäft müßten keineswegs ganze Völker ausbügeln. In Nigeria etwa, Afrikas bevölkerungsreichstem Land, profitiert wie anderswo nur eine kleine Elite von den großen Summen, die zwischen den Kontinenten bewegt werden. Daneben wird der Profit dazu verwandt, kritische Bevölkerungsgruppen wie die Ogoni brutal zu unterdrücken.

Vor einem ähnlichen Hintergrund wird behauptet, daß eine Senkung des Energieverbrauchs in den Verbraucherländern zu einer Senkung des Rohölpreises in den Erzeugerländern führen kann. Letztere könnten das Rohölangebot solange erhöhen, bis der durch eine Energiesteuer gestiegene Gesamtpreis wieder auf ein Niveau sinkt, welches ausreichende Ölexporte garantiert. Dies klingt schlüssig, blendet aber die Tatsache aus, daß der Weltmarktpreis bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht hat und nicht weiter beliebig zu senken ist. Der befürchtete Preissenkungsmechanismus stößt vor allem dann auf Grenzen, wenn, wie bei einer Ökologischen Steuerreform vorgesehen, die Energiepreise in den Verbraucherländern nicht nur einmalig, sondern kontinuierlich ansteigen.

Ein dritter zentraler Kritikpunkt von links ist die Befürchtung, eine Ökologische Steuerreform könnte soziale Disparitäten weiter vertiefen. Die Mehrzahl der Konzepte sieht aber eine Erhöhung sozialer Transferleistungen oder Ausgleichszahlungen vor, etwa einen neu zu zahlenden Öko-Bonus (Greenpeace-/DIW-Konzept). Dennoch kommt das Mißtrauen von Sozialpolitikern nicht von ungefähr. Aus der Feder von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt stammt etwa das Konzept für eine CO2-/Energiesteuer, nach dem allein die Verbraucher von der neuen Abgabe betroffen sind. Wirtschaft und Verkehr als Umweltsünder Nummer 1 blieben verschont. Das Steueraufkommen soll zu einer Senkung der Lohnnebenkosten verwandt werden. In der Rexrodt-Variante verkommt eine Ökologische Steuerreform damit zu einem Instrument der Standortsicherung. Das Kapital wird entlastet, die Umverteilung von unten nach oben weiter schamlos fortgeführt, nur diesmal, allein das ist neu, auf dem Öko-Ticket. Gleiches würde die immer mal wieder diskutierte Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes auf Energie bedeuten, der allein die Verbraucher treffen würde.

Ein weiterer Einwand lautet, bei einer Ökologischen Steuerreform werde es nicht hier und jetzt, sondern erst langfristig über die Nachfrage zu Energieeinsparungen kommen. Diese Argumentation verkennt, daß erfahrungsgemäß allein bereits die Ankündigung neuer Abgaben zu Anpassungsreaktionen führt. Ein solcher Effekt dürfte sich durch die Tatsache, daß eine Abgabe nicht nur einmalig, sondern langfristig und schrittweise eingeführt wird, drastisch verschärfen.

Konzept für eine Ökologische Steuerreform

Vier Elemente erscheinen uns für einen Einstieg in eine Ökologische Steuerreform wesentlich:

Erstens sollte es sich bei der neuen Steuer um eine allgemeine Energieabgabe handeln. Eine kombinierte CO2-/Energieabgabe, wie von der Mehrzahl der Befürworter neuer Umweltabgaben präferiert, lehnen wir ab. Jede Form einer Kohlendioxidbesteuerung bevorzugt die CO2-freie Atomenergie. Wegen der Gefahr eines Reaktorunglücks, der Umweltgefahren durch Radioaktivität, der ungelösten Entsorgungsfrage sowie eines möglichen militärischen Mißbrauchs ist diese Energiegewinnung jedoch nicht verantwortbar. Bündnis 90/Die Grünen versuchen in ihrem Steuermodell einer CO2-/Energieabgabe, die mögliche Bevorzugung der Kernenergie durch einen "Gefährdungszuschlag" zu kompensieren. Ein sympathisches, verfassungsrechtlich aber fragwürdiges Unterfangen.

Eine kombinierte CO2-/Energieabgabe ist auch deshalb abzulehnen, weil sie sich einseitig auf Kohlendioxid fokussiert und andere klimaschädigende Treibhausgase wie Methan und Distickstoffoxid (Lachgas) ausklammert.

Von der Höhe der neuen Abgabe muß eine klare ökologische Lenkungswirkung ausgehen. Auf den Streit um konkrete Geldbeträge soll an dieser Stelle verzichtet werden. Wichtiger erscheint, und das muß zweiter Kernpunkt eines jeden reformerischen Ansatzes sein, der Einstieg ins Prinzip, also eine langfristige Festlegung über mindestens zwei parlamentarische Legislaturperioden sowie der Verzicht auf großzügige Ausnahmeregelungen, die das Ziel eines ökologischen Strukturwandels konterkarieren könnten.

Drittens kann die neue Abgabe aus umweltpolitischen Gründen nur ein Teil einer allgemeinen Energiebesteuerung sein. 70 Prozent des CO2-Ausstoßes kommen nach dem Enquete-Bericht zum "Schutz der Erdatmosphäre" aus den Bereichen Verkehr, Haushalte, Dienstleistungen, die nur über eine Anhebung der Mineralölsteuer erfaßt werden können. Da für den motorisierten Verkehr als größten Umweltverschmutzer ein weiteres Wachstum prognostiziert wird, sollten auch ordnungsrechtliche Flankierungen wie ein Tempolimit und Vorschriften für einen Treibstoff-Höchstverbrauch das Umsteigen auf kleinere Fahrzeuge sowie vor allem auf Bahn und öffentlichen Nahverkehr vorantreiben.

Viertens darf es bei der Verwendung des Ökosteuer-Aufkommens nicht nur darum gehen, die Lohnnebenkosten zu senken. Um die Wirkungen des freien Marktes zu begrenzen, muß unteren Einkommensgruppen ein Ausgleich für die höheren Umweltabgaben gezahlt werden.

Wir halten es zudem für unabdingbar, daß ein Teil der Einnahmen für ökologische Investitionen verwendet wird. Die Hoffnung, den "Öko-Umbau" über den notwendigen Abbau umweltschädlicher Subventionen finanzieren zu können, wird sich als Trugschluß erweisen. Freiwerdende Mittel werden auf absehbare Zeit keineswegs in andere Bereiche investiert, sondern gerade auch wegen der Konvergenzkriterien für den Euro dafür eingesetzt, die Neuverschuldung des Staates abzusenken und die Krise der öffentlichen Haushalte zu entschärfen.

Für Alternativen sind allein im Verkehrsbereich unzählige Milliarden für einen verbesserten öffentlichen Nahverkehr sowie eine "Eisenbahnrevolution" nötig, die ländliche Regionen erschließt und bestehende Verbindungen ausbaut.

Im Energiebereich geht es darum, regenerativen Energien, besonders dem Sonnenlicht als Zukunftsenergiequelle, zum Durchbruch zu verhelfen. Noch kostet eine Kilowattstunde Solarenergie bis zu zehnmal so viel wie herkömmlicher Strom. Allein eine Ökologische Steuerreform, die nicht-regenerative Energie schrittweise und langfristig verteuert, garantiert jedoch keine Wende. Um die Markteinführung der Technik zu beschleunigen, sind staatliche Anschubfinanzierungen unverzichtbar. Werden photovoltaische Zellen in Massen produziert, sinkt ihr Preis, und die Förderung kann auslaufen.

Die Förderung regenerativer Energien ist auch deshalb so wichtig, weil es bei einer Ökologischen Steuerreform eben nicht nur darum gehen kann, die vielbeschworene "Effizienzrevolution" auf den Weg zu bringen. Eine Lösung unserer Umweltprobleme ist nämlich erst dann erreicht, wenn wir von unserer derzeitigen Energie- und Rohstoffbasis wegkommen und die Transformation zu einer solaren Gesellschaft vollzogen ist.

Grüne Marktagenda

Gemessen am Status quo wäre eine Ökologische Steuerreform ein großer Schritt. Gemessen am Notwendigen, kann es nur ein Anfang sein. Dabei muß es zunächst darum gehen, daß Thema Ökologische Steuerreform in eine neue "grüne Marktagenda" einzubetten. In Anlehnung an die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" heißt dies, Ziel neben einer Ökologischen Steuerreform muß es sein, erstens eine ökologisch orientierte Subventionspolitik zu betreiben. Danach werden umweltschädliche Subventionen abgebaut, unverzichtbare Subventionen wie etwa für den Wohnungsbau ökologisch umgestaltet und neue Fördermittel etwa für regenerative Energieträger bereitgestellt. Zweitens muß eine Haftpflicht für Großrisiken wie Kernkraftwerke eingeführt werden. Würden Risikoprämien realistisch angesetzt, wäre der Vorteil der Kostengünstigkeit dahin, die Atomkraft würde unwirtschaftlich werden. Und drittens müssen die monopolistischen Strukturen im Energiesektor zugunsten einer ökologisch orientierten Wettbewerbspolitik

aufgebrochen werden. Kernpunkt dabei ist, weniger den Stromabsatz als vielmehr nachgefragte Leistungen zu befrieden und gleichzeitig systematisch ökologische Formen der Energieerzeugung zu fördern.

Aber auch eine "grüne Marktagenda" kann nur eine Etappe zu einer nachhaltigen Entwicklung sein. Auf dem Weg zu einem anderen Gesellschaftskonzept reicht es letztlich nicht aus, allein den Markt ökologisch aufzupeppen. Wer dies jedoch als Teil eines Prozesses und nicht als Antwort begreift, kann auch in einen Diskurs über die nächsten Zwischenschritte treten.

Danyel Reiche, Carsten Krebs

Die Autoren, Doktoranden am Institut für Politische Wissenschaft an der Uni Hannover, haben das Buch "Der mühsame Weg zu einer Ökologischen Steuerreform - Ein Beitrag zur Systematisierung der Debatte" verfaßt (Frankfurt / Main 1996).

31. Atommüll in den Pazifik - ein Beitrag zur Abrüstung?

Autor: Ingrid Schilsky · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:02

Seit etwa einem Jahr geistern Meldungen über ein geplantes internationales Atommüll-Endlager im Pazifik durch die Medien. Was zunächst nur wie ein jedem gesunden Menschenverstand hohn-sprechendes Hirngespinst erschien - das Abladen einer jahrtausendelang strahlenden Fracht auf nur zwei Meter hohen Korallenatollen -, wird nun von den potentiellen Betreibern als "disarmament" angepriesen und verdient wohl doch eine nähere Betrachtung, zumal jede Menge Geld dahinterzustecken scheint.

Die Idee, Atommüll durch Transport auf eine einsame Insel zu "entsorgen", ist nicht so neu: Auf den Marschall-Inseln (wozu auch das Bikini-Atoll gehört) gab und gibt es immer wieder Überlegungen, die sowieso schon durch Atomtests verseuchten Inseln gewinnbringend als Atommülldeponien zu vermarkten, und die US-Regierung selbst hatte im Jahr 1979 das Palmyra-Atoll als strahlendes Endlager ausersehen, gab jedoch ihre Pläne nach heftigen Protesten aus der Region auf (1). Inzwischen gelten in den USA Umweltbestimmungen, die einer solchen "Lösung" entgegenstehen (2).

Auf der anderen Seite werden die Probleme der Industrienationen mit ihrem Atommüll immer offensichtlicher, und mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs ist ein weiterer potentieller Entsorgungsmarkt dazugekommen.

Mit ihrer Firma "U.S. Fuel and Security Services Inc." hatten im letzten Jahr der pensionierte Marineadmiral Daniel J. Murphy und der Brite Alexander Copson versucht, in den USA eine Genehmigung für den Atommülltransport auf das Palmyra-Atoll zu erhalten, waren aber - trotz hochkarätiger Lobbyisten - an den verschärften amerikanischen Umweltgesetzen und an Protesten aus der Pazifikregion gescheitert. Aus dem Weißen Haus wurde aber auch vermeldet, daß der Ansatz einer internationalen Lösung der Atommüllproblematik als nicht uninteressant betrachtet werde.

Dem trägt ein neuer Gesetzentwurf für den US-Senat - mit Datum vom 28. Januar 1997 - Rechnung: Einem amerikanisch-russischen Konsortium, der Firma "Nuclear Disarmament Services Inc", solle auf den nordpazifischen Inseln Wake und/oder Palmyra der Betrieb eines Atommüll-Lagers für mindestens 200.000 Tonnen abgebrannter Brennelemente gestattet werden; das russische Atomenergie-Mini-sterium MinAtom unterstütze diesen Plan (3). Um das Lager baldmöglichst einrichten zu können, werden Ausnahmen von gültigen Umweltgesetzen beantragt.

Russisches Plutonium unter amerikanischer Regie zu "entsorgen", bevor es in die Hände von Terroristen oder fremden Staaten fiele, könnte z.B. US-Bürger vor nuklearen Anschlägen islamischer Fundamentalisten schützen, meint Daniel J. Murphy, inzwischen Präsident der Firma "Nuclear Disarmament Services" (NDS): "Jede Tonne ausländischer abgebrannter Brennelemente ist eine Bedrohung für den American way of life!" (zit. nach (4)).

Geschäftsführer des "disarmament"(!)-Unternehmens ist wiederum Alexander Copson, nach taz-Informationen Giftmüllhändler und ehemaliger Gitarrist der Rockgruppe Iron Butterfly. Hinter Copson und Murphy, der übrigens unter CIA-Direktor George Bush, dem späteren Präsidenten, Stabschef des Geheimdienstes war, steht die New Yorker Investmentfirma KVR.

Palmyra und Wake

Die Insel Wake und das Palmyra-Atoll (sowie das Midway-Atoll, das von den Firmen ursprünglich vorgesehen war) liegen etwa in der Mitte zwischen Rußland und den USA und stehen unter amerikanischer Verwaltung.

Die US-Firma "Fuel and Security Services" hat im letzten Jahr das Palmyra-Atoll gekauft oder zumindest durch eine hohe Anzahlung eine Kaufoption erworben (5).

Palmyra scheint aus zwei Gründen als Atommüll-Lager geeignet zu sein: Zum einen untersteht das Atoll direkt dem amerikanischen Innenministerium, es ist unbewohnt und seit vielen Jahren in Privatbesitz; zum anderen haben die US-Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges dort gezeigt, daß Palmyra per Schiff und Flugzeug gut erreichbar ist, was längst nicht für alle Südsee-Atolle zutrifft.

Das Palmyra-Atoll ist das nördlichste Atoll der "Line Islands" und liegt circa 600 km nördlich des Äquators, etwa zwischen Hawaii und Tahiti. An seiner höchsten Stelle ist der Inselring 2 Meter hoch, die gesamte Landfläche wird, je nach Quelle, mit Werten zwischen 3 km2 und 12 km2 angegeben (ein Teil der Streuung geht sicherlich auf Messungen bei unterschiedlichen Tiden zurück). Das Atoll ist nach dem amerikanischen Schiff benannt, von dem es 1802 entdeckt wurde (und dieses wiederum erhielt wohl seinen Namen nach der alten syrischen Oasenstadt).

Unter König Kamehameha IV. nahm Hawaii 1862 Palmyra in Besitz, und als die USA im Jahre 1898 Hawaii annektierten, gehörte dazu auch Palmyra. Später wurde Palmyra dem amerikanischen Innenministerium unterstellt. Eine Familie aus Hawaii kaufte 1911 den Inselring, bewirtschaftete eine Zeitlang Kokosplantagen und verkaufte 1922 Palmyra an die Fullard-Leo-Familie aus Hawaii, deren Erben die Insel immer noch besitzen oder zumindest bis vor kurzem besaßen.

Während des Zweiten Weltkrieges waren 6.000 US-Soldaten auf Palmyra stationiert, die die 52 Inselchen des Atollrings zu 39 Inseln zusammenlegten, als sie eine Landebahn anlegten, die bis 1961 in Betrieb war; Reste von Hafenanlagen sind ebenfalls noch vorhanden.

Die hufeisenförmige, 6,5 km2 große Insel Wake - eigentlich ein Atollring aus drei Inseln - liegt etwa 4.000 km westlich von Hawaii, nördlich der Marshall Islands, und ist nach dem britischen Kapitän benannt, der die Insel 1796 passierte. Das weniger als 4 Meter hohe Atoll war unbewohnt, wurde jedoch von Zeit zu Zeit von den Bewohnern der Marschall-Inseln zum Jagen von Vögeln und Schildkröten aufgesucht. Die USA annektierten 1898 Wake Island, um eine Kabelstation zu bauen; 1935 kam eine Station zum Auftanken der Maschinen von Pan American Airways dazu. Im Zweiten Weltkrieg war Wake Schauplatz schwerer Kämpfe - mit großen Verlusten auf beiden Seiten - zwischen den USA und Japan, das Wake bis Kriegsende besetzt hielt. Seit Anfang der 70er Jahre durch die Entwicklung neuer Langstreckenmaschinen das Auftanken ziviler Flugzeuge unnötig wurde, hat die Luftwaffe der USA die Kontrolle über die Insel, die - wie Palmyra - dem amerikanischen Innenministerium untersteht. Neben dem militärischen Personal leben auch Zivilisten auf Wake, die z.B. die dortige Wetterstation betreiben. Im Jahre 1975 waren etwa 15.000 vietnamesische Flüchtlinge auf Wake untergebracht, bevor sie in die USA weiterreisen durften. Das abgelegene Atoll war auch als einer der möglichen Umsiedlungsorte für die ehemaligen Bewohner des durch Atomtests verseuchten Bikini-Atolls im Gespräch. Aufgrund seiner geographischen Lage wird Wake - anders als Palmyra - von Zeit zu Zeit von Taifunen heimgesucht! (6)

Die Betroffenen

Für ihre idyllischen Südsee-Inselchen hatte die "US Fuel and Security Services" schon im vergangenen Jahr eine nette Werbung parat. Ohne Nennung des Namens Palmyra pries sie ihre "Insel im Pazifischen Ozean", bestehend "aus zahlreichen Inselchen, die eine große Lagune umfassen (...), umgeben von einem Korallenriff", in einer Fachzeitschrift für Atomenergie (zit. nach (7)), als "weit entfernt" an. Weit entfernt von Rußland und den USA - und von den Castortransport-Gegnern in Gorleben. Aber auch weit weg von den Bewohnern pazifischer Inseln?

Die im Süden an Palmyra anschließenden "Line Islands" gehören zur Republic of Kiribati. Nach Teraina (Washington Island) mit seinen etwa 1.000 Bewohnern sind es weniger als 200 km, nach Tabuaeran (Fanning Island, ca. 1.500 Einwohner) knapp 300 km, für pazifische Verhältnisse ein Katzensprung.

Obwohl die 33 Inseln der Republik Kiribati auf die unvorstellbar große See-Wirtschaftszone von 3,5 Mio km2 verteilt und ziemlich isoliert sind, regte sich sofort nach Bekanntwerden der neuen Atommüll-Pläne unter den 75.000 Einwohnern erstaunlich viel Widerstand.

Im Mai letzten Jahres haben bei einer Parlamentssitzung alle Abgeordneten gegen die Endlager-Pläne protestiert. Die Bewohner von Kiribati fürchten Leckagen und Transportunfälle und sehen ihr Hauptnahrungsmittel und Exportprodukt Fisch in Gefahr: Was werden die wandernden Thunfisch-Schwärme aus "Boromaire" (= Palmyra) mitbringen?

Im seit 18 Jahren unabhängigen Staat Kiribati verfügt man über eine gewisse Erfahrung mit den Folgen von Radioaktivität, da die ehemalige britische Kolonialregierung (als die Inseln noch "Gilbert Islands" hießen) auf und nahe Christmas Island Ende der 50er Jahre neun Atombomben zu Testzwecken zünden ließ.

Auch Alex Copson von der "US Fuel and Security Services" stellt historische Bezüge her, wenn er für sein Atommüll-Projekt auf Palmyra wirbt: "Dieses Fleckchen Erde, das noch nie für irgendjemanden zu irgendetwas nutze war, sollte dazu geweiht werden, die Menschheit vor unnötiger Zerstörung zu bewahren. ... Die pazifischen Inseln schulden dies den Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die die Inseln vor einem schrecklichen Schicksal bewahrten" - und deshalb sollten sie sich den Atommüll-Plänen nicht widersetzen (zit. nach (5)).

Es ist schon erstaunlich, mit wieviel Pathos hier für eine Sache geworben wird, mit dem Schlagwort "Abrüstung" in den USA, im Pazifik mit der "Bewahrung der Menschheit vor unnötiger Zerstörung" (wobei diese Worte verdächtig an die Rede des US-Gouverneurs Ben Wyatt erinnern, mit der die Bewohner des Bikini-Atolls 1946 zum Verlassen ihrer Inseln motiviert wurden!) - damit einige Firmen ihre Geschäfte machen können.

Deutsche Castor-Bauer mit dabei

Copsons und Murphys Firmen wollen ein atomares Dienstleistungspaket anbieten: Leasing und Transport nuklearer Brennstoffe, Rücknahme und Lagerung der verbrauchten Brennelemente. Sie gehen davon aus, daß es bis zur Jahrtausendwende weltweit knapp 200.000 Tonnen abgebrannter Brennstäbe geben wird. Deren Lagerung soll pro Tonne nur eine Million Dollar kosten, womit die teure Wiederaufarbeitung, bei der der gefährliche Bombenstoff Plutonium anfällt, finanziell unattraktiv wird (8).

Das käme der amerikanischen Politik der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sehr entgegen - v.a. dann, wenn es gelänge, Rußland vom Einstieg in die Wiederaufarbeitung abzuhalten.

Die Lobbyisten der Atom-Firma in Washington, allen voran der ehemalige US-Außenminister James Baker, rechnen sich deshalb gute Chancen aus, von der US-Regierung die erforderlichen Genehmigungen doch noch zu bekommen (7).

Rußlands MinAtom-Vizeminister Waleri Wladimirowitsch Bogdan hatte bereits auf einem Symposium an der Washingtoner Georgetown-Universität im März dieses Jahres das Interesse seiner Regierung an dem Projekt bestätigt (4). Neuesten Meldungen zufolge will sich Rußland zur Hälfte am Bau eines Atommüll-Endlagers auf dem Wake-Atoll beteiligen. Die Kosten für eine oberirdische Lagerstätte mit einer Kapazität von 50.000 Tonnen werden mit anfänglich 10 und später bis zu 50 Milliarden Dollar angegeben. Die Bauzeit soll drei bis fünf Jahre betragen, mit einer Amortisation des Projektes innerhalb von acht Jahren wird gerechnet (17).

Das Lager soll auch russisches Waffenplutonium aufnehmen, das durch Abrüstung überflüssig geworden ist und nicht in falsche Hände geraten soll (8).

Für den Transport will man 20 Spezialschiffe bauen lassen, die erst die neuen Brennelemente verteilen, die abgebrannten dann wieder einsammeln und auf die Insel bringen. Dazu sind High-Tech-Container erforderlich. Weltweit gibt es nur drei Unternehmen, die über das entsprechende Know-how für den Behälterbau verfügen: die deutsche "Gesellschaft für Nuklear-Behälter" (GNB) sowie ein englisches und ein französisches Unternehmen, die jedoch beide eng mit den (der direkten Endlagerung konkurrierenden) Wiederaufarbeitungsanlagen zusammenarbeiten. Bereits vor über einem Jahr haben Manager der US-Atommüll-Firmen die deutsche Ministerin für Reaktorsicherheit, Angelika Merkel, über ihre Pläne und eine mögliche technologische Zusammenarbeit mit der GNB informiert (7).

Inzwischen bestätigten die deutschen Castor-Bauer, daß einer US-Firmengruppe die Lizenz zum gemeinsamen Bau dreier Castor-Typen eingeräumt wurde (8). Die GNB in Essen gehört der "Gesellschaft für Nuklear-Service" (GNS), die das Zwischenlager in Gorleben betreibt und an der wiederum große deutsche Stromversorgungsunternehmen wie RWE beteiligt sind. Bis zu tausend Castorbehälter sollen in Little Wake im US-Bundesstaat Arkansas jährlich gemeinsam gebaut werden, bestätigte GNB/GNS-Sprecher Michael Ziegler. Ein Castor-Behälter kostet laut Ziegler "weit über eine Million Mark", weshalb er die anvisierte Castor-Fabrikation als "Milliardenprojekt" bezeichnete, das allerdings von der Realisierung des Lagers im Pazifik abhänge. Laut Ziegler wird die GNS voraussichtlich auch an der Planung des Atomlagers im Pazifik beteiligt, das er als "Langzeit-Zwischenlager" bezeichnete (8). Die auf dem Georgetown-Symposium gestellte Frage, ob ein Zwischen- oder ein Endlager auf den Atollen angestrebt werde, ist damit immer noch nicht beantwortet.

Alle bisher ins Gespräch gebrachten Pazifik-Atolle liegen nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Die meisten Inseln der Republik Kiribati sind geologisch genauso beschaffen und ähnlich niedrig. Dies hat die Regierung von Kiribati bereits dazu veranlaßt, im Hinblick auf den Treibhauseffekt mit der Regierung von Australien über Umsiedlungspläne für den Fall zu verhandeln, daß ihre eigenen Atolle durch den steigenden Meeresspiegel in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Auf die Frage nach jahrtausendelang strahlendem Atommüll auf möglicherweise versinkenden Inseln antwortete der deutsche GNS-Manager Klaus Janberg laut der Fachzeitschrift "Nuclear Fuel", das Lager sei "wegen der Castor-Behälter flexibel und kann bei Bedarf umziehen" (zit. nach (4)).

Wenn das flache, kleine Palmyra-Atoll mit Castor-Behältern vollgestapelt ist, will die US-Firma (nach Greenpeace-Informationen) die Lagune mit stark quellfähigem Ton verfüllen und die Container darin versenken (2). Das käme, heißt es in einer Protestresolution aus Hawaii, einer direkten Versenkung des Atommülls im Pazifischen Ozean gleich (9). Betrachten doch die Bewohner von Atollen ihre Inseln als große Organismen im Meer - angesichts der lebenden Korallen, die die Oberfläche festhalten, gar nicht so abwegig -, die sich mit dem Meer und seinen Strömungen auch ständig verändern.

Widerstand regt sich

Der demokratische Kongreßabgeordnete Neil Abercrombie aus Hawaii hat dem US-Senat inzwischen auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein Verbot der Errichtung von Atommülldeponien auf Palmyra, Wake und anderen US-verwalteten Inseln im Pazifik vorsieht (10). Abercrombie bezeichnet die Firmenbetreiber als "Atommüll-Piraten", der US-Senator Daniel Akaka, ebenfalls aus Hawaii, nennt ihr Vorgehen "aggressiv" und fordert die Pazifikstaaten auf, "ebenso aggressiv zu sein, um sie zu stoppen" (11).

Die Pazifische Kirchenkonferenz (PCC) ermuntert ihre Mitgliedskirchen, bei ihren Inselregierungen für ein eindeutiges "nein" zu den Deponieplänen zu sorgen (13) - auch wenn die Summen "für wirtschaftliche Entwicklung, Umwelt- und Bildungs-Programme", mit denen die Atom-Firmen den Inselnationen ihre Zustimmung abkaufen wollen, horrend sind, von 100 Mio. $ ist die Rede (14). Daß sich die Regierungen von diesen Geldversprechen nicht einlullen lassen wollen, haben sie bereits im September 1996 bei ihrem jährlichen Forumstreffen bekundet: In ihrer Abschlußerklärung setzten sich die 16 Mitgliedsstaaten des Südpazifik-Forums zum wiederholten Mal für eine nuklearfreie Zone in der ganzen südlichen Hemisphäre ein und kritisierten insbesondere die Pläne für ein kommerzielles Atommüll-Endlager auf dem Palmyra-Atoll.

Der Präsident von Kiribati, Teburoro Tito, will notfalls persönlich in Washington vorsprechen, um zu verhindern, daß der nationale Sicherheitsrat der USA die erforderlichen Genehmigungen erteilt (15).

Bisher darf noch gehofft werden, daß die zuständigen Instanzen in Washington ihre Zustimmung verweigern. Es hat sich noch kein Politiker gefunden, der den Gesetzentwurf Copsons in den US-Senat einbringen will (4). Aus dem Weißen Haus verlautete - trotz des Interesses an einer "internationalen" Lösung -, daß das Projekt auch "zahlreiche Nachteile" habe, wozu etwa die Verantwortung der USA zähle, wenn US-Territorium zur Nuklearmüllhalde der Welt werde (8).

Auf dem Washingtoner Universitäts-Symposium wurde aber auch berichtet, daß in Deutschland, Taiwan und Südkorea Interesse an dem Projekt bestehe (4). Und bei den im Februar abgeschlossenen Gesprächen von Bundesregierung und SPD über einen Kompromiß bei der Atommüllentsorgung wurde ausdrücklich auf "internationale Entwicklungen" hingewiesen (16)!

Ingrid Schilsky

Quellen:

(1) Pacific Islands Yearbook (16th Ed.), S. 315 f, S. 311.

(2) Greenpeace Pacific Press Release (Suva 21/05/1996).

(3) Pacific News Bulletin, February 1997, S. 7.

(4) taz, 8.4.1997.

(5) Pacific Islands Monthly, July 1996, S. 23.

(6) Pacific Islands Yearbook (16th Ed.), S. 619 f.

(7) Der Spiegel 21/1996 (20.5.96), S. 22 ff.

(8) Hamburger Abendblatt, 8.4.1997.

(9) Pacific News Bulletin, June 1996, S. 7.

(10) The Independent, 14/03/97.

(11) The Independent, 07/03/97.

(12) Pacific Conference of Churches, The Programme for Justice, Peace and Development, Suva, 22 May, 1996.

(13) The Washington Pacific Report, Vol. 14, No. 18, June 15, and Vol. 14, No. 21, Aug. 1, 1996.

(14) Pacific News Bulletin, August 1997, S. 5.

(15) Te Uekera (Kiribati) Nr. 18, (31.5.1996).

(16) Frankfurter Rundschau, 8.2.1997, S. 1.

(17) Hamburger Abendblatt, 21.6.1997, S.4.

32. Die Schweizer "Malaise" mit dem NS-Raubgold

Autor: H. Ring, D. Schröder, R. Surmann · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:05

"Eine Kampagne ist gegen die Schweiz gestartet worden, die in mancher Hinsicht jedem überzeichnet erscheint", klagte Berns Außenminister Flavio Cotti Anfang Juli. Gleichzeitig stellte er erleichtert fest, daß die weltweite Debatte über den Raubgoldhandel zwischen Schweizer Banken und Nazideutschland keinen Schaden angerichtet habe: "Die Wirtschaft lebt weiterhin auf sehr soliden Grundlagen." Der folgende Artikel behandelt neben den historischen Fakten die Ambivalenzen der Debatte.

Die öffentliche Auseinandersetzung über das NS-Raubgold, speziell über die Rolle der Schweizer Banken bei Übernahme und Transferierung dieses Goldes in den internationalen Geldmarkt, ist zu einer der großen Debatten über die NS-Zeit geworden. Zu den Merkmalen dieser Diskussionen gehört, daß sie soziale Normen zu umreißen versuchen und dabei nicht nur Licht auf die Geschichte werfen, sondern auch auf die Zeit, in der sie geführt werden. Deshalb stößt ein solches Thema in der Regel auch nicht deshalb auf Interesse, weil grundsätzlich neue Fakten bekanntgeworden sind. Es kommt vielmehr in erster Linie auf die gesellschaftliche Bereitschaft an, sich auf eine bestimmte Problematik einzulassen. Die Motive der Beteiligten können allerdings ganz unterschiedlich sein.

Natürlich bedarf es spezieller Anstöße und engagierter Verfechter, die auf eine gewisse Resonanz hoffen können, damit sich eine solche Auseinandersetzung entwickeln kann. Der späte Zeitpunkt der Debatte erklärt sich auch aus der Tatsache, daß Juden aus Osteuropa erst in den letzten Jahren die Möglichkeit hatten, in der Schweiz Anfragen nach dem Verbleib von Vermögen zu stellen, die bis 1945 dort deponiert worden waren. Ihre arrogante Abfertigung machte eine allgemeine Interessenvertretung notwendig, die der World Jewish Congress übernahm. Die Öffnung von Archiven in den USA nach 50 Jahren und die politische Auswertung erster Ergebnisse durch den US-Senator D'Amato schlugen dann eine Bresche. Forderungen aus den USA, die Schweiz als Finanzplatz zu boykottieren, sorgten für weitere Beachtung.

Und es braucht Skandale. So leistete Flick in den 80er Jahren unfreiwillig einen entscheidenden Beitrag zu der Debatte über nicht entschädigte NS-Verfolgte in der Bundesrepublik - gemeint ist das schlagzeilenträchtige Zusammentreffen, daß er sich einerseits weigerte, Zahlungen an die in seinen Konzernen ausgebeuteten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu leisten, andererseits jedoch durch generöse und nicht versteuerte Geldzuwendungen an ihm genehme Politiker und Parteien auffiel. In der Schweiz war es ein Wachmann, der Bankakten vor der Vernichtung bewahrte und der Israelitischen Gemeinde übergab: Die starre Verteidigungslinie der Banken, man wisse nichts und es gäbe sowieso keine Unterlagen mehr, war durchbrochen.

Es bedarf jedoch auch der Möglichkeit, auf gesicherte Forschungsergebnisse zurückgreifen zu können. Denn sie sind die Voraussetzung, um im Streit der Meinungen neuen Sichtweisen Legitimation zu verschaffen und den bisherigen Common sense zu modifizieren. Die Aufdeckung und die Empörung darüber, welche Rolle Schweizer Behörden beim Abstempeln der Pässe von Deutschen jüdischer Herkunft mit dem berüchtigten J spielten, war ein wichtiger Schritt, schlichte Rechtfertigungslegenden von der neutralen und widerständigen Schweiz zu erschüttern. Seit Mitte der 80er liegen auch erste Forschungsergebnisse über die Verstrickung Schweizer Banken vor, die in den folgenden Jahren ausgeweitet und pointierter gefaßt wurden. (1) Insofern holt die aktuelle Diskussion lediglich vor großem Publikum nach, was zumindest Fachkreisen im Kern schon lange bekannt ist.

Vorangetrieben wird die Debatte durch das Skandalon, daß gemeinhin als ehrbar und vertrauenswürdig geltende Schweizer Banker sich auf Raubgold-Geschäfte mit den Nazis einließen und auch nach 1945 wenig Bereitschaft zur Rückerstattung zeigten. Mit der Veröffentlichung des Eizenstat-Berichts der US-Regierung - in der Öffentlichkeit so nach dem Koordinator der Untersuchungskommission benannt (2) - ist das Thema unwiderruflich auch auf das Verhalten der neutralen Staaten insgesamt und der Alliierten selbst ausgeweitet worden. Über ihren Nachrichtenwert hinaus sind diese Enthüllungen ein weiterer Beitrag zur grundsätzlichen Problematik der Verschränkung von NS-Verbrechen und bürgerlicher Normalität, der alte, allzu simple Trennungslinien relativiert.

Das Münchner Abkommen von 1938, die Politik der europäischen Demokratien gegenüber dem republikanischen Spanien, die Rolle Vichy-Frankreichs bei der Deportation der französischen Juden standen bisher für diese Haltung in der Spannbreite von Indifferenz bis Kollaboration. In anderer Hinsicht hat sich spätestens seit Raul Hilbergs Untersuchung über die Vernichtung der europäischen Juden - Stichwort: das Funktionieren der Reichsbahn als Voraussetzung für die Durchführung des Genozids - die Aufmerksamkeit über die sogenannten Exzeßtäter hinaus auf die Bereitschaft des "Normalbürgers" zur Beteiligung an derartigen Verbrechen verschoben. Die Auseinandersetzung über die Wehrmacht und die Reaktionen auf die Studie Goldhagens zeigen die Brisanz des Themas.

Die historische Rolle der Schweiz

Der historische Kern des Skandals besteht in der Geschäftspraxis der Schweizer Nationalbank, in den Kriegsjahren von der Deutschen Reichsbank Gold in Zahlung genommen zu haben, das im wesentlichen verschiedenen europäischen Zentralbanken geraubt worden war. Hinzu kamen Überziehungskredite von insgesamt mehr als eine Milliarde Franken, mit denen die NS-Regierung ihren finanziellen Verpflichtungen für Rüstungsgüter zumindest auf dem Papier nachkommen konnte. Schweizer Banken richteten darüber hinaus sowohl Fluchtkonten der zumeist jüdischen NS-Opfer ein wie auch Depots für privat angeeignetes Raubvermögen von Nazi-Größen, das sie nach 1945 im Gegensatz zu den Einlagen der verschollenen Opfer großenteils freigaben. (3)

In zweifacher Hinsicht hatte Deutschland hiervon strategischen Nutzen: Es konnte für den Überfall auf die UdSSR dringend benötigtes Militärmaterial von der Schweizer Rüstungsindustrie beziehen. Vor allem aber kam es durch diese Goldwäsche erst zu den Devisen, die es zum Kauf kriegswichtiger Rohstoffe auf dem Weltmarkt brauchte. Denn die deutschen Goldreserven waren vor Kriegsbeginn nahezu aufgebraucht, und andere Staaten akzeptierten in der Regel das Raubgold als Zahlungsmittel nicht. Entgegen alliierter Warnungen vor der Inzahlungnahme dieses Goldes (4) setzte die Schweiz jedoch den Handel fort. Sie begnügte sich mit der Zusicherung seitens der Deutschen Reichsbank, daß es sich um legal erworbenes Gold handle, und fühlte sich so "in gutem Glauben".

Über die völkerrechtliche und auch moralische Frage hinaus, ob die Schweizer Banken dieses Gold hätten akzeptieren dürfen, ist festzuhalten, daß die Schweiz so zu einem unverzichtbaren Moment in der deutschen Kriegslogistik wurde. Voraussetzung hierfür war, daß gerade ihre formale Neutralität als Glacis genutzt werden konnte, um die von alliierter Seite betriebene internationale Isolierung Deutschlands zu durchbrechen. Der Lohn für die Schweizer Finanzwelt war nicht gering: Sie verschaffte sich auf diesem Wege im europäischen Goldhandel eine monopolartige Stellung. (5)

Die Rechnung wurde ihr im März 1946 in Washington auf einer internationalen Konferenz präsentiert, die entsprechend den Vorgaben von Bretton Woods über eine Entschädigung für das geraubte Gold und andere Vermögenswerte beriet. Ihre Vertreter fühlten sich - konfrontiert mit den Siegermächten - "umlagert und belagert". Der alliierten Forderung nach einer Entschädigungszahlung von 560 Millionen Franken setzten sie "freiwillig" ein Angebot von 100 Millionen Franken entgegen. Mit 250 Millionen wurden sie dann entlassen, womit alle Ansprüche gegen sie als abgegolten galten. Die Schweiz ihrerseits betonte, daß sie eine Rechtsgrundlage für die Rückerstattung nicht anerkenne und die gezahlte Summe als Beitrag für die "Befriedung und den Wiederaufbau Europas sowie die Versorgung zerstörter Gebiete" betrachte. Hinsichtlich der nachrichtenlosen Vermögen hatte es ihr Unterhändler Stucki vermocht, die Vereinbarung auf der Ebene der bloßen Absichtserklärung zu belassen.

Was waren die Motive für diese Vorgehensweise? Obwohl Rings darauf verweist, daß Hitlers "Kreuzzug gegen den Bolschewismus" - mit Antisemitismus setzt er sich nicht auseinander und streift damit das Thema der ideologischen Affinitäten lediglich - den Bankiers der Nationalbank sicher sehr genehm war, lehnt er es dennoch ab, von einer politisch-ideologisch motivierten Kollaboration zu sprechen. Hinsichtlich der "bolschewistischen Gefahr" habe es jedoch eine "politische Empfindsamkeit" gegeben. Letztlich habe der Versuch, in schwieriger Lage die nationale Unabhängigkeit der Schweiz zu behaupten, den Ausschlag für die umstrittene Kooperationsbereitschaft gegeben.

Einen anderen Akzent setzt Gian Trepp. Er verweist auf die unterschiedliche Geschäftspolitik schweizerischer Banken: Die einen neigten mehr den Alliierten zu, die anderen mehr den Achsenmächten. Dabei mag auch

eine Rolle gespielt haben, wer wen am Ende als Sieger sah. Doch deuten diese Unterschiede auf Entscheidungsmöglichkeiten hin und relativieren eine Selbstdarstellung, die die kritisierten Beschlüsse der Schweizer Verantwortlichen ausschließlich als Konsequenz deutscher Erpressung interpretiert.

Ähnlich argumentiert Heiniger, indem er sich gegen "armeefixierte, helvozentristische, rechtfertigende Mythen und Legenden" wendet. Für ihn sind ideologische und politische Affinitäten zum Faschismus ausschlaggebend.

Nach 1945 drückten die Schweizer im deutschsprachigen Gebiet ihre Gefühlslage mit dem verharmlosenden französischen Wort "malaise" aus. Doch waren sie bis heute offensichtlich nur bedingt bereit, zu klären, was zu dieser Malaise geführt hat, bzw. was ihr eigener Anteil an der Herbeiführung dieser Lage war. Die aktuelle Auseinandersetzung ist deshalb wohl lediglich ein erster Schritt, um die Ursachen für diesen spezifischen Schweizer Beitrag zum Zivilisationsbruch, der heute als "Versagen" empfunden wird, zu untersuchen und zu bewerten.

Die internationale Dimension des Themas

Bei der Durchsicht der Berichterstattung über den Goldhandel der Schweiz mit Deutschland fällt ein Wort auf, das stutzen läßt: "Totengold" von NS-Opfern, oft noch einmal fokussiert auf "Zahngold". Es prägte die Berichterstattung, obwohl lange nicht nachgewiesen war, daß dieses Gold Teil des in die Schweiz transferierten Raubgoldes war. (6) Eine solche Zuspitzung mag auf den ersten Blick lediglich der Machart der Massenmedien geschuldet sein. Doch steckt wohl mehr dahinter. Denn erst dieser Rückgriff auf die Vorstellungswelt von Bestialität und monströsen Verbrechen ermöglicht die scheinbar eindeutige Distanzierung.

In den Hintergrund tritt dabei die Vielschichtigkeit der Verstrickung in die NS-Verbrechen. Wichtige Tatsachen werden allenfalls am Rande erwähnt: In Frankreich ist jetzt eine Kommission eingesetzt worden, die nach enteignetem jüdischen Besitz forschen soll, der sich noch in staatlicher Hand befindet. Auch Schweden, 1946 in Washington zur Verantwortung gezogen, akzeptierte bis März 1944 geraubtes Gold als Zahlungsmittel. Polen schließlich verrechnete Entschädigungsansprüche Schweizer Banken, die aus der Verstaatlichung ihrer Niederlassungen abgeleitet wurden, mit dem in der Schweiz deponierten Vermögen polnischer Juden, ohne diese oder ihre Erben zu entschädigen. (7) Staaten wie Spanien, Portugal, Rumänien, Türkei oder Liechtenstein sind ebenfalls verstrickt.

Diese Aneignung jüdischen Vermögens ist in der Regel nicht als Unrecht angesehen worden, Aufsehen hat sie jedenfalls nicht erregt. Doch scheint sich das Blatt jetzt zu wenden, seit sich in den USA mit dem Eizenstat-Bericht "ein ganz neues Kapitel der Affäre" (Greg Bradsher vom Nationalarchiv in Washington) aufgetan hat.

Nicht nur das Verhalten der neutralen Staaten, sondern auch das der Alliierten wird darin kritisch bewertet. Besonders aufschlußreich ist das bereits erwähnte Washingtoner Abkommen. In den vorbereitenden Verhandlungen wurde versucht zu definieren, was normaler Handel und was Bereicherung durch Nutzung der Nazi-Verbrechen sei. Auch ging es darum festzulegen, an wen Rückerstattung zu erfolgen habe. Auf alliierter Seite gab es hierzu keine einheitliche Auffassung. So schlugen die Franzosen als Empfänger für die Rückerstattung von erbenlosen Vermögen eine nichtkonfessionelle Nachfolgeorganisation vor, die unterschiedslos alle Verfolgten der NS-Diktatur unterstützen sollte. Im Gegensatz zu den USA lehnten auch die Briten nicht zuletzt im Hinblick auf Palästina eine jüdische Vertretung als Empfängerin ab. In der US-Regierung selbst gab es zudem grundsätzliche Kontroversen über Rückerstattungsfragen. Das Finanzministerium unter Morgenthau trat für eine harte Haltung gegenüber den neutralen Staaten ein, die mit der NS-Diktatur kooperiert und ihren Profit daraus gezogen hatten. Im Außenministerium schlug man dagegen einen moderaten Kurs ein. (8) Festzuhalten ist, daß die Washingtoner Verhandlungen wenig druckvoll geführt wurden. Das Fazit Eizenstats: "Mit größerer Unterstützung und mit Interesse seitens der alliierten Führung hätte es möglich sein können, mit den Neutralen ein besseres Verhandlungsergebnis zum Raubgold und zu andern deutschen Vermögenswerten zu erzielen." (9)

Mehr noch: Durch die Schweizer Debatte wurde auch die Tatsache bekannt, daß sich heute noch Nazi-Gold in alliiertem Besitz befindet, das den NS-Opfern nicht rückerstattet wurde. Im September 1996 wurde durch US-amerikanische Dokumente und einen Bericht des britischen Außenministers Malcom Rifkind belegt, daß

sich Gold im Wert von ca. 100 Millionen Dollar aus dem Pool der Tripartite Gold Commission (10) noch heute in der Bank von England und der New Yorker Federal Reserve Bank befindet, darunter auch Barren aus eingeschmolzenen Wertgegenständen von KZ-Opfern. Deshalb nennt Simon Samuels vom Wiesenthal-Zentrum diese Politik der Alliierten nach 1945 eine "zweite Enteignung". (11)

Der Skandal ist also nicht auf die Schweiz begrenzt. Er dehnt sich aus auf die Frage nach dem Umgang mit NS-Raubvermögen generell: Warum wurde nicht alles daran gesetzt, diesen Besitz nach 1945 den Besitzern oder Erben zurückzugeben? War die Ursache für diese Inkonsequenz Versäumnis oder bewußtes Zurückhalten? Eizenstats pauschale Antwort: "Am wichtigsten war aber, daß die Kriegsziele durch die Notwendigkeit des Aufbaus eines integrierten Europa und dann durch die Ziele des Kalten Krieges abgelöst worden waren (...)." (12)

NS-Raubgold in Spanien und die Spur der Mörder

Im Herbst 1944 trafen sich in Straßburg Repräsentanten der deutschen Industrie, führende Mitglieder der NSDAP sowie Vertreter der Basler Handelsbank und der Schweizerischen Kreditanstalt Zürich. Ihre Absicht war der "Aufbau finanzieller Rücklagen im neutralen Ausland", die nach der militärischen Niederlage die ökonomische Grundlage für ein neues deutsches Reich werden sollten.

Dieses Vorhaben wirkte auf die US-Politik ein und beleuchtet einen Aspekt der Raubgold-Problematik, der in der aktuellen Diskussion kaum beachtet wird: das Aufspüren und die Beschlagnahme von Raubgold, um Deutschland nicht zuletzt für die Zeit nach seiner Niederlage strukturell kriegsunfähig zu machen. Safehaven war das Codewort hierfür.

Das Safehaven-Programm war im US-Finanzministerium schon 1943 unter dem Eindruck entwickelt worden, daß die militärische Niederlage Deutschlands im ersten nicht vor einem zweiten, von den Deutschen begonnenen Krieg geschützt hatte. Die Politiker im Finanzministerium verschärften deshalb die Überwachung deutscher Wirtschafts- und Finanzbeziehungen mit dem neutralen Ausland bis hin zur Erfassung von Personen, die diese Geschäfte betrieben. Sie wollten dann in einem zweiten Schritt der wirtschaftlichen Werte habhaft werden und auch den Aufenthaltsort der Personen kontrollieren, um neue Konzentrationspunkte des Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit zu verhindern.

In diesem Kontext spielte neben Portugal das francistische Spanien eine wichtige Rolle. Zum einen fungierte es als Drehscheibe für den Transfer von Gold und anderen Vermögenswerten nach Lateinamerika, insbesondere nach Argentinien. Zum anderen führte über Spanien - wie auch über Italien - eine der wichtigsten "ratlines" nach Südamerika und Nordafrika. (13) Die Kanäle für diesen Geld- und Personentransfer sind bis heute nicht erforscht. Deshalb wurde von den Alliierten auf die Franco-Regierung Druck ausgeübt, das im Land vorhandene Raubgold rückzuerstatten wie auch ein Repatriierungsprogramm für die in Spanien lebenden Deutschen durchzuführen, um ihre Infrastruktur aufzulösen. Allerdings verweigerte Spanien die Zusammenarbeit, (14) und das Projekt wurde zum Fehlschlag.

Entgegen ihrer ursprünglichen Zielsetzung einer grundlegenden Entnazifizierung hatten die USA selbst schon bald mit der gezielten Indienstnahme von geeignet erscheinenden Nazis begonnen. Ähnlich wie bei der Rekrutierungsaktion für NS-Wissenschaftler (Aktion Paperclip) wurden auch auf der nachrichtendienstlichen und militärischen Ebene NS-Spezialisten in US-Strukturen integriert. Die Geschichte der Organisation Gehlen ist in diesem Zusammenhang weitgehend aufgearbeitet, die planmäßige Rekrutierung von belasteten Nazis und gesuchten Kriegsverbrechern durch alliierte Geheimdienste hingegen nicht. Dennoch kann allgemein festgestellt werden, daß sich mit dem Kalten Krieg und der neuen US-Sicherheits-Doktrin des National Security State eine Politik durchsetzte, die die Zielsetzung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg aufgab.

Ähnlich verhält es sich mit dem NS-Raubgold. Im Eizenstat-Bericht wird dargestellt, daß die Verhandlungen über die Rückerstattung dieses Goldes von dem Vorhaben der USA beeinflußt wurden, Zugang zu den spanischen Militärbasen zu finden. (15) Im Prinzip wurde dann das eine gegen das andere aufgerechnet. Das mag mit dem veränderten strategischen Konzept begründet werden, wie Eizenstat es tut. Doch läßt es sich damit kaum rechtfertigen. Im Gegensatz zu diesem Verhalten hat Simon Wiesenthal den Zusammenhang von Raubgold und NS-Verbrechern in die Worte gefaßt "Den Spuren des Goldes folgen, um auf die Mörder zu stoßen"; er hat diese Suche bekanntlich nie aufgegeben.

Die aktuelle deutsche Verwicklung

Wenn heute in Deutschland von Rückgabe die Rede ist, dann ist gemeinhin der in den Nachkriegsjahren enteignete Großgrundbesitz in der damaligen SBZ gemeint. Begriffe wie Raub oder Beute beziehen sich allenfalls auf die "Beutekunst", die von Rußland zurückgefordert wird - mittlerweile durchweg ohne Anführungszeichen geschrieben. Die Verknüpfung mit der NS-Raubpolitik ist nicht präsent. Statt dessen gelten die Auseinandersetzung mit der Geschichte und die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen im wesentlichen als erledigt. So schreibt Der Spiegel: "Über das Alpenland bricht herein, was die Nachbarn im Norden und Osten weitgehend hinter sich haben - obwohl auch die sich, wie der Skandal um die Ausstellung ‚Verbrechen der Wehrmacht` in München zeigt, immer noch schwertun mit der eigenen Geschichte." (16)

Es sollte nicht darüber hinweggeschrieben werden, daß die Schweizer eine andere Geschichte als Deutsche oder Österreicher aufzuarbeiten haben. Für die Deutschen käme es in diesem Zusammenhang zunächst darauf an, den Raub selbst zu erforschen, sich eine Vorstellung vom Ausmaß und von der Systematik der deutschen Raubpolitik zu verschaffen. Denn geraubt wurde beinahe alles: Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge und ganze Produktionsanlagen, Rohstoffe und Edelmetalle, Kunst- und Kulturschätze, Schmuck und Bargeld, Aktien, Lebensversicherungen und Immobilien. Nicht zuletzt wurden Millionen von Menschen als Zwangs- und Sklavenarbeiter und -arbeiterinnen bis zur physischen Vernichtung ausgebeutet und selbst die Toten in den Konzentrationslagern noch als Reichseigentum verwertet - all dies unter den Prämissen einer Kriegsführung, die im Osten nicht den Sieg über den Gegner, sondern dessen Vernichtung zum Ziel hatte.

Obwohl diese Raubpolitik also Voraussetzung und Teil eines Vernichtungskriegs war, ist die Forschung hierauf nur unzureichend eingegangen. Diese Defizite zeigen sich auch beim Thema Raubgold selbst. Im März 1997 wurde bekannt, daß die Deutsche Bundesbank Ermittlungen nach dem Verbleib von verschwundenen Akten eingeleitet hat, die Aufschluß über die Verwertung des Raubgoldes geben. Es wird vermutet, daß sich diese Akten bis zu Beginn der 50er Jahre - von den USA "zur dauerhaften Aufbewahrung" übergeben - in der Obhut der Bank Deutscher Länder befanden. Andere Quellenbestände sind bis auf den heutigen Tag für die Forschung nicht freigegeben worden oder wurden erst vor wenigen Jahren aufgespürt bzw. umfassend erschlossen, wie etwa die Sitzungsprotokolle des Handelspolitischen Ausschusses von 1933 bis 1944. (17)

Vielleicht ist es kein Zufall, daß diese Akten Anfang der 50er Jahre verschwanden. Denn in dieser Zeit begannen die Beratungen über ein Bundesgesetz zur Rückerstattung der geraubten Vermögenswerte und die Verhandlungen mit Israel. Die Bundesregierung hat hierbei bekanntlich versucht, "dem Gesetz die Zähne zu ziehen" (18). Hierzu paßt die Intervention der Regierung Adenauer, die nach Quellen aus dem britischen Außenministerium schon früh die Schweiz, aber auch Portugal und Spanien wissen ließ, daß die Beschlagnahme von deutschem und erbenlosem Vermögen für Reparationszahlungen als unfreundlicher Akt aufgefaßt werde. Dies schloß selbst die Rückgabe von Besitz ein, der als Raubgut identifiziert war. (19)

Nicht zuletzt unter Ausnutzung unterschiedlicher Auffassungen zwischen den Alliierten weigerten sich sowohl die deutschen Länderparlamente als auch die Regierungen, ein Rückerstattungsgesetz nach alliierten Vorstellungen zu verabschieden. Die Konsequenz hieraus war, daß die erste gesetzliche Regelung als Militärregierungsgesetz Nr. 59 von der US-Besatzungsbehörde in ihrer Zone erlassen wurde. Das war ein Oktroy, für dessen Notwendigkeit es auf deutscher Seite kein Verständnis gab.

Gegen diese Entscheidung wie auch gegen folgende wurde deshalb entschiedener Widerstand organisiert, der trotz aller Versuche, sich nicht schon durch die Sprache zu diskreditieren, durchweg antisemitisch geprägt war. So gründete sich sogar eine "Bundesvereinigung für loyale Restitution", die großen Einfluß auf die Regierungsparteien hatte. Ihr Argumentationsstil ist in der Verbandszeitschrift Die Restitution nachzulesen. Dort schrieb zum Beispiel ein Regierungsrat a. D., es dürfe keine Rückerstattung geben, "wo Juden z. B. 1936 freiwillig verkauft haben und nun aus aller Herren Länder wieder erscheinen und ihre Grundstücke von dem ehrlichen Käufer für ein Butterbrot zurückhaben wollten. Manche haben ihren arischen Freunden die Grundstücke aufgedrängt und sind dann mit der damals noch erhebliche Kaufkraft darstellenden Reichsmark ins Ausland verschwunden." (20)

Es verwundert deshalb nicht, daß eine Gesellschaft, die die Vorgänge in der Schweiz beobachtet, kommentiert und sich ihrer eigenen Nachkriegsgeschichte dabei nicht erinnert, von der Vergangenheit eingeholt wird. Zu

Beginn dieses Jahres ist in den USA eine Verbandsklage gegen europäische Versicherungen eingereicht worden, die bisher nicht bereit waren, ihren Verpflichtungen gegenüber Verfolgten der NS-Diktatur nachzukommen. Darunter befindet sich auch die Allianz. Die DEGUSSA (21) räumte gerade erst ein, von ihr sei das Opfer-Gold eingeschmolzen worden, dessen Entgegennahme den Schweizer Bankern als moralisches Vergehen angerechnet wird. Dieses Thema der Zeitgeschichte ist somit dahin zurückgekehrt, wo es seinen Ausgangspunkt genommen hat.

Die Ambivalenz der Debatte

Die Aktualität der Debatte über den Handel mit NS-Raubgold ist trotz des Augenscheins nicht selbstverständlich. Denn schließlich ist dieses Thema nicht einfach ein Relikt der NS-Zeit, sondern bereits 1946 wurde hierüber unter alliierter Leitung beraten und gestritten. Die neuerliche Debatte über den Handel mit NS-Raubgold kann deshalb nicht allein von der bestürzenden Geschäftspraxis der Schweizer Banken ausgelöst worden sein. Es muß sich auch das Verständnis für die Problematik geändert haben. Hierfür spricht, daß die Diskussion zwar am Beispiel Schweiz begann, dann aber scheinbar überraschend eine Reihe anderer Staaten ins Blickfeld rückte.

Die Ursache für die neue Sichtweise liegt vermutlich darin, daß die Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte heute differenzierter geführt wird als in den Jahrzehnten zuvor. Es geht nicht mehr in erster Linie darum, die Haupttäter zu benennen und zur Verantwortung zu ziehen, sondern die Struktur des Verbrechens und damit auch die Vielschichtigkeit von Verantwortung zu erkennen, womit zugleich neue Tätergruppen ins Blickfeld gerückt werden. Als Hauptnenner dieser neuen Debatte mag vielleicht die Neubestimmung des Verhältnisses von NS-Verbrechen und bürgerlicher Normalität gelten. Konkret geht es jetzt um die Verstrickung der neutralen Staaten, um die Bestimmung ihres Verhältnisses zum NS-Regime. Aber auch das Verhalten der Alliierten angesichts der deutschen Verbrechen, in der Vergangenheit problematisiert unter dem Stichwort "Warum wurde Auschwitz nicht bombardiert?", gehört hierzu. Damit geht es also letztlich um die politische Sozialisation der Demokratien nach 1945.

Dieser Fortschritt in der Debatte enthält jedoch auch Gefahren. Denn selbstverständlich kann eine differenzierte Sichtweise zur Entlastung der Haupttäter genutzt werden. Das scheint in Deutschland eine Rolle zu spielen, wenn die Auseinandersetzung um die Schweiz aufmerksam-korrekt verfolgt wird, es aber kaum Interesse gibt, die Frage nach der deutschen Verantwortung zu stellen. Vielmehr zeigt sich nicht nur an den Forderungen gegenüber Rußland, sondern auch an den Verhandlungen mit Tschechien, daß wenig Bereitschaft besteht, selbst noch Entschädigungszahlungen zu leisten. Statt dessen werden immer offener eigene Rückerstattungsforderungen erhoben. Parallel hierzu wird die Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte durch Gedenktage und Denkmalsprojekte zunehmend auf die Ebene symbolischen Handelns gerückt.

Ein Beispiel hierfür ist das Verhalten gegenüber den Opfern des NS-Menschenraubs, den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen. Die Entschädigung dieser Menschen ist als höherrangig anzusehen als die Rückerstattung von Vermögenswerten. Doch seit mehr als zehn Jahren wird jetzt erneut eine angemessene Regelung verhindert. So laufen zur Zeit unterschiedliche, zum Teil gegenläufige Prozesse ab, bei denen noch nicht absehbar ist, zu welchen Ergebnissen sie schließlich führen werden.

Helga Ring

Dieter Schröder/Rolf Surmann

Der Artikel erschien erstmalig in Heft 7/97 der Blätter für deutsche und internationale Politik. Wir danken den AutorInnen und der Redaktion der Blätter für die Genehmigung zum Nachdruck. Ein kostenloses Probeheft der Blätter für deutsche und internationale Politik kann angefordert werden bei der Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 2831, 53018 Bonn.

Anmerkungen:

1) Werner Rings' Studie Raubgold aus Deutschland (Zürich 1985) war bahnbrechend. Thematisch ergänzend: Gian Trepp, Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1993. Einen Überblick über die Gesamtproblematik gibt Markus Heiniger, Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde, Zürich 1989. Aktuelle, journalistisch geprägte

Neuerscheinungen sind: Jean Ziegler, Die Schweiz, das Gold und die Toten, München 1997; Tom Bower, Das Gold der Juden. Die Schweiz und die verschwundenen Nazi-Milliarden, München 1997; Beat Balzli, Treuhänder des Reichs. Die Schweiz und das Vermögen der Naziopfer, Zürich 1997; Peter Ferdinand Koch, Geheim-Depot Schweiz: Wie Banken am Holocaust verdienen, München 1997.

2) Sein offizieller Name ist U.S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During Word War II. Preliminary Study, erschienen Mai 1997.

3) Siehe Linus von Castelmur; Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg, Zürich 1992, S. 407.

4) Im Januar 1943 wurden alle Transaktionen für rechtswidrig erklärt, die sich auf feindlich kontrollierte Gebiete bezogen, selbst wenn sie legal zu sein schienen. Diese Aufforderung wurde im Februar 1944 ultimativ wiederholt.

5) So der ansonsten zurückhaltend urteilende Rings, S. 52 f.

6) Jetzt stellt der Eizenstat-Bericht zum ersten Mal eindeutig klar, daß KZ-Gold eingeschmolzen und in den internationalen Handel gebracht wurde. Damit war die DEGUSSA (Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt) - wie jetzt erst zugegeben - beauftragt; der Gewinn wurde der SS auf einem Sonderkonto gutgeschrieben. Siehe Frankfurter Rundschau, 21.5.1997 und WOZ, 30.5.1997.

7) Siehe Peter Hug/Marc Perrenoud, In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten, Bern 1997.

8) Grundsätzlich hierzu Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende, Hamburg 1995. Speziell zur Kontroverse über das Aufspüren und die Rückerstattung von Vermögenswerten siehe Bower, S. 45 ff., S. 80 ff., S. 115 ff.

9) Eizenstat-Bericht, Vorwort, S.IX. (Eig. Übers.).

10) Sie war von den drei Westmächten zur Regelung der Rückerstattung des Raubgolds im September 1946 gegründet worden.

11) El Paìs, 13.2.1997. (Eig. Übers.).

12) Eizenstat-Bericht, Vorwort, S.IX. (Eig. Übers.).

13) siehe u. a. Rena und Thomas Giefer, Die Rattenlinie, Frankfurt a. M. 1992.

14) Die spanische Justiz weigert sich bis heute, den Auslieferungsanträgen der Niederlande, Deutschlands, Österreichs und anderer europäischer Staaten für gesuchte Alt- und Neonazis nachzukommen.

15) Siehe hierzu auch den Artikel in El Paìs vom 8.5.1997 mit der Überschrift "Die USA ließ Franco einen Teil der Beute, die er von den Nazis erhalten hatte, als Gegenleistung zur Einrichtung von Militärbasen in Spanien". (Eig. Übers.).

16) 2/1997, S. 163.

17) Siehe Willi A. Boelcke, Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945, Köln 1994, S. 5.

18) Siehe Constantin Goschler, Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954), München 1992, S. 112.

19) Siehe Bower, S .282 f.

20) Walter Schwarz, Rückerstattung nach den Gesetzen der Alliierten Mächte, München 1974, S. 72.

21) Siehe Fußnote 6.

33. Antisemitismus und Nationalismus in der Romantik. Ein Beitrag zur Goldhagen-Debatte

Autor: ef. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:07

Der folgende Artikel ist die gekürzte Fassung eines Referats, das bei einem Seminar zur Goldhagen-Debatte gehalten wurde. Auf den Anmerkungsapparat wurde aus Platzgründen verzichtet.

"Bis in den innersten Kern vergiftet war der Teutsche von dem Fremden."

(Ernst Moritz Arndt)

Bei der Debatte um das Goldhagen-Buch verwunderte einiges: das schnelle Ende etwa oder die in gewissen Punkten überhebliche Argumentationsführung Goldhagens.

Am meisten verwunderte mich allerdings, wie sich Goldhagens Kritiker mit seiner These vom "eliminatorischen Antisemitismus" der Deutschen auseinandersetzen. Dabei ist zu beachten, daß Goldhagen einen sehr weit gefaßten Begriff von einem eliminatorischen Antisemitismus besitzt: "Das, was die Antisemiten damals vorschlugen, reichte von der alten Hoffnung, die Juden veranlassen zu können, sich durch totale Emanzipation unsichtbar zu machen, über die Schaffung neuer rechtlicher Einschränkungen, die Rücknahme der Emanzipation eingeschlossen, bis zur zwangsweisen und gewaltsamen Ausweisung und schließlich sogar totalen Vernichtung. All diese ‚Lösungen` (...) beruhten auf der gemeinsamen Überzeugung, daß Deutschland auf die eine oder andere Weise ‚judenrein` gemacht werden müsse" (Goldhagen, S. 96).

Nun gibt es gute Gründe sich zu fragen, ob es sinnvoll ist, mit einem so weit gefaßten Begriff vom "eliminatorischen Antisemitismus" zu hantieren. Wichtig ist aber allemal, daß Goldhagen damit auf einen kaum diskutierten Sachverhalt verweist: Selbst die Vorreiter der Emanzipation der Juden im 18. und 19. Jahrhundert - angefangen von Dohm in seiner Schrift "Über die bürgerliche Verbesserung der Juden" aus dem Jahre 1781, bis hin zu Theodor Mommsen, dem wichtigsten Gegenspieler von Treitschke ("Die Juden sind unser Unglück") im Berliner Antisemitismusstreit von 1879/80 - hatten eine funktionalistische Vorstellung von Emanzipation. Sie galt nicht dem Juden als Juden, als dem Anderen. Bei Dohm handelte es sich eindeutig um ein Tauschgeschäft: Bürgerrechte für soziales Wohlverhalten und Nützlichkeit. Unter sozialem Wohlverhalten verstand er "Entjudung", also den Verzicht auf die traditionelle jüdische Kultur. Auch Mommsen vertrat keineswegs ein pluralistisches Nationalstaatskonzept, das unterschiedliche Kulturen und Religionen akzeptierte. Auch ihm zufolge hatten die Juden die Verpflichtung, durch Aufgabe ihrer "Sonderexistenz" zu einem einheitlichen deutschen Nationalstaat beizutragen.

Doch anstatt sich mit Goldhagen zu fragen, warum es in Deutschland fast niemanden gab, der die Emanzipation der Juden nicht zumindest mit deren Verpflichtung zur Assimilation verband, schwieg hierzu die Kritik. Ohne überhaupt den Versuch gemacht zu haben, das Besondere am deutschen Antisemitismus herauszuarbeiten, wurde etwa mit dem Verweis relativiert, auch in anderen Ländern wie Frankreich und Rußland habe es Antisemitismus gegeben. Den Vogel schoß der Nationalliberale Rudolf Augstein ab. Er tat die Thesen Goldhagens mit dem Verweis auf die Schlechtigkeit des Menschen an sich ab: "Der verhinderte Historiker hätte 1572 bei der Bartholomäus-Nacht in Paris Mäuschen spielen sollen. Dann wüßte er, daß ‚Befehle` zur Grausamkeit sich selbständig machen. Der Sadismus ist ja keine deutsche Erfindung."

Auch Kt. verwendet in seinem Artikel in ak 392 vom 1.7.1996 ("Der Völkermord an den Juden als ‚nationales Projekt`?") leider Goldhagens Begriff vom "eliminatorischen Antisemitismus" unsauber, weil verkürzt. Er reduziert ihn lediglich auf den Aspekt der Vertreibung und baut darauf einen Großteil seiner Argumentation auf: "... habe dieser Konsens eine ‚eliminationistische` Zielrichtung angenommen. Mit anderen Worten: ausgerichtet auf die Vertreibung der Juden in Deutschland." Diese Verkürzung führt m.E. zu falschen Schlußfolgerungen. Ein Beispiel: Von der Tatsache, daß die Juden mit der Reichsgründung von 1871 die Bürgerrechte erhielten, leitet Kt. ab, daß deswegen auch die emanzipatorischen Kräfte nicht unerheblich gewesen sein müßten. Dieser Rückschluß befriedigt aber schon deshalb nicht, weil damit die Interessenlagen der Emanzipationsbefürworter und -gegner ausgeblendet bleiben. Wie verhielt es sich aber nun mit den Emanzipationsbefürwortern? Schaut man sich die Argumente der Antisemiten an, so stellt man fest, daß der

Begründungszusammenhang sehr unterschiedlich war. Antisemitismus ist nicht gleich Antisemitismus. Mit anderen Worten: Es war durchaus möglich, Antisemit und trotzdem für die Emanzipation zu sein. Warum? Dies hängt damit zusammen, daß es einen durchaus nicht zu unterschätzenden Antisemitismus gab, der in der Tradition der Aufklärung stand. Dieser - hier vor allem die Liberalen - argumentierte folgendermaßen: Das Judentum ist ein Relikt der voraufklärerischen Epoche. Die Juden müssen sich von diesem Relikt befreien. Dies können sie aber nur, wenn sie auch die Möglichkeiten dazu haben. Indem wir ihnen die Emanzipation verweigern, halten wir sie künstlich in ihrem Ghetto gefangen und nehmen ihnen die Möglichkeit, sich zu assimilieren und damit wirkliche Deutsche zu werden.

Dagegen argumentiert der rassische Antisemitismus, daß eine Anpassung der Juden aufgrund ihrer Natur unmöglich sei. Eine Emanzipation kam für diese Kräfte deshalb überhaupt nicht in Frage.

Ferner abstrahiert Kt. auch von der Notwendigkeit, den Zeitpunkt der Bürgerrechtserteilung in den historischen Zusammenhang zu stellen. Die Gewährung der Bürgerrechte fiel in eine einmalig günstige Situation. Der aufklärerische Antisemitismus hatte seine Hochzeit in der Aufschwungsphase der 60er Jahre. Wahrscheinlich spielten auch der gewonnene Krieg gegen Frankreich eine Rolle und die Tatsache, daß sich Bismarck gegenüber den Juden, insbesondere gegenüber seinem Financier des 66er Krieges gegen Habsburg, Bleichröder, erkenntlich zeigen wollte.

Nach dem Gründercrash von 1873 gewann aber der extreme Antisemitismus, bei dem eine biologistisch-naturalistische Argumentationsweise dominierte, rasch die Oberhand. Gerade diese Sorte von Antisemitismus ist aber typisch für Deutschland und nicht erst seit den 70er Jahren. Ich werde weiter unten darauf eingehen. Indem Kt. diese Differenzierungen nicht vornimmt, überschätzt er die emanzipatorischen Kräfte und unterschätzt er den besonderen Charakter und die Dynamik des deutschen Antisemitismus. Dies tut Kt. aber auch, wenn er behauptet, daß die "radikale antisemitische Literatur dieser Zeit (...) nur geringe Auflagen" erreichte. Julius Langbehns "Rembrandt als Erzieher", eines der wichtigsten antisemitischen Bücher des 19. Jahrhunderts, brachte es im Zeitraum von gut zwei Jahren (1890-92) auf stolze 33 Auflagen. Auch andere antisemitische Bücher und Zeitschriften, wie die Gartenlaube, konnten hohe Auflagenzahlen vermelden.

Nur wenige haben sich in der Goldhagen-Debatte die Frage nach der Besonderheit des deutschen Antisemitismus überhaupt gestellt. So fragte etwa Hanno Löwy, "inwieweit Spezifika der deutschen Entwicklung, also die Dominanz völkischer Einheitsgedanken (...) mit dem Antisemitismus eine einzigartige Verbindung eingegangen sind. Was aber ist an Goldhagens These (...) eigentlich so unerträglich, daß einem Teil der Rezensenten förmlich der Schaum vor dem Mund steht?" (FR, 15.6.96) Auch Reemtsma verweist auf diesen Aspekt: "Was den deutschen Antisemitismus von dem anderer europäischer Länder bereits im 19. Jahrhundert unterscheidet, ist seine Verbindung mit dem sich herausbildenden deutschen Nationenbegriff gewesen. Goldhagen erwähnt das zwar, baut es aber nicht zu dem zentralen Argument aus, mit dem er seine These hätte stützen können."

Wie aber kam es zu dieser Verbindung von Antisemitismus und spezifisch deutschem Nationenbegriff, mit seiner Dominanz von völkischem Einheitsdenken?

Wartburg, Hep-Hep, das Judenedikt und Heine

1817 trafen sich Studenten und einige Professoren in Eisenach zum sog. Wartburgfest. Sie protestierten damit gegen die Ergebnisse des Wiener Kongresses, insbesondere gegen die Restauration feudaler Machtverhältnisse in Deutschland. Ihr Traum von der Errichtung eines christlich-germanischen Nationalstaates war auch durch die antinapoleonischen Kriege nicht in Erfüllung gegangen. Doch die Wut richtete sich nicht nur gegen die feudale Obrigkeit, die eine territoriale Zersplitterung einem Einheitsstaat den Vorrang gab. Sie richtete sich auch gegen die Feinde des deutschen Volkes: den äußeren Feind Frankreich und den inneren Feind Judentum. Symbolisiert wird dies auf dem Wartburgfest durch die Verbrennung zweier Bücher: des napoleonischen Code Civil und der "Germanomanie" des jüdischen Philosophen Saul Ascher. Er hatte in diesem Buch den wichtigsten Trommlern für einen christlich-germanischen Nationalstaat wie Arndt, Fichte, Jahn und Müller vorgeworfen, sie hätten sich darauf versteift, "alles Fremdartige von deutschem Boden zu entfernen." Man habe sich vorgenommen, das Volk in der Idee der Volkheit zu sammeln. Deshalb "muß

Brennstoff gesammelt werden, und in dem Häuflein Juden wollten unsere Germanomanen das erste Bündel Reisig zur Verbreitung des Fanatismus legen."

Mit den sog. Hep-Hep-Stürmen schwappte 1819 eine antisemitische Gewaltwelle über eine Reihe von deutschen Städten hinweg. Träger dieser Ausschreitungen waren vor allem verarmte Bauern und Handwerker. Bedeutend ist nicht nur, daß die Juden wie selbstverständlich für die Verarmung dieser Bevölkerungskreise verantwortlich gemacht wurden, sondern auch wie dies ideologisch begründet wurde. Zum erstenmal wurden nämlich antijüdische Pogrome nicht biblisch legitimiert, also mit dem Verweis auf die Juden als "Christusmörder", sondern mit einer Unverträglichkeit des deutschen Volkes mit den Juden.

1822 wurden eine Reihe der Freiheiten, die den Juden durch das Edikt von 1812 vom preußischen Reformer Hardenberg gewährt worden waren, wieder zurückgenommen. Er hatte sich von der Reform die Mobilisierung der Vermögen der jüdischen Bevölkerung für den Krieg gegen Frankreich erhofft. Die Diskussion um die Emanzipation der Juden führte bereits ab 1803 zu einer ersten antisemitischen Publikationswelle, die nach dem Wiener Kongreß zunahm. Dabei taten sich vor allem die Professoren Rühs und Fries hervor. Nicht zuletzt dieser Proteste wegen kam es zur Einschränkung von 1822.

Alle drei Ereignisse hatten auch auf Heinrich Heine einen großen Einfluß. Die Rücknahme der Edikte führte bei ihm zur Einsicht, daß es keine wirkliche Judenemanzipation in Deutschland gibt. Die Bücherverbrennung beim Wartburgfest verarbeitete er im "Almansor". "Dies war ein Vorspiel nur; dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen", schreibt er dort mit fast prophetischen Worten. Heine zeichnete sich immer wieder durch ein ungeheuer faszinierendes Gefühl für die politischen und geistigen Strömungen seiner Zeit aus. Deshalb war ihm auch klar, daß bei einem Sieg der Nationalrevolutionäre "einige tausend jüdische Hälse und just die besten abgeschnitten werden." Von daher ist es nicht erstaunlich, daß Heine die neue Qualität des Antisemitismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts erkannte: "Der Judenhaß beginnt erst mit der romantischen Schule."

Natürlich wußte auch Heine, daß der Judenhaß wesentlich älter ist und sich bereits in einer Reihe biblischer Schriften niedergeschlagen hatte (über Hintergründe des biblischen Antijudaismus vgl. ak 398). Doch der Antisemitismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts war vorrangig säkular begründet. Er hatte bereits fast alle Elemente in sich, die dann auch im Antisemitismus der Nationalsozialisten zum Tragen kommen sollten. Insofern ist es berechtigt, hier vom Beginn des modernen Antisemitismus zu sprechen, auch wenn der Begriff selbst erst 1879 von dem Berliner Antisemiten Wilhelm Marr geprägt worden war. Das wichtigste Element war dabei ein ausschließender Volks- und Nationenbegriff, wie er sich bei den Romantikern herausbildete.

"Nationalismus schafft die Nation" (Ernest Gellner)

Nach der Niederlage von Jena und Auerstedt verlor Preußen beim Frieden von Tilsit die Hälfte seines Gebietes. Über die Ursachen waren sich eine Reihe von Intellektuellen sowie Militär- und Staatsreformer schnell einig. Es war das Fehlen einer nationalen Idee bei der Bevölkerung, mit der sie bereit gewesen wäre, in die Schlachtfelder zu ziehen. Napoleons Truppen waren deshalb unschlagbar, weil sich seine Soldaten mit der Nation und der Idee von "Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit" identifizierten. Demgegenüber hatten die preußischen Söldnerheere nichts, wofür es sich lohnte zu kämpfen - außer ihrem Sold. Auf diesen entscheidenden Unterschied wies Scharnhorst, der spätere Begründer der Landwehr, bereits 1798 hin: "Wir werden erst siegen können, wenn wir gelernt haben, so wie die Jakobiner, den Gemeingeist zu wecken."

Erst mit den Niederlagen von 1806/07 setzte sich diese Einsicht durch. Jetzt war auch dem letzten klar, daß Reformen notwendig waren, um Frankreich besiegen zu können. Dazu bedurfte es jedoch nicht nur materieller Reformen wie der Gewerbeordnung als Zuckerl für das Bürgertum; es bedurfte vor allem einer neuen integrierenden Idee. Diese Funktion übernahm der Begriff des "Deutschen Volkes", der schnell zum Schlüsselbegriff der Nationalisten wurde. Eine Flut nationalististischer Gedichte verbreitete diese Gedanken. Achim von Arnim, einer der bedeutendsten Judenhasser, gründete 1811 die Christlich-Deutsche Tischgemeinschaft, in der sich führende Vertreter des Geisteslebens, des Adels und des Militärs, wie Clausewitz und Stein, versammelten. Selbst christlich getauften Juden war der Zutritt zu diesem erlauchten Kreis verboten. Der Historiker Walter Grab sieht hier zum erstenmal einen Arierparagraphen am Werk.

Bei der Propagierung des deutschen Volksbegriffs lassen sich folgende Elemente herausarbeiten, auf die in der Folgezeit immer wieder Bezug genommen wurde:

- Das Volk selbst ist der zentrale Wert; dieser Wert steht absolut und muß sich gar nicht erst gegenüber anderen Werten legitimieren;

- es gibt keinen historischen Gründungsakt, auf den sich das deutsche Volk zurückführen läßt; das Volk und seine Einheit ist immer schon da und wird auch immer sein. Dies unterscheidet Deutschland von Frankreich, wo sich die Nation durch die Revolution konstituierte;

- somit gibt es eine natürliche, organische Einheit des deutschen Volkes, die nicht erst durch einen Gesellschaftsvertrag auf Basis eines freien Willens oder durch den Staat hergestellt werden muß; da das Volk mit sich selbst identisch ist, ist es auch mit seinen Herrschern identisch; Volk und Führung bilden eine Einheit. Dies entlastet die Herrschenden natürlich gewaltig bei ihrer Machtausübung, da Staat und Recht von vorneherein der Verfügungsmacht des einzelnen entzogen sind. Viele Konservative sahen in einem solchen Staatsverständnis die "wahre Demokratie" verwirklicht. Zu ihnen sollte später auch der große deutsche Romancier Thomas Mann gehören. Deutsch hieß für ihn vor allem, "das Volk nicht mit der aus Individual-Atomen zusammengesetzten Masse zu verwechseln", behauptete er am Ende des 1. Weltkrieges in seinen "Betrachtungen eines Unpolitischen". Deswegen konnte sich seiner Meinung nach der Volkswille durchaus mal von dem Willen der Mehrheit unterscheiden. Sollte sich etwa bei einer Abstimmung die Mehrheit der Bevölkerung für ein Kriegsende entscheiden, so wäre das "mitnichten der Wille des Volkes";

- der Volkskörper, die Einheit des Volkes wird aber durch einen inneren und äußeren Feind bedroht; den inneren Feind definiert Achim von Arnim als den Juden; die Juden sind Schädlinge, Parasiten, Ungeziefer; all diese Motive tauchen jetzt ebenso auf, wie die Biologisierung der Sprache infolge neuer Wissenschaften wie etwa der Anthropologie; der äußere Feind ist je nach Situation Rom bzw. der Katholizismus und später vor allem Frankreich, dem man jetzt plötzlich eine jahrhundertealte Erzfeindschaft mit Deutschland andichtete und das eben nur mit Hilfe eines Volkskrieges besiegt werden könnte. Voraussetzung dafür sind Haßgefühle gegen Frankreich. Arndt wünscht sich, daß "dieser Haß glühe als die Religion des deutschen Volkes, als ein heiliger Wahn in allen Herzen." Und Kleist stellt lapidar gegen Napoleon gerichtet fest: "Schlagt ihn tot. Das Weltgericht/ fragt euch nach den Gründen nicht."

Die Stilisierung Frankreichs zum Erzfeind hatte aber auch noch eine andere weitreichende Konsequenz. Denn damit ging auch eine Ablehnung der Ideen der französischen Revolution und somit der Aufklärung einher. Die Ideen von "liberté-egalité-fraternité" wurden als undeutsch empfunden. Gerade im Fehlen einer aufklärerischen Tradition und eines politischen Humanismus liegt für den Philosophen Hellmuth Plessner ("Die verspätete Nation") einer der entscheidenden Gründe, daß die faschistische Ideologie zu ihrer Wirkung kommen konnte. Auch er sieht in der Romantik und im Antinapoleonismus die wichtigsten Gründe dafür, daß sich emanzipatorische Traditionen nicht herausbilden konnten.

Die Wurzeln reichen aber noch weiter zurück. Plessner verfolgt sie bis zur Reformation. Der Lutherismus ist für Plessner eine Theologie der politischen Resignation und Unterwerfung. Er befördert Obrigkeitsfrömmigkeit sowie die Ideologie der Innerlichkeit und der Tiefe des deutschen Wesens.

In diesem Mythos der Tiefe sieht Thomas Mann, nachdem er sich von seinen völkischen Einstellungen verabschiedet hatte, den Ausdruck von Minderwertigkeitsgefühl gegenüber anderen Ländern. Diese trug von vorneherein antiaufklärerische, aggressive Züge in sich: "Die deutsche Freiheitsidee ist völkisch-nationalistisch, dem Barbarischen immer sehr nahe, wenn sie nicht gerade in offene Barbarei ausbricht."

Die Schriften der Franzosenhasser sind voll von diesen barbarischen Elementen. Schon frühzeitig sehnen sie sich nach dem äußeren Feind, der "erobernd und verderbend die Deutschen zu einer Masse zusammenarbeite" (Arndt). In typisch lebensphilosophischer Manier wird dieser Haß "zum Leben selbst" ontologisiert, "denn ohne reinen Haß gegen Etwas ist gar kein Leben." Somit erfährt der einzelne erst im Haß auf das fremde Volk die Identifikation mit dem eigenen.

Deutlich wird hier, daß die Konstruktion einer Deutschen Nation sich einer Feind-Bestimmung verdankt. Habe ich erst einmal den Feind bestimmt, habe ich auch mein eigenes Wesen bestimmt. Der Feind erhält immer die anderen Attribute als das Ich zugeschrieben; der Jude ist hintertrieben, listig und geldgierig. In der Vorstellungswelt der Antisemiten gibt es immer ganz viele Juden; aber kaum jemand kennt einen. Das bringt aber den Antisemiten nicht dazu, seine Vorstellungen über die Anzahl der Juden zu hinterfragen (zu Beginn

des 19. Jahrhunderts waren es in Deutschland etwa 400 000, was 1-2% der Gesamtbevölkerung entsprach), sondern es geschieht genau das Gegenteil: Die Tatsache, daß es so viele Juden gibt, ja geben muß - sonst wären sie nicht so mächtig - aber fast niemand einen wirklich kennt, macht sie um so gefährlicher; sie ziehen im Untergrund ihre Fäden und dringen unerkannt in den deutschen Volkskörper ein. Der Stoff für Verschwörungsmythen ist gelegt. Deswegen hatten so viele nationalistische Intellektuelle wie Arnim Angst vor der Assimilation, weil diese den Juden vom Deutschen ununterscheidbar mache und somit eine Freund-Feind-Bestimmung nicht mehr möglich sei.

Die Bestimmung

des Deutsch-Seins

Ein Volk, das sein eigenes Wesen nur durch die Abgrenzung vom Feind bestimmt, ist aber auf Dauer nicht vorstellbar. Ein Gründungsmythos ist notwendig, mit dem sich die These von der Besonderheit des Deutschen Volkes belegen läßt. Auf das Fehlen einer eigenen Mythologie hatte der Philosoph Schelling bereits 1796 hingewiesen. Kurze Zeit später griff Friedrich Schlegel diesen Gedanken in der Zeitschrift Athenäum auf und formulierte das Programm: "Wir haben keine Mythologie. Aber, ich setze hinzu, wir sind nahe daran, eine zu erhalten, oder vielmehr es wird Zeit, daß wir ernsthaft dazu mitwirken sollen, eine hervorzubringen." Sein Wunsch sollte Wirklichkeit werden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts betraten viele Elemente und Stoffe die politische Bühne, die durchaus das Zeug hatten, die Funktion eines Gründungsmythos zu erfüllen. Sei es die Nibelungensage, der Arier-Mythos, die deutsche Sprache oder die Errichtung von Nationaldenkmälern.

Von großer Bedeutung ist der Arminius- oder Hermanns-Mythos. Hermann hatte im Jahre 9 n.u.Z. in der Schlacht im Teutoburger Wald römische Truppen unter Varus besiegt. Geschichtlich ist von Hermann fast nichts bekannt. Aber vielleicht erleichtert gerade dies, ihn im 18. und 19. Jahrhundert zum nationalen Helden par excellence hochzustilisieren. Der Höhepunkt war zweifelsfrei Kleists Drama "Die Hermannsschlacht" von 1808. Doch beschränkt sich der Arminius-Mythos nicht auf Kleist. Bereits im 18. Jahrhunderts griffen Friedrich Elias Schlegel, Justus Möser und Friedrich Gottlob Klopstock auf diesen Stoff zurück. Alle drei kann man als Proto-Nationalisten einordnen.

Typisch für diese Dramen ist, daß Deutschland seine Wiedergeburt aus dem Blutbad der nationalen Befreiungsschlacht gewinnt. Eine Reinigung bzw. Katharsis Deutschlands durch Rache und Blut ist möglich. Dazu muß aber der Feind vernichtet werden. Pardon darf nicht gegeben werden:

"Des Friedens Hinterhalt droht tückisch mit Gefahren;/ Vor jeden Tropfen Blut, den wir jetzt scheinbar sparen,/

strömt in der Folgezeit vielleicht ein ganzes Meer." (Möser)

Besonders Klopstock erhebt mit seinem Drama den Anspruch, den Dichtern eine neue vaterländische Aufgabe zuzuweisen. Für eine Reihe junger nationalistischer Literaten wurde er damit zum Vorbild. Besonders die Dichter des Göttinger Hain-Bundes nahmen sich die ihnen von Klopstock zugeschriebene nationale Aufgabe zu Herzen. An dessen Geburtstag im Jahre 1773 führten sie die erste nationale Bücherverbrennung durch. Opfer der Flammen wurde die "Idris" des herausragenden deutschen Aufklärers Wieland.

Die Romantik

Für den Versuch, zu einer positiven Bestimmung eines germanischen Volksbegriffes zu kommen, war die Romantik von entscheidender Bedeutung. Das Denken der Romantik ist äußerst vielschichtig, worauf etwa Isaiah Berlin oder der österreichische Kommunist Ernst Fischer immer wieder hingewiesen haben. Insofern ist es nicht möglich, eine eindeutige Linie von der Romantik zum Faschismus zu ziehen, wie dies etwa Georg Lukacs in seiner "Zerstörung der Vernunft" macht. Allerdings ist es auch nicht möglich, eine solche Verbindungslinie völlig zu leugnen.

Im Kern ist die Romantik ein Protest gegen den Rationalismus der Aufklärung und die damit verbundenen Ideen von Universalismus, absoluter Wahrheit und linearem Fortschritt. Viele dieser Kritikpunkte sind im Prinzip berechtigt. Was der Fortschrittsidee jedoch als positive Aspekte entgegengesetzt wurde, hatte geistesgeschichtlich verheerende Auswirkungen. Hierzu gehört die Verherrlichung der Vergangenheit und die Abwertung der Gegenwart. In den Augen der Romantiker verstoßen die französischen Jakobiner gegen das

natürliche Wachstum des Ganzen, weil sie sich anmaßen, den historischen Fortschritt selbstbewußt gestalten zu wollen und zu können. Diese Ideen entfremden den Menschen von seinen natürlichen Grundlagen.

Genauso wie eine Eiche oder die Weltesche in Wagners "Ring der Nibelungen" fest verwurzelt ist in der Muttererde und hundert Jahre organischen Wachstums braucht, bis sie zur vollen Blüte gereift ist, genauso ist das Individuum in seiner organischen Einheit, dem Volk, verankert. Werden beide herausgerissen, so müssen sie verkümmern. Die Weltesche verdorrt bei Wagner, weil Wotan ihr einen Ast ausreißt.

Hinter solchen Vorstellungen standen natürlich auch die Erfahrungen von Isolation durch eine sich allmählich entwickelnde kapitalistische Marktwirtschaft, die alle bisherigen sozialen Bande auflöst und nur noch das blanke Interesse als gesellschaftliche Verkehrsform zuläßt. Dies trieb viele Deutsche bei ihrer Suche nach einer neuen Identität an, die sie jenseits der Realität in einer erträumten Einheit des Volkes fanden, das dem Individuum Schutz und Sicherheit vermitteln konnte. Dagegen war der Jude der Prototyp der neuen Zeit, die Inkarnation des entwurzelten Menschen, des Ahasver, der nur noch ruhelos dem Profit nachjagte und blind den Imperativen von Geld und Markt gehorchte.

Die deutsche Sprache

Neben der Geschichte spielte auch die Sprache bei der geistigen Mobilmachung eine wichtige Rolle. Vorreiter war hier Fichte, der zusammen mit Schelling wichtigste Philosoph der Romantik. Er gehörte ebenfalls zu den Kriegstreibern und zog trotz seines hohen Alters 1813 noch selbst in den Krieg. In seinen 1807 begonnenen "Reden an die deutsche Nation" bezeichnet er die Deutschen als das Urvolk schlechthin. Er begründet dies mit der Besonderheit der deutschen Sprache. Die Deutschen unterschieden sich von den anderen Völker dadurch, daß sie nie eine andere Sprache angenommen haben. Dieses Argument scheint er direkt von Herder übernommen zu haben, der bereits 1778 erklärte, daß die deutsche Nation ihre Sprache "unvermischt mit andern" erhalten habe.

Die antirationalistische Stoßrichtung der Romantik geht einher mit einer Intellektuellen-Kritik. Die Welt der Intellektuellen, die Welt des Denkens und Verstandes ist krank, behaupten etwa die Gebrüder Schlegel und Novalis. Eine gesunde, einfache Welt gibt es ihrer Meinung nach nur noch bei den einfachen Leuten und in ihrer Volkspoesie. Die Romantiker stellen sich die Aufgabe, diese Volkspoesie wieder zum Sprechen zu bringen. Sie schwärmen aus, um die deutschen Sagen, Märchen und Volkslieder zu sammeln. Das gute, edle und instinktsichere ländliche Volk hat seine Natürlichkeit noch bewahren können. Mit der Veröffentlichung ihrer Volkslieder muß man ihm ein Bewußtsein seiner selbst geben. Insofern erfüllen die Volks- und Märchenbücher, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts veröffentlicht werden, eine enorme politische Funktion.

Am bekanntesten wurden sicherlich die Märchenbücher der Gebrüder Grimm. Aber zur damaligen Zeit waren die Volks- und Märchenbücher von Tieck, Görres, Arnim und Brentano sowie von Bechstein mindestens genauso bekannt. Mit der Verherrlichung des Landes und seiner an die Scholle gebundenen bäuerlichen Bevölkerung haben wir wieder einen Gegenentwurf zum Juden. Zumindest was die Vorstellung eines großen Teiles der Bevölkerung betraf. Der Jude war darin die Versinnbildlichung des Händlers, des Intellektuellen und des Stadtbewohners,der keinen Zugang mehr hatte zu der natürlichen Lebensweise. Der Jude wurde somit auch hier als das Böse identifiziert. Demgegenüber ist der Bauer der Hüter volksgebundener Naturtradition.

Der arische Mythos

Neu in der Romantik ist auch, daß die Juden jetzt zu einer fremden Rasse erklärt werden. Dies konnte deshalb so gut gelingen, weil ein zentrales christliches Element, die Vorstellung von der Einheit des Menschengeschlechts allmählich seine Bindungskraft verlor. Im 18. Jahrhundert wurde vor allem von den Vertretern der Aufklärung und der sich herausbildenden Humanwissenschaften wie der Anthropologie ein Angriff auf breiter Front gegen diese Vorstellung geführt. Wie ist es zu erklären, fragten sie, daß nicht alle Menschen auf dem gleichen Entwicklungsniveau sind, wenn wir doch alle von Adam abstammen? Wie ist es zu erklären, daß die Weißen um so viel weiter fortgeschritten sind als die Schwarzen und Indios? Befinden wir uns nur auf unterschiedlichen Ebenen eines ansonsten für alle Menschen gleichen Entwicklungsweges? Oder haben die unterschiedlichen Entwicklungsstufen nicht doch etwas mit unterschiedlichen biologischen Voraussetzungen zu tun? Gibt also nicht doch unterschiedliche Rassen, wie die Polygenetiker behaupteten?

Aus diesen Überlegungen entwickelte sich bald der Mythos einer nordisch-germanischen Rasse, die allen anderen Rassen überlegen sei. Der arische Mythos fand unter den Romantikern begeisterte Anhänger. Zu ihnen gehörten etwa Jacob Grimm oder Friedrich Schlegel. Der arische Mythos erfüllte verschiedene Bedürfnisse: Zum einen entsprach er dem Wunsch nach einer anderen Abstammung als der jüdischen. Es ist nicht möglich, den Juden zum absoluten Feind zu stilisieren, wenn man zugeben muß, daß man vom selben "Blut" abstammt. Aufgrund der Kritik der Aufklärung konnte auch nicht mehr umstandslos auf das christliche Argument der Verdammnis der Juden aufgrund ihres "Gottesmordes" zurückgegriffen werden. Das "Argument" von der arischen Rasse stellte hier mehr dar als die Rolle eines Lückenbüßers. Hatten nicht doch auch wissenschaftliche Untersuchungen, wie die Schädelmessungen nachgewiesen, daß es unterschiedliche Rassen gibt? Und selbst der "Nachweis" war gelungen, daß die Schwarzen einer Verbindung von Mensch und Affen entstammten. Durch den Nachweis unterschiedlicher Rassen war es wieder möglich, die jüdisch-semitische Rasse als gleich starke Gegenrasse schlechthin darzustellen, die mit der arischen Rasse im unversöhnlichen Kampf um die Weltherrschaft steht.

Der arische Mythos verknüpfte sich dann mit dem Mythos eines christlich-germanischen Messianismus. Seinen Höhepunkt sollte dies in den Opern Richard Wagners, vor allem im "Parsifal" erreichen, der die christlich-germanische Nation vom Judentum befreit.

Der deutsche Antisemitismus gewann bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch seine Verknüpfung mit einem naturalistischen und biologistischen Volks-, Nationen- und Rassenbegriff eine ganz besondere Qualität und Dynamik. Die zur Gegenrasse konstruierten Juden in Deutschland hatten nicht mehr die Möglichkeit, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Rasse bleibt Rasse. "Ein Pferd, das in einem Kuhstall geboren wurde, ist deshalb noch lange keine Kuh", formulierte es ein Abgeordneter im Kaiserreich.

Ich komme noch einmal zurück zu Kt.s Artikel in ak 392. Weil sich Kt. die Frage nach der Besonderheit des deutschen Antisemitismus gar nicht stellt, begreift er auch den fundamentalen Unterschied zu anderen Bevölkerungsgruppen wie den Frauen und der Arbeiterklasse nicht, deren Unterdrückung "in gewisser (Hervorhebung Kt.) Hinsicht zeitweise noch stärker waren als der Gegensatz Juden-Nichtjuden.". Es ist kein Verhältnis von "Mehr-oder-Weniger"-Diskriminierung. Dies gilt vielleicht im Blick auf den aufklärerischen Antisemitismus. Für den in Deutschland bestimmenden rassischen Antisemitismus ist es ein qualitativ neues Verhältnis, da hier die Juden als absoluter Gegensatz konstruiert werden. Dagegen waren die Frauen schon immer Teil eines organischen Ganzen, wenn auch mit anderen Aufgaben und Funktionen als die Männer ("gleichrangig aber nicht gleichartig"); oder sie waren - wie die Arbeiterklasse - Objekte der Integration. Die Arbeiterklasse war nicht von vorneherein das Andere des deutschen Volkes und konnte durch Zuckerbrot und Peitsche durchaus wieder integriert werden. Außerdem eigneten sich diese beiden Gruppen schlechterdings durch ihre pure Zahl nicht zum absoluten Feindbild. Der Jude blieb aber "unabwaschbar Jude" (Heine). Selbst Assimilation und Hurra-Patriotismus halfen ihm nichts, ja sie machten ihn im Gegenteil - wie erwähnt - noch gefährlicher, weil er jetzt nicht mehr anhand von Äußerlichkeiten abgegrenzt werden konnte und von daher um so heimtückischer seinen Dolchstoß ansetzen konnte.

Diese ausweglose Situation der Juden hat Sartre so beschrieben: "Nie wird ihm die Sicherheit des armseligen Christen zuteil werden. Vielleicht ist es mit ein Sinn des Romans ‚Der Prozeß` des Israeliten Kafka: Wie der Held des Romans, so ist der Jude in einen langen Prozeß verwickelt. Er kennt seine Richter und Anwälte kaum, er weiß nicht, was man ihm vorwirft, und doch weiß er, daß man ihn für schuldig hält."

Meine Mutter hat den gleichen Sachverhalt - ohne Sartre zu kennen - immer so formuliert: "Irgendwos weans scho gmocht hom, sonst häd eana neamads wos do." (Irgendetwas werden sie schon gemacht haben, sonst hätte ihnen niemand etwas getan).

ef.

34. Ökonomie und Politik der "Endlösung"

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:03

Vor zehn Jahren stießen Susanne Heim und Götz Aly mit ihrem Beitrag zur "Ökonomie der ‚Endlösung`" (1) eine Diskussion an, die bis heute in der deutschen Linken noch nicht richtig angekommen ist. Mit ihrem 1991 erschienenen Buch über die "Vordenker der Vernichtung" (2) legten sie weiteres umfangreiches Material vor und vertieften ihre Hypothesen. 1995 führte Götz Aly mit seinem Buch "Endlösung" (3) zusätzliche Gesichtspunkte und vor allem eine völlig neue Schwerpunktsetzung ein, die im Grunde seine bisher gemeinsam mit Susanne Heim vertretene Argumentation relativiert.

Im Zentrum der früheren Deutung standen die Ausführungen deutscher Wissenschaftler, die (schon vor dem Krieg) von einer eklatanten "Überbevölkerung" Osteuropas - besonders in der Landwirtschaft und den agrarischen Gebieten - ausgingen. Die Zahl der "Überzähligen" wurde beispielsweise für verschiedene Regionen Polens zwischen 50 und 75 Prozent der Bevölkerung beziffert.

50 Millionen "Ballastexistenzen"

Diese "Überbevölkerung" wurde als entscheidendes Hemmnis einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Effektivierung und Modernisierung, d.h. einer kapitalistischen Organisierung und Ausbeutung Osteuropas für deutsche Interessen, betrachtet. Der nationalsozialistische Ökonom Meinhold schrieb 1941, daß in Südosteuropa 12 bis 15 Millionen agrarische Arbeitskräfte "in Bewegung gesetzt" werden könnten. Zusammen mit ihren Familienangehörigen errechnete Meinhold eine Gesamtzahl von annähernd 50 Millionen Menschen, die "aus dem Bereich ihrer bisherigen annähernd geschlossenen Hauswirtschaft herausgerückt" werden könnten. Für Polen kam Meinhold zu der Schlußfolgerung, daß jeder zweite Mensch in der Landwirtschaft "nichts als toten Ballast" darstelle. (4)

Besonders die massenhaft verarmte jüdische Bevölkerung Osteuropas wurde von diesen Wissenschaftlern als Störfaktor einer kapitalistischen Durchorganisierung und Modernisierung betrachtet. Die "Entjudung" galt ihnen deshalb als Mittel zur ökonomischen Rationalisierung, beispielsweise durch die massenhafte Stillegung von kleinen und handwerklichen Betrieben zugunsten weniger größerer Einheiten, wie nach dem Anschluß Österreichs (1938) in Wien praktiziert.

Insgesamt stellte sich bei solchen bevölkerungspolitischen Berechnungen die Frage, was mit den Millionen von "Ballastexistenzen" künftig geschehen sollte. Die projektierte modernisierte kapitalistische Gesellschaft würde sie nicht ohne weiteres aufnehmen können, und ein Bedarf an ausländischen Arbeitskräften war auch im Deutschen Reich - abgesehen von den Sonderbedingungen des Krieges - nicht gegeben. Darauf gründeten sich Pläne - die dann teilweise auch in die Praxis umgesetzt wurden -, den "Bevölkerungsüberschuß" durch Massendeportationen und schließlich auch durch Massenmord entscheidend zu reduzieren.

Der erstmals 1941 ausgearbeitete und danach fortgeschriebene sog. Generalplan Ost sah die "Aussiedlung" von bis zu mehr als 50 Millionen Menschen aus den besetzten osteuropäischen Ländern und Gebieten vor. Aber "Aussiedlung" wohin? Für die Behandlung der Juden handelte es sich schon 1941 nur um eine euphemistische Umschreibung des Massenmords. Was die anderen Völker oder Bevölkerungsteile anging, bestand die Fiktion, sie nach der militärischen Zerschlagung der Sowjetunion "weit nach Osten abzuschieben", etwa nach Sibirien. Die Realisierung hätte allerdings bedeutet, daß an den künftigen deutschen Ostgrenzen ein - aus nationalsozialistischer Sicht gesehen - Risikopotential entstanden wäre. Daher muß bezweifelt werden, ob der Begriff der "Aussiedlung" gegenüber den slawischen Völkern ernstgemeint war, oder ob er nicht auch hier nur zur Kaschierung von Genozid-Absichten diente.

Ideologisches Vernichtungsprogramm

Ein großes Verdienst der Arbeiten von Heim/Aly liegt darin, daß sie - mit viel neuem Material - den deutschen Völkermord an den Juden in den allgemeinen Kontext einer imperialistischen, d.h. auch durchaus rationalen, zweckorientierten Politik zurückgeführt haben. Sie stellten sich damit gegen den Mainstream einer zunehmend entpolitisierten, isolierten Interpretation des Holocaust.

Zugleich ist die nahezu ausschließlich ökonomische und sozialpolitische Betrachtung der nationalsozialistischen "Bevölkerungspolitik" aber auch eine entscheidende Schwäche ihrer Arbeiten. Wie in dem Titelwort von den Vordenkern bereits zum Ausdruck kommt, stellen Heim/Aly die Dinge überwiegend so dar, als wären die Vertreter eines allseitigen "Modernisierungsprogramms" unter den deutschen Wissenschaftlern die entscheidenden Triebkräfte zum Völkermord an den Juden gewesen. Heim/Aly scheinen die Rolle der rassistischen Ideologie und der nationalsozialistischen Spitzenpolitiker in diesem Prozeß sehr gering zu schätzen. Da sie diesen Aspekt in ihren Arbeiten durchgehend vernachlässigt oder fast völlig ausgeblendet haben, muß dies wohl als Absicht und Ausdruck einer bestimmten Sichtweise verstanden werden.

Dem Völkermord an den Juden lag ein ideologisch begründetes Vernichtungsprogramm zugrunde, das seine Motive und seine internen Legitimierungen in erster Linie gerade nicht aus der Sphäre kapitalistischer Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik bezog. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die deutschen Nationalsozialisten diesen Völkermord total betrieben, also auch dort, wo die Argumentation mit der "Überbevölkerung" oder mit anderen wirtschaftlichen Gesichtspunkten von vornherein keine Rolle spielen konnte, etwa im Deutschen Reich selbst und in den besetzten Ländern Westeuropas. Die ökonomische Argumentation stellte gewiß eine wichtige Brücke zwischen den nationalsozialistischen Ideologen einerseits und den rationalistisch orientierten Wissenschaftlern, Beamten usw. andererseits dar. Daraus auf eine führende oder maßgebliche Rolle der letzteren bei der Planung und Durchsetzung des Holocaust zu schließen, ist jedoch falsch.

Auch der Generalplan Ost mit der geplanten "Aussiedlung" von 30, 40 oder 50 Millionen "slawischen Untermenschen" wird mißverstanden, wenn er in erster Linie als Produkt einer zwar barbarischen, aber irgendwie eben doch auch "modernen", an kapitalistischen Kriterien orientierten Bevölkerungspolitik gedeutet wird. Das rassistisch begründete Ziel des deutschen Nationalsozialismus, die slawischen Völker Osteuropas und der Sowjetunion bis auf kleine assimilierbare Reste zu vernichten und den eroberten Großraum systematisch zu "germanisieren", d.h. mit Deutschen, Niederländern und Skandinaviern zu besiedeln, ist mit einer rein ökonomischen Interpretation nicht angemessen zu erfassen.

Platz für die Volksdeutschen

In seinem jüngsten Buch "Endlösung" hat Götz Aly einen neuen Schwerpunkt gesetzt. Im Zentrum stehen die engen Zusammenhänge zwischen der "Heimholung" und Ansiedlung der sog. Volksdeutschen aus Osteuropa einerseits und der Entwicklung der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik andererseits. Die Radikalisierung der Behandlung der Juden durch die Deutschen in den Jahren 1939-41 bis hin zum Massenmord wird von Aly als Folge des Scheiterns der deutschen Umsiedlungspläne interpretiert.

Insgesamt wurden bis 1944 mehr als 900.000 Volksdeutsche aus Osteuropa einschließlich der UdSSR umgesiedelt, in erster Linie wohl in die unmittelbar ins Deutsche Reich eingegliederten früheren westpolnischen Gebiete - nach Ostoberschlesien und in den sog. Reichsgau Wartheland, die Region um Posen/Poznan. (5) Knapp die Hälfte, 435.000 Menschen, wurden in der Zeit vom September 1939 bis zum 1. November 1940 umgesiedelt. (5 b)

Am Anfang dieser Entwicklung stand die organisierte, geschlossene "Rücksiedlung" der deutschen Minderheiten aus allen Gebieten, die Deutschland im Geheimabkommen mit der UdSSR 1939 als sowjetische Interessensphäre anerkannt, das hieß praktisch zur Annexion durch die UdSSR freigegeben hatte. Das betraf zunächst Lettland, Estland und (in der zweiten Jahreshälfte 1940) Litauen mit insgesamt etwa 130.000 Baltendeutschen sowie Teile Rumäniens. Auch aus dem besetzten Polen, dem sog. Generalgouvernement, wurden kleine deutsche Volksgruppen umgesiedelt.

Auf den ersten Blick erscheint es verblüffend und widersprüchlich, daß die Nationalsozialisten alteingesessene Deutsche oder "Deutschstämmige" aus Gebieten abzogen, die wenig später, im Zuge des Eroberungskrieges gegen die Sowjetunion, doch wieder zur "Germanisierung", also auch zur massenhaften Ansiedlung von Deutschen, vorgesehen waren. Hierfür kommen mehrere mögliche Gründe in Betracht:

1. Die Nationalsozialisten hatten von den meisten osteuropäischen Volksdeutschen keine hohe Meinung. Sie galten als zwar im Grundsatz integrationsfähig, aber doch mehr oder weniger slawisiert und rassisch unzuverlässig. Ihre Assimilation sollte im Reichsgebiet bzw. in den unmittelbar ins Reich eingegliederten

früheren westpolnischen Gebieten erfolgen, während für die "Germanisierung" der eroberten Gebiete im Osten nur Menschen aus dem Deutschen Reich, teilweise auch aus Skandinavien und den Niederlanden, vorgesehen waren, die im nationalistischen Sinn eine rassische Elite darstellen sollten.

2. Die umgesiedelten Volksdeutschen sollten Löcher stopfen, die durch die geplante Vertreibung von Polen und Juden aus den eingegliederten ehem. westpolnischen Gebieten entstehen würden.

3. Sie dienten in der Praxis den deutschen Dienststellen als "Verfügungsmasse" (6), um Vertreibungs- und zum Teil auch schon Mordaktionen damit zu begründen, daß für die volksdeutschen Umsiedler Platz geschaffen werden müsse.

Das Scheitern der "Völkerverschiebung"

Wie Aly ausführlich darstellt, mißlang die "Rücksiedlung" - zunächst der Baltendeutschen - auf ganzer Linie. Zehntausende waren noch Monate nach ihrer "Heimholung" in Aufnahmelagern und improvisierten Notquartieren untergebracht. Aly gibt ihre Zahl für den Winter 1940/41 mit rund einer Viertelmillion Menschen in 1.500 Umsiedlerlagern an. Parallel dazu scheiterten auch die kurzatmig angesetzten, oft schon innerhalb weniger Wochen wieder korrigierten Vertreibungsprogramme gegen die Polen und Juden der ins Reich eingegliederten ehem. westpolnischen Gebiete. Nach den Angaben Eichmanns waren bis März 1941 "nur" wenig mehr als 400.000 Menschen aus den neuen Reichsgauen ins Generalgouvernement abgeschoben worden. (7) Bis zu fünf Millionen hätten es nach den maximalen Planzahlen eigentlich sein sollen.

Erst das Scheitern aller miteinander verknüpften Umsiedlungs- und Vertreibungspläne habe dann "in einem zweiten Schritt zum Bau und Betrieb der Vernichtungslager" geführt, behauptet Aly. (8) Aufgrund seiner Untersuchungen meint er zu "erkennen, wie die Zwänge, die sich aus der deutschen Kriegführung, dem Heim-ins-Reich der Volksdeutschen und dem damit verbundenen Aus- und Ansiedeln ergaben, immer wieder die jeweils gedachte Form des Projekts 'Lösung der Judenfrage' beeinflußten und zu immer radikaleren Entwürfen führten". (9) Bei der Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden habe es sich folglich "nicht um einen jähen, voluntaristischen Akt des Diktators und seiner Satrapen" gehandelt, "sondern um einen politischen Entscheidungsprozeß, der sich über viele Monate hinzog" (10).

In dem alten Streit zwischen den "Intentionalisten" und den "Funktionalisten" stellt Götz Aly sich nun ausdrücklich auf die Seite der letzteren. Ihrer Ansicht nach entwickelte sich die Entscheidung zum Massenmord an den Juden in einem "System kumulativer Radikalisierung" (11). Das heißt, die von ihnen selbst geschaffenen Probleme und Sachzwänge hätten die deutschen Nationalsozialisten schließlich zum Völkermord an den Juden geführt, ohne daß es dafür eine festmachbare, datierbare Entscheidung gegeben habe.

Diese Interpretation läßt beiseite, worauf die "Intentionalisten" mühelos und unbestreitbar verweisen können: Die Vernichtung der Juden war von den Nationalsozialisten a priori - unabhängig von den konkreten Entwicklungen, die sich im Verlauf der großen "Völkerverschiebung" ergaben - beabsichtigt.

Erstens ging die NS-Ideologie grundsätzlich von einem bevorstehenden finalen Entscheidungskampf zwischen jüdischer und deutscher (germanischer) "Rasse" aus, in dem es letzten Endes nur um die Vernichtung der einen durch die andere gehen konnte. Das Ausmaß, in dem diese Weltsicht das praktische Handeln der deutschen Spitzenpolitiker tatsächlich beeinflußte und bestimmte, wird von Autoren, die vom historischen Materialismus herkommen, oft unterschätzt.

Zweitens hatte Hitler schon zu Anfang des Jahres 1939 in öffentlicher Rede angekündigt, daß es im Fall eines neuen Weltkriegs zur "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" kommen würde (12). Daß Hitlers Drohung damals anscheinend weltweit als metaphorisch mißverstanden wurde, mag gerade eben noch erklärlich erscheinen, da Hitler im Fortgang seiner Rede den Eindruck erweckte, als meine er lediglich eine propagandistische Auseinandersetzung mit "dem Weltjudentum". Nach Auschwitz aber sollte für die Deutung, der Völkermord an den Juden habe sich irgendwie spontan aus dem Durcheinander der deutschen Dienststellen und aus selbst produzierten Desastern ergeben, eigentlich kein Platz mehr sein. Statt dessen müßte die schrittweise Radikalisierung der deutschen "Judenpolitik" in erster Linie in Beziehung gesetzt werden zur Ausweitung des Krieges. (13) Anders gesagt: Nachdem Heim/Aly zu Recht und mit Nutzen den

Blick auf die bis dahin vernachlässigte "Ökonomie der Endlösung" gelenkt haben, wäre es an der Zeit, auch die zugrundeliegende Politik zu betrachten.

Die Annahme, daß die Entwicklung mehr oder weniger spontan so verlaufen sei, wie von Hitler "vorausgesagt", geht möglicherweise der von Hitler selbst produzierten und gepflegten Sichtweise auf den Leim. Seine Vernichtungsdrohung nannte Hitler konsequent eine "Prophezeiung", ganz so, als wäre er nicht selbst der maßgebliche Befehlsgeber für alle wesentlichen Stadien des Völkermords gewesen. Er sah sich gern als der mit einer genialen Intuition begabte "Prophet", der anfangs höhnisch verlacht wurde und am Ende doch immer wieder Recht behielt. Als mit der "Vorsehung" zuverlässig im Bunde ließ er sich auch mit großem Vergnügen öffentlich feiern.

Hitlers Rolle im Entscheidungsprozeß

Götz Aly hat ganz sicher recht, daß Hitler in die Eskalation zum Holocaust bemerkenswert selten und knapp eingriff - verglichen mit der Akribie und autodidaktischen Besessenheit, die er manchmal sogar minimalen Details der Kriegführung und Waffentechnik widmete. Auch dem folgenden Satz würde ich weitgehend, wenn auch nicht absolut zustimmen: "Die Rolle Hitlers läßt sich (...) nicht als die des unerbittlichen Befehlsgebers beschreiben, sondern als die eines Politikers, der seinen Leuten freie Hand ließ, sie ermunterte, Phantasie zu entwickeln, um das unmöglich Erscheinende doch möglich zu machen, und der sie bedingungslos deckte." (14)

Problematischer scheint mir die Behauptung: "Eines Führerbefehls bedurfte es dafür nicht, ja, er wäre kontraproduktiv gewesen. Hitler wirkte an dem Konsens mit, stellte Forderungen, bedeutete den Exekutoren, daß sie sich an keinerlei tradierte Norm zu halten brauchten, sondern jede, aber auch jede Art der ‚Lösung` praktizieren dürften - er befahl nicht. Tatsächlich handelte es sich um einen offenen Entscheidungsprozeß zwischen den Spitzenvertretern der einschlägigen Institutionen einerseits und deren nachgeordneten Mitarbeitern andererseits." (15)

Zum einen war der Entscheidungsprozeß nicht offen, sondern mußte nach dem Willen Hitlers zur gegebenen Zeit auf die physische Vernichtung der Juden hinauslaufen. Zweitens waren die nachgeordneten Dienststellen selbstverständlich nicht frei, jede von ihnen für zweckmäßig gehaltene "Lösung" zu dem ihnen gerade passend erscheinenden Zeitpunkt zu praktizieren.

Die Eskalation der deutschen "Judenpolitik" war von der Berücksichtigung vieler anderer Faktoren abhängig, nicht zuletzt auch von außenpolitischen und kriegsstrategischen Erwägungen. Hitler hatte sich zweifellos strikt vorbehalten, daß jeder wesentliche Eskalationsschritt seine Zustimmung benötigte. (16) Ebenso lag die letzte Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Dienststellen - und diese waren in der Tat sehr zahlreich und gewichtig - immer bei Hitler. War dann ein "Führerentscheid" zustande gekommen, so war es für die unterlegene Seite kaum noch möglich, diesem offen entgegenzuhandeln.

An vielen Punkten der Entwicklung von der Vertreibungs- zur Vernichtungspolitik gegen die Juden griff Hitler unmittelbar und eigeninitiativ mit Anweisungen ein, an deren Befehlscharakter auch dann nicht zu zweifeln ist, wenn sie gelegentlich in die damals durchaus übliche Formulierung gekleidet wurden, es sei "des Führers Wunsch", daß so gehandelt werden solle. Hinreichend belegt ist insbesondere, daß der Übergang zur Ermordung von jüdischen Frauen und Kindern in der Sowjetunion im August 1941 - bis dahin waren "nur" Männer und männliche Jugendliche ermordet worden - mit dem Vorliegen eines Führerbefehls begründet und im Zweifelsfall auch legitimiert wurde. (17)

Die Vorstellung, daß sich die scheinbar so allmächtigen Nationalsozialisten bei ihrer Um- und Aussiedlungspolitik in einem Gestrüpp von Pannen und Kompetenzstreitereien verstrickt hätten, entbehrt sicher nicht eines gewissen Charmes. Sie bedarf aber wohl der Relativierung und der Skepsis.

Wenn beispielsweise das vorgebliche Projekt eines "Judenreservats im Raum Lublin" (Ostpolen) im Oktober 1939 innerhalb weniger Wochen, schon nach den allerersten Deportationen von ein paar tausend Menschen, abgebrochen wurde, so kann das kaum noch als "Scheitern" interpretiert werden, wie Aly es tut. Sinnvoller ist die Annahme, daß es sich von Anfang an nicht um ein ernstgemeintes Vorhaben, sondern nur um das erste Erproben von Deportationstechniken und die Einstimmung aller beteiligten Dienststellen darauf gehandelt hat.

Ähnliches gilt für das im Sommer 1940 nur wenige Wochen lang erörterte "Madagaskar-Projekt". Dabei ging es um den Abtransport aller europäischen Juden nach Madagaskar, das eine Art KZ-Insel werden sollte. Aly, der sich über die Ernsthaftigkeit dieses "Projekts" auch schon einmal skeptischer geäußert hat, scheint es in seinem jüngsten Buch plötzlich ganz ernstzunehmen. Weit wahrscheinlicher ist die Annahme, daß der "Madagaskar-Plan" von Anfang an nur Tarnung und Spielmaterial war. (18)

Ein gewisses Maß an Realitätssinn sollte man den nationalsozialistischen Politikern und Beamten wohl zutrauen. Wahrscheinlich wußten sie recht genau im Voraus, was passieren würde, wenn man mehrere hunderttausend Menschen - zudem bevorzugt die nicht Arbeitsfähigen - aus den ins Reich eingegliederten ehem. polnischen Westgebieten ins Generalgouvernement hineinstopfte, zugleich aber vom Generalgouvernement die Abstellung einer hohen Zahl von polnischen Zwangsarbeitern ins Reich und obendrein große Lieferungen an Lebensmitteln usw. verlangte.

Und die Umsiedlung der Volksdeutschen, deren Scheitern Aly als wesentliche Triebkraft für die Radikalisierung der deutschen "Judenpolitik" interpretiert? Durch nichts waren die Nationalsozialisten überhaupt genötigt gewesen, sich dieses Problem mit den daraus resultierenden "Sachzwängen" aufzuhalsen.

In der konkreten Argumentation sah es oft so aus, daß die Zwangsaussiedlung von Polen und Juden (wie auch die Ermordung von Geisteskranken) mit präzisen Notwendigkeiten begründet (und gerechtfertigt) wurde, für eine bestimmte, auf die letzte Stelle genau bezifferte Anzahl von Baltendeutschen, Galiziendeutschen usw. Platz schaffen zu müssen. Die Unterbringung von mehreren zehntausend Volksdeutschen in Lagern und Notquartieren unterstrich scheinbar die Dramatik der Lage. Aber daß die Juden vollständig und die Polen überwiegend aus den neuen Reichsgauen "verschwinden" sollten, stand von vornherein als erklärtes Ziel fest und ergab sich keineswegs erst aus der Entwicklung heraus. Die Umsiedlung der Volksdeutschen war ein ergänzendes Element der "Germanisierung", bildete also insoweit mit der Vertreibungspolitik einen logischen Zusammenhang, war aber in überhaupt keiner Weise deren Ursache.

Kt.

Anmerkungen:

1) Susanne Heim und Götz Aly: Die Ökonomie der "Endlösung". Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung. In: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 5; Rotbuch Verlag Berlin, 1987.

2) Götz Aly und Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1991.

3) Götz Aly: "Endlösung". Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1995.

4) Aly/Heim, Vordenker, S. 111-112.

5) Nach offiziellen Angaben, die im Juli 1944 veröffentlicht wurden, wurden bis dahin insgesamt 908.000 Volksdeutsche "in das Reich rückgesiedelt". (Archiv d. Gegenwart, S. 6462).

5 b) Aly/Heim, Vordenker, S. 501.

6) Den Begriff "Verfügungsmasse" verwendet Karl Heinz Roth, als kritischen Einwand gegen die Darstellung Alys, in einer Rezension, die in Nr. 2/1997 der Zeitschrift "1999" erschienen ist.

7) Aly, Endlösung, S. 18.

8) Aly, Endlösung, S. 17.

9) Aly, Endlösung, S. 397.

10) Aly, Endlösung, S. 25.

11) Ein Begriff des Historikers Hans Mommsen, den Götz Aly als "tragfähig" bezeichnet. (Endlösung, S. 398)

12) Reichstagsrede Hitlers am 30. Januar 1939. "Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk,

das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist. Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

13) Propagandaminister Goebbels notierte am 13. Dezember 1941, wenige Tage nach der deutschen Kriegserklärung an die USA, ins Tagebuch: "Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, daß, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muß die notwendige Folge sein." (Fröhlich, II.2, S. 498-499)

14) Aly, Endlösung, S. 396.

15) Aly, Endlösung, S. 390.

16) Man beachte beispielsweise im Protokoll der Wannsee-Konferenz (20.1.42) die Formulierung: "Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten". ("Evakuierung nach dem Osten" bedeutete in erster Linie Deportation in die Vernichtungslager.)

17) Vgl. dazu insbesondere: Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die "Genesis der Endlösung", Metropol Verlag, Berlin 1996.

18) Zwei Hauptzwecke sind dabei zu vermuten: Erstens bot der "Madagaskar-Plan" Gelegenheit, alles Zahlenmaterial über die Juden in Europa auf deren geschlossene "Evakuierung" hin zu bündeln und die notwendigen Berechnungen über die Durchführung eines so gigantischen Transportunternehmens anstellen zu lassen. Zweitens ließ sich das Phantomprojekt in einem problematischen Zeitraum - als Vertreibungen, Enteignung, Verelendung und Ghettoisierung der Juden vor allem im Generalgouvernement eine sehr kritische Lage geschaffen hatten, aber der nächste Schritt zur Massenvernichtung noch nicht für opportun gehalten wurde - zur Vertröstung der untergeordneten Dienststellen einsetzen.

35. TümeInder Minderheitenschutz. Die Politik des Europ. Zentr. f. Minderheitsfragen u. Föd. Union Europ. Volksgruppen

Die Politik von EZM und FUEV

Autor: Rudi Arendt · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:22

Der folgende Beitrag ist eine redaktionell gekürzte Antwort auf den Artikel von Henning Nielsen, Antinationale auf dem Holzweg. ECMI - neue Speerspitze imperialistischer deutscher Außenpolitik?, den wir in ak 401 veröffentlicht haben. Rudi Arendt setzt sich in seiner Entgegnung mit den Zweifeln an der Kritik gegenüber den Zielsetzungen des ECMI auseinander. Er zeigt Verflechtungen zwischen dem ECMI und der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) auf und verweist auf weitere kritische Positionen.

Am 4. Dezember 1996 ist in Flensburg das "Europäische Zentrum für Minderheitenfragen" (EZM) eröffnet worden (englisch: European Centre for Minority Issues; ECMI). Direkt zur Eröffnung hat ein Autorenkreis um Hans-Rüdiger Minow Recherchen über die Zielsetzungen des Instituts veröffentlicht. Das EZM, das "Konfliktvermittlung an ethnopolitischen Brennpunkten des Kontinents betreiben will", wird in dem Buch Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas heftig angegriffen. Unter anderem werfen die Autoren dem Flensburger Institut Vorbereitungen zur Destabilisierung fremder Staaten vor. Außerdem weisen sie auf zahlreiche Verbindungen zwischen dem EZM und faschistischen, antisemitischen und rassistischen Kreisen hin.

Ein Minderheitenforum mit Georg Brunner

Zur Vorgeschichte des EZM gehört nicht nur die Denkschrift des Grenzlandbeauftragten K. Hamer (SPD), wie Henning Nielsen anmerkt, sondern das kurz nach Hamers Tod im schleswig-holsteinischen Landtag durchgeführte Forum "Minderheiten in Europa" am 7. Juni 1991. Hamer wollte ein Zentrum für "alle nationalen, kulturellen, ethischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten" gründen, "deren Minderheitenstatus entweder durch Landesrecht oder international verbindliche Deklarationen anerkannt ist oder die sich selber als solche definieren und organisieren." Wünschenswert war aus seiner Sicht "jedoch eine von allen Staaten anerkannte Definition des Begriffs Minderheit. Sie darf nicht allein an traditionelle Herkömmlichkeit und Generationen übergreifende Ortsgebundenheit anknüpfen, sondern muß im Zeitalter der Immigration ausländischer Arbeitnehmer und der Freizügigkeit im EG-Raum auch die Bildung neuer Minderheiten zulassen."

Auf dem Minderheitenforum des Landtages kam es dann aber zu einem Auflauf der deutschsprachigen, alteingesessenen Volksgruppen vornehmlich aus Osteuropa (Rumänien, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Kasachstan). Anwesend waren u.a. auch der Präsident der "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV), Karl Mitterdorfer, weitere Funktionäre der FUEV, sowie Vertreter der Südtiroler Volkspartei, des Bundesinnenministeriums und des Auswärtigen Ausschusses. Der ebenfalls anwesende Vorsitzende der Roma und Sinti Union Schleswig-Holsteins, Emil Weiß, mußte sich dann vom Redner des Eingangsreferates, Dr. Georg Brunner, diffamierende Äußerungen anhören.

So seien die "3-4 Millionen Zigeuner" in Osteuropa eine von "zwei Problemgruppen in Millionengröße", die die "Unschärfe des Minderheitenbegriffes illustrieren." würden. Die "besondere Problematik" bestehe nicht nur darin, "daß die Zigeuner außerhalb der Aufnahmestaaten keinen eigenen Nationalstaat haben, sondern auch darin, daß ihr politisches Bewußtsein nur sehr bedingt ausgeprägt" sei. Dies wäre "bei den Zigeunern auch in anderen Ländern eine allgemeine Erscheinung", sagte Brunner.

Brunner arbeitet am Kölner Institut für Ostrecht, ist in den deutschen "Vertriebenenverbänden" tätig und hat z.B. 1993 beim Bund der Vertriebenen (BdV) eine Broschüre u.a. mit Herbert Czaja (Präsident des BdV) über die Zukunft der "deutsch-polnischen Beziehungen" veröffentlicht. Außerdem gibt Brunner seit 1993 die Zeitschrift Ethnos-Nation heraus. Sie ist neben dem FUEV-Blatt Europa-Ethnica eine weitere Publikation, die sich den Abstammungsgemeinschaften widmet.

In Brunners Minderheiten-Statistiken tauchen "Sondergruppen" auf, die als "Juden" und "Zigeuner" bezeichnet werden. Die rassistische Konstruktion der "Zigeuner" stattet Brunner mit Eigenschaften der Minderwertigkeit aus. Bei seinem Referat im schleswig-holsteinischen Landtag nannte Brunner als "zweite Problemgruppe" die Juden. Um keinen Zweifel daran zu lassen, daß er die 1,7 Millionen Menschen zählende Sondergruppe nach Abstammung definiert, ergänzte Brunner: "Die Religionsgemeinschaft ist natürlich eine andere Frage; bei den religiösen Juden handelt es sich natürlich um eine konfessionelle Gruppe."

Dreh- und Angelpunkt der Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung des EZM war von Anfang an dessen Minderheitenbegriff. Das wird auch in einem Entwurf für eine kleine Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Angelika Beer und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Bundesregierung vom April 1997 deutlich. Dort heißt es: "Zwar soll sich das ECMI aus einer ‚gesamteuropäischen Perspektive' mit Minderheitenproblemen befassen, die vakanten Vorstandspositionen sollen mit Vertretern anderer europäischer Staaten besetzt, sowie dessen Finanzierung durch einen EU-Beitrag ergänzt werden. Dennoch handelt es sich keineswegs um eine europäische, sondern um eine binational von der Bundesregierung, dem Land Schleswig-Holstein und dem Königreich Dänemark getragene Institution. Gerade weil die Behandlung von Problemen der ‚nationalen Minderheiten' die inneren Angelegenheiten anderer europäischer Staaten berührt und damit auch eine Gefahr für die zwischenstaatlichen Beziehungen darstellt, scheint dieses Vorgehen äußerst fragwürdig."

Annelie Buntenbach schreibt außerdem im Nachwort zu einer Sonderausgabe des Buches Von Krieg zu Krieg: "Mochte der dänische Partner schon den engen Minderheitenbegriff nicht mittragen, so sind die Differenzen mit anderen europäischen Regierungen noch weit tiefer. Nicht ein-mal eine gemeinsame Minderheitendefinition existiert im europäischen Rahmen. Der Name des Instituts verweist denn auch lediglich auf die ‚europäische Perspektive', in der die Minderheitenprobleme bearbeitet werden sollen, nicht auf eine Verankerung in der EU. Es ist auch zu hoffen, daß sich die Volkstumspolitik der deutschen Regierung auf dieser Ebene nicht durchsetzt und wenigstens dort nicht vergessen wird, welches Unheil unter den Minderheiten Europas eine ganz ähnliche Ideologie in diesem Jahrhundert bereits angerichtet hat."

EZM und FUEV

Henning Nielsen bezweifelt, daß es eine "direkte Verknüpfung von FUEV und ECMI" gibt, dafür würden Belege fehlen. Allerdings gab es bereits Hinweise der Landes- und der Bundesregierung, die bei der Standortvergabe des EZM auf die inhaltliche und räumliche Nähe zur FUEV aufmerksam gemacht haben. Wie sich mittlerweile herausgestellt hat, ist der von der Landesregierung in den Vorstand benannte Rainer Hofmann nicht nur bei der Kulturstiftung des BdV publizistisch tätig, sondern seit 1996 auch Mitherausgeber des FUEV-Zentralorgans Europa Ethnica.

Im Mai 1997 hat das EZM in Zusammenarbeit mit der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde ein Seminar über "Minderheiten in der Ukraine" veranstaltet. Im Haushaltsentwurf 1997 der Bundesregierung heißt es unter "Titel 68502 - Unterstützung von Maßnahmen der Vertriebenen":

"1. Ziel der Förderung: Infolge der wie- dergewonnenen Freiheit besinnen sich die Völker des Ostens heute verstärkt ihrer europäischen Identität und suchen Anschluß an Entwicklungsprozesse, die die Staaten Europas näher zusammenführen. Dabei nehmen die deutschen Heimatvertriebenen als ein ein breites politisches Spektrum repräsentierendes Gefüge von Vereinigungen und Institutionen eine zunehmend wichtiger werdende Mittlerrolle wahr, in die vielfach auch ihre kommunalen Patenschaftsträger einbezogen werden.

2. Institutionelle Förderung: Die Ostsee-Akademie ist eine von der Pommerschen Landsmannschaft - Zentralverband e.V. getragene Einrichtung, die gemeinsam von Bund und Land Schleswig-Holstein institutionell gefördert wird." In den wenigen Jahren ihres Bestehens habe sich die Akademie zu einem anerkannten "Zentrum der europapolitischen Arbeit der Vertriebenen im Ostseeraum entwickelt."

In der Mitgliederliste der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) ist die Ostsee-Akademie im Abschnitt über Förderorganisationen und wissenschaftliche Institutionen als "korrespondierendes Mitglied" eingetragen.

Innerhalb der FUEV sind die Vertreter "Deutscher Minderheiten und Volksgruppen" seit dem Nationalitätenkongreß in Flensburg-Kupfermühle im Mai 1993 auch zahlenmäßig stärker geworden. Damals

waren von 12 neu aufgenommenen Minderheiten- und Volksgruppenorganisationen knapp die Hälfte "deutsche Organisationen", wie z.B. die Partei der deutschsprachigen Belgier oder die Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien.

Damit stellen die 39 deutschen bzw. deutschsprachigen Volksgruppen bei 98 Mitgliedsorganisationen der FUEV aus 26 Staaten den mit Abstand größten Block. Sie besetzen mehrheitlich die Funktionärsposten und haben eine "Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEV" gebildet. An deren Tagungen nehmen regelmäßig Vertreter des Bundesinnenministeriums sowie des Auswärtigen Amtes teil.

Bei der Beurteilung der Kräfteverhältnisse innerhalb der FUEV ist die Tatsache von großer Bedeutung, daß die "deutschen Volksgruppen" als einzige eine Verfassung im Rücken haben, die sie per Staatsbürgerschaftsrecht zu Mitgliedern des deutschen Staatsverbandes macht. Dieser Staat kann sich dann als Schutzmacht aufspielen. In einem Beitrag über Die Republik Polen und die deutsche Rekolonisierungspolitik schreibt Zbigniew Wiktor vom Bund polnischer Kommunisten aus Wroclaw: "Wie die BRD die abgeschlossenen Territorialverträge versteht, zeigen z.B. die über 100.000 doppelten Staatsbürgerschaften der polnischen Bevölkerung, die durch die einseitigen deutschen Entscheidungen nun existieren. Die Anwendung des Artikels 116, Abs. 1 des Grundgesetzes der BRD auf Staatsbürger der Republik Polen, die von den sogenannten ‚Minderheiten' abstammen sollen, ohne Befragung der Regierung der Republik Polen, ist eine eindeutige Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Polen und stellt sein Hoheitsrecht in Frage. Das Problem ist noch größer geworden, da inzwischen mehr als 5.000 junge Polen von dieser Minderheitengruppe ihren Wehrdienst nicht bei der polnischen Armee, sondern bei Einheiten der Bundeswehr leisten." (In: Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht - diskriminierend & großdeutsch, GNN-Verlag, 1997)

Euroregion Nordschleswig

In der aktuellen Auseinandersetzung um die "Euroregion Schleswig" hat besonders der Bund deutscher Nordschleswiger (BdN) aktiv an der Einordnung Dänemarks in die Europapolitik mitgewirkt: "Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig begrüßt die europäische Integration und versteht sich auch als Baustein für Europa, für ein Europa der Vielfalt, in dem nationale und kulturelle Identitäten respektiert werden müssen. Vor diesem Hintergrund hat sich die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig im Jahre 1972 bei der Volksabstimmung in Dänemark über den dänischen EG-Beitritt mit Nachdruck für den dänischen EG-Beitritt eingesetzt. Mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes 1993 und dem damit verbundenen weiteren Abbau der Staatsgrenzen in Europa wird sich auch an der deutsch-dänischen Grenze der Wettbewerb - auch der kulturelle Wettbewerb - verstärken. Dieser Herausforderung muß die deutsche Volksgruppe durch ein offensives Mitgestalten des kulturellen und politischen Lebens in Nordschleswig, durch das Entwickeln eines grenzüberschreitenden regionalen Bewußtseins und durch die Übernahme von Brückenfunktionen begegnen. (...) Die deutsche Volksgruppe unterstützt die von der Föderalistischen Union (FUEV) seit langem geforderte Erarbeitung von Minderheitenschutzregelungen auf europäischer Ebene (...). Eine europäische Minderheitenschutzregelung sollte sich auf einige wenige Hauptgrundsätze beschränken, die aber für die Staaten verpflichtend sind (...)." (In: Gegenwartsfragen 69, Landeszentrale für politische Bildung).

Funktionäre des BdN nutzten die Loyalitätsbekundungen der deutschen Volksgruppe gegenüber dem dänischen Staat seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955: Zusammen mit der FUEV machten sie den "Nationalen Minderheiten- und Volksgruppenschutz", der in der Definition nur die völkischen, rassistischen Normen deutschen Staatsbürgerschaftsrechtes zuläßt, zum Gradmesser des Beitritts anderer Staaten in die Europäische Union. Damit der deutsch-dänische Modellfall auch weiterhin für eine "vorbildliche Minderheitenpolitik im vereinten Europa" herhalten kann, mußte Dänemark in die Europäische Union, und jetzt muß auch eine Euroregion Schleswig durchgesetzt werden.

Bei der offensichtlichen Dominanz deutscher aggressiver Volksgruppenziele in der FUEV bringt nicht nur Henning Nielsen die "liberalen und kritischen Kräfte" innerhalb der FUEV - wie z.B. die Sinti und Roma-Union - in Stellung gegen die gerechtfertigte Kritik an den Zielen der Organisation. Besser wäre es allerdings, dieses Spiel nicht mitzumachen, sondern politische Interessen und Kritik der Sinti und Roma ernst zu nehmen.

Diese wurden auf einer Pressekonferenz am 7. Februar 1997 anläßlich eines Roma-Kongresses im Kieler Landeshaus geäußert. Die Sinti und Roma fordern eine explizite Erwähnung ihrer Minderheit neben den Dänen und Friesen im Minderheitenartikel. Für eine entsprechende Änderung der Verfassung ist aber eine

Zweidrittelmehrheit im Landtag erforderlich, die ohne Stimmen aus der CDU nicht möglich ist. Diese aber zeigt dazu "keine Geneigtheit", wie es der schleswig-holsteinische Grenzlandbeauftragte Kurt Schulz ausdrückte. Die Einwände gegen eine Aufnahme der Sinti und Roma in den Minderheitenartikel machen sie - getreu der auf Blut und Boden beruhenden deutschen Volkszugehörigkeitsideologie - am fehlenden "festen Siedlungsgebiet" der Sinti und Roma fest.

Mattäus Weiß, Landesvorsitzender der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, kritisierte besonders diesen Einwand, indem er darauf aufmerksam machte, daß die Minderheit bereits seit Jahrhunderten in Deutschland lebe und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn sie immer wieder von Deutschen vertrieben worden sei. Überdies wandte er sich gegen die Bezeichnung "Volksgruppe". Die Sinti und Roma seien eine Minderheit, ebenso wie die Friesen und die Dänen. Die Bezeichnung "Volksgruppe" dagegen enthalte das völkische Element, das zu ihrer Ausgrenzung benutzt werde.

Im EZM werden die Sinti und Roma bisher nicht berücksichtigt. Kurt Schulz sagte auf Nachfrage, daß die Sinti und Roma seines Wissens ins EZM aufgenommen werden wollten. Die Entscheidung darüber sei jedoch nicht Sache der Landesregierung, sondern des EZM-Vorstandes. Weiß hingegen wußte nichts von einem Aufnahmeantrag. (Vgl. dazu LinX 4/97, S. 9)

Die "Albanische Frage" und das Sezessionsrecht

An Brunners Ausführungen auf dem Minderheitenforum wurde auch deutlich, weshalb das EZM sich mit ihrem Minderheitenspezialisten Stefan Troebst besonders um die "albanische Frage" kümmern will. Die Volksgruppe der Albaner, so Brunner, wird "wohl als erste die völkerrechtlich bisher nur theoretisch umstrittene Frage aufwerfen, ob nationalen Minderheiten wie Völkern das Selbstbestimmungsrecht zusteht und ob dieses Selbstbestimmungsrecht auch das Sezessionsrecht beeinhaltet." Eine solche Transformation des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" in ein "Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppen" würde den deutschen Minderheiten die Möglichkeit des Abtrennungsrechtes eröffnen.

Der Direktor des EZM, Stefan Troebst, hat sich in einer Rede zur Eröffnung des Instituts auf die "Forschungsgruppe Europa" bezogen, die in einem Vorschlag zur EU-Strategie im Hinblick auf Osteuropa vehement für die Einführung neuer Elemente in das internationale Recht eingetreten ist. Für die Forschungsgruppe, die sich "gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung als ein Zentrum für Europastrategien in Deutschland und Europa" versteht und die u. a. von mehreren Großbanken finanziert wird, hat kein anderer als Georg Brunner ein Gutachten über "Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa" angefertigt.

Brunner schreibt darin: "Ist es richtig, daß die Entwicklung in Osteuropa auf den Nationalstaat hinausläuft, so liegt es in der Logik dieser Entwicklung, daß die bestehenden und entstehenden Nationalstaaten einen so großen Teil der Staatsnation umfassen, wie dies praktisch und ohne Beeinträchtigung anderer schutzwürdiger Rechtsgüter möglich ist. Daraus folgt, daß gerechtfertigte Forderungen nach ethnischen Grenzrevisionen rechtzeitig erkannt, sorgfältig geprüft und gegebenenfalls unterstützt werden. Dieser Gedanke ist gewiß nicht sonderlich populär, muß aber ernsthaft erwogen werden." Brunner führt dann etliche konkrete "Einzelfälle" an, die in Osteuropa "für eine nationalstaatliche Grenzrevision in Betracht kommen." Im Ergebnis ist das der Versuch einer völkischen Neuordnung Osteuropas.

Völkisches Staatskonzept für ein Deutscheuropa

Die imperialistische deutsche Ostpolitik besteht eben nicht nur in den Expansionsstrategien der Konzerne und in der Herstellung der militärischen Vor- und Übermacht. Sie besteht auch als Ideologie in den Köpfen der Menschen. Es handelt sich hierbei um die großdeutsche oder völkische Staatskonzeption, die auf ein Deutscheuropa zielt.

Ein Mittel, mit dem das imperialistische Deutschtum seine Ansprüche unter Berufung auf Demokratie und Menschenrechte ins öffentliche Bewußtsein trägt, ist das "Selbstbestimmungsrecht der Völker". Es sind mittlerweile nicht nur, wie Henning Nielsen feststellt, "deutsche Faschisten, die ein Selbstbestimmungsrecht für deutsche Minderheiten in anderen Nachbarstaaten gefordert haben und heute wieder verstärkt fordern".

Georg Brunner erläutert in seinem Gutachten für die "Forschungsgruppe Europa" (auf das sich EZM-Direktor Stefan Troebst positiv bezog) das Selbstbestimmungsrecht der Völker folgendermaßen: "Völkerrechtlicher

Ausgangspunkt der Möglichkeit nationalstaatlicher Grenzrevisionen auf dem Wege der Sezession ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, von dem einleitend bereits soviel festgestellt worden ist, daß es als verbindlicher Rechtsgrundsatz des Völkerrechts anerkannt und daß sein Träger das Volk ist (...). Ob auch in einer minoritären Position befindliche Volksteile Träger des Selbstbestimmungsrechts sein und das Sezessionsrecht für sich in Anspruch nehmen können, ist hingegen umstritten (...). Die völkerrechtliche Praxis zeichnet sich durch innere Widersprüche, politischen Opportunismus und moralische Verlogenheit aus.

Es sei nur auf einige Gesichtspunkte hingewiesen. Als im Zuge des Entkolonialisierungsprozesses der 1960er Jahre das Selbstbestimmungsrecht zu einem Rechtsgrundsatz erstarkte, wurde es ethnisch-kulturell heterogenen Stammeskonglomeraten innerhalb der zufälligen Kolonialgrenzen bedenkenlos zugesprochen. Kann es denn ernsthaft überhaupt in Frage gestellt werden, daß das Selbstbestimmungsrecht in Osteuropa ausgewachsenen Kulturvölkern und ihren durch willkürliche Grenzziehungen abgetrennten Volksteilen zusteht?

Zweitens wurde die Sezession der Kolonien von ihrem Mutterland geradezu als der Wesensgehalt des Selbstbestimmungsrechts begriffen, wobei sogar der ‚Befreiungskampf', ungeachtet des allgemeinen Gewaltverbotes, als legitimes Mittel angesehen wurde. Wieso sollte in Osteuropa das Sezessionsrecht nun plötzlich an der Barriere der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten scheitern?

Schließlich muß als unerträglich bezeichnet werden, wenn die schwarzen Stämme und Bevölkerungsteile Südafrikas und die Palästinenser in langjähriger Übung als ‚Völker` und somit Träger des Selbstbestimmungsrechtes angesehen worden sind, während man im Falle der Esten, Letten, Litauer, Slowenen und Kroaten zugewartet hat, bis sie sich diesen Status erkämpft haben (...)."

Dies dokumentiert die immer verstärkter vorgetragene Tendenz, das "Selbstbestimmungsrecht der Völker", das unter entscheidender Mitwirkung der Sowjetunion zu einem Recht für Kolonialvölker geworden war, in ein Selbstbestimmungsrecht zu transformieren, das den deutschen Staat zur Zusammenführung seiner Volksteile berechtigt. Der damalige Kanzleramtsberater H. Teltschik und Kohl selber haben Anfang 1990 in Bezug auf den deutsch-polnischen Vertrag (erstmalige Anerkennung einer deutschen Minderheit und ihrer kulturellen Rechte in Polen) und auf den Fall der Mauer geäußert, es gehe darum, eine "neue Architektur Gesamteuropas zu schaffen (...), in die sich dann auch eine künftige Architektur Deutschlands einfügen wird." Diese Staffelung jener beiden "Architekturen" ("Gesamteuropa" und dann "Deutschland") ging damals nicht nur von der Auflösung des selbständigen Staates DDR aus, sondern sie läßt auch den Bestand weiterer Staaten in Europa offen, zum Beispiel den Bestand Polens. Die zentrale Kategorie der großdeutschen Politik für die Überwindung des Status Quo und zu Staatenauflösungen ist der völkische Staatsbegriff.

Wie weit sich die Aufgabenstellung des EZM mit der Schaffung einer völkischen "Architektur" Gesamteuropas deckt, gilt es weiter kritisch zu beobachten.

Die Kritik am EZM und an der FUEV ist keine "Kampagne unter der Federführung der Zeitung junge Welt und einiger ihrer AnhängerInnen in Schleswig-Holstein", wie Henning Nielsen glaubt. Der Bundestagsabgeordnete Ludwig Elm und 21 Abgeordnete der PDS im Bundestag haben bereits am 3. Mai 1995 auf einer Pressekonferenz in Berlin auf ein "gefährliches Wiederaufleben grenzüberschreitender Minderheitenpolitik" durch Bundesregierung und Revanchistenverbände hingewiesen. Gleichzeitig unterrichteten sie die Botschafter von 22 Staaten, darunter die USA, Rußland, Israel und 19 europäische Staaten, über diese gefährlichen Tendenzen.

Dort heißt es u.a.: "Durch Dokumente ist belegt, daß die unmittelbaren Vorläufer dieses VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) und der FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) bereits in der Zeit des NS-Regimes als verdeckte Auftragsorganisationen des deutschen Außen- und Innenministeriums tätig gewesen sind. Sie setzten nach 1945 ihre Tätigkeit in weitgehender personeller Kontinuität fort. Kürzlich hat die Bundesregierung, speziell das Bundesministerium des Innern, eine weitere Konzentration der genannten Organisationen und Suborganisationen beschlossen. In diesem Zusammenhang bereitet die Bundesregierung die Gründung eines ‚Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen' (EZM) mit seiner geographischen Ansiedlung im Umfeld der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) vor (...). Angesichts dieser Umstände fordern wir die Bundesregierung dringend auf, diese Art grenzüberschreitender

Minderheitenpolitik unverzüglich einzustellen und die andauernde Finanzierung rechtsextremistischer Ideen und Personen zu beenden." (Presseerklärung vom 28.4.95)

Auf diese Vorgänge wurde unsere Arbeitsgemeinschaft während der Vorbereitung und Durchführung eines Seminars im September 1996 über die "Hansestrategie" im Ostseeraum aufmerksam, insbesondere durch einen Artikel in der atze (Nr. 27 Februar/April 1997).

Seit geraumer Zeit beschäftigen auch Bundestagsabgeordnete wie Annelie Buntenbach und Angelika Beer von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung mit unangenehmen Fragen zu den Zielsetzungen des EZM und seiner Verbindung zur rechtsextrem vorbelasteten FUEV.

Die Infoladengruppe Hafermarkt aus Flensburg kommt in einer Nachlese zu einer Veranstaltung am 16. März im Volksbad, Flensburg mit Hans-Rüdiger Minow zu dem Ergebnis: "Wir denken, daß diese Veranstaltung gerade hier in der dänisch-deutschen Grenzregion mit dem Sitz der FUEV und dem des EZM, mit dem BdN und seiner Vergangenheit und dem SSW (Südschleswigschen Wählerverband), der - ob wissentlich oder nicht - dem Ganzen ein seriöses Aushängeschild verleiht, sehr wichtig war, um die Diskussion über die Folgen der deutschen Minderheitenpolitik im Ausland in Gang zu bringen und darzustellen, daß die europäische Einigung zu deutschen Konditionen tatsächlich hierzulande als eine Frage von Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert betrachtet wird."

In der weiteren Diskussion sollten die genannten Kräfte sowie weitere Bündnispartner zusammenfinden: Dänische Antifaschisten und Linke, die sich im Zuge der Euroregion Schleswig gegen ein Deutscheuropa wehren, aber auch die Sinti und Roma Union wären von Bedeutung. Ein Fachbeitrag zur Auseinandersetzung über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" würde Klärung in der Sache bringen.

Rudi Arendt, Elmshorn,

AG Kommunistische Politik von unten bei der PDS Schleswig-Holstein

Literatur:

W. von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Berlin, Verlag 8. Mai, 1966.

Mißachtung des Völkerrechtes, Zerstörung des föderativen Bestandes der BRD, Beilage 1/90, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht - diskriminierend & großdeutsch, GNN-Verlag, 1997.

36. Ansichten von der Nachtseite des bürgerlichen Alltags. Erinnerungen an den Dichter E.T.A. Hoffmann, der vor 175 Jahren starb

Erinnerung an den Dichter E.T.A. Hoffmann, der vor 175 Jahren starb

Autor: ge. · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:30

"Kammer Gerichts Rath / ausgezeichnet / im Amte / als Dichter / als Tonkünstler / als Maler" lautet die Grabinschrift auf dem Kirchhof der Jerusalems-Gemeinde am Halleschen Tor in Berlin. Das Urteil vieler Zeitgenossen war dagegen nicht so positiv. Während die Erzählungen, Romane und Märchen des 1822 gestorbenen Ernst Theodor Amadeus Hoffmann in Frankreich und Rußland beliebt waren - Balzac, Gogol und Dostojewski schätzten sie -, galt Hoffmann in Deutschland nur als Trivialschriftsteller, als "Gespensterhoffmann". Und was die juristischen Fähigkeiten betraf - so fiel das Urteil des preußischen Ministers Schuckmann sechs Jahre nach Hoffmanns Tod geradezu bösartig aus. Die Kommission, die 1819 zur Untersuchung der "Demagogenumtriebe" eingerichtet wurde - und der Hoffmann angehörte -, sei "durch die Talente des verstorbenen Kammergerichtsrats Hoffmann zu irrigen Ansichten hingerissen worden". Hoffmann sei ein "Anhänger des Beschützers der Demagogen, des Buchhändlers Reimer, gewesen" und "ein Wüstling, der hauptsächlich für den Erwerb seines Weinhauslebens arbeitete". (1) Wer also war Ernst Theodor Wilhelm Hoffmann, der aus Verehrung zu Mozart den dritten Vornamen in Amadeus änderte?

1776 in Königsberg geboren, wuchs der junge Ernst Theodor in einer Familie auf, die aus einer ängstlichen, melancholischen Mutter, mehreren Tanten und dem pedantischen Vormund Onkel Otto Wilhelm bestand. Der Vater, Jurist und Lebemann, verschwand, als Ernst Theodor zwei Jahre alt war. Bereits früh entwickelte der junge Ernst Theodor die Fähigkeit, sich, wenn es ihm geraten schien, den Anforderungen der Außenwelt zu entziehen, um sich seinen Lieblingsbeschäftigungen zu widmen: dem Musizieren, Komponieren, Schreiben und Zeichnen. Er schärfte die Fähigkeit, die Umwelt zu beobachten - und sie zu verspotten -, eine Fähigkeit, die ihn zeitlebens auszeichnete. Hoffmann "befolgt die Normen des bürgerlichen Lebens, doch sie sitzen bei ihm locker. Er spürt ihren Druck, aber auch die innere Kraft, mit ihnen wenigstens spielen zu können." (2)

Dem Druck der elterlichen Tradition folgend, studierte Hoffmann Jura und wurde als Assessor im preußischen Staatsdienst eingestellt. In Posen (3) begann das Doppelleben, das E.T.A. Hoffmann - unterbrochen nur durch wenige Jahre - bis an sein Lebensende führte. Tagsüber arbeitete er als Jurist in der preußischen Verwaltung, abends streifte er durch die Stadt, zeichnete Szenen aus dem Alltag der polnischen Stadt und komponierte. 1801 wurde ein Singspiel Hoffmanns uraufgeführt. 1802 endete die Posener Zeit abrupt mit der Strafversetzung in die kleine polnische Stadt Plock.

Wie war es dazu gekommen? Hoffmann hatte seinen Vorgesetzten, den preußischen Stadtkommandanten Zastrow, und andere adlige Offiziere in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht. Freunde hatten bei einem Maskenball, als fliegende Händler kostümiert, Karikaturen verteilt. Geschickt hatte man die Animositäten der adligen Spitzen Posens ausgenutzt: Jede Clique lachte über die Karikaturen der anderen, bis sie merkte, daß in der anderen Ecke des Saales über sie gelacht wurde. Wutschnaubend suchte man nach den Schuldigen. Obwohl die sich bereits aus dem Staub gemacht hatten, stand für die Adligen fest: Niemand anders als der seltsame Karikaturen zeichnende Beamte konnte der Rädelsführer des Komplotts sein. Zastrow schickte eine Depesche nach Berlin. Die Antwort kam postwendend: Strafversetzung des widersetzlichen Beamten.

Zwei Jahre dauerte das Leben in dem Provinznest Plock, das der "Stadtmensch" Hoffmann als eine Art Exil empfand. Dann gelang es ihm, die Versetzung nach Warschau zu erreichen. Ende November 1806 beendete die französische Armee vorerst das Leben Hoffmanns im preußischen Staatsdienst. Die französische Armee, die nach dem Sieg bei Jena und Auerstädt am 14.10.1806 die preußische Armee vernichtend geschlagen hatte, erreichte Ende November Warschau und entließ alle preußischen Beamten.

Es folgten Jahre in Berlin, Bamberg, Dresden und Leipzig, in denen Hoffmann versuchte, als freier Komponist, Theaterdirektor, Schriftsteller und Musikkritiker zu leben - Versuche, die trotz anfänglicher Erfolge alle scheiterten. Schweren Herzens bewarb Hoffmann sich auf Anraten des Freundes Hippel um eine Stelle im preußischen Beamtendienst in Berlin und hatte 1815 Erfolg.

In der literarischen Szene Berlins erwartete man ihn gespannt. Er war kein Unbekannter mehr, seit er in der Bamberger Zeit mit der Veröffentlichung der Erzählung "Ritter Gluck" sein Metier gefunden hatte: das Schreiben. Hoffmann hatte das Märchen "Der Goldene Topf", die ersten beiden Bände der "Fantasiestücke" veröffentlicht und mit der Arbeit an dem Roman "Die Elixiere des Teufels" begonnen. In Berlin lernte er Fouqué, Chamisso und Tieck kennen. Schnell wurde er in Berlin bekannt. Man sprach über seinen Witz, seine Eskapaden, die Punschabende mit dem Schauspieler Ludwig Devrient. Auch die Musik blieb weiterhin seine große Liebe. 1816 erlebte Hoffmann, der mit seiner Frau Mischa in der Taubenstraße 31 wohnte, im gegenüberliegenden Schauspielhaus am Gendarmenmarkt die Uraufführung seiner Oper "Undine", zu der Schinkel das Bühnenbild entworfen hatte.

"Die Vernunft ist nur

ein träger Statthalter"

Hoffmann lebte in einer Umbruchzeit. Die Vorstellung vom bürgerlichen Individuum, dem in den Worten Hegels "wahrhaft idealen Charakter", der "nichts Jenseitiges und Gespensterhaftes (hat), sondern wirkliche Interessen, in welchen er bei sich selbst ist ..." (4) wurde zu Beginn des Jahrhunderts bereits von den Frühromantikern Schlegel und Novalis infragegestellt. Der Widerspruch zwischen den Hoffnungen, Wünschen des einzelnen und der so ganz anders gearteten politischen und sozialen Realität, insbesondere den Normierungstendenzen der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft wurde vielen bewußt. Hinzukam die politische Restauration nach dem Wiener Kongreß, die die Hoffnungen auf Demokratisierung in den Bundesstaaten und in Preußen nach den napoleonischen Kriegen enttäuschte. E.T.A. Hoffmann - selbst zwischen Juristenarbeit und künstlerischer Neigung hin- und hergerissen - thematisierte diesen Widerspruch in seinen Romanen, Phantasiestücken und "Märchen aus der neuen Zeit". Die Frage, die Hoffmann in seinem literarischen Werk in fiktiven Lebensentwürfen durchspielte, könnte ungefähr so lauten: Wie halte ich diesen Widerspruch aus, ohne mich einerseits ganz anzupassen, andererseits aber auch nicht zum Außenseiter oder gar verrückt zu werden?

Die bürgerliche Vernunft entpuppte sich als ganz gewöhnliche bürgerliche Rationalität. Hoffmann nahm den Alltag unter die Lupe, zeigte, wie sich Kammergerichts- und Geheimräte, Studenten den Normen anpaßten, sich in ihrem Leben einrichteten und jede Abweichung zu vermeiden suchten. Das von der Rationalität verdrängte, beiseitegeschobene Leben erscheint ihnen wieder in deformierter Gestalt. Es lauert unter der Oberfläche des normalen bürgerlichen Alltags und entlarvt die bürgerliche Rationalität als in sich widersprüchlich, als gebrochene. Aus der Sicht des Narren Schönfeld im Roman "Die Elixiere des Teufels" erscheint die bürgerliche Vernunft "als ein träger Statthalter, der sich nie darum kümmert, was außer den Grenzen des Reichs vorgeht, der nur aus Langeweile auf dem Paradeplatz die Soldaten exerzieren läßt, die können nachher keinen ordentlichen Schuß tun, wenn der Feind eindringt von außen." Und weiter: "... deine Vernunft ist ein höchst miserables Ding und kann sich nicht aufrechthalten ... und muß mit der Narrheit in Kompanie treten, die hilft ihr auf und weiß den richtigen Weg zu finden ..."(5)

Andere Figuren in seinem Werk empfinden die Anforderungen der Außenwelt als unzumutbar, sie gehen den Konflikten mit der Realität aus dem Wege und ziehen sich zurück in Traumwelten. Peregrinus in "Meister Floh" will nur noch in einem phantasierten Peking leben. Kreisler, der Komponist im Roman "Aufzeichnungen des Katers Murr", sucht Rettung in der Kunst.

An der Figur Kreislers verdeutlicht Hoffmann die Ambivalenz des Künstlertums in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Flucht aus der Realität hat für Kreisler zur Folge, daß seine künstlerische Arbeit immer dünn und etwas luftleer bleibt. Zudem muß er hilflos ansehen, wie seine Kompositionen von den Bürgern ausgenutzt - zur Ware gemacht werden. Anders als die Romantiker der ersten Generation zeigt Hoffmann die Grenzen und das Scheitern der frühromantischen Hoffnung, durch die Poetisierung der Welt die Widersprüche der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft überwinden zu können. Und er zeigt, daß romantische Vorstellungen "zum Heimatkitsch oder zur pseudo-religiösen Frömmelei herabsinken" (6), daß sie nur noch zur Ausstattung des Feierabends taugen, wenn ihnen der Kontakt zur Alltagswelt verlorengeht: "Das ist nun wieder das alte ewige Lied von Wehmut und Wonne und sprechenden Bäumen und Waldbächen. Alle deine Verse strotzen von diesen artigen Dingen. Die ganz passabel ins Ohr fallen und mit Nutzen verbraucht werden, sobald man nichts weiter dahinter sucht." (7)

Für Hoffmann ging es darum, gerade die dunklen Seiten auszuloten, den Widerspruch auszuhalten, um die eigene Kreativität zu erhalten. Im Märchen "Prinzessin Brambilla" wird das Lachen zu einer alles umfassenden Geste, um die Ambivalenz des Lebens zu erfahren und sich die Wandlungsfähigkeit zu erhalten gegen Autoritäten und Normierungsprozesse.

Zusammenstoß mit

dem preußischen Staat

Im Märchen "Klein Zaches" (1819) hatte Hoffmann die Kleinstaaterei ins Visier genommen. Insbesondere staatliche Bestrebungen zur Einschränkung bürgerlicher Rechte waren ihm ein Dorn im Auge. Die "Aufklärungspolizei" in diesem Märchen hat mit den Vorstellungen der bürgerlichen Aufklärung wenig, dafür um so mehr mit Gesinnungsschnüffelei zu tun. Hoffmann trat für einen Staat ein, den er in "Klein Zaches" so charakterisiert: "Jeder wußte, daß Fürst Demetrius das Land beherrschte; niemand merkte indessen das mindeste von der Regierung, und alle waren damit gar wohl zufrieden" (8)

Ausgerechnet Hoffmann, dem jeder Staat, der sich in Rechte der Bürger einmischte, ein Greuel war, wurde 1819 zum Mitglied der "Immidiat-Kommission zur Ermittlung hochverräterischer Verbindungen und anderer gefährlicher Umtriebe" bestellt. Der Mord an dem Lustspieldichter Kotzebue durch den Burschenschaftler Sand war für die Restauration in Österreich und Preußen ein willkommener Anlaß, gegen die Opposition vorzugehen.

Die Kommission sollte das aus Hausdurchsuchungen, Verdächtigungen, Denunziationen zusammengetragene "Belastungsmaterial" sichten und brauchbare Anklagepunkte für geplante Prozesse herausfiltern. Hoffmann, der schon in Posen als Jurist und Gutachter von den Vorgesetzten geschätzt wurde, ging indes - unterstützt von der Mehrheit der Kollegen in der Kommission - den umgekehrten Weg. Nach dem Prinzip "Im Zweifel für den Angeklagten" - wies er in seinen Gutachten nach, daß die Anklagepunkte unzureichend waren, und erreichte die Freilassung der festgenommenen Burschenschaftler Franz und Karl Ulrich Lieber, Georg Ludwig Roediger und des ehemaligen Lützower Jägers Ludwig von Mühlenfels. Mühlenfels beispielsweise war festgenommen worden, weil er sich beifällig über die Ermordung des Staatsrats und Komödienschreibers Kotzebue geäußert haben sollte und in einem Berliner Buchladen mit dem Ausspruch aufgefallen war. "Blut ist der Kitt alles Herrlichen!" In seinem Gutachten über Mühlenfels kommt Hoffmann zu dem Schluß: "Da die Äußerung einer innern Gesinnung für den Criminalrichter nur dann Werth haben kan, wenn sie mit einer vorher oder nachher vollführten That in Bezug steht, deren inneres Motiv dadurch erschlossen werden kan, so ist hier um so weniger Stoff vorhanden zu einer ferneren Untersuchung oder zur Aufnahme eines Beweise dessen Momente fehlen." (9)

Trotz erheblichen Drucks von Seiten der preußischen Bürokratie, insbesondere des Ministers Schuckmann und seines Vertreters von Kamptz kämpft Hoffmann für die Freilassung des inhaftierten Turnvaters Jahn, den er im übrigen wegen dessen nationalistischer Äußerungen wenig schätzt. In seinem Gutachten weist er nach, daß die Anschuldigungen gegen Jahn sich nur auf dessen Gesinnung stützen. Die Verurteilung Jahns zu Festungshaft kann er allerdings nicht verhindern.

Wie in Posen, als er die Militärs lächerlich machte, kann Hoffmann nicht anders, er muß spotten. Objekt seiner Satire sind der preußische Oberdemagogenjäger von Kamptz und dessen Praktiken der Verfolgung. In der Erzählung "Meister Floh" wird er zum Geheimen Hofrat Knarrpanti (ein Anagramm aus Narr Kamptz), der dem Studenten Peregrinus Tyß die Entführung einer Prinzessin nachweisen will, obwohl diese nachweislich gar nicht entführt wurde. Auf die Entgegnung eines anderen Rates, "daß doch eine Tat begangen sein müsse, wenn es einen Täter geben solle, meinte Knarrpanti, daß, sei erst der Verbrecher ausgemittelt, sich das begangene Verbrechen von selbst finde. Nur ein oberflächlicher leichtsinniger Richter sei, wenn auch selbst die Hauptanklage wegen Verstocktheit des Angeklagten nicht festzustellen, nicht imstande dies und das hineinzuinquirieren, welches dem Angeklagten doch irgendeinen kleinen Makel anhänge und die Haft rechtfertige." (10)

Von Kamptz, der den Kammergerichtsrat Hoffmann haßte, tat alles, um den Dichter zu Fall zu bringen. Da das preußische Spitzelsystem gut funktionierte, hatte er bald Erfolg. Ein Teil der Manuskripte, die Hoffmann an seinen Frankfurter Verleger geschickt hatte, wurde abgefangen. Kamptz erkannte sich in der Figur des Knarrpanti wieder und nicht nur das - er stellte fest, daß Hoffmann Passagen aus den "geheimen" Verhörakten

in die Erzählung übernommen hatte. Nur die schwere Krankheit und der Tod retteten Hoffmann vor einem Gerichtsverfahren, das zweifellos seine berufliche Existenz vernichtet hätte. Die preußische Bürokratie rächte sich an Hoffmanns Frau: Die Rente, die ihr als Beamtenwitwe zustand, wurde gestrichen. Sechs Jahre später bat Mischa mit Unterstützung des Freundes Hippel erneut um Zahlung der Rente. Schuckmann lehnte ab und beschimpfte den Toten.

Anders in Frankreich: Bereits zehn Jahre nach seinem Tod erschienen die ersten Übersetzungen seiner Werke. In einem Essay über E.T.A. Hoffmann schreibt Claudio Magris über die internationale Wirkung des Dichters: "Das Geheimnisvolle Hoffmanns ist ... das der Psyche, oder extrem ausgedrückt, das eines Kriminalfalles: eines Doktor Jekyll etwa oder eines Sherlock Holmes. Während in den Erzählungen Tiecks sich die Handlung im Echo jenes so deutschen und so wenig europäischen Waldhorns auflöst, fügt sich eine Hoffmannsche Kriminalgeschichte wie ‚Das Fräulein von Scudéry` (1819) - um nur eines der zahlreichen Werke dieses Genres zu erwähnen - vollkommen zwischen Balzac und Conan Doyle ein; sie nimmt also in der europäischen Tradition einen Platz ein, den andere deutsche Dichter der Zeit, z.B. Arnim mit seinen surrealen Novellen, nicht erreichen." (11)

ge.

Anmerkungen:

1) zit. nach Klaus Günzel, Die Verschränkung zweier Welten, in: Die Zeit, 27.6.1997

2) Rüdiger Safranski: E.T.A. Hoffmann. Das Leben eines skeptischen Phantasten. Carl Hanser Verlag, München 1984, S. 27

3) Preußen hatte sich 1793 bei der zweiten Teilung Polens Danzig, Thorn und Posen einverleibt, bei der dritten Teilung 1795 annektierte es das Gebiet um Warschau.

4) Zit. nach Ralph-Rainer Wuthenow, Nachwort zu E.T.A. Hoffmann, Der unheimliche Gast und andere phantastische Erzählungen, Insel Verlag Frankfurt am Main 1977, S. 404

5) "Die Elixiere des Teufels", in: E.T.A. Hoffmann, Sämtliche Werke in drei Bänden, Band 2, Phaidon Verlag, Essen, S. 603

6) Cornelia Klinger, Sehnsucht nach einer geheilten Welt. Vom Geist der Romantik: zweideutige Revolte gegen Wunden und Widersprüche der Moderne - Anmerkungen aus Anlaß einer Ausstellung im Münchner Haus der Kunst, in: SZ vom 22./23. April 1995)

7) Klein Zaches, in: E.T.A. Hoffmann, Späte Werke, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1965, S. 25f

8) Klein Zaches, in: Späte Werke, S. 15

9) (zit. nach "Der Automatenmensch. Auseinandergenommen von Lienhard Wawrzyn. E.T.A. Hoffmanns Erzählung vom Sandmann. Mit Bildern aus Alltag und Wahnsinn, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1977, S. 30)

10) Meister Floh, in: E.T.A. Hoffmann, Späte Werke, S. 737

11) Claudio Magris, Die andere Vernunft. E.T.A. Hoffmann, Verlag Anton Hain Meisenheim GmbH, Königstein/Ts. 1980, S. 37

37. Olympische Volksgenossen. Zur Riefenstahl-Ausstellung in Hamburg

Zur Leni-Riefenstahl-Ausstellung in Hamburg

Autor: Hanna Smitmans · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak405/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:31

Am 16. August wurde in Hamburg eine Ausstellung mit Fotos von Leni Riefenstahl eröffnet. Die 1902 geborene Künstlerin war die Hofregisseurin Hitlers. Zum ersten Mal seit 1945 werden ihre Bilder in Deutschland gezeigt. NachbarInnen protestierten, das Auschwitz-Komitee forderte die sofortige Schließung.

Eigentlich würde kein Mensch über diese Ausstellung berichten. Für Publikumszulauf liegt die Galerie ungünstig. Hinter dem Hamburger Hauptbahnhof, eingezwängt zwischen Restaurants und Hotels, ist keine Gegend, in der die Kulturerlebniswelt boomt. Auch ein betuchteres Publikum schneit da nicht kurz mal so hinein, als Zwischenstopp beim Einkaufsbummel.

Es muß geklingelt werden. Ein unscheinbares Schild an der Tür läßt leere Räume erwarten. Doch es herrscht reger Betrieb. Der Galerist braucht sich um Werbung nicht zu kümmern. Die Presse hat ausführlich berichtet: Spiegel, Frankfurter Rundschau, taz, Hamburger Abendblatt. Die Bilder sind betont salonfähig ausgesucht: Korallenriffe als neueste Werke, einige Filmstills aus "Olympia" von 1936. Der Schwerpunkt liegt auf Bildern der Nuba im Sudan.

Die Präsentation ist unter aller Sau: Zwei große Farbfotografien sind so aufgezogen, daß das Papier Blasen wirft. Die Olympiabilder hängen - angeblich aus Zeitmangel - noch in den Rahmen der vorherigen Ausstellung, die japanischen Bildunterschriften ins Plexiglas eingraviert. Es gibt keinen Text, keinen Katalog zur Erläuterung. Auf einem schmuddeligen Tisch liegen Riefenstahls Memoiren mit der Aufschrift "vergriffen" und ein abgenutzter Bildband mit Nuba-Fotografien.

Das Durchschnittsalter des Publikums dürfte bei 65 liegen. Es sind hauptsächlich Frauen, manchmal Paare, die versunken vor den Fotos stehen. Im Gästebuch bedanken sie sich für die Ausstellung, die "Glanz in diese schmutzige Zeit" bringt. Leni Riefenstahl verkörpere das "bessere Deutschland". "Gerade sie hatte uns vieles verdeutlichen können". Hohe Kunst sei der Welt vorenthalten worden, und nun solle die Vergangenheit endlich ruhen. "Mitläufer gab es viele". Gewiß würden die dankbaren BetrachterInnen der Riefenstahl-Fotos dem Kommentar im Hamburger Abendblatt (16./17. 8.) zustimmen: "Darf man von Künstlern überhaupt moralisches Verhalten fordern? Was wiegt am Ende mehr, die politische oder die künstlerische Aussage?"

Kunst, als gestaltendes Element der Gesellschaft, ist immer politisch. Sobald Kunst öffentlich wird, kann sie sich nicht verweigern. Sie wird betrachtet, besprochen, löst Reaktionen aus. "Alle öffentlichen Artikulationen, zu denen natürlich auch die künstlerischen gehören, haben potentiell gesellschaftliche Folgen. (...) Der Kunstbetrieb ist nicht abgeschottet. Ob man es sich eingesteht oder nicht, wir haben es mit einer Branche der Bewußtseinsbildung zu tun." (1)

Die Nazis wußten insbesondere von der Propagandafähigkeit des Films. So äußerte sich der Reichsfilmdramaturg Fritz Hippler im Mai 1941: "Im Vergleich zu den anderen Künsten ist der Film durch seine Eigenschaft, primär auf das Optische und Gefühlsmäßige, also Nichtintellektuelle einzuwirken, massenpsychologisch und propagandistisch von besonders eindringlicher und nachhaltiger Wirkung. Er beeinflußt nicht die Meinung exklusiver Kreise von Kunstkennern, sondern erfaßt die breiten Massen." (2) Das Reichspropagandaministerium, Abteilung Film, deren Leiter Hippler war, beherrschte alle Phasen der Filmproduktion von der ersten Idee über die Realisation bis zur öffentlichen Vorführung. KünstlerInnen, die sich unter diesen Umständen einen Namen machten, hatten die volle Unterstützung der Faschisten.

Leni Riefenstahl war keine "Mitläuferin". Sie wurde auf Anweisung Hitlers gefördert. Spätestens nach ihrem ersten Auftragsfilm "Sieg des Glaubens" über den NSDAP-Parteitag vom September 1933 wußte sie, wie ihre Werke eingesetzt wurden und wie sie wirkten. Bei der Erstaufführung, an der Hitler teilnahm, mußten die Massen von der Polizei zurückgehalten werden, damit sie nicht das Kino stürmten. Goebbels verfaßte einen Erlaß, nach dem alle anderen zeitgleichen Veranstaltungen untersagt waren, damit die Filmvorstellungen zu "machtvollen Kundgebungen" würden.

Diesem ersten Film folgten weitere Propagandafilme: 1934 drehte Riefenstahl "Triumph des Willens" über den Nürnberger Parteitag der NSDAP und 1936 "Olympia - Fest der Völker - Fest der Schönheit" über die Olympiade in Berlin. Über "Triumph" sagte sie später: "Mein Film ist lediglich ein Dokument. (...) Der Film enthält nicht eine einzige gestellte Szene. Alles an ihm ist wahr. Und er hat keinen tendenziösen Kommentar, ganz einfach deshalb nicht, weil er gar keinen Kommentar hat (...) Ein rein historischer Film." (3) Große Erläuterungen hatte der Film in der Tat nicht nötig. Bilder und Musik genügten zur Inszenierung der Macht. Texttafeln zu Anfang des Filmes ("Am 5. September 1934, zwanzig Jahre nach dem Ausbruch des Weltkrieges, sechzehn Jahre nach Anfang des deutschen Leidens, neunzehn Monate nach Beginn der deutschen Wiedergeburt, flog Hitler nach Nürnberg.") sorgen für die richtige Einordnung dieses "historischen" Filmes.

Heute stellt sich Riefenstahl als völlig unpolitische Frau dar, die von all dem und vor allem von der Vernichtung der Juden nichts gewußt haben will. Eigentlich habe sie ja immer nur das Schöne zeigen wollen. "Realität interessiert mich nicht. Ich zeige auch nicht die Naturzerstörung durch die Industrie, sondern die wunderbare Natur - auch damit man sieht, was man verliert, wenn man sie zerstört". (4) Auch der Hamburger Galerist fragt: Die wunderbare Natur des schönen Körpers, was ist schlimm daran, ihn zu heroisieren? Mit dem Argument, auch die alten Griechen hätten das schon getan, übernimmt er nationalsozialistische Propaganda.

Auch "Olympia" war ein Propagandafilm. Außenpolitisch sollte die Olympiade von 1936 aller Welt die Stärke Deutschlands zeigen. Innenpolitisch sollte, wie Hitler schon in "Mein Kampf" propagierte, "der junge Volksgenosse in seiner körperlichen Kraft und Gewandtheit den Glauben an die Unbesiegbarkeit seines ganzen Volkstums wiedergewinnen". Die Propaganda von der natürlichen und durchtrainierten "Schönheit" legitimierte die Vernichtung derer, die diesem Ideal nicht entsprachen.

Dem widerspricht überhaupt nicht, wenn Leni Riefenstahl im Film "Olympia" schwarze Athleten zeigt oder später die Nuba im Sudan fotografiert. Indem sie die Männer blutend im Kampf abbildet, heroisiert sie die Macht der Starken, die sich durchsetzen, und propagiert die Auslese der Schwachen, der "Unwerten", die wie natürlich durch das Netz des Lebens fallen.

Das "Hamburger Abendblatt" verteidigt die Riefenstahl-Ausstellung und fordert: "Zensur jeder Art, sofern sie nicht Menschen schützt, muß abgeschafft werden". Doch das Künstlerische ist vom Politischen nicht zu trennen. Indem Riefenstahls Bilder gezeigt werden, wird faschistische Ideologie wieder hoffähig gemacht. Unkritische Interviews mit der Künstlerin und Besprechungen der Ausstellung unter "rein künstlerischen" Gesichtspunkten tragen wesentlich dazu bei.

Hanna Smitmans

Anmerkungen:

(1) Hans Haacke in kritische berichte, Heft 3/1994

(2) Francis Courtade/Pierre Cadars: Geschichte des Films im Dritten Reich

(3) Riefenstahl in Cahiers du cinema Nr.170/1965

(4) Riefenstahl im Spiegel 34/1997

38. Quelldatei 23.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak405/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:23

Polizei und Rassismus

Seit einigen Jahren untersucht das Anti-Rassismus Büro Bremen (ARAB) die Arbeit der Polizei. Die Ergebnisse der Erfahrungen und Recherchen werden in einem Buch analysiert und in den gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt. Es geht nicht nur um die Wirkung des gesellschaftlichen Rassismus auf die Polizei, sondern auch darum, wie umgekehrt die rassistische Praxis der Polizei die Gesellschaft verändert. Es fragt sich, inwieweit der polizeiliche Rassismus funktional ist, um bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen voranzutreiben. Die Schwerpunkte des Buches sind der Zusammenhang von Migration und "Kriminalität" im Rahmen der Asyldebatte, einschließlich der einschlägigen Kriminalitätsstereotypen und des Kampfbegriffes der "Ausländerkriminalität". An den Beispielen Drogenpolitik/Drogenfahndung und "Asyl- und Sozialhilfebetrug" wird der Zusammenhang zwischen Kriminalisierung von Nicht-Deutschen, Abschottungspolitik und polizeilicher Praxis deutlich gemacht. Das Buch dokumentiert nicht nur die jahrelange Arbeit des ARAB. Es veranschaulicht, wie mit der Kriminalisierung von Nicht-Deutschen und der "Einzeltäterthese" Propaganda gemacht wird.

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Hrsg.): Gegen die Festung Europa - Heft 4. "Sie behandeln uns wie Tiere" - Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland. Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Straße, Berlin - Göttingen 1997, ISBN 3-924737-32-0. 336 Seiten, DM 18,-.

Sri Lanka

Hin und wieder finden sich in der Presse kurze Meldungen über tamilische Flüchtlinge, die auf der Flucht aus Sri Lanka nach Mitteleuropa in LKW-Containern erstickt oder im Winter, nur mit Sandalen bekleidet, im Gebirge erfroren sind. Auch politisch Interessierten sind die innenpolitischen Verhältnisse in Sri Lanka kaum bekannt. Schon eher ist die Insel unter dem Namen Ceylon als Teeanbaugebiet ein Begriff. Dorthin, auf die großen Plantagen, wurden im letzten Jahrhundert Tamilen als billige Arbeiter von der britischen Kolonialmacht von Südindien auf die Insel geholt. In einer Broschüre der Berliner Antirassistischen Initiative e.V. und der Gruppe Pathhai wird die Genese des Tamilen-Konflikts nachgezeichnet und eine politische Einschätzung der bekanntesten tamilischen Widerstandsgruppe, Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), versucht. In packenden Reportagen wird der von willkürlichen Verhaftungen, ständigen Schikanen und Diskriminierungen geprägte tamilische Alltag in Sri Lanka geschildert.

Sri Lanka - Ein Land im permanenten Ausnahmezustand, 46 Seiten. Bezug über Antirassistische Initiative e. V. Yorkstraße 59, HH, 10961 Berlin, oder BIEP. e.V./ Pathhai, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. und Fax: 030/6929219

Chiapas und die Hoffnung

Bücher über die EZLN, Chiapas und die Solidaritätsbewegung füllen inzwischen Regalmeter. Ein neuer Aufsatzband ist jetzt unter dem Titel "Chiapas und die Internationale der Hoffnung" im ISP-Verlag erschienen. Ausgangspunkt des Buches ist das "Erste Interkontinentale Treffen ..." von Juli/August 1996. Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Erlebnisberichte bilden das erste Viertel des Buches. Die Leitfrage für die übrigen Beiträge lautet: "Was bedeutet Zapatismus?" Verschiedene Begriffe des zapatistischen Diskurses werden auf ihre Bedeutung hin untersucht mit dem Ziel, Unklarheiten und Probleme zu artikulieren. Was verstehen die Zapatisten z.B. unter Begriffen wie Nation und Nationalismus oder unter indigener Identität und Autonomie? Die Herausgeber möchten Anstöße für eine Diskussion geben, mit der ein Brückenschlag zwischen dem zapatistischen Aufstand und emanzipatorischer Politik hier versucht werden soll.

REDaktion (Hrsg.): Chiapas und die Internationale der Hoffnung. ISP-Verlag Köln, 250 Seiten, 29,80 DM

Tatort Europa

Organisierte Verbrecherbanden aus aller Welt sind in Europa tätig, der Untergang des Abendlandes droht. Das jedenfalls behaupten Medien und PolitikerInnen von rechts bis rosa. International organisierte Kriminalität wird

zur gesellschaftlichen Bedrohung Nr. 1 hochstilisiert. Als grundsätzlich verdächtig gelten AsylbewerberInnen und "illegale Einwanderer".

Die Rezepte der westeuropäischen Regierungen gegen diese angeblichen Gefahren sind einfach: Sie reagieren mit Abschottung und Repression. Die Migrationsbewegungen, die durch das Wirtschaftsgefälle zwischen West und Ost und Nord und Süd entstehen, sollen durch die Abriegelung der Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit kontrolliert werden. Die "Initiative gegen das Schengener Abkommen" hat eine neue Broschüre zur europäischen Asyl- und "Sicherheits"politik vorgelegt und zieht eine erste Bilanz der Auswirkungen von Schengen und der im Maastrichter Vertrag vereinbarten Zusammenarbeit. Schwerpunkte sind u.a. die Auswirkungen des Schengener Abkommens auf Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik (Katina Schubert, Claudia Roth und Günter Burkhardt), der "Exportschlager Festungspolitik" (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration), der mangelnde Datenschutz (Thilo Weichert) und die Kompetenzen von Europol (Heiner Busch, Marc Holzberger). Die Lektüre macht deutlich, daß es bei der westeuropäischen Asyl- und Sicherheitspolitik nicht um konkrete Gefahren geht, sondern un eine flächendeckende Überwachung.

Initiative gegen das Schengener Abkommen (Hrsg.): Tatort Europa. Asyl und Innere Sicherheit in der EU, 44 Seiten, Vertrieb über Bündnis 90/ Die Grünen - Versand, Heerstr. 172, 53111 Bonn; Fax: 0228/639255

Arbeit und/oder Emanzipation

Automatisierung und die Einführung von Mikroelektronik vernichten Arbeitsplätze. Die bislang als "Normalarbeitsverhältnis" bezeichnete lebenslange Vollzeittätigkeit verschwindet zunehmend: In Deutschland z.B. hatten 1995 nur 17% der erwerbstätigen Bevölkerung solche Jobs. "Aspekte der Arbeitsgesellschaft" heißt das Schwerpunktthema des August-Heftes der blätter des informationszentrums 3. welt, in dem mensch über das angebliche Beschäftigungswunder in den USA lesen kann (Michael Hahn), über den Boom des informellen Sektors (Christof Parnreiter) und über den Widerspruch, daß der Arbeitsmarkt teilweise globalisiert wird, während grundlegende Arbeitsschutzbestimmungen und soziale Mindeststandards noch immer in zahlreichen Ländern nicht durchgesetzt sind (Eddy Lee). Christine Parsdorfer zeichnet die Debatte über weibliche Subsistenzproduktion nach, und die "gruppe nestbeschmutzer" diskutiert den Begriff der Arbeit. Gerade weil Arbeit weiterhin nicht nur Mehrwert produziert, sondern auch das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen bestimmt, will die iz3w-Redaktion die "unreflektiert propagierte Idee der Emanzipation durch Arbeit" hinterfragen.

iz3w - blätter des informationszentrums 3. welt, Nr. 223, August 1997; Postfach 5328, 79020 Freiburg i. Br., Tel. 0761/74003; 51 Seiten, 8 DM

Braune Region Osthessen

"Warum ist unsere Region so braun?" fragten sich vergangenes Jahr Jugendliche aus dem Kreis Hersfeld-Rotenburg. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen können nun in einer umfangreichen Studie über Konservatismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in Osthessen während der letzten 20 Jahre nachgelesen werden. Das Buch ist nicht nur für in der Region Ansässige von Interesse. Neben Informationen über braune Aktionen, Strukturen und Führungskader werden auch antifaschistische Aktionen beschrieben und zur Nachahmung empfohlen. Hartgesottene Antifa-Veteranen mögen über manches schmunzeln; als Anleitung für Jugendliche und andere, die "was tun" wollen, sind die Tips ("Wie melde ich eine Demo an?") nützlich. Die HerausgeberInnen haben für ihre Untersuchung Fördermittel der EU beantragt und erhalten; auch das sollte NachahmerInnen finden.

Timo Schadt & Kathy Seewald (Hrsg.): Deutschlands Mitte - aber rechts daneben. Dokumentation zu Konservatismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus ... Osthessen heute. Bezug über JUIS, Dippelstr. 10, 36251 Bad Hersfeld, 300 Seiten, 19,80 DM

39. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak405/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:35

Kalender

Antikriegstag

Demos, Kundgebungen und andere Veranstaltungen zum Antikriegstag gibt es in der ganzen Republik. In Hamburg steht anläßlich des Besuchs von Innenminister Kanther die Demonstration unter dem Motto "Gegen die Militarisierung der Politik nach außen und innen".

Hamburg, 1.9., 15.30 Uhr, Moorweide

Außer Rand und Band

Rock'n Roll, Petticoats, "Halbstarke" und Eisdielen - Eimsbütteler Jugend in den 50er Jahren ist das Thema einer Ausstellung der Eimsbütteler Geschichtswerkstatt, die am 2.9. um 19.00 Uhr im Hamburg-Haus Eimsbüttel eröffnet wird. Im Rahmenprogramm in der Galerie Morgenland kann man Volker Böge hören, der sein Buch "Außer Rand und Band" vorstellt (8.9., 19.30 Uhr), außerdem Doris Foizik mit einem Vortrag "Zwischen Schwarzem Markt und Swing: Die Trümmerjugend" (11.9., 19.30 Uhr) oder Kaspar Maases Begründung für seine These, "1968 begann 1956" (18.9., 19.30 Uhr). Das Programm wird mit Filmvorführungen und weiteren Vorträgen bis Ende Oktober fortgesetzt.

Hamburg,2.9.-30.10., Mo.-Sa., 10.00-22.00 Uhr, So. 14.00 bis 21.00 Uhr, Hamburg-Haus Eimsbüttel, Doormannsweg 12; Rahmenprogramm in der Galerie Morgenland, Sillemstr. 79, Tel. (040) 4904622

Wie lange braucht der VW zum Ural?

Eine Tagung über Revanchismus und deutsche Großmachtpolitik veranstaltet das "Komitee Tag ohne Heimat". Geladen sind Bernhard Wagner (Büro Annelie Buntenbach, MdB), Gudrun Hentges (Mitarbeiterin von Ulla Jelpke, MdB), Heiner Möller (Journalist) und Emil Hruska (aus Tschechien).

Berlin, 6.9., 13.00 Uhr bis 21.00 Uhr, Humboldt-Universität, Hauptgebäude, Unter den Linden 6

Globalisierung und Verblairung der "Linken"

Globalisierung ist das Thema eines Tagesseminars der Jour-fixe-Gruppe beim Antinationalen Büro. Es beginnt mit einer Einführung zur internationalen Wirtschaftsverflechtung, wird mit einer Kritik an der Renaissance von Zusammenbruchstheorien und neokeynesianischen Hoffnungen fortgesetzt und endet mit einer Diskussion über die globalisierte politische Lage, insbesondere die "Verblairisierung der Linken" in Europa.

Hamburg, 13.9., 10.00 Uhr bis ca. 19.00 Uhr, GWA, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 2

Jubiläumsparty

Die beiträge zur feministischen theorie und praxis werden 20. Die Zeitschrift, in der man Beiträge von namhaften Frauenforscherinnen, Dichterinnen und vielen anderen über Krieg und Frieden, Sexismus und Rassismus, Ökonomie und Globalisierung, Sexismus, Gewalt und Frauenstreik lesen kann, feiert ein rauschendes Geburtstagsfest.

Köln, 13.9., 20.00 Uhr, Flora

Nachhaltige Weltbilder

Eine kritische Analyse des Nachhaltigkeitskonzepts nimmt sich der Kongreß "Nachhaltige Weltbilder - Hinter den Kulissen nachhaltiger Entwicklung" vor. Die Tagung, die der AStA der Uni Hannover zusammen mit entwicklungspolitischen Gruppen vorbereitet hat, problematisiert die Widersprüche und blinden Flecken von "Nachhaltiger Entwicklung". Gleichzeitig werden Alternativen "von unten" gesucht und Begriffe wie Emanzipation und Regionalisierung diskutiert. Das Programm gibt es beim AStA der Uni Hannover. Umweltpolitisches Referat, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel. 0511/762-5063.

Hannover, 18-.21.9., Theodor-Lessing-Haus, Welfengarten 1

Auf dem Weg in die Auslesegesellschaft

Gentests am Menschen halten Einzug in Schwangerenvorsorge und Medizin, Ar-beitsleben und Versicherungswesen. Immer mehr Krankheiten, aber auch Eigenschaften wie Intelligenz oder Aggressivität werden als erblich angesehen. Klaus-Peter Görlitzer (Journalist) warnt vor einer schleichenden Stigmatisierung von Trägern bestimmter genetischer Merkmale und zeigt, daß der Weg in die Auslesegesellschaft mit dem Instrument der Gentests längst beschritten wird.

Essen (Steele), 21.9., 11.00 Uhr, Kulturzentrum GREND, Westfalenstr. 311

Gewerkschaftspolitik in Ostdeutschland

Der Osten als Experimentierfeld für tarif- und gewerkschaftsfreie Zonen - das ist das eigentliche Thema der 5. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS. Sieben Jahre nach der Einheit ziehen GewerkschafterInnen und PDS-GenossInnen "ZwischenBilanzOst". Eine von André Brie moderierte Podiumsdiskussion mit Gregor Gysi, Christa Luft, Gisbert Schlemmer u.a. (ab 19.00 Uhr) schließt die Tagung ab. Anmeldung beim PDS-Parteivorstand, Kleine Alexander Str. 28, 10178 Berlin, Tel. 030-24009 673.

Chemnitz, 20.9., 9.00 Uhr; Veranstaltungszentrum Forum, Brückenstr. 10

Stadtguerilla

Lutz Taufer, ehemaliges RAF-Mitglied, war von 1975 bis 1995 in Haft. In einem Vortrag mit anschließender Diskussion schildert er den politisch-historischen Rahmen, aus dem heraus der bewaffnete Kampf entstanden ist. Eine kritische Reflexion der Beweggründe und politischen Vorstellungen der RAF-GenossInnen.

Reutlingen, 22.9., 20.00 Uhr, Nepomuk, Unter den Linden 3

Internationale Che-Guevara-Konferenz

Eine bunte Mischung von ReferentInnen stellt sich auf der Konferenz vor, die von "Ché presente", "Cuba sí" und der Zeitung "junge Welt" veranstaltet wird: Armando Hart Dávalos, Mitglied des ZK der KP Kubas, spricht über "Che und die Herausforderungen an das sozialistische Denken; Philip Agee, Ex-CIA-Mitarbeiter, berichtet über die Strategien des CIA im Kampf gegen revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika; Inge Viett gib Biographisches zum Besten, und der Che-Guevara-Forscher Uwe-Eckhard Holtz referiert über Ches Konzept des Neuen Menschen. In weiteren Vorträgen, Diskussionen und Werkstattgesprächen geht es um den Einfluß des Revolutionärs auf Befreiungsbewegungen in der ersten und dritten Welt.

Berlin, 27. u. 28.9., ab 10.00 Uhr, Humboldt-Universität, Audimax, Unter den Linden 6

40. Das Wochenende

CD-Datei: daten/aksuche/ak405/wochend.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:405:wochend

Samstag, 20. September:

12 Uhr: Auftaktkundgebung in Geesthacht, An der Post

Vorstellung von NIX mehr - Kampagne gegen Atomtransporte und den Aktionen der Schienenaktionstage; den Castor zur WAA stoppen, bevor er nach Gorleben kommt (BI Lüchow-Dannenberg); Krümmel, Leukämie und Pfusch.

Danach (14 Uhr bis spätestens 18 Uhr): Beginn der Aktionen an drei Orten entlang der Strecke: Bergedorf / Escheburg / Nähe Krümmel.

Ab 16 Uhr: Beginn der Veranstaltungen im Camp

Entsorgung der Atomreaktoren (mit Michael Sailer, Öko-Institut Darmstadt); Warum wir gegen Castor sind (Bäuerliche Notgemeinschaft); Kriminalisierung des Gorleben-Widerstandes; Aktionstraining; Kinderfest u.v.m.

19 Uhr: Zwischenkundgebung vor dem AKW Krümmel

20 Uhr: Open-Air-Konzert: Mit Getöse gegen Castor!

- Bachchor: Mit Bach am Fluß (Hamburg) - Bierfiedler (Leipzig)

- Die Braut haut ins Auge (Hamburg) - Aufbruch (Magdeburg)

Am Sonntag spielen:

- Klaus der Geiger (Köln) - Abi Wallenstein (Hamburg)

- Tod & Mordschlag (Berlin) - Daily Milk

Sonntag, 21. September:

Ca. 11 Uhr: Auftaktkundgebung "Mal richtig abschalten"

Anschließend öffentliche Schienendemontage auf der Castorstrecke.

15 Uhr: Abschlußkundgebung vor dem AKW Krümmel

NIX mehr: Der nächste Castor rollt nicht! Informationen und Termine zum nächsten Castortransport aus dem AKW Krümmel und erste politische Bewertung des Schienenaktionswochenendes im Rahmen der bundesweiten Kampagne "NIX mehr".